Montag, 3. Juni 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 126 - 23.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Volkszählung: Die Verschiebung des für Frühjahr 1986 geplanten Zensus bis nach den Bundestagswahlen ist so gut wie sicher. Die SPD sieht sich nicht in der Lage, das Volkszählungsgesetz noch vor der Sommerpause zu verabschieden.

Saar-CDU: Mit großer Mehrheit ist der langjährige Kultus- und Innenminister Werner Scherer zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. (S. 10)

Attentat: Bei einem Bombenanschlag *auf das Verwaltungsgebäude* der Hannover Messe ist ein 37jähriger Mann getötet worden, bei dem es sich offenbar um den Attentäter selbst handelt. Die Polizei fahndet nach einer jungen Frau, die an dem Anschlag beteiligt gewesen sein soll.

Beschäftigungspolitik: Forderungen nach kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat Bundesfinanzminister Stoltenberg auf einem Sonderparteitag der schleswig-holsteinischen CDU eine klare Absage *erteilt*. (S. 10)

Umwelt: Die EG-Kommission will *morgen* ihre Vorschläge für die künftigen Abgasgrenzwerte umweltfreundlicher Autos den Umweltministern der EG präsentieren. Trotz gegenteiliger Spekulationen geht Bonn davon aus, daß sie sich an den strengen US-Normen orientieren wird.

Sowjetunion: Parteichef Gorbatschow wird vermutlich am 2. Juli auch zum Staatsoberhaupt der UdSSR gewählt werden. Zu diesem Termin ist der Oberste Sowjet einberufen worden. Auch die Gorbatschow-Vorgänger Andropow, Tschernenko und Breschnew waren *gleichzeitig* Staatsoberhaupt. (S. 10)

Spionage: Das Pentagon erwägt, den als Spion verhafteten ehemaligen Offizier John Walker wieder zur Marine einzuberufen. Damit könnte erreicht werden, daß Walker vor *ein Militärgericht kommt* und der Prozeß gegen ihn unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden kann. (S. 7)

Neuer Präsident: Der 36jährige Sozialdemokrat Alan Garcia ist von der Wahlkommission offiziell zum Sieger der peruanischen Präsidentschaftswahlen und damit zum Nachfolger des konservativen Staatschef Belaunde Terry erklärt worden.

Grenzkrieg: *Die Gefechte* an der chinesisch-vietnamesischen Grenze sind offenbar mit aller *Schärfe wieder aufgeflammt.* Nach vietnamesischen Angaben wurden 288 Chinesen getötet.

Afghanistan: Erstmals seit rund drei Jahren werden im Laufe dieses Monats amerikanische und sowjetische Diplomaten wieder zur Erörterung des Afghanistan-Problems zusammentreffen, teilte das State Department mit.

ZITAT DES TAGES



» Es geht doch *nicht*, daß die Krankenkasse vom Liebeskummer bis zum Gesundheitsschnaps alles bezahlt «

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Spitzentechnologie: Die Europäische Gemeinschaft kann es sich nach Ansicht der EG-Kommission nicht leisten, Entscheidungen über eine engere Kooperation hinauszuzögern. Der durch das amerikanische SDI-Programm zu erwartende Run auf Spitzenkräfte könnte zu einer bedrohlichen Abwanderung von Wissenschaftlern führen. (S. 11)

Wärmemarkt: Die deutsche Elektrizitätswirtschaft strebt höhere Anteile an der Deckung des Wärmebedarfs an. Als wichtigste Vorteile gegenüber Öl und Gas führen die Stromerzeuger Versorgungs- und Preissicherheit an. (S. 11)

Arzneimittel: Die Einführung der Negativ-Liste, die die medikamentöse Behandlung von Bagatellerkrankungen auf Kosten der Krankenkassen ausschließt, hat den Umsatz freiverkäuflicher Arzneimittel kaum erhöht. (S. 11)

Protektionismus: Zu einer systematischen Überprüfung von Handelshemmnissen forderte die OECD die 24 Mitgliedsstaaten auf. Dabei können sie sich einer von der OECD ausgearbeiteten Checkliste bedienen, die alle handelspolitischen Bereiche, mit Ausnahme der gesetzlichen Bestimmungen über deloyale Handelspraktiken, einschließt. (S. 12)

KULTUR

Römerberggespräche: Mit dem Thema „Mäzen und Muse – Wer hält wen aus?" wollten sich die Teilnehmer dieses Jahr beschäftigen. Doch es wurde mehr eine Diskussion über die inhaltliche Füllung der Begriffe „Kunst" und „Kultur" als über Mäzene, Förderer und Sponsoren. (S. 19)

Münchner Theater: Wenn Ingmar Bergman Henrik Ibsen inszeniert, dann ist das beinahe so etwas wie ein versammelter Wille zum Unglücklichsein. Diesen Eindruck hinterließ jedenfalls die Bergman-Inszenierung des Dramas „John Gabriel Borkman" in München. (S. 19)

SPORT

Tennis: Steffi *Graf* ist erneut an der Weltranglistenzweiten Chris Evert-Lloyd (USA) gescheitert. In Paris verlor sie *im Achtelfinale* klar mit 2:6, 3:6. (S. 16)

Formel 1: *Die Fahrer setzten* sich gegen die Veranstalter durch: Der WM-Lauf von Spa wurde wegen *eines schlechten* und gefährlichen Straßenbelags abgesagt. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Medien: Nach Ludwigshafen und München ist in Dortmund das dritte Kabelpilotprojekt in der Bundesrepublik gestartet worden. Es steht ausschließlich unter öffentlich-rechtlicher Trägerschaft des WDR und wird ohne Werbung ausgestrahlt. (S. 20)

Couturier: Im Alter von 77 Jahren starb in München Heinz Schulze-Varell, einer der bekanntesten Couturiers und Modeschöpfer der Bundesrepublik. (S. 20)

Wetter: Meist sonnig und trocken. 24 bis 29 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Ausreise-Welle aus Rumänien. Über „DDR" nach West-Berlin

Bukarest genehmigt Anträge / Die meisten wollen in die Vereinigten Staaten

WERNER KAHL, **Bonn/Berlin**

Der seit 1984 wieder stark ansteigende Strom von asylsuchenden Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland wird jetzt durch Rumänen verstärkt. Seit kurzem treffen fast täglich kleine Gruppen aus dem osteuropäischen Land mit einem Transitvisum der „DDR" in West-Berlin ein. „*Die Rumänen fallen nicht* unter die Aussiedlerquote deutschstämmiger Landsleute aus Siebenbürgen und dem Banat", betonte ein Sprecher der Ausländerpolizei, die von dem Auftauchen der offensichtlich zu den Wirtschaftsflüchtlingen zu rechnenden Rumänen überrascht wurde.

Außer den zuständigen deutschen *Stellen in Bonn und Berlin wurden* anscheinend auch die schwedischen Einwanderungsbehörden durch die Regierung Rumäniens nicht von der mutmaßlichen Ausreiseaktion unterrichtet. In der südschwedischen Hafenstadt Trelleborg war bereits vor einigen Tagen eine Gruppe von 84 Rumänen mit einem „DDR"-Transitvisum eingetroffen. Sie gaben nach Angaben der Polizei als bevorzugtes Einwanderungsland die USA an. Rumänen, die im Westberliner Notaufnahmelager Marienfelde Unterkunft gefunden hatten, stellten in der vergangenen Woche bei der US-Mission in West-Berlin Anträge auf Einwanderung in die Vereinigten Staaten. Als Gründe für das Verlassen ihrer Heimat werden sowohl politischer Druck als auch zunehmende Verelendung der Lebensverhältnisse genannt.

Nach teilweise schikanöser Behandlung an ihren Arbeitsstätten war Antragstellern auf Ausreise im vergangenen Monat ein Fremdenpaß, wie er für *Staatenlose üblich ist*, ausgestellt worden. Damit wurde die Aufforderung verbunden, das Land auf kürzestem Weg mit Handgepäck zu verlassen. Rumänen, die gegenwärtig in Trelleborg betreut werden, erklärten, sie seien ultimativ dazu aufgefordert worden, noch ehe sie in Bukarest beantragte Visa für die USA erhalten hätten.

Bei der Einreise nach West-Berlin werden Osteuropäer seit dem 1. Juni nicht mehr wie bisher ohne weiteres geduldet. Wie andere Ausländer müssen sie einen Asylantrag stellen. Nach dem neuen Erlaß können Osteuropäer, die keinen Asylantrag stellen oder deren Antrag rechtskräftig abgelehnt wird, zur Ausreise aufgefordert und bei einer Weigerung abgeschoben werden. Die neue Regelung richte *sich in erster Linie* gegen schwarzarbeitende Pendler, die bisher vor allem aus Polen nach West-Berlin kämen, erläuterte Innensenator Heinrich Lummer (CDU).

Die Berliner Behörden hatten in den letzten Tagen erwogen, eine Gruppe von etwa 30 Rumänen am Grenzübergang zum „DDR"-Flughafen Berlin-Schönefeld wieder zurückzuweisen. Grenzposten an der Waltersdorfer Chaussee (amerikanischer Sektor) hatten die Rumänen, die mit einer *Linienmaschine* aus Bukarest eingetroffen waren, zunächst aufgehalten. Die Rumänen hätten sich jedoch geweigert, in die „DDR" zurückzukehren. Die Senatsbehörden entschieden danach, die Gruppe aufzunehmen.

Die für ihre Unterbringung zuständige Senatsverwaltung für Gesundheitswesen bezeichnete gegenüber der WELT die Rumänen als „ausgebürgert und staatenlos". Die Ausländerpolizei betonte dagegen, es werde noch geprüft, welchen Status die Rumänen als Inhaber eines Fremdenpasses hätten. Unter den in Berlin eingetroffenen Auswanderungswilligen *besitzt eine Anzahl ein* „DDR"-Transitvisum für Hin- und Rückreise. Nach Angaben von nach Schweden

● **Fortsetzung Seite 10**

DER KOMMENTAR

Zuflucht

WERNER KAHL

Auf dem Zentralflughafen der „DDR" – Schönefeld – konnte in der vergangenen Woche eine Schlüsselszene *beobachtet* werden, die sich ansonsten der Öffentlichkeit entzieht. Als der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu *unter den* Klängen des Präsentiermarsches auf Gastgeber Honecker zuging, eine Liste brennender Wirtschaftsnöte im Gepäck, strömten Landsleute von ihm aus einer Linienmaschine, die aus Bukarest gekommen war. Diese Rumänen strebten nach West-Berlin. Jahrelang hatten sie vergeblich Ausreiseanträge *gestellt*, hatten sie Drohungen, Demütigungen und Schikanen erdulden müssen. Doch seit kurzem wird in kleiner Dosis die Ausreise gestattet.

Der Ameisenpfad aus Bukarest in die von den Kommunisten verteufelte Welt des Klassenfeindes ist ein Beweis dafür, *daß es im Sowjetblock* nicht nur in der „DDR" einen innenpolitischen Stimmungsstau von immer mehr Menschen *gibt*, die dem eigenen Land den Rücken kehren wollen. Nicht selten wird Ceausescu im Westen wegen seiner eigenwilligen Politik gegenüber Moskau gerühmt. Darüber verstummt oft die Kritik an seiner brutalen Innen- und Wirtschaftspolitik.

Sein Versuch, Rumänien ökonomisch relativ „unabhängig" zu machen, muß als *gescheitert* angesehen werden. Das hat auch der Staatsbesuch bei Honecker gezeigt. Nach einem harten Winter herrschen im Erdölland Rumänien Not und Mutlosigkeit. Wer die Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern kennt, weiß, was es bedeutet, wenn Rumänien heute als „Armenhaus" des Sowjetblocks *bezeichnet wird*. Der Lebensstandard ist ständig gesunken, die Arbeitsmoral hat einen Tiefstand erreicht.

Jene Rumänen, die sich zutrauen, eine neue Existenz in Freiheit zu gründen, fordern mit immer größerem Nachdruck ihre Selbstbestimmung. Sie wollen aus der sozialistischen Gesellschaft entlassen werden. Der freien Welt stellt sich in neuer Variante die Problematik der Asylpolitik für Zufluchtsuchende aus dem Osten.

Bedenken der FDP gegen SDI wachsen

„Kleiner Parteitag" stellt sich hinter Genscher / „Zügige Verwirklichung" von Eureka gefordert

STEFAN HEYDECK, **Neuss**

Gegen die amerikanischen SDI-Pläne hat der Bundeshauptausschuß der FDP, wichtigstes Beschlußgremium zwischen den Parteitagen, Bedenken angemeldet. Die 125 Delegierten verlangten in Neuss in einem einstimmigen Beschluß, das „Wettrüsten im Weltraum" zu verhindern und auf der Erde zu beenden. Gleichzeitig unterstützen sie das von Präsident Mitterrand vorgeschlagenen Eureka-Projekt, um eine „zügige Verwirklichung" einer europäischen Technologie-Gemeinschaft zu ermöglichen.

Damit stellte sich der „Kleine Parteitag" voll hinter Außenminister Genscher. Hingegen hatte FDP-Chef Bangemann vor einer endgültigen Festlegung auf SDI gewarnt und die Voraussetzungen für eine Teilnahme beschrieben: „Volle Gleichberechtigung der Partner", keine „Einbahnstraße" *beim Technologie-Transfer*, eine gemeinsame europäische Haltung und keine „automatische Ein*mündung*" der *Forschungsphase in* die Entwicklung. Genauso wie Bangemann, der sich gegen eine „Emotionalisierung" des SDI-Themas wandte, wiesen auch andere Sprecher darauf hin, daß die USA ihre Vorstellungen noch konkretisieren müßten. Es sei noch nicht völlig klar, was sie unter „Beteiligung" verstünden.

Bundeskanzler Kohl hatte wiederholt erklärt, es solle möglichst eine europäische Lösung erreicht werden. Voraussetzung sei aber das Interesse der Partner. Die mehrstündige Diskussion im Bundeshauptausschuß vermittelte den Eindruck der Geschlossenheit. Genscher, der detailliert die Entwicklung der Sicherheits- und Friedenspolitik der letzten Jahre einschließlich des NATO-Doppelbe*schlusses aufgelistet hatte, stellte die* Übereinstimmung der FDP-Haltung mit dem Beschluß des Bundessicher*heitsrats fest*. So liege *nach den Worten* von Genscher, der sich nach Ansicht von Teilnehmern in gewisser Weise dem Brief von Alt-Bundes*kanzler Helmut Schmidt an dessen* Nachfolger Helmut Kohl (WELT v. 30.5.) genähert hat, CDU-Generalsekretär Geißler mit seiner Ansicht falsch, durch Weltraumwaffen könne die atomare Bedrohung vermindert werden. Gleichzeitig begrüßte Genscher ausdrücklich die Eureka-Pläne. Sie seien „eine Sternstunde", die man „nicht vorübergehen lassen" dürfe.

SEITE 2:
Wohin drängt Genscher?
SEITEN 10 UND 11:
Weitere Beiträge

Vor der Sitzung hatte der Bundesvorstand seinen Weltraum-Beschluß vom 23. März bekräftigt, in dem den Abrüstungsverhandlungen in Genf große Bedeutung beigemessen wird. Ein Antrag des Bezirks Nordschwarzwald ging „entschärft" mit dem Vorstandspapier in eine Vorlage des NRW-FDP-Chefs und Staatsministers im Auswärtigen Amt, Möllemann, ein. Danach fordert die FDP jetzt von der Bundesregierung, „auf *keinen Fall eine singuläre* Teilnahme" am SDI-Programm „in Betracht zu ziehen". Die Entspannungspolitik, *in der sie eine „neue Phase"* einleiten will, dürfe „nicht weniger konsequent" als in der sozial-liberalen Koalition betrieben werden.

Mehr Rechte für Deutsche in Polen gefordert

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat die polnische Führung aufgerufen, den dort lebenden Deutschen Volksgruppenrechte einzuräumen. Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen (CDU), sagte gestern vor dem Bund der Danziger in Münster, wenn die Machthaber in Polen schon nicht bereit seien, den *Deutschen dort die* Ausreise zu bewilligen, dann müßten sie ihnen wenigstens die Freiheiten *gewähren, die jeder Volksgruppe in* der ganzen Welt zustünden.

In der Bundesrepublik kenne man die schwierige Lage des polnischen Volkes und wolle die Schwierigkeiten nicht vergrößern, sagte Windelen. Den Polen werde die Selbstbestimmung und die freie politische Entscheidung vorenthalten. Um so eindrucksvoller sei es zu sehen, wie sich dieses östliche Nachbarvolk auf seine nationalen und religiösen Traditionen besinne und welche Kraft es daraus schöpfe. Allerdings sei es nicht hinzunehmen, *wenn der polnische Partei-* und Regierungschef General Jaruzelski die Existenz einer deutschen Min*derheit in* Polen leugne und „ein- für allemal" als erledigt erkläre.

„Wir können uns nicht damit abfinden, wenn in Polen die Existenz deutscher Bürger einfach geleugnet wird", fügte Windelen hinzu. Auch in Zukunft müsse das deutsche Volk beharrlich für Selbstbestimmung und Freiheit für *alle Völker und auch für* das eigene Volk eintreten, betonte er. Versuche, den Wiedervereinigungs*willen aus der* Präambel des Grundgesetzes zu entfernen, „werden auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen", erklärte Windelen.

Chinas Premier in London eingetroffen

DW. Peking

China *erwartet* von der Europäischen Gemeinschaft eine verstärkte Öffnung ihres Marktes für chinesische Produkte und will davon auch seine eigene künftige Import-Politik gegenüber Westeuropa abhängig machen. Diese Haltung bekräftigte die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua *in einem Kommentar zu der dreiwö*chigen Europa-Reise von Ministerpräsident Zhao Ziyang. Zhao traf ge*stern in London ein, der ersten Sta*tion seiner Reise, die ihn auch in die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande *führen* wird.

Mit seinem am 8. Juni beginnenden achttägigen Besuch in der Bundesrepublik erwidert Chinas Premier den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl im Oktober 1984. Auf einer Pressekonferenz vor seinem Abflug hob Zhao die Kapitalkraft der Bundesrepublik, ihre fortgeschrittene Technologie und Erfahrung im Management hervor. Von Zhaos Besuch wird die *Unterzeichnung* wichtiger Wirtschaftsabkommen erwartet. Nach bisherigen Informationen steht China *unmittelbar vor der Vergabe des Auf*trags für den Bau von zwei Kernkraftwerken durch die deutsche Kraftwerk-Union (KWU), die mit der chinesischen Entsorgung von deutschem Atommüll bezahlt werden sollen. Geplant sind weiterhin ein deutsch-chinesisches Abkommen zur *Verhinderung der Doppel-Besteue*rung und ein 50-Millionen-Mark-Kredit zu Vorzugszinsen. In London soll *während des Zhao-Besuches* ein Vertrag über den Kauf von zehn Verkehrsflugzeugen vom Typ BAE-146 unterzeichnet werden.

Karamanlis mahnt Griechen zu Vernunft

e. a. a.Athen

Unter dem Eindruck einer Erklärung des von den Sozialisten entmachteten Staatspräsidenten Konstantin Karamanlis, der seine Lands*leute zur politischen Vernunft* ermahnte, sind 7,6 Millionen stimmberechtigte Griechen gestern an die Urnen gegangen, um ein neues Parlament zu wählen. Der sicherste Beweis für die in Griechenland entstandene Polarisierung zwischen Sozialisten und Konservativen war die besonders *hohe* Wahlbeteiligung, die am späten Nachmittag, also mehrere Stunden vor Schließung der Wahllokale, *mehr* als 70 Prozent betrug.

In seiner ersten Erklärung seit seiner Kaltstellung durch Regierungschef Papandreou im März sagte Karamanlis, daß sich Griechenland in eine „Phase der Verwirrung und Unsicherheit" befinde.

Gibt Arafat jetzt nach?

Hussein: PLO verzichtet auf Palästinenser-Staat

hav, **Jerusalem**

US-Außenminister George Shultz *hat in einer Sondernote dem israeli*schen Regierungschef Shimon Peres mitgeteilt, daß König Hussein von Jordanien die *Forderung nach* einem selbständigen palästinensischen Staat fallengelassen habe und sich mit einer jordanisch-palästinensischen Konföderation begnüge. Hussein habe sich verpflichtet, noch im Laufe dieses Jahres Friedensverhandlungen mit Israel auf der Grund*lage der Resolutionen 242 und 338* des Weltsicherheitsrates aufzunehmen.

Shultz betonte, daß Husseins Ver*pflichtung* „die *weitestreichende* Stellungnahme irgendeines arabischen Staatsmannes ist, die jemals öffentlich gemacht wurde". Weiter hieß es in der amerikanischen Note, Hussein habe erklärt, *daß PLO-Füh*rer Arafat und das Exekutivkomitee der PLO die Stellungnahme Husseins gutgeheißen hätten. Hussein wolle auch bald Unterredungen zwischen einer jordanisch-palästinensischen Delegation und den USA aufnehmen.

Israel beurteilt die Friedensbereitschaft der PLO skeptisch. Es ist auch *nicht das erstemal*, daß Mittelsmänner eine solche Bereitschaft im Namen der PLO veröffentlicht haben. Aber jedesmal, wenn Arafat darauf angesprochen wurde, dementierte er dies.

Falls es den Palästinensern mit ihrer Friedensinitiative ernst ist, könnte es zu einem Bruch *in* der israelischen Regierungs-Koalition und zu Neuwahlen kommen. Friedensverhand*lungen mit Jordanien müßten zu ei*nem Gebietsverzicht führen, den der Likud-Block nicht annehmen könnte. Die Arbeiterpartei verhält sich gelassener. Sie bejaht grundsätzlich einen „territorialen Kompromiß" – jedoch in viel kleinerem Umfang, als ihn König Hussein und die Araber fordern.

Seite 2: Verschnaufpause

Weltweit gegen Fußball-Rowdys

DW. **Düsseldorf**

Das Fußball-Drama von Brüssel wird weltweite Maßnahmen gegen die wachsende Gewalt im Sport zur Folge haben. Die Konferenz der Innen- und Sportminister der Europäischen Gemeinschaft diskutiert noch im *Juni möglic*he Konsequenzen auf die tragischen Ereignisse in der belgischen Hauptstadt, wo am Mittwoch 38 Menschen getötet wurden. Bereits heute wird die britische Regierungschefin Margaret Thatcher dem Unterhaus ihre Notstandsmaßnahmen gegen Gewaltakte bei Fußballspielen vorlegen. Im Mittelpunkt steht ein Alkoholverbot. Außerdem sollen die Fans besondere Ausweise erhalten, durch die eine spätere Identifizierung nach Gewaltakten besser möglich ist.

Der Europäische Fußball-Verband (UEFA) beriet gestern noch am späten Abend in Basel strenge Sanktionen gegen die nationalen Verbände von England und Belgien. Beobachter rechnen mit einem langjährigen Ausschluß der britischen Vereine von allen europäischen *Pokalwettbewer*ben. Auch der belgische Verband dürfte nicht ungestraft bleiben. Wegen der organisatorischen Unzulänglichkeiten in Brüssel wird Belgien wohl auf lange Zeit keine Endspiele mehr ausrichten können. Bereits am Freitag hatte der britische Fußball-Verband den freiwilligen Teilnahmeverzicht für ein Jahr verkündet.

Inzwischen hat die belgische Polizei den Italiener festgenommen, der mit einer Pistole auf die Sicherheitskräfte geschossen haben soll. Die Turiner Polizei sei jedoch sicher, berichtete das italienische Fernsehen, daß es sich bei der Waffe lediglich um eine Leuchtpistole handle.

Die letzten 22 der 31 italienischen Opfer der Fußball-Katastrophe sind unterdessen in drei Sondermaschi*nen der italienischen Luftwaffe* übergeführt worden. Staatspräsident Pertini, selbst ein begeisterter Fußball*freund, gab ihnen auf dem Flughafen* in Rom die letzte Ehre.

Antibritische Tendenzen werden aus italienischen Feriengebieten gemeldet. Jugendliche Italiener bewarfen im Adria-Badeort Rimini Busse und Autos britischer Urlauber mit Steinen. *Auf Sardinien* wurden Wände von Cafés und Restaurants mit „Engländer raus" oder „Hier werden keine Engländer bedient" beschmiert.

Strafanzeige gegen das belgische Fernsehen kündigte die UEFA an. Die im französischsprachigen Programm verbreitete Meldung, der Ausgang des Endspiels (1:0 für Juventus Turin) sei *manipuliert* worden, wurde als „skandalös" und „diffamierend" scharf dementiert.

Seite 20: „Liverpool, Liverpool!"

Kroatiens KP-Zeitung nennt Politik Bonns „doppelbödig"

Scharfe Angriffe im Vorfeld des Jugoslawien-Besuchs Kohls

cgs. **Belgrad**

Aus Anlaß des bevorstehenden offiziellen Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl in Jugoslawien hat eine der wichtigsten Zeitungen des Landes, der Zagreber „Vjesnik", Bonn beschuldigt, eine „doppelbödige Politik" zu betreiben. Die Zeitung, die als Sprachrohr der Parteiführung Kroatiens gilt, spricht von „ernsthaften Schatten des Zweifels", die die *deutsch-jugoslawischen* Beziehungen belasten, weil von deutschem Territorium aus in letzter Zeit Dutzende *von terroristischen Aktionen* gegen Jugoslawien gestartet wurden.

Die kroatische KP-Zeitung bezieht sich offenbar auf die Aktionen kroatischer *Extremisten, die einen „unab*hängigen Staat Kroatien", losgelöst von Jugoslawien, anstreben. Daneben könnten auch Gruppen von Kosovo-Albanern gemeint sein, die gegen den jugoslawischen Staat agieren. In der Tätigkeit der kroatischen Emigration auf deutschem Boden sieht der „Vjesnik" ein Zeichen für das „Wiedererwachen des Nazismus". Es handele sich bei ihr um die „Überbleibsel der nazifaschistischen Okkupation Jugoslawiens".

Auch über die Lage der in Deutschland lebenden 600 000 Jugoslawen zeichnet der „Vjesnik" ein düsteres Bild. Demnach habe es während der vergangenen zwei Jahre mehrere Dutzend terroristische Aktionen gegen jugoslawische Bürger in der Bundesrepublik gegeben, und es sei in Jugoslawien zu Bombenanschlägen gekommen. Die Bundesrepublik verfolge zwar ihre eigenen Terroristen, gebe aber ausländischen Terroristen – *gemeint sind offenbar wiederum* die radikalen Kroaten und Albaner – Zuflucht und sogar gesetzliche Unterstützung. Der „Vjesnik" *meint*, der Besuch Kohls in Jugoslawien sei eine gute Gelegenheit, solche „überflüssigen Hindernisse" in den beiderseitigen Beziehungen aus dem Weg zu räumen.

Auch mit der Presse der Bundesrepublik ging die Zeitung scharf ins Gericht. Deutsche und österreichische Zeitungen seien immer vorn, wenn es darum gehe, etwas Negatives über Jugoslawien zu schreiben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Strohfeuer-Programmitis

Von Peter Gillies

Rund sechs Stunden debattierten die Präsiden der CDU über ein Beschäftigungsprogramm, das keines sein darf. Finanzminister Stoltenberg, so war zu hören, habe die Diskussion souverän beherrscht, freilich auch viel Zeit darauf verwenden müssen, den Bazillus der Programmitis zu bekämpfen, von dem viele seiner Parteifreunde seit kurzem – genauer: seit der NRW-Wahl – befallen sind.

Gegen eine stärkere Förderung der Stadterneuerung oder gegen (seriös finanzierte) Projekte des kommunalen Umweltschutzes ist wenig einzuwenden. Das mag der Bauwirtschaft sektoral helfen. Höhere Abschreibungen oder die subventionierte Beschäftigung in sogenannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind mit mehr Zweifeln behaftet. Abschreibungen erfordern beispielsweise Gewinne; Arbeitsbeschaffungsprogramme haben hohe Mitnahmeeffekte, das heißt, viele Gemeinden nutzen das angebotene Geld zur Kostenverlagerung von einer in die andere öffentliche Kasse.

Man mag sich weiter mit Nebensächlichkeiten befassen, aber die Hauptsache lautet: Die beste Wirtschaftsförderung mit der *Aussicht auf mehr Arbeitsplätze* ist ein investives Wachstumsklima mit hoher Preisstabilität und niedrigen Zinsen. Da gibt es erstaunliche Fortschritte, die unbegreiflicherweise nicht in Umlauf gebracht werden. Allein ein Prozent Zinssenkung übertrifft die Wirkung milliardenschwerer Beschäfti*gungsprogramme* bei weitem. *Auch braucht* die Wirtschaft kein Zuckerle in Form von Abschreibungsboni, sondern eine Steuerentlastung für Gewinne und Betriebsvermögen. Ein guter Ansatz ist auch das Bechäftigungsförderungsgesetz.

Sollte dieses Konzept noch durch Verläßlichkeit, Zurückschneiden von Subventionen und Verweigerung neuer Transferleistungen flankiert sein, braucht der Regierung nicht bange *zu sein – freilich unter der Voraussetzung*, daß sie ihre Stetigkeit nicht weiter als Untätigkeit diffamieren läßt. Eine verläßliche Konsolidierung der Staatsfinanzen gibt das Fundament ab. Dafür hat Stoltenberg achtbar gestritten.

Dem Drang, mit der berühmten Kurbel die Konjunktur auf höhere Touren bringen zu wollen, beginnt die Regierung offenbar – wenn auch sehr langsam – zu widerstehen. Warum sie es tun muß, *hält sie leider verborgen.* Die SPD *wirft der Koalition* vor, sie entfache nur „kleine Strohfeuer". Aber die Alternative der Sozialdemokraten, die mit „großen Strohfeuern" locken, bestrickt noch weniger.

Ein Tritt zur Begrüßung

Von Carl Gustaf Ströhm

Westliche Zeitungskommentare haben meist mit der Meinung der Regierungen nichts zu tun. In kommunistisch *regierten Staaten ist das anders – auch in Jugoslawien. Es läßt* sich daher kaum vorstellen, daß eine der wichtigsten Zeitungen des Landes, das Sprachrohr der kommunistischen Führung Kroatiens, am Vorabend eines offiziellen Besuches des Bundeskanzlers eine massive Attacke gegen Bonn reitet, ohne daß höhere Instanzen so etwas abgesegnet haben.

Die Beschuldigungen des Zagreber „Vjesnik", die Bundes*regierung unterstütze oder decke den kroatischen Extremis*mus und Terrorismus – und zwar aus offenkundig neonazistischen Gründen und weil Bonn die „Okkupationspolitik" des Dritten Reiches fortsetzen wolle –, ist so absurd, daß sie keiner Antwort bedürfen. Die hinzugefügte pauschale Verdächtigung, die gesamte westdeutsche Presse habe nichts anderes im Sinn, als irgendwelche nazistischen Umtriebe gegen Jugoslawien zu veranstalten, mutet gleichermaßen seltsam an.

Mag sein, daß die deutschen Behörden sich im Wirrwarr der ausländischen Arbeitnehmer, politischen Flüchtlinge und Demonstranten nicht immer auskennen. Die Bundesrepublik Deutschland aber der Hilfe für kroatische Terroristen zu verdächtigen, ist ein starkes Stück. Nicht nur die Bundesrepublik – fast alle westlichen Länder sind mit der Tatsache konfrontiert, daß es einige fanatische Kroaten gibt, die *mit* Bomben und Pistolen gegen den jugoslawischen Staat vorgehen.

Diese Leute aber sind aber keine deutsche Kreation. Sie als Überbleibsel des Zweiten Weltkriegs zu bezeichnen, wie es „Vjesnik" tut, ist schon deshalb unsinnig, weil es sich – wie die Biographien der jüngst in Jugoslawien vor Gericht gestellten kroatischen Attentäter zeigen – meist um jüngere Leute handelt, die *nach dem Krieg geboren wurden* und *im kommunistischen* Jugoslawien die Schule besuchten. Glauben jugoslawische Politiker, der „Vjesnik"-Artikel sei die richtige Einstimmung auf einen offiziellen Meinungsaustausch mit Kanzler Kohl, bei dem die jugoslawische Seite auch finanzielle Wünsche *vorzutragen hat?*

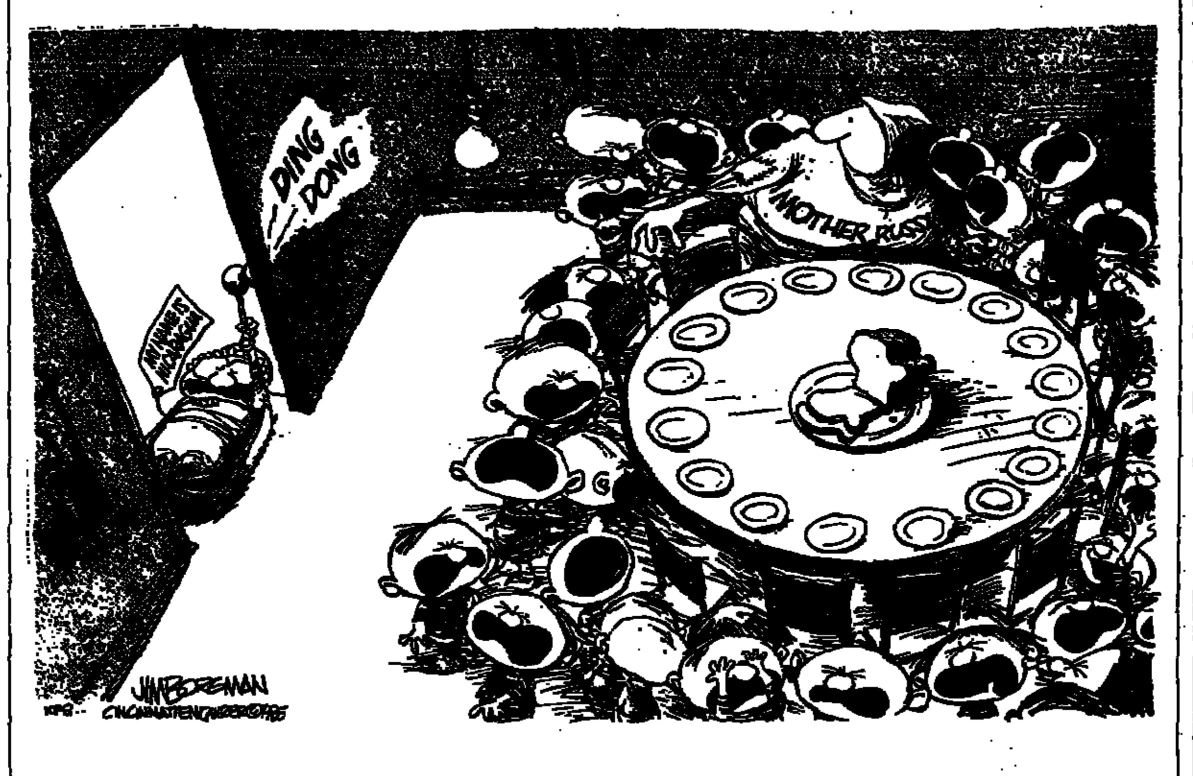
Verschnaufpause in Beirut

Von Jürgen Liminski

Die Kämpfe in Beirut sind zu sporadischen Schießereien abgeflaut; die Drohung mit dem syrischen Knüppel übt eine gewisse Wirkung aus. Wie lange die Schiiten freilich still halten, ist fraglich. Sie wollen die unerklärten palästinensischen Enklaven in Beirut weder der Kontrolle des Terroristen *Arafat noch der des Militärdikators Assad überlassen.* Sie wollen ihren eigenen Extremismus.

Für den Westen ist es gleich, wer in Sabra und Schatila die Kalaschnikow schwingt. Sowohl die Schiiten, als auch die PLO (welcher Ausrichtung auch immer) oder die Syrer werden das *Niemandsland* am *Rande Beiruts* zu einem neuen *Unruheherd* ausbauen. Die Schiitten streben eine islamische Republik an, deren Missionseifer Khomeini im Golfkrieg demonstriert. Die PLO sucht nach einem unkontrollierbaren, aber günstig gelegenen Ort, von dem aus sie ungehindert ihre Aktionen gegen *Israel* und den Westen *starten* kann. Da wäre Beirut ein geeigneter Platz. Die Syrer schließlich denken immer noch an ihr großsyrisches Reich, das Jordanien, Israel, Libanon und ein paar Randgebiete der Türkei und Iraks umfassen soll. Da kann man auf Beirut nicht verzichten.

Alle drei Formationen stehen mit Moskau in Verbindung. Am wenigsten freilich hat Arafat zu verlieren. Es kümmert ihn auch wenig, daß sein Vertrauter Abu Dschihad gerade zu dem Zeitpunkt Aktionstrupps aussendet, da Amman und Kairo sich um ein Entrée für die PLO in Washington bemühen. Sie haben die diplomatischen Schritte *Husseins zu königlichen* Sprechblasen degradiert, und in Amman ist man darüber verärgert. Die Syrer dagegen müssen auf schiitische Empfindlichkeiten ihrer Verbündeten in Teheran achten, auf die sunnitischen im eigenen Land, auf die der Cash-and-Carry-Diplomaten am Golf und jetzt auch noch auf die sowjetischen, weil der Kreml mit Arafat offenbar noch einiges vorhat. So ist das Abflauen der Schießereien eine Verschnaufpause.



„Hallo! Ich heiße Nicaragua!" JIM BORGMAN/CINCINNATI ENQUIRER

Wohin drängt Genscher?

Von Herbert Kremp

Haben wir eine Außenpolitik? Wenn ja, welche? Wer führt sie, wie ist ihre Richtung? Es gibt in der letzten Zeit Anlässe, diese Fragen zu stellen. Am Wochenende verwarf der „kleine Parteitag" der FDP eine „singuläre Beteiligung" der Bundesrepublik am amerikanischen *Raketenabwehr*-Projekt. Der Koalitionspartner schlug sich auf die Seite Mitterrands.

Der Bundeskanzler hatte bei seinem Gespräch *mit* dem französischen Staatspräsidenten in Konstanz zwar sein Interesse an der europäischen Technologie-Gemeinschaft (Eureka) zum Ausdruck gebracht, die *Beteiligung* an SDI jedoch in keiner Form aufgekündigt. Widersprüche zwischen Genscher und Kohl gibt es auf diesem Gebiet seit Monaten. Sie vernebeln Bonn, obwohl eines sonnenklar ist: Der Außenminister will von der weltraumgestützten Verteidigung nichts wissen.

Der Dissens beschränkt sich nicht auf den Rüstungsaspekt. Er betrifft auch Eureka. Der Außenminister definiert die technologische Zusam*menarbeit der Europäer* anders als der Bundeskanzler. Im Vordergrund steht das ökonomische Ziel, „die Spitzenstellung Europas als führender Industrie-Region zu wahren", wie der kleine Parteitag unter dem Einfluß Genschers beschloß. Von militärischer Forschung und gemeinsamer *Beteiligung an SDI ist nicht die* Rede.

Der Bundeskanzler wiederum schließt weder das eine noch das andere aus. Er sieht sich darin vom britischen Außenminister Howe, nicht aber von seinem eigenen Außenminister unterstützt. Was Eureka ist, was daraus werden kann, weiß indes niemand – *außer Genscher.* Er erblickt in dem, was noch nicht existiert und was beispielsweise von Forschungsminister Riesenhuber mit Skepsis betrachtet wird, ein Mittel, von der SDI-Beteiligung abzulenken. Möglicherweise glaubt er, das fiele niemandem auf.

Welchen Grund hat das Bonner Doppelspiel? Wie kommt es beispielsweise, daß der Bundeskanzler den nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramirez nicht empfängt – dieser hatte sich um einen Termin bemüht –, während der Außenminister den Reisenden begrüßt und ihm zusichert, das revolutionäre System im Rahmen der von der EG angestrebten wirtschaftlichen Kooperation zu unterstützen?

Den jüngst verhängten Handelsboykott der USA gegen Nicaragua lehnte Genscher vor dem Gast ab, so daß Ramirez im Anschluß an das nette Gespräch öffentlich fragen konnte, warum bei soviel *Entgegenkommen* die Entwicklungshilfe Bonns für sein Land weiterhin eingefroren sei. Der Frage wohnt Logik inne, nicht hingegen der deutschen Außenpolitik. Warum „pflegt" der Bundesaußenminister einen erklärten Feind der USA, der in seinem Machtbereich überdies die Menschenrechte mißachtet? Warum überläßt er das nicht der Opposition?

Genscher *distanziert* sich von der Politik Washingtons nicht so eindeutig wie etwa Willy Brandt, stellt sich aber zwischen „beide Großmächte" und läßt den Hauptausschuß seiner *Partei „alsbald konkrete Verhand*lungsvorschläge beider Seiten" für Genf fordern. Der FDP-Beschluß klingt wie eine Regierungserklärung aus sozial-liberalen Zeiten. Ziel der Verhandlungen soll es sein, „ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden. Das *entspricht dem Willen aller Völker* ebenso wie das Ziel, die Kernwaffen zu begrenzen und zu vermindern und die strategische Stabilität zu festigen", heißt es.

Wer die Wolken aus dem Text bläst und den Kern betrachtet, findet den Koalitionsfreund Kohls auf dem alten Wege, die Amerikaner zu „drängen". Denn bei wem sollen derartige Appelle Gehör finden? Etwa bei der sowjetischen Führung, die mit frischer, konzentrierter Kraft die Westeuropäer von den Amerikanern zu trennen versucht und dieses Geschäft offen und für jedermann erkennbar betreibt?

Genscher drängt die Amerikaner,



Die januskopfige Außenpolitik: Genscher, Kohl FOTO: POLY-PRESS

aber in erster Linie drängt er Kohl, die Amerikaner zu drängen. Ihm paßt die ganze amerikanische Richtung nicht. Der Außenminister befürchtet – ohne dies klar zu sagen –, daß der Plan Washingtons, die Strategie der gegenseitigen Vernichtungsandro*hung durch eine Strategie der Rake*tenabwehr zu ersetzen, die Genfer Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen gefährdet, das westliche Bündnis zerrüttet und die Sicherheit (besonders Westeuropas) destabilisiert.

Genscher arbeitet unter Vorwänden gegen den Plan, obwohl ihm kaum entgangen sein dürfte, daß die Sowjets (mit welchem *Erfolg* auch immer) seit langem ähnliche Weltraumprojekte verfolgen. Er will etwas grundsätzlich anderes, nämlich aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Schlußakte von Helsinki „eine neue Phase der Entspannungspolitik" einleiten. So steht es im Beschluß des Bundeshauptausschusses vom Wochenende.

Wer sich in Washington und in Genf umhört, weiß, daß die Amerikaner sich nicht drängen lassen werden. In welche Richtung auch? In Genf geht es um die sowjetische Überrüstung auf dem Gebiet der *Langstrek*ken- und Mittelstreckenraketen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß das Moskau unter Gorbatschow zu gewichtigen Konzessionen oberhalb der Propaganda-Grenze bereit ist. Die Raison der kommunistischen Weltmacht läßt es nicht zu, auf den einmal gewonnenen Status der *militärischen* Überlegenheit zu verzichten.

Das einzige, was Moskau wirklich fürchtet, ist eine technologisch überlegene Raketenabwehr in westlichen Händen, die ihre Offensiv-Kapazitäten entwertete. Nur aus diesem Grunde, *nur um dieses Projekt mit allen* politisch-propagandistischen Mitteln bekämpfen zu können, sind die Sowjets auf die Genfer Plattform zurückgekehrt. Ihr Ziel ist es, mit direkter oder indirekter Hilfe der Westeuropäer das amerikanische SDI-Projekt aus der Welt zu schaffen.

Darum geht es ihnen, nicht um Entspannung. Genscher kehrt zu verbrauchten und *widerlegten Formeln* zurück. Es war just die Zeit der Entspannung, in der Moskau seine Überrüstung schuf. Der Regierungschef muß darauf achten, daß sein Außenminister nicht hinter vernebelnden Begriffen die außenpolitische Rückwende vollzieht.

IM GESPRÄCH Dan Rostenkowski

Endstation Steuerreform

Von Fritz Wirth

Amerikaner haben Mühe, seinen *Namen richtig auszusprechen;* sie müssen dabei den Mund so voll nehmen. Sein Gesicht dagegen ist äußerst einprägsam: *breitbackig*, kantig und von jener robusten Art, wie man sie zuweilen unter kanadischen Holzfällern antrifft.

In der letzten Woche hatte dieser *anonyme* Mann mit dem altvertrauten Gesicht seinen großen Auftritt. Ihm gehörten zehn Minuten lang die *Bildschirme zwischen* New York und Los Angeles. Er durfte nach dem Präsidenten zur Nation sprechen. Es ging um die Steuerreform. Sein Gesicht blieb besser in Erinnerung als das, was er sagte. Und weil er wußte, wie flüchtig und vergänglich ein Fernsehbild sein kann, bat er die Nation, ihm *doch* einen Brief zu schreiben. „Und wenn ihr meinen Namen nicht buchstabieren könnt, schreibt einfach an Dan Rosty."



„Schreibt einfach an Rosty!" FOTO: CAMERA PRESS

Er heißt Dan Rostenkowski. Seine Eltern kommen aus Polen, er selbst wurde vor 57 Jahren in Chicago geboren. Als Mitglied der Demokratischen Partei und als Politiker ist er ein Produkt der „Chicagoer Schule" des legendären Richard Daley, des einstigen *Bürgermeisters dieser Stadt.*

Sein politischer Stil hat die Durchschlagskraft und die Eleganz eines Bulldozers. *Ihn* interessieren nicht Theorien und Ideologien, sondern allein Macht, Einfluß und das Vermögen, Dinge in Bewegung zu setzen.

Nie war für Dan Rostenkowski die *Chance dazu größer als heute.* Als Vorsitzender des Finanz- und Steuerausschusses des Repräsentantenhauses wird er maßgeblich über das Schicksal der in dieser Woche vorgelegten Steuerreform entscheiden, die Ronald Reagan mit dem anspruchsvollen Etikett der „zweiten amerika*nischen Revolution" versehen hat.*

Es ist nicht nur seine letzte Chance, sich einen Namen zu machen, den die Amerikaner bis zum letzten Buchstaben richtig auszusprechen vermögen, es ist für ihn zugleich der letzte Anlauf, jenes Amt zu erobern, das er seit Jahren im Visier hat: das des Thomas *O'Neill*, des Sprechers des *Repräsen*tantenhauses. Sein Hauptrivale ist dabei Jim Wright – und diese Rivalität wird in den kommenden Monaten in der Steuerdebatte durchschimmern. Denn Rostenkowski ist scharf dagegen, daß den *großen Ölkonzernen* bei dieser Reform Steuervergünstigungen eingeräumt werden, der Texaner Wright dagegen macht sich für diese Konzerne stark.

Rostenkowski zog 1958 mit dreißig Jahren ins Repräsentantenhaus ein und ist bis auf den heutigen Tag, da seine *Haare grau zu werden* beginnen, der „vielversprechende junge Mann" geblieben, der noch eine große *Zukunft* vor sich hat. Der bevorstehende Kampf um die Steuerreform ist für Rostenkowski die Endstation dieser vielversprechenden Zukunft. Er ist offenbar entschlossen, diese *Chance bis zur letzten* Karte auszureizen. Er will diesem Steuerentwurf, der zur Stunde noch der des Präsidenten ist, in den kommenden Monaten seinen Namen mit einprägen.

Scheitert er damit und sollte schließlich auch der Kampf um das Sprecheramt des Hauses verlorengehen, will er Washington den Rücken kehren – und um jenes *Amt kämpfen*, in dem er sich buchstäblich zu Hause fühlt: das des Bürgermeisters von *Chicago.*

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Aachener Nachrichten

Sie gehen auf das Kirchenwort zur Umwelt ein:

Mit Recht weisen die Kirchen aber darauf hin, daß Umweltschutz nicht nur eine Aufgabe von Staat und Wirtschaft sein kann, sondern daß jeder einzelne bei sich anfangen muß, wenn die Erde lebenswert bleiben soll. Der am Straßenrand ausgekippte Autoaschenbecher, die gedankenlos weggeworfene Getränkedose, die achtlos liegengelassene Zeitung, die der Wind verweht – auf Schritt und Tritt kann jeder bei einem Spaziergang durch eine Grünanlage sehen, wie unbedacht noch immer viele *Menschen mit der Natur umgehen*, die ihnen nur auf Zeit anvertraut worden ist. Der Auftrag, den die Schöpfungsgeschichte den Menschen gab, bedeutete nicht, den Planeten zu plündern und zu vergiften. Die Schöpfung, das sind Erde, Pflanzen, Tiere und Menschen. Wenn ein Teil der *Schöpfung stirbt, dann sterben* alle anderen mit ihm.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie schreibt zum Zustand der EG:

Die EG tritt nicht nur auf der Stelle, sie ist so zerstritten wie schon seit langem nicht. Es sind nicht nur die „großen" Themen wie die amerikanische Verteidigungsinitiative im Weltraum (SDI), über die keine Einigkeit herrscht. Auch auf vielen Nebenschauplätzen spielen immer häufiger *Einzelinteressen die Hauptrolle.* Daß innerhalb der EG 30 Millionen Menschen unter dem Existenzminimum leben, ist zwar lange bekannt. Von einem wirklich wirksamen Programm gegen diese Armut in Europa jedoch hat man noch nichts gehört. Ähnliches gilt für die hohe Arbeitslosigkeit. Hingegen wirft der deutsche Landwirtschaftsminister sein Veto in die Waagschale, wenn es um einige Prozentpunkte beim Getreidepreis geht. Degeneriert die EG zur *Versammlung von Krämerseelen* und zum Debattierclub? Daß die Gemeinschaft angetreten ist, als geeintes Europa auch nach außen hin mit einer Stimme zu sprechen, gemeinsame Außenpolitik zu machen, scheint inzwischen auch der Vergessenheit anheimzufallen. Nach dem letzten Treffen der *Regierungschefs verzichtete* man sogar auf eine gemeinsame Erklärung, weil man nichts Wichtiges beraten oder gar beschlossen hatte.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung geht auf den Regierungsstil Gorbatschows ein:

Er hofft eine im allgemeinen zynische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß der Lebensstandard trotz der enttäuschenden wirtschaftlichen Resultate verbessert werden kann, wenn nur härter gearbeitet wird. Er ist sicherlich entschlossen, das Versagen der sowjetischen Industrie zu untersuchen. Seine Lösungen scheinen jedoch nicht neu. Gorbatschow kann bessere Disziplin und weniger Alkoholkonsum verlangen. Er kann sagen, wieviel Tonnen Öl eingespart werden können. Aber er hat bisher keine Vorschläge gemacht, welche neuen Anreize er schaffen will, um größere Produktivität zu erzielen und eine wankende Wirtschaft anzukurbeln.

Von gerechten und selbstgerechten Nachbarn

Was der Bundespräsident an Stimmungen in den Niederlanden spürte / Von Thomas Kielinger

Der Knopfdruck, durch den Prinz Claus der Niederlande und sein deutscher Gast, Bundespräsident Richard *von* Weizsäcker, am Sonnabend im niederländischen Eemshaven die neue Fährverbindung zur *deutschen Nordseeinsel Borkum* eröffneten, illustrierte den hohen Grad der technischen Verzahnung der Nachbarländer. Was für die Ems-Dollart-Kooperation im Besonderen gilt, läßt sich auf den gesamten Bereich unserer Beziehungen übertragen: Engere Kontakte in Handel und touristischem Austausch als diese beiden Länder können wohl kaum zwei europäische Staaten miteinander unterhalten.

Der Bundespräsident ging darauf *am letzten Tag seines Holland*-Besuchs mit der für ihn typischen Nachdenklichkeit ein. Denn gerade diesen von Gutwilligkeit und Verständnisbereitschaft durchdrungenen Mann machte das Paradoxon, das den deutsch-niederländischen Beziehungen zugrundeliegt, betroffen. Da ist der große Strom von Kommunikation und Kommerz, wie ihn kaufmännische Tüchtigkeit, deren sich Holländer und Deutsche zu Recht rühmen, hervorbringt. Da ist aber auch die spürbare Kühle, vielleicht sogar Abneigung, mit der die Niederländer dem *Nachbarn weiterhin* begegnen. Gerade die Apostrophierung Weizsäckers als des „guten Deutschen" ließ in der Presse und in vielen Gesprächen immer wieder anklingen, daß die Niederländer diesen Typus als Ausnahme ansehen.

Darum herumzureden empfiehlt sich nicht. Die europäische Vergangenheit ist eine Last, die die Deutschen nicht einfach abwerfen können. Das wissen wir, das akzeptieren wir, und wem es trotzdem schwerfällt, der wird vom jetzigen Bundes*präsidenten ermahnt, die* entwickelte „Normalität" der nachbarlichen Beziehungen etwa zu einem Staat wie den Niederlanden „*nicht* für selbstverständlich zu nehmen"; nicht einfach „fröhlich in den Tag hinein zu leben".

So weit, so gut. Aber von Weizsäcker begnügt sich nicht mit der Bestandsaufnahme. Verständnis für „Gefühle und Stimmungen" anderer Länder ist eine Sache. Die Zukunft *Europas eine andere. Dieser „gute* Deutsche" möchte sich nicht auf diesem Etikett ausruhen. So erinnerte er in den Tagen seines Staatsbesuches immer wieder an die Konditionen des zukünftigen Europa. Als Europäer, das heißt als „normale Demokratien freiheitlicher Prägung", so sagte er am Samstag, „können wir die Zukunft nur schaffen, wenn wir gemeinsam unsere Probleme lösen."

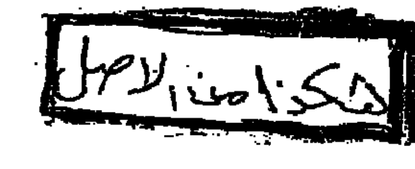
Deren größte sind aber nicht Fragen neuer Fährverbindungen oder des erweiterten Handelsaustausches. *Das gesunde Eigeninteresse der* Nationen wird dem Fortschritt in diesen Bereichen schon Beine machen, auch wenn Grenzüberschreitungen immer mit Mühen verbunden sind. Was in Europa im Wege steht ist – Europa selber. Was der Gemeinsamkeit im Wege steht, ist die exzessive Kultivierung der Verschiedenartigkeit. Was den Zusammenschluß hemmt, ist der intuitive Ausschluß des anderen, ein tradierter nationaler Narzißmus, der sich lieber mit der Einzigartigkeit des Selbst als mit der Herausforderung des Wir auseinandersetzt.

Europa liebt sich bestenfalls als abstraktes Ganzes – vor allem, wenn es um Abgrenzung von den angeblich kulturlosen Amerikanern geht –, aber es findet sich, ein Land das andere, *ziemlich befremdlich – der Massen*tourismus hat daran nichts geändert. Von Weizsäcker hat dies scharf erkannt, das heißt, es wurde ihm in seiner einstündigen Aussprache mit einer Gruppe Amsterdamer Abiturienten als Erkenntis geradezu aufgebrummt.

Wenn selbst die *dritte* Nachkriegsgeneration das Verhältnis zum Nachbarn so beinahe ausschließlich unter dem Blickwinkel der Vergangenheit sieht, dann muß man dem Bundespräsidenten recht geben in seinem illusionslosen Resümee, daß Achtzehnjährige hüben und drüben eigentlich kaum „existentiellen Kontakt miteinander" pflegen. Alltäglich gesprochen: Sie leben schlicht aneinander und *damit an der europäischen* Notwendigkeit vorbei, *die in* den Jahren der unmittelbaren Nachkriegszeit noch so viele Europäer beflügelte.

Es geht nicht darum, Sympathien einzuklagen, die nicht aufkommen wollen. Doch *ist die Halbschwester* einer gerechten Gesellschaft die selbstgerechte Gesellschaft, und zwischen Gewissen und Bigotterie kann die Grenze zuweilen sehr schmal sein.

Es kommt den Deutschen, die eine fürchterliche Geschichte der Überheblichkeit hinter sich haben, gewiß nicht zu, irgend jemanden in dieser Beziehung zu belehren. Vielmehr steht die junge Generation, stehen deren Erzieher in jedem einzelnen europäischen Land vor der Frage, ob man wirklich die Gründe innereuropäischer Abgrenzung über die Erkenntnis des zeitgenössischen Aufeinander-angewiesen-Seins stellen will. So wie heute läuft Westeuropa voreinander weg statt aufeinander zu, und viele suchen ihr *Heil in* der Orientierung nach Amerika – nur um von dort mit doppeltem Kater bei sich wiederanzulangen.





Das geprellte Pentagon holt zum Gegenschlag aus

Ein Klodeckel oder ein Aschenbecher für 2000 Mark, eine Kaffeemaschine für 23 000 Mark, eine Glühbirne für 140 Mark – amerikanische Rüstungskonzerne haben die Armee ganz nett zur Ader gelassen. Sie forderten, und es wurde gezahlt. Das Pentagon ist nun den Missetätern auf der Spur: Gegen 44 der größten Firmen laufen Untersuchungen.

Von FRITZ WIRTH

Admiral Thomas Cassidy jr. ist das, was man in Militärkreisen „einen alten Haudegen" nennt. Ein Marine-Mann, Vietnamkämpfer mit hohen Auszeichnungen. „Der beste Pilot, den die amerikanische Marine heute hat", sagt Gary Hakanson, der kommandierende Offizier des Marine-Stützpunktes Miramar in Kalifornien, wo Admiral Cassidy die Luftwaffen-Frühwarneinheiten für die Pazifikflotte leitet.

Im September dieses Jahres wollte Admiral Cassidy jr. sich nach 33jähriger militärischer Glanzzeit in den Ruhestand versetzen lassen. In der letzten Woche jedoch verdüsterte sich plötzlich diese Admirals-Laufbahn. Verteidigungsminister Caspar Weinberger versetzte ihn auf unehrenhafte Weise von seinem Marine-Stützpunkt in Miramar. Schuld daran sind sieben Aschenbecher.

In Geldsachen sind die Militärs nervös geworden

Daß Admirals-Laufbahnen an sieben Aschenbechern scheitern können, sagt etwas über die Nervosität, die sich seit einiger Zeit im Umgang mit Steuergeldern im amerikanischen Militär-Establishment ausgebreitet hat. Das hat dazu geführt, daß in diesem Establishment, das täglichen Umgang mit den modernsten verfügbaren technologischen Produkten hat, so diesseitige, so profane Gegenstände wie Aschenbecher, Toilettendeckel, Kneifzangen, Kaffeemaschinen und Glühbirnen plötzlich Symbolcharakter bekommen haben und von Zeit zu Zeit sogar in den Reden Präsident Reagans auftauchen.

Sollten jedenfalls die 19 000 Rechnungsprüfer, die das amerikanische Verteidigungsministerium beschäftigt, jemals die Absicht haben, ihre Zunft mit einem eigenen Wappen zu zieren: Kneifzange, Glühbirne und Klodeckel hätten einen legitimen Platz darin. Das sind so die Gegenstände, die heute zitiert werden, wenn Klage geführt wird über den zu sorglosen Umgang der Militärs mit Steuergeldern.

Denn die Karriere-hemmenden Aschenbecher des Admirals Thomas Cassidy jr. beispielsweise wurden von der Firma „Grumman Aerospace Corp.", dem elftgrößten Rüstungslieferanten des Pentagon, mit 659 Dollar, also umgerechnet rund 2040 Mark, pro Stück in Rechnung gestellt. Sie waren zum Einbau in das Aufklärungsflugzeug vom Typ E2C der Firma „Grumman" bestimmt. „Die Aschenbecher sind Spezialanfertigungen und müssen bei hoher Geschwindigkeit großen Belastungen standhalten", rechtfertigte sich die Firma.

Verteidigungsminister Weinberger, ein Nichtraucher, sieht die Dinge sehr viel einfacher: „Entweder untersagt man das Rauchen in diesen Maschinen oder man benutzt ein altes Marmeladenglas. Ich bin jedenfalls nicht bereit, 50 oder auch nur zehn Dollar für solch ein Ding zu bezahlen." Sagte es und schickte außer dem Admiral vorläufig auch noch Kommandeur Hakanson und Hauptmann Jerry Fronsberger in die Wüste, bis die Aschenbecher-Affäre untersucht ist.

Sein hartes Durchgreifen hat begreifliche Gründe. Die Aschenbecher-Affäre *ist kein Einzelfall. Im* letzten Jahr fand ein Kongreßausschuß heraus, daß die Firma Lockheed für Kaffeemaschinen an Bord ihrer Frachtmaschinen 7622 Dollar das Stück berechnet hatte. Wenig später wurde bekannt, daß die US-Navy der Firma Lockheed für 54 Klodeckel an Bord ihrer Anti-U-Boot-Flugzeuge vom Typ P-3 Orion 640 Dollar das Stück berechnet hatte. Als die Klodeckel begannen Schlagzeilen zu machen, reduzierte sie den Preis auf 100 Dollar das Stück.

Die Firma Boeing schließlich forderte und erhielt für Kneifzangen vom Pentagon 748 Dollar das Stück, und der Pentagon-Inspektor John Melchner sagte kürzlich aus, daß die US-Navy der Firma „Sperry Corp." 44 Dollar pro Glühbirne gezahlt habe.

Diese Fälle hatten für das Pentagon höchst unangenehme und schwerwiegende Folgen. Das amerikanische Verteidigungsministerium hat in der Öffentlichkeit und im Kongreß seither erhebliche Glaubwürdigkeitsprobleme. Das ist einer der Gründe, warum der Kongreß in den letzten Wochen die geforderten Etat-Erhöhungen Weinbergers so rigoros beschnitten hat.

Es nützte Weinberger nicht viel, daß er darauf hinweisen konnte, daß er in seinem Ministerium seit Jahren mit eiserner Hand einen harten Preiskampf mit den Rüstungsfirmen führt, daß er seit 1981 die Preiserhöhungen für Waffen insgesamt von 7,7 auf unter 1 Prozent drücken konnte und daß er seit 1983 einen Generalinspekteur mit 550 Mitarbeitern im Pentagon beschäftigt, um den Preiswucher mit Waffenmaterial zu stoppen.

Diese Männer machten erstaunliche Entdeckungen. Sie fanden beispielsweise heraus, daß große Rüstungskonzerne das Pentagon die Jahresbeiträge für die „Country Clubs" ihrer höheren Angestellten und in einem Falle sogar den Aufenthalt des Hundes eines „Top-Executives" in einem Hunde-Hotel bezahlen ließen. Das Pentagon, so ermittelten sie, hatte auch die Geschenke bezahlt, die die Firma „General Dynamics", der größte Rüstungslieferant des Verteidigungsministeriums, dem Admiral Hyman Rickover, dem Vater der amerikanischen nuklearen Unterseeboot-Flotte, verehrt hatte – Gesamtwert 67 628 Dollar, darunter auch Ohrringe für die Frau des Admirals im Wert von über tausend Dollar.

Das alles war dankbarer Stoff für Schlagzeilen. Doch in Wahrheit enthüllten diese Trivial-Skandale um Kaffeemaschinen, Kneifzangen und Geschenke nur Bruchteile einer Finanzpraxis der größeren Rüstungsbetriebe, von denen offenbar eine ganze Reihe angetreten waren, den Etat des Pentagon nach Belieben zu melken. Wie weit verbreitet diese Praxis war, zeigt die Tatsache, daß heute gegen 44 der 100 großen amerikanischen Rüstungsbetriebe Untersuchungsverfahren laufen.



„Man faßt sich an den Kopf": Caspar Weinberger
FOTO: CAMERA PRESS

Im Mittelpunkt dieser Nachforschungen steht seit einigen Jahren die Firma „General Dynamics", der größte Rüstungskonzern der Welt, der unter anderem die neue „Trident"-U-Boot-Flotte, das F-16-Kampfflugzeug und den M-1-Tank produziert. Am 4. April dieses Jahres gaben die Rechnungsprüfer des Pentagon bekannt, daß „General Dynamics" dem Verteidigungsministerium in den letzten zwölf Jahren insgesamt 244 Millionen Dollar zuviel an Gesamtkosten berechnet habe. Am 30. April teilte das Pentagon mit, man werde die 244 Millionen Dollar von „General Dynamics" zurückerhalten.

„General Dynamics"-Chef trat unter Druck zurück

Vor zehn Tagen gab Marineminister John Lehman bekannt, daß sein Ministerium zwei Aufträge an „General Dynamics" im Werte von 22,5 Millionen Dollar zurückgezogen habe. Zugleich belegte er die Firma mit einem Bußgeld von 676 283 Dollar. Das ist genau das Zehnfache der Summe, die „General Dynamics" an Geschenken für Admiral Rickover bezahlt hatte. Außerdem stellte er die „Integrität" der Firma in Frage. Das veranlaßte den Firmenchef David Lewis 24 Stunden später, seinen Rücktritt zu erklären.

Der Vizepräsident der Firma, George Sawyer, steht zur Zeit im Zentrum einer Untersuchung des amerikanischen Justizministeriums. Sawyer war einst Stellvertreter von Marineminister Lehman und für das amerikanische Schiffsbauprogramm zuständig, bevor er von „General Dynamics" angeheuert wurde. Das Justizministerium prüft nun, ob es zwischen den beiden Positionen Sawyers Interessenkonflikte zum Nachteil des Pentagon gegeben hat.

Es herrscht seit Jahren ohnehin wachsendes Unbehagen über die sogenannte „Drehtürpolitik" der Rüstungskonzerne, womit ihre Praxis gemeint ist, leitende Beamte des Verteidigungsministeriums für hohes Geld zu leitenden Managern ihrer Konzerne zu machen.

Kaum weniger kostspielig ist für das Pentagon die nachlassende Qualität bei zahlreichen Rüstungslieferanten geworden. So wurde im letzten Jahr die Firma „National Semiconductor" mit einer Geldstrafe von 1,75 Millionen Dollar wegen der Lieferung fehlerhafter Mikrochips für Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe belegt. Die amerikanische Luftwaffe weigerte sich, die Rakete vom Typ „Maverick" des Konzerns „Hughes Aircraft Co." wegen „unzureichender handwerklicher Qualität" zu akzeptieren. Im März dieses Jahres wurde schließlich der Konzern „General Electric" von einem Gericht in Philadelphia zu einer Strafe von 1,04 Millionen Dollar wegen Betrugs verurteilt. Die Firma hatte bei der Herstellung des Gefechtskopfes „Mark 12 A" für die „Minuteman"-Rakete der amerikanischen Luftwaffe 800 000 Dollar zuviel an Arbeitskosten berechnet.

So peinlich dies alles für beide Seiten, für die Rüstungsbetriebe und für ihre Auftraggeber im Pentagon sein mag, für Verteidungsminister Weinberger sind es „Erfolgsstorys". Die Enthüllungen zeigen, so meint er, daß die Zeiten des Budgetmelkens vorbei sind. Das Pentagon sei mit seinem Jahresetat von rund 300 Milliarden Dollar zu einem unbequemen Geschäftspartner geworden.

Was uns wiederum auf die eingangs erwähnten Aschenbecher zum Preise von 659 Dollar das Stück zurückführt, die die Firma „Grumman" geliefert hatte. Gestern wurde bekannt, daß die amerikanische Marine in einem ihrer „Workshops" versucht hat, diese Aschenbecher selbst zu *produzieren. Endpreis pro Stück:* 898 Dollar.

Gute Chancen also, daß der Vorschlag Weinbergers, alte Marmeladengläser zu benutzen, eines Tages doch noch Wirklichkeit wird. Irgendwo hat schließlich auch die Technologie ihre Grenzen.

Bei den Sowjets heißt das neue Planziel Nüchternheit

Einschneidende Maßnahmen gegen den Alkoholmißbrauch sind seit dem Wochenende in der Sowjetunion in Kraft. Der neue Parteichef Gorbatschow will endlich eine nationale Krankheit heilen, die zum Beispiel Unfall- und Scheidungsraten in die Höhe getrieben hat.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Schon seit Wochen herrschte Spannung unter den Sowjetbürgern. Vor einer befürchteten Rationierung und Verteuerung – die aber nicht kamen – deckten sich die Moskauer mit Batterien von Wodka-Flaschen ein. Denn seit dem 1. Juni heißt die Losung „Nüchternheit ist Lebensnorm". Ein langer Katalog von Maßnahmen und Strafen soll helfen, dieses Ziel zu verwirklichen.

Von 1986 an soll zum Beispiel die Wodka-Produktion „von Jahr zu Jahr" vermindert werden, bereits 1988 will der Staat die Produktion der billigen Beeren- und Obstweine ganz einstellen. Schwarzbrennerei soll durch strafrechtliche Verfolgung „entschlossen ausgemerzt" werden. Auch wer „Selbstgebrannten" (russisch: Samogon) nur erwirbt, muß bis zu 100 Rubel Strafe zahlen. Wer in der Öffentlichkeit „in einem die menschliche Würde und die gesellschaftliche Moral beleidigenden Zustand der Trunkenheit" erscheint, dem droht nun eine verdreifachte Geldbuße bis zu dreißig Rubeln. Wer am Arbeitsplatz trinkt oder angetrunken erscheint, muß dreißig bis fünfzig Rubel Strafe bezahlen, mittrinkende Vorgesetzte bis zu hundert Rubel. Funktionären, die „eine Neigung zu alkoholischen Getränken haben und Trinkgelage zulassen", wird der Parteiausschluß angedroht.

Schon prangen an den Geschäften in der Innenstadt Moskaus Plakate, die anzeigen, daß der Verkauf von Alkohol erst ab 14 Uhr (früher ab 11 Uhr) erlaubt ist. Auch achten Milizionäre darauf, daß junge Leute erst ab dem 21. Lebensjahr Alkohol in den Läden erwerben. Wer künftig Minderjährige zum Trinken animiert, muß mit fünf Jahren Freiheitsentzug rechnen. Die Pressekampagne gegen den Alkoholismus wurde verstärkt.

Die Gewerkschaftszeitung „Trud" schilderte den Fall von drei betrunkenen Arbeitern, die durch Unachtsamkeit einen Brand in ihrem Betrieb verursachten – Schaden 90 000 Rubel. Die Täter wurden streng bestraft: fünf bis zehn Jahre Freiheitsentzug und teilweise Schadenersatz.

In der „Komsomolskaja Prawda" beschreibt ein Leser ausführlich, wie er seinen alkoholsüchtigen Bruder gerettet hat. In der gleichen Ausgabe liest man den offenen Brief eines Betriebsleiters, der seit 15 Jahren schwerer Alkoholiker ist. „Doch ich schäme mich, zu Ärzten zu gehen."

Was auch immer die Tugenden des „neuen Menschen" sein mögen, der seit Jahrzehnten in der UdSSR heranwachsen soll: In Sachen Alkoholkonsum übertrifft er bei weitem den „kapitalistischen Adam". Beim Verbrauch von „harten" Getränken liegt die Sowjetunion seit Jahren unangefochten an der Spitze. Während in Frankreich beispielsweise, wo man ja auch gern ein Glas hebt, der Anteil an Spirituosen von 40 und mehr Prozent Alkohol nur vier Prozent beträgt, liegt er in der Sowjetunion bei 60 Prozent.

Das Ausmaß des sowjetischen Alkoholismus und dessen Folgen lassen die offiziellen Daten (über absolute Zahlen schweigt die Statistik) nur erahnen: So werden 55 bis 60 *Prozent* aller Unfälle mit tödlichem Ausgang durch Trunkenheit verursacht, ebenso werden mehr als die Hälfte aller Morde unter Alkohol-Einfluß begangen. Eine Untersuchung in der „Moskowskaja Prawda" ergab, daß bei 72 Prozent aller von Frauen eingereichten Scheidungsanträge die Trunkenheit des Mannes das Motiv ist. Millionen von Arbeitstagen gehen jährlich wegen Trunkenheit verloren. Gäbe es kein Alkohol-Problem, könnte, so hat man errechnet, die Arbeitsproduktivität mit einem Schlag um zehn Prozent gesteigert werden.

Fremde, die nach Moskau kommen, sind immer wieder verblüfft über die Trinksitten. Da folgt beim Essen ein Toast auf den anderen, und ehe man sich versieht, sind die Wodka- oder Kognak-Flaschen leer. Gefragt ist hier nicht Qualität, sondern Quantität. Denn wenn die Russen zur Flasche greifen, dann oft nicht nur, um sich zu delektieren, sondern – man muß es wohl so hart sagen – um sich schlicht zu besaufen. Das ergab auch eine Umfrage über die Motive des Trinkens. Unter zehn Möglichkeiten kreuzten die Befragten am meisten den Punkt an, der da lautete: Wollte mich betrinken und habe es geschafft.

Der Wodka, liebevoll auch „Wodotschka" (Wässerchen) genannt, ist für den Durchschnitts-Russen noch relativ teuer: Eine Halbliter-Flasche des billigsten Wodka kostet 5,30 Rubel (das Durchschnittseinkommen liegt bei 180 Rubel).

Nicht nur die mittlere und ältere Generation in der Sowjetunion spricht den geistigen Getränken kräftig zu, auch die nachrückende zeigt sich dem Alkohol durchaus nicht abgeneigt. Nach der „Komsomolskaja Prawda" konsumieren 70 bis 95 Prozent aller sowjetischen Schüler und Schülerinnen Alkohol. Auf dem Lande machen die Kinder bereits im Alter von 11 Jahren mit Schnaps Bekanntschaft.

All diese Fakten zwangen den sowjetischen Ministerrat immer wieder zum Handeln. So wurde die Produktion von Wodka und anderen harten Getränken bereits vor zehn Jahren offiziell eingeschränkt, die Alkohol-Verkaufsstellen wurden reduziert. In der Nähe von Schulen, Betrieben und Parks gilt seit langem das „trockene" Gesetz, hier wurde der Verkauf völlig untersagt. Doch der Erfolg all dieser Maßnahmen war gering. Schwarzbrennereien, besonders auf dem Lande, sorgten weiterhin für Nachschub.

Gorbatschows Feldzug gegen das neue, alte Laster ist zwar mutig. Doch niemand glaubt wahrhaft an einen Erfolg. Denn auch diese Initiative begnügt sich letztlich doch mit der Bekämpfung von Symptomen. Denn warum sehen die Sowjetbürger den Rausch als ein Mittel zum Aussteigen? Es sind der allzu graue Alltag, die Enge der Wohnungen, die tristen Bierhallen und Cafés, das fehlende Freizeitangebot, vor allem auf dem Land, das ewige Schlangestehen für die lebensnotwendigsten Dinge. All das ist es, warum Sowjetbürger zur Flasche greifen. Doch darüber schweigen die Ideologen, und eine Besserung ist nirgends in Sicht.

Außerdem: Die Einnahmen aus dem Alkoholmonopol stellen, wie schon zur Zarenzeit, gut zehn Prozent des Staatsbudgets.



In Erwartung größerer Nachschub-Probleme: Wodka-Käufer in Moskau
FOTO: AP

Weltjugendspiele – Forum für Moskau

Von WERNER KAHL

Beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend wurden die Fahrkarten nach heißen Diskussionen wieder abbestellt. Doch in der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Jugendgruppen überwog vergangene Woche bei der Frage, vom 27. Juli bis zum 30. August nach Moskau zu fahren oder den von den Sowjets finanzierten großen und kostspieligen Propaganda-Kundgebungen für Jugendliche und Studenten fernzubleiben, der Glaube, in den *Moskauer Straßen freiheitliche Positionen* vermitteln zu können. Im Gegensatz zur Reaktion des rund 500 000 Mitglieder starken katholischen Jugendverbandes auf die *Blockierung seiner Programmwünsche* durch moskauorientierte Funktionäre geben sich Vertreter des protestantischen Lagers in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Konzept des für die „Friedensbewegung" erfundenen „Minimalkonsens" noch Illusionen über einen Auftritt in der Sowjethauptstadt hin.

Im Vorbereitungskomitee für die XII. Weltjugendfestspiele haben sich die Vertreter der kommunistischen Organisationen inzwischen darauf eingestellt, nach der *Machtübernahme* im Kreml durch Michail Gorbatschow dem neuen Partei- und möglicherweise auch bald Staatschef vor der „Jugend der Welt" Gelegenheit zu geben, unter Jugendlichen und Studenten aus dem Westen und Ländern der Dritten Welt für seine Politik zu werben.

Dem „Gemeinsamen Arbeitsausschuß XII. Weltjugendfestspiele" (GAA) gehören in der Bundesrepublik außer Linksextremisten und Mitgliedern DKP-naher Tarnorganisationen auch Demokraten an. Die Jugendorganisation SDAJ der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) hat den im Herbst 1984 gebildeten Ausschuß bereits als einen „großen Erfolg für die Jugendbewegung unseres Landes" bezeichnet. In diesem Ausschuß diskutierten seitdem über die Modalitäten einer Beteiligung an dem Treffen in der Sowjetunion:

- 7 Vertreter aus *Mitgliedsverbänden* des „Deutschen Bundesjugendringes" (DBJR): „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend" (AEJ); „Bund der Deutschen Katholischen Jugend" (BDKJ); DAG-Jugend, DGB-Jugend, „Deutsche Schreberjugend", „Junge Europäische Föderation" (JEF), „Sozialistische Jugend Deutschlands – die Falken".
- 2 Vertreter von Mitgliedsverbänden des „Ringes Politischer Jugend" (RPJ); Jungsozialisten und Jungdemokraten;
- 1 Vertreter der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS);
- 1 Vertreter *der Bundesschülervertretung* (BSV);
- 1 Vertreter der „Deutschen Sportjugend" sowie
- 3 Vertreter von Mitgliedsverbänden des „*Aktionsausschusses* Festival": „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG-VK), „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ), „Sozialistischer *Hochschulbund*" (SHB).

Absage-Gründe wurden nicht diskutiert

Der „Verband Deutscher Studentenschaften" *(VDS) ist in dem* Vorbereitungsausschuß durch das Mitglied des „Marxistischen Studentenbundes Spartakus" (MSB) vertreten; die „Deutsche Friedensgesellschaft" wird durch orthodoxe Kommunisten, zum Beispiel durch den langjährigen Propagandisten der Ostberliner SED, Fritz Teppich, repräsentiert. Teppich trat in den letzten Jahren zugleich als *Kontaktmann zu kirchlichen* Gruppen in West-Berlin auf.

Die Gründe, die jetzt den Bund der Deutschen Katholischen Jugend bewogen, seine Teilnahme abzusagen, *wurden in den Vorbereitungsgremien* sofort umgangen. Während der letzten Sitzung der Ständigen Kommission für das Festival in Moskau sei die Aufnahme wichtiger Themen, wie etwa das Recht auf *Kriegsdienstverweigerung*, in das Festival-Programm durch das „destruktive Verhalten des Vertreters der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" (SDAJ) vereitelt worden, erklärte der BDKJ-Vorsitzende Lothar Harles. Andere, neu ins Spiel gebrachte Themen machten darüber hinaus deutlich, „*daß es hier* nicht um eine gleichberechtigte und akzeptierte Mitwirkung aller Teilnehmer geht".

Die Weltfestspiele sollen Jugendliche aus etwa *150 Ländern zusammenführen*. Unter den 16 000 Delegierten werden 400 aus der Bundesrepublik Deutschland erwartet. Nach siebenjähriger Unterbrechung der ursprünglich alle zwei Jahre geplanten Festspiele will der Kreml in diesem Sommer die Bündnispolitik der kommunistischen Parteien fördern. Beim gemeinsamen Auftreten von Kommunisten und Demokraten gegen Interventionspolitik „imperialistischer Staaten" des Westens wird ein Konsens hergestellt; *eine entsprechende* gemeinsame Verurteilung Moskauer Interventionen wie in Afghanistan dagegen wird mangels Konsens nicht möglich sein.

Die Weltfestspiele sind am 14. Dezember 1946 von zwei kommunistischen Weltorganisationen, dem „Weltbund Demokratischer Jugend" (WBDJ) und dem „Internationalen *Studentenbund" (ISB), gegründet* worden. Mit zwei Ausnahmen – 1959 in Wien und 1962 in Helsinki – fand das Festival in Metropolen des Sowjetblocks beziehungsweise in Kuba *(1978)* statt. Die Festspiele gelten als die größten und kostspieligsten Veranstaltungen, die international für Jugendliche und Studenten arrangiert werden. Bei allen Festspielen wurden die propagandistischen Leitlinien der jeweiligen weltpolitischen Entwicklung angepaßt. Seit 1969 werden die Festivals von einem „*Internationalen* Vorbereitungskomitee" (IVK) organisiert, das sich vor allem in dem ausführenden Exekutivorgan mehrheitlich aus Funktionären des WBDJ, des *ISB* und von *Jugendorganisationen* kommunistischer Parteien verschiedener Länder zusammensetzt.

Die Darstellung der elf Weltjugendfestspiele in den vergangenen vier *Jahrzehnten* verdeutlicht die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung und zugleich die Ziele der sowjetischen Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

1947 wurden in Prag Stalins Thesen propagiert

In Prag (1947) diente das erste Festival der Huldigung Stalins. Die Propagandisten verbreiteten dort seine Doktrin von den „zwei Lagern" in der Welt, in denen die „Imperialisten" den „Menschen des Friedenslagers" gegenüberstehen.

Beim Budapester Jugendtreffen *(1949)* wurde beinahe jeglicher Aspekt westlicher Außenpolitik schärfstens verurteilt. Der kommunistische Umsturz in der Tschechoslowakei und das Massaker, das die Sowjets unter tschechischen Studenten verübt hatten, wurde mit Schweigen übergangen.

Das Ostberliner Treffen (1951) rühmte das kommunistische China, verurteilte den UN-Einsatz in Korea und machte Reklame für den Stockholmer Appell, eine der weitreichendsten sowjetischen Propagandakampagnen.

Während der Weltfestspiele in der rumänischen Hauptstadt (1953) – nach Stalins Tod – wurden weichere Töne angeschlagen. Die später von Chruschtschow forcierte Politik der „Koexistenz" machte sich bemerkbar. Die Sowjets begannen, den Entwicklungsländern mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Warschauer Festspiele (1955) – zeitgleich mit der Genfer Viermächte-Konferenz – schienen eine versöhnlichere, auf *Ausgleich bedachte sowjetische Haltung* widerzuspiegeln. Zwei Jahre später mußten die Russen als Veranstalter in ihrer Hauptstadt Moskau (1957) ihre brutale Niederschlagung des ungarischen *Aufstandes* herunterspielen.

Der Sowjetimperialismus am Fall Ungarn spielte auch auf dem Wiener Weltjugendtreffen (1959) eine große Rolle. Österreichische Jugend- und Sportgruppen lehnten eine Teilnah*me ab*, eine Anzahl Vertreter aus der Dritten Welt protestierte oder reiste ab.

In Helsinki sahen sich die Festspielveranstalter weiterhin in der Defensive, *da die Öffentlichkeit die* Propagandaschau ablehnte. Die Sowjets hielten sich betont zurück und ließen die sozialistische Entwicklung in Kuba und Nordvietnam feiern. Mit Einsatz ihrer Lobby gelang es schließlich, spontane Demonstrationen zu verhindern, die sich gegen während der Spiele bekannt gewordene sowjetische Atombomben-Tests richten sollten.

Die Themen Afghanistan und Polen unerwünscht

In Sofia (1968) war der Bruch zwischen China und dem Kreml das beherrschende Thema, in Ost-Berlin (1973) wurde der Anti-Imperialismus Thema Nr. 1 und Delegierte aus blockfreien Ländern umworben. Beim Weltjugendtreffen in Havana (1978) feierten die Veranstalter die Vorzüge des sowjetischen und kubanischen Systems und leiteten scharfe Angriffe gegen die USA ein.

In Anwesenheit Michail Gorbatschows beim diesjährigen Festival wieder in Moskau wollen die Organisatoren heikle Themen aus den Diskussionen heraushalten. Das erklärt die *Unnachgiebigkeit, mit der die* Lobby der orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel gegen Programmwünsche der christlichen Jugend Front macht.

Unter den Themen, die den Zensoren Sorgen machen, sind der Sowjetkrieg gegen Afghanistan, die Vorgänge in Kambodscha, Angola und Mittelamerika sowie in Polen. Den Funktionären der KPdSU dürften darüber hinaus Fragen nach der Verbannung des Ehepaares Sacharow, psychiatrischer Zwangsbehandlung sowjetischer Dissidenten und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die Bewohner im Sowjetblock Kopfzerbrechen bereiten.

Der Balkan bleibt ein europäisches Pulverfaß

Von C. GUSTAF STRÖHM

Der Balkan – *ein Tor zum* Nahen Osten – wird offensichtlich wieder seinem Ruf gerecht, das südosteuropäische Pulverfaß und die Heimstätte verschiedenster politischer Attentäter zu sein. Trotz aller von den Kommunisten in den vergangenen Jahrzehnten initiierten Säuberungswellen *kocht immer wieder* Unruhe hoch: In Bukarest wurden jüngst zwei rumänische Sprengstoffexperten getötet, als sie eine offensichtlich von Syrern gelegte Autobombe *entschärfen wollten*; in Jugoslawien sind mehrere Kroaten unter der Anschuldigung der Vorbereitung terroristischer Anschläge vor Gericht gestellt worden; in Bulgarien wurde die Anti-Terror-Gesetzgebung verschärft, nachdem es in verschiedenen Orten des Landes zu Sprengstoffanschlägen gekommen war.

Die nach 1945 installierten kommunistischen Regime rühmten sich, „der terroristischen Tradition" ebenso ein Ende bereitet zu haben, wie sie vorgaben, nun die „nationale Frage" endgültig gelöst zu haben. In der Tat bekamen die Kommunisten den aufrührerischen, oft chaotisch anmutenden Balkan bald in ihren ehernen Griff. Man hörte nichts mehr von Attentaten und Schießereien auf offener *Straße – dafür gab es massenweise* Verhaftungen, Säuberungswellen, Hinrichtungen. An die Stelle „spontaner Anschläge" (an denen auch die im Untergrund agierenden Kommu*nisten vor dem Zweiten Weltkrieg* ihren Anteil hatten) waren stalinistische Säuberungsprozesse getreten.

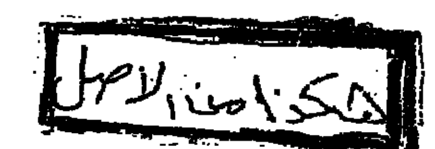
Die Tradition des politischen Attentats ist in einigen der südosteuropäischen Länder tief verwurzelt. Sie ist ein Erbe der jahrhundertelangen Türkenherrschaft, als man sich gegen den überlegenen osmanischen Feind nur aus dem Hinterhalt wehren konnte. Diese Form der politischen Auseinandersetzung übertrug sich auch auf *die* Politik der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert neu entstandenen Staaten, welche aus der Erbmasse des verfallenen türkischen Reiches hervortraten. In Serbien ermordeten rebellische *Offiziere* 1903 den König aus der Dynastie Obrenovic und inthronisierten die Dynastie Karadjordjevic, die bis zum Zweiten Weltkrieg das Land regierte. Serbische Nationalisten ermordeten 1914 den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo und lösten damit den Ersten Weltkrieg aus. Sie wollten den Mann beseitigen, der als künftiger Herrscher in Wien mit seiner slawenfreundlichen Einstellung und seiner aus Böhmen stammenden Ehefrau der Verwirklichung der groß-serbischen Idee im Wege *stand. Nach dem Ersten* Weltkrieg erschoß ein serbischer Abgeordneter während einer Parlamentssitzung den Führer der kroatischen Bauernpartei, Stjepan Radic, weil er ihn für einen Gegner des jugoslawischen Staates hielt.

Radikale Kroaten der Ustascha-Bewegung revanchierten sich 1934, indem sie gemeinsam mit mazedonischen Revolutionären der sogenannten IMRO den jugoslawischen König *Alexander mit dem französischen* Ministerpräsident Barthou in Marseille erschossen.

In Bulgarien versuchten Linksradikale und Kommunisten, die Sveta-Nedelja-Kathedrale während eines Gottesdienstes in die Luft zu sprengen. Sie wollten damit das bulgarische Königshaus und die Regierung mit einem Schlage beseitigen. In Rumänien wurde der linksstehende liberale Politiker Iorga auf offener Straße niedergeschossen. Die königlich rumänische Geheimpolizei beseitigte ihrerseits den Führer der „Eisernen *Garde" – einer nationalistisch-faschistischen* und religiös-mystischen Kampforganisation –, Codreanu, indem sie ihn erdrosseln ließ.

Das sind nur einige unter vielen möglichen Beispielen. Zusätzlich zu den gewissermaßen autochthonen Elementen des Terrorismus *kommt* der Import von außen. Alle Balkanländer liegen an der Schwelle zum *Nahen Osten mit* seinen heute heillosen Verwicklungen. Es scheint, als habe sich der klassische Balkan einfach um einige hundert Kilometer weiter nach Südosten verlagert: von Serbien, *Rumänien oder Bulgarien* nach Syrien oder Libanon. Von hierher schlägt er auf die Balkanstaaten zurück. Schon der inzwischen verstorbene jugoslawische und kroatische KP-Spitzenpolitiker Bakaric hatte vor fast anderthalb Jahrzehnten gewarnt, daß die Unruhe im Nahen Osten über vielerlei Kanäle nach Jugoslawien zurückschwappen könne.

In Bulgarien konnte man diesen *Rückstoßeffekt gleich zweimal* erleben: einmal in der Gestalt des türkischen Papst-Attentäters Ali Agca, der jetzt in Rom vor Gericht steht – und dann im Schicksal der türkischen Minderheit, *die sich die* Bulgarisierung nicht gefallen lassen will. Auch perfekt scheinende Polizeiregime haben manche Dinge nicht immer im Griff.



Fahndung entspricht Rechtsstaatlichkeit

Von HEINRICH BOGE

In Gesprächen und aus Veröffentlichungen habe ich immer wieder feststellen müssen, daß über Fahndungsmaßnahmen der Polizei unklare oder gar falsche Vorstellungen bestehen. Dies ist offensichtlich ursächlich für eine kritische, ja oft auch ablehnende Haltung breiter Bevölkerungskreise gegen geplante Maßnahmen für die innere Sicherheit, die doch im Interesse der Bürger getroffen werden. Fahnung nach gesuchten Straftätern ist und war immer eine der Hauptaufgaben der Polizei. Dazu benutzte sie Fahndungsbücher zur Feststellung, ob eine kontrollierte Person gesucht wurde. Durch die nur monatliche Erscheinungsweise und die Druckzeiten war dieses Fahndungshilfsmittel nie aktuell und zudem nicht besonders handlich. Diese Schwächen in Verbindung mit der technischen Entwicklung führten dazu, daß die Polizei das Fahndungsbuch als Fahndungsdatei in die elektronische Datenverarbeitung übernahm. Seitdem ist es so gut wie ausgeschlossen – wie vor Einführung der Fahndungsdatei noch möglich –, daß Personen festgehalten werden, nach denen bereits nicht mehr gefahndet wird. Der kontrollierende Beamte erhält durch die Fahndungsdatei immer hochaktuell Auskunft, ob er eine gesuchte Person vor sich hat. Es gibt wohl keinen vernünftigen Grund, diese Abwicklung abzulehnen.

Auch an den Grenzen und den internationalen Flughäfen steht dieser Fahndungsbestand zur Verfügung. Statt wie früher im Fahndungsbuch zu blättern, fragt der Beamte heute mit Namen, Vornamen, Geburtsdaten über eine Datenstation an, ob die betreffende Person gesucht wird. Ist dies der Fall, erkennt er das auf seiner Datenstation. Jetzt trifft der Beamte die für den konkreten Fall notwendigen Maßnahmen (z.B. Festnahme, Inverwahrungnahme, Benachrichtigung der ausschreibenden Dienststelle). Anderenfalls erfolgt der Hinweis „kein Bestand". In einem solchen Fall wird nichts veranlaßt.

Eine Registrierung der Abfrage in der EDV-Anlage erfolgt in keinem Fall. Daher ist es auch gar nicht möglich, daß so Bewegungsbilder über Bürger gewonnen werden. Auch haben die kontrollierenden Beamten an den Grenzen ausschließlich die Möglichkeit zu Fahndungsabfragen, können also nicht andere polizeiliche Dateien abfragen.

Folgendes Beispiel verdeutlicht den Ablauf nochmals: Bei einer Grenzkontrolle auf dem Frankfurter Flughafen wird eine Person überprüft. Durch Abfrage in der Fahndungsdatei wird festgestellt, daß ein Haftbefehl wegen Betruges zur Strafvollstreckung besteht. Der Täter wird festgenommen.

Immerhin wurden auf diese Weise 1984 im Rahmen von Grenzkontrollen 16 500 Personen festgenommen, 1472 Personen aus polizeirechtlichen Anlässen in Verwahrung genommen und in 16 299 Fällen Hinweise auf zur Aufenthaltsermittlung ausgeschriebene Personen erlangt.

Für diese Fahndungstätigkeit spielt der Personalausweis als Grundlage für die Fahndungsabfrage eine bedeutende Rolle. Der Beamte muß sich auf seine Echtheit verlassen können. Das ist heute nicht der Fall. Denn es wird nach mehr als einer halben Million Ausweisen gefahndet, Ausweisen, die mißbräuchlich benutzt werden können, auch um die Fahndung zu unterlaufen. Eine Abfrage mit den Daten gefälschter oder verfälschter Ausweise kann nicht zu einem Fahndungserfolg führen. Dies nutzen Kriminelle, auch Terroristen, um unerkannt Grenzen zu passieren und Straftaten zu begehen oder vorzubereiten. Der neue fälschungssichere Ausweis soll diese Sicherheitsdefizite beseitigen. Die halbe Million Ausweise, nach denen zur Zeit gefahndet wird und die mißbraucht werden können, wird durch die Einführung neuer Ausweise für Straftäter völlig wertlos. Ersatz können sie sich so einfach auch nicht mehr beschaffen, denn der neue Ausweis ist weitestgehend fälschungssicher. Die Bedeutung für die innere Sicherheit ist damit offenkundig.

Ohne daß der Beamte die Abfrage in die Datenstation eintippen muß, ermöglicht die Maschinenlesbarkeit eine automatische Abfrage in der Fahndungsdatei – und nur in dieser. Die Fahndungseffektivität kann damit erhöht werden. Das ist der Nutzen für die innere Sicherheit. Aber auch der Kontrollierte hat unmittelbar Vorteile. Seine Personalien werden immer fehlerlos abgefragt, Verwechslungen sind damit ausgeschlossen. Zudem wird die Kontrollzeit für ihn verkürzt. Andererseits beeinträchtigt das Lesen von Ausweisdaten durch die Maschine den Bürger nicht stärker als das Eintippen seiner Personalien in das Datensichtgerät.

Für Überlegungen, die dahin gehen, daß in Extremlagen, z.B. bei Geiselnahmen und Entführungen, Anfragen ausnahmsweise aufgezeichnet werden, wird sicher jeder Verständnis haben. Anlaß zur Sorge besteht also nicht.

Dr. Heinrich Boge ist Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA)

KIEV in Los Angeles: Radio zum Plaudern

Von DETLEV AHLERS

Haben Sie mal nach Mitternacht an Ihrem Radio gedreht und einen deutschen Sender gesucht? Dabei finden Sie nicht viel mehr als den Einheitsbrei der ARD-Nachtmusik und die Stimme der „DDR". So hört sich öffentlich-rechtliches Radio an. In Los Angeles, bei den wellenreitenden Beach Boys, ist das ganz anders: Es wimmelt im Radio von Musik, Reklame und Stimmen. Ich habe eben auf UKW (fm) 30 Sender gezählt und auf Mittelwelle (am) 20.

Der Großraum Los Angeles: das sind zehn Millionen Menschen im Süden von Kalifornien, das ist für sich genommen die dreizehntgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Und es ist die Metropole mit den meisten Radiostationen der Welt: 84 Lizenzen sind vergeben, und für mehr ist wirklich keine Welle mehr frei. Doch Bedarf herrscht immer noch: Ein Unternehmer hat gerade die freie Zeit des Senders KPPC der Presbytergemeinde abgekauft, der bisher kaum mehr als die Sonntagspredigt ausstrahlte.

Neun von zehn Stationen machen nur Musik und Werbung. Dabei ist die Rassentrennung in der Gesellschaft der Vereinigten Staaten wohl nur in den Kirchen noch strenger als im Äther. Denn die schwarze und die weiße Unterhaltungsmusik, mit den Kontrapunkten Blues und Country-Music, sind so unterschiedlich, daß kaum einer beide hören will. Nur sehr wenige der mehr als eine Million Farbigen in Los Angeles werden zum Beispiel gerade, wie ich, die besten Hits von Simon & Garfunkel hören. Und die etwa zwei Millionen Amerikaner mexikanischer Abstammung in Los Angeles haben drei rein spanisch-sprachige Stationen, von denen zwei im vergangenen Jahr für zusammen vierzig Millionen Dollar den Besitzer gewechselt haben – mehr wurde in den USA noch nie für Rundfunk-Lizenzen bezahlt. Manchmal ist auch Armenisch und Tagalo, die Sprache der Filipinos, im Äther.

Radio KIEV – auf 87 am – ist, so meint der Besitzer William Beaton, acht bis elf Millionen Dollar wert. Der Sender bringt nur Wortbeiträge, 24 Stunden am Tag. KIEV darf mit 5000 Watt senden, das reicht, um in der ganze Metropole gehört zu werden – eine der „farbigen" Stationen, KGFJ, kommt aber auch mit 1000 Watt aus, um das schwarze Ballungszentrum im Südosten von Los Angeles abzudecken, wo fast die ganze Kundschaft wohnt.

Ein Grundsatz heißt: Ausgewogenheit

Wie sein Sender an den Namen der russischen Stadt gekommen ist, weiß Beaton (71) nicht. Ihm gehört der Sender seit 1961, damals hieß er schon so – die Buchstaben werden von der staatlichen Kommission willkürlich vergeben, wobei man Wünsche äußern darf. Nur der erste Buchstabe steht fest: östlich vom Mississippi ein W, westlich ein K. Der größte Konkurrent von KIEV, das Sprachprogramm des Medienriesen ABC, heißt natürlich KABC.

Beaton ist, wie alle Lizenzinhaber, von der Federal Communication Commission nur auf zwei Grundsätze verpflichtet: Ausgewogenheit, die andere Seite auch immer zu Wort kommen zu lassen, ist der wichtigste. Das ist der Hauptunterschied zur Presse. Außerdem darf jeder nur so stark senden, daß kein anderer Sender gestört wird. KIEV hat manchmal Schwierigkeiten mit einer Station in New Orleans, die auf derselben Frequenz ist. Nur US-Staatsbürger können eine Lizenz bekommen, und keiner darf mehr als zwölf am-, zwölf fm- und zwölf TV-Lizenzen im ganzen Lande haben, keiner darf mehr als 25 Prozent der US-Gesamtbevölkerung erreichen. (CBS, NBC und ABC sind also, um bundesweit empfangen werden zu können, auf lokale Sender angewiesen, die ihr Programm auf Vertragsbasis ganz oder teilweise übernehmen. Nur in den Metropolen haben die Giganten ihre eigenen Frequenzen.)

KIEV hat 28 Angestellte und ist ein Familienunternehmen. Ein Beaton-Sohn leitet das Werbegeschäft, ein anderer hat gerade eine 1000-Watt-Station in Monterrey, Kalifornien, gekauft; das ist dort, wo die schönsten Bücher von John Steinbeck spielen. KIEV hat monatliche Kosten von etwa 85 000 Dollar und macht, wie Beaton senior sagt, „so viel Geld wie möglich" – und Geld wird nur mit Werbung verdient. Gesendet wird ausschließlich live, allerdings mit sieben Sekunden Verzögerung, denn ein Großteil des Programms besteht aus Telefon-Unterhaltungen mit Zuhörern, und wenn jemand etwas Unanständiges sagt, kann der Techniker das noch überblenden.

Obwohl KIEV ein Sprachprogramm ist, spielen die Nachrichten nur eine unwesentliche Rolle, und dabei sind die lokalen Ereignisse noch die wichtigeren. Die Kunstherz-Komplikationen eines Mitbürgers werden ausführlicher geschildert als die Gesetzgebung in Washington, eine Kokainrazzia oder ein schwerer Verkehrsunfall in der Nachbarschaft werden erwähnt, die Mittelamerika-Politik der Regierung fast überhaupt nicht, die Abrüstungsverhandlungen die ganze Woche nicht. So ist es auf beinahe allen Stationen, die Nachrichten bringen – nur die PBS-Sender, die aus Spenden und Steuermitteln betriebenen „Public Broad Services" (eine Frequenz in Los Angeles), widmen sich ausführlich dem Ausland, oft mit Korrespondentenberichten der BBC.

KIEV hat als Konzept eine Mischung aus Small-talk und Lebenshilfe. Zielgruppe ist die weiße Hausfrau der oberen und der Mittelschicht, und ihr berufstätiger Ehemann, der meist dann Radio hört, wenn er im Auto sitzt. Die starke Rassentrennung zwischen den Kanälen und die klare Zielgruppen-Definition erleichtern die Reklame-Vergabe: mit KIEV wirbt man vorzugsweise, wenn man ein Abonnement fürs Wall Street Journal, eine Urlaubsreise nach Hawaii oder einen Cadillac verkaufen will.

Nur potentielle Kunden haben eigene Programme

Haarentkräuseler werden dagegen nur in den Stationen mit der Blues-Musik angeboten, und in den Musikstationen, die die neuesten Hits bringen, wirbt der Händler für gebrauchte Sportwagen, weil dort die meisten Weißen unter 25 zuhören. Gruppen, die keine entscheidende Käuferschicht darstellen – etwa Kinder und Alte –, haben keine Station mit einem auf sie zugeschnittenen Programm. Eine Werbeminute bei KIEV kostet 150 Dollar, nachts weniger. Die Werbung wie das Programm erreichen im Durchschnitt 15 000 Zuhörer – ein Prozent aller; wobei davon ausgegangen wird, daß im Schnitt stets 15 Prozent der Bevölkerung zwischen San Diego und Santa Barbara Radio hören.

Star bei KIEV ist George Putnam, jeden Mittag von zwölf bis zwei Uhr: ein Conférencier, der dreimal eine „Emmy", den TV-„Oscar", erhalten hat und der seit vierzig Jahren für Radio und Fernsehen arbeitet. Sein Stil ist repräsentativ für KIEV: plaudernd. Seine Stirn legt sich in Falten, wenn ein Anrufer zu ernst oder gar politisch wird, dann ist er auf einmal kurz angebunden.

Eine Stunde täglich wird ein „Easy-to-understand"-Computerprogramm serviert; ein Anwalt erteilt Rechtsauskünfte und empfiehlt den Anrufern Kollegen, die den Sender dafür bezahlen; ein Radio-Doktor weiß alles über Kinderkrankheiten, Vitamine und Krampfadern; ein Wirtschaftsredakteur spricht über Geldanlage und den Gold-Kurs. Eingestreut werden die Ergebnisse von Pferderennen und Kurzberichte von Baseball und Basketball.

Für 900 Dollar kann jeder, von dem Beaton annimmt, daß er ins Konzept paßt, eine Stunde Sendezeit kaufen und selbst gestalten; inklusive der Werbe-Beschaffung. Auf dieser Basis plaudert ein Ehepaar über Liebes- und Sexualprobleme mit Anrufern – und verdient gut dabei, denn die Reklameeinnahmen fließen in seine eigene Tasche.

Politik ist im Hörfunk nur selten gefragt

Die Programme der drei anderen „weißen" Sprach-Stationen in Los Angeles sind ähnlich. Das Radio ist in Los Angeles keine Informationsquelle für Nachrichten und politische Features, wie das westdeutsche System sie bringt. Les Brown, der Herausgeber der Medien-Zeitschrift „Channels", nennt Gründe dafür: Selbst bei 84 Sendern könne man noch nicht von Demokratie sprechen; man denke nur daran, daß es Zehntausende von Zeitschriften gibt. Demokratie herrsche bei den Druckmedien: Jeder, der eine Meinung hat, kann sie vervielfältigen, so kann jede Interessengruppe ihr eigenes Organ haben – die gegebene Beschränkung der Zahl der Radiofrequenzen aber läßt nach Browns Ansicht dieses Medium zu einem großen Geschäft werden, in dem das Werbeaufkommen entscheidend ist: jeder bietet also ein Programm an, das möglichst viele hören wollen – was dazu führe, daß sie auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner angesprochen werden.

Außerdem sind diejenigen, die an tiefergehender Berichterstattung interessiert sind, nicht nur eine Minderheit, sondern auch eine, die weniger Radio hört als der Durchschnitt – denn sie lesen mehr Bücher und Zeitungen. Und wenn sie Radio hören, wollen sie dann nicht unbedingt intellektuelle Information haben, sondern schalten womöglich eine Sportübertragung oder Musik ein.

Dennoch ist es faszinierend, in Los Angeles am Radio zu drehen. Denn die Musikvielfalt – bis hin zur Klassik – ist überwältigend. Vor allem für jemanden, der zu Hause manchmal unter dem Nachtprogramm der ARD leidet.

Warnke: Kräfte des Ausgleichs fördern

MANFRED NEUBER, Bonn

Entwicklungspolitik gehöre zur weltweiten Friedenspolitik der Bundesregierung, betonte der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU). Bonn förderte damit die Kräfte des Ausgleichs in der Dritten Welt. Ideologisch motivierte Kritiker bauschten Mißerfolge zu „Pflastersteinen auf dem Weg der Revolution" auf. Warnke meinte: „Sie lehnen Entwicklungshilfe ab, weil sie revolutionären Nährboden entzieht." Ebenso *deutlich* lehnte er den „Hilfepessimismus" von rechts-außen ab.

In der deutschen Entwicklungshilfe sei eine Neuorientierung vonnöten gewesen. *Der Ressortminister nannte* diese Leitlinien:

- Ernüchterung, nicht Resignation,
- Realitätssinn statt Weltverbesserer-Gesinnung,
- Pragmatismus statt Ideologie sowie
- Ausdauer anstelle kurzatmiger Aktionen.

Mitsorge für den Nächsten

Warnke setzte sich in der Bad Godesberger „Redoute" *vor dem* Verband unabhängig beratender Ingenieurfirmen (VUBI) mit der Frage „Ist Entwicklungshilfe noch zeitgemäß?" auseinander. Sie sei durch ständige Hiobsbotschaften aus der Dritten Welt aufgekommen.

Der Minister bekannte sich zur „*moralischen Verantwortung* gegenüber dem Schwächeren". Sie entspringe jedoch keinesfalls einem Schuldbewußtsein und dürfe nicht *als* „*Wiedergutmachung*", *sondern* nur als „Mitsorge um unsere Nächsten" angesehen werden.

Die Stagnation öffentlicher Entwicklungsetats *führte er auf den um* sich greifenden „Hilfepessimismus" zurück. Dabei nannte er vor allem die USA sowie die Schwierigkeiten, multilaterale *Entwicklungsfonds* angemessen auszustatten.

Als wichtiges Motiv deutscher Entwicklungshilfe gab Warnke die Stärkung der Wirtschaftskraft von *Ländern wie Brasilien* und China an. Dort lägen unsere Märkte, sie seien zukunftsträchtige Handelspartner. „Es wäre gerade unseren Arbeitslosen gegenüber verantwortungslos, *davor* die Augen zu verschließen."

Stopp der Versteppung

Bonn will darauf hinwirken, daß die Entwicklungshilfe effizienter wird. Fehlkalkulationen und Projektruinen gebe es aber nicht nur in der Dritten Welt, sagte der Minister, und er zählte das Aachener Klinikum, das Petersberg-*Hotel* und halbfertige Kernkraftwerke „vor unseren Augen, nicht in Bangladesch", auf.

Als vier Hauptziele deutscher Hilfe führte Warnke die Sicherung der Lebensmittelversorgung, die Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen (Stopp der Versteppung), eine Bevölkerungsplanung nach dem „*Grundsatz der Freiwilligkeit*" sowie die Ausbildung von Fachkräften auf.

In diesem Zusammenhang unterstrich der Minister die Chance der Marktwirtschaft und des freien Handels, um zu einer sozialen Befriedung in den Entwicklungsländern zu kommen. „Die Krücken des Handelsprotektionismus" sowie die „Erreger von Ideologien" *möchte* er verbannen, damit Entwicklungshilfe „lebensrettend" sein kann.

An der ‚Tabuzone 1' erhitzen sich die Gemüter

Von GEORG BAUER

Die Ausschüsse des schleswig-holsteinischen Landtages haben das Wort. Nach der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Landesregierung zum Schutz des Wattenmeeres, kurz Nationalparkgesetz genannt, feilen sie an einem Werk, das nach dem Willen der Landesregierung noch vor der parlamentarischen Sommerpause im Juli verabschiedet werden soll.

Eine zu kurze Zeit, wie die opponierenden Verbände meinen, die massiv auf die Gestaltung des Gesetzes Einfluß zu nehmen suchen. Sie – allen voran Gemeinden, Kreise und der Fremdenverkehrsverband – hegen trotz beruhigender Erklärungen der Landesregierung die Furcht, der Nationalpark werde zu wirtschaftlichen Einbußen führen und ihre administrative Selbständigkeit begrenzen.

Mit maßgeblichen Korrekturen an dem Gesetzesentwurf für den 2650 Quadratmeter großen Park, der – als „Jahrhundertwerk" apostrophiert – der größte in Europa werden soll, ist nicht zu rechnen. Ministerpräsident Uwe Barschel, treibende Kraft des Projekts, will, daß das Gesetz zum 1. Oktober in Kraft tritt. Außerdem könne das geplante Nationalparkamt, dem Kuratorien als Vertretung der Kreise *Dithmarschen* und Nordfriesland mit Sitz in Heide und Husum ratend zur Seite stehen, Einwände berücksichtigen, argumentierte die Landesregierung.

Die Gemüter hatten sich vor allem an der 820 Quadratkilometer großen Tabuzone 1 – insgesamt sind drei Zonen vorgesehen – *erhitzt*. Nach den Vorstellungen Kiels soll dieses Gebiet mit seinen Seehundbänken, Brut-, Nahrungs- und Mauserplätzen *absolute Sperrzone* sein. Während die Berufsfischerei erlaubt bleibt, wird der Schiffsverkehr, ein für den Tourismus brisanter Punkt, eingeschränkt.

Hintergrund der forcierten Umweltschutzpolitik des Regierungschefs ist, einmal abgesehen von dem Gedanken der Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen, die Absicht, das grüne Wählerpotential des Landes für die Christdemokraten zu sichern. Zum einen soll mit *Blick auf* die im Herbst 1987 anstehende Landtagswahl ein Erstarken der Grünen, zum anderen ein Regierungswechsel zugunsten der Sozialdemokraten unter Führung Björn Engholms verhindert werden.

Der Weg Barschels ist dabei gespickt mit Unwägbarkeiten. Als Ministerpräsident die Interessen der Wirtschaft und des Umweltschutzes *ausbalancierend*, mußte er ausgerechnet bei dem „Jahrhundertprojekt" Abstriche machen. Es waren

Landesbericht Schleswig-Holstein

weniger die touristischen Belange, die Kopfzerbrechen bereiteten, als vielmehr die 75 Millionen Tonnen Erdöl vor der Vogelinsel Trischen. In wenigen Tagen soll hier mit dem Bau der künstlichen Förderinsel begonnen werden.

Auf diese Öleinnahmen will Barschel angesichts der wirtschaftlichen Situation des Landes nicht verzichten, *zumal das Unternehmen* Texaco versichert hat, das Wattenmeer werde weder zerstört noch gefährdet. Allzu verlockend sind, schaut man nur über die Landesgrenzen in Richtung Hannover, die Gelder, die aus einem solchen Spund *fließen können*.

So konnte es geschehen, daß die Tabuzone, die die Insel wie ein Sperrgürtel umschließt, ausgerechnet an ihrem südlichen Ende einen verräterischen Knick erhielt. Die SPD sah die Flanke und nutzte sie. Engholm sprach und spricht – aus der Opposition heraus – von einem Gesetz, von dem nur das Etikett „Naturschutz" geblieben sein. Komme es zum Schwur, so lautet der Vorwurf, räume die Landesregierung den wirtschaftlichen Interessen allemal den Primat vor den Umweltschutz an. Wie könne man den Einwohnern der Westküste, die auf die Gelder aus dem Tourismus angewiesen seien, erklären, daß ihre Gäste nicht mehr ungehindert *durch das Watt marschieren dürfen*, Texaco-Mitarbeiter sich aber ungehindert in dem Gebiet tummeln könnten.

Und noch einen zweiten Umstand versuchen die *Sozialdemokraten*, deren Umweltschutzmaßnahmen, ebenfalls mit Blick auf grüne Wähler, über den Regierungsentwurf hinausgehen, für sich zu nutzen. In einer ungeschickten Art, die dem Selbstbe*wußtsein* und der Eigenständigkeit der Küstenbewohner nicht eben Rechnung trug, wurde der Gesetzentwurf aufgestellt. Die Feinarbeit, die Rücksprache und Abstimmung mit den Betroffenen vor Ort, wurde vernachlässigt.

Die SPD konterte mit einer bis nach den *nächsten Landtagswahlen* befristeten „Veränderungssperre" und dem Vorschlag zu einer Zielkonzeption, die gemeinsam mit der Bevölkerung *diskutiert* werden soll. Mit der Fristenlösung aber, so hört man aus der Regierungszentrale, habe die SPD *einen* Fehler gemacht. Die Friesen seien *nicht so dumm*, eine „Katze im Sack" zu kaufen.

Die Köpfe für die Regierung mußten vor allem die aus der Regierung stammenden CDU-Landtagsabge*ordneten* hinhalten, die an der christdemokratisch gesinnten Westküste von den Parteifreunden scharf angegangen wurden und werden. Im *kommenden Jahr aber stehen* Kommunalwahlen an. Und hier fürchten die Christdemokraten starke Einbußen.

Barschel würdigt die Leistungen der Vertriebenen

geo. Kiel

Der Ministerpräsident des Landes *Schleswig-Holstein*, Uwe Barschel, hat beim Bundestreffen der Landsmannschaft Mecklenburg in Ratzeburg die Verbundenheit des nördlichsten Bundeslandes mit den Mecklenburgern *hervorgehoben*.

In Erinnerung an den 40. Jahrestag der Kapitulation *der deutschen* Wehrmacht sagte Barschel, dieser Tag habe sehr unterschiedliche Empfindungen geweckt. „Vor allem die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge tun sich schwer mit dem Wort Befreiung", so Barschel. Denn diese Befreiung von den Nationalsozialisten sei mit dem Verlust der Heimat, *des Eigentums, millionenfach* sogar mit dem Verlust von Angehörigen verbunden gewesen. So sei der 8. Mai auch ein Tag des Gedenkens an die Vertreibung von 14 Millionen *Deutschen*.

Unter Hinweis auf die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" aus dem Jahre 1950, in der sie ihren Verzicht auf Revanche und Vergeltung sowie ihren Willen zum Aufbau eines geeinten freien Europas ausgespro*chen hatten, verteidigte* Barschel die Arbeit der Vertriebenen. Kritik und Verdächtigungen an den Vertriebenen und Flüchtlingen, an dem Willen und den Zielen der Landsmannschaft *seien unbegründet*.

Unter Anspielung auf Äußerungen von *sozialdemokratischer Seite zum* „Offen-sein" der deutschen Frage, sagte er, wer behaupte, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, der gibt den „Friedensvertragsvorbehalt auf, *der rüttelt an den Fundamenten* des freien Berlins, der stellt sich in Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland".

Neuer SED-Kurs: Pragmatismus plus Kontrolle

„Vollständiger Utopieverlust" / Der Rückzug ins Private hält an / Tagung von „DDR"-Forschern in Bonn

HANS-RÜDIGER KARUTZ, Bonn

Weil die Probleme mit der Technologie und beim Massenkonsum drängen und sich nicht mehr mit den alten *Partei-Dogmen lösen lassen, muß die* SED – anders als früher – mehr Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen. Ohne neue, eher „unpolitische" Eliten und herausragende individuelle *Leistungen* fällt die „DDR" sonst im weltweiten Wettbewerb um Effizienz und höheren Lebensstandard bis zum Jahre 2000 zurück. Sinkende *Leistungen des Systems würden dann jedoch* das Ansehen des Regimes in der „DDR" selbst noch mehr untergraben. „Längere Leine" für die Intelligenz und ein streng *kontrollierter* pragmatischer Kurs gegen eine „polnische Krise" sollen der SED aus diesem Dilemma heraushelfen.

Auf diesen Nenner ließen sich die Thesen, Einschätzungen und Analysen bringen, die hochrangige „DDR"-Forscher aus der Bundesrepublik bei ihrer Jahrestagung in Röttgen, *einem Stadtteil* von Bonn, über die gegenwärtigen Tendenzen in der „DDR" äußerten.

Erzwungene Einsichten

Unter dem Motto „Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung" kamen verständlicherweise unterschiedliche Ansichten zur Sprache. Der Tenor der meisten Referate besaß folgende Leitmelodie:

Unter Erich Honecker setzt die Einheitspartei die Ideologie heute, nach den Verirrungen der Stalin-Ära und im Bewußtsein des unerbittlichen Machtmonopols, als eine Art „*aufgeklärten Dogmatismus*" ein. Von einer vielfach im Westen vermuteten „Liberalisierung" kann dabei aber keine Rede sein. An den Mauern der Staatsmacht *darf nicht gerüttelt* werden. Die marxistisch-leninistische Ideologie werde allerdings nicht mehr ständig auf den Lippen geführt, sondern auf praktische Fragen angewandt. Das *Motto* laute weiterhin: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns ..."

Noch immer habe die Partei am Ende „*immer recht*", *aber* sie läßt sich diese (erzwungene) Einsicht in die Notwendigkeit in einem eingemauerten Staat zu leben, eben etwas kosten: Nach einem *raffinierten* System von Belohnung (Prämien, D-Mark als „Zweit-Währung", Sonderläden, Reisekader, Orden, Partei-Karriere) oder Bestrafung (West-Reise- *und* -Kontakt-Verbote, Überwachung von Familie und Freundeskreis, Studierverbot, Eintragungen in die Personalakte) werden Wohlverhalten *und Disziplin bewirkt*.

Die Soziologin Sigrid Meuschel (Freie Universität Berlin) machte auf folgendes aufmerksam, was für die Bundesrepublik von Belang ist: „Die Konzentration *auf* einen *sozialistischen* ‚way of life', der sich in Vollbeschäftigung, Wachstum und steigendem Lebensstandard erschöpft, setzt das politische System unter empirisch verifizierbaren Konkurrenzdruck." Einig waren sich die mehr als hundert Experten auch darin, daß die SED schwerlich von sich behaupten *könne, noch für himmelstürmende* und begeisterungsfähige Ideen zu sorgen. Den „real existierenden Sozialismus" Honeckerscher Prägung kennzeichne „vollständiger Utopieverlust".

Daß diese Analyse zutreffen muß, läßt sich allein schon an der zunehmenden Nachfrage nach Sinn und Zweck des Lebens, nach Innerlich*keit und* Metaphysik, einer *gewissen* Art von „Kirchlichkeit" – bis hin zur Entdeckung von Friedrich Nietzsche und Martin Heidegger in der „DDR"-*Gesellschaft* ablesen. *Die SED duldet* unterdessen notgedrungen den „Rückzug in die Privatheit" – Heimat, das Revier vor der Tür und Naturschutz (wenn auch nicht Ökologie im westlichen Sinne) werden gleichsam freigegeben: „Die Tür hinter sich zuschlagen, Goethe lesen oder fernsehen", *lautete* eine treffende Diskussionsformel.

Die Bremer Wissenschaftlerin Antonia Grunenberg wies in ihrem Referat nach, daß *der Trend der SED, ein* günstigeres Klima in der Bevölkerung zu schaffen, „wenig mit selbstkritischen Einsichten, dafür um so mehr mit der Wahrnehmung der *schwieriger gewordenen Situation* durch die Führung der DDR" zu tun hat.

Skeptische Jugend

Doch eine „verbesserte" Ideologie *nütze wenig, meinte sie*, „wenn sie sich selbst unwirksam macht im Widerspruch zwischen dem Festhalten am absoluten Führungs- und Interpretationsanspruch und der *Erfahrungsvielfalt* des Alltags, die diesen Fürungsanspruch ständig ad absurdum führt."

Obwohl sich die „DDR"-Forscher*elite darin einig* war, im *SED-Politbüro* herrschten unterschiedliche Strömungen und Interessen, gab es kein Einvernehmen über den tatsächlichen Einfluß realistisch denkender Technokraten auf die Entscheidungen der „DDR"-Führung. Am skeptischsten zeigte sich Peter Dietrich aus dem innerdeutschen Ministerium: „*Mir kommt das so vor* wie der Austritt von de Gaulle aus der NATO. Auch dies war nur in der Sicherheit möglich, daß der Atomschirm der USA hält. Man könne wohl *allenfalls* von Denküberlegungen „im Schatten" der allmächtigen und machtbewußten Partei reden.

Gegen die Annahme, die SED habe wegen *ihrer* Einflußkampagnen in den NATO-Staaten die Parole ausgegeben, die „revolutionäre Diktion zurückzufahren", um Erfolg zu haben, wandte sich mit Johannes Kuppe (Gesamtdeutsches Institut) einer der wichtigsten „DDR"-Forscher. Er bot die These von einer wechselseitigen „Durchdringung" von Ideologie und außenpolitischem Pragmatismus an. Die Folge: „Das Gewicht der DDR im östlichen Bündnis wird heute vom Westen *offenbar* höher eingeschätzt als früher, jedenfalls hoch genug, um die SED-Führung zum geschätzten Gesprächspartner zu machen. Beweis: der hochrangige Polit-Tourismus von 1984 in die und aus der DDR; Honecker wurde als Gast von uns ja sogar herbeigesehnt." Aus Moskauer Sicht erscheine *Ost-Berlin* trotz *außenpolitischer* „Profilierungsbemühungen" zuverlässig genug, „um dem kein prinzipielles Veto entgegenzusetzen". Honeckers abgesagter Bonn-Besuch sei *insofern* als Gegenbeweis „untauglich".

Einen besonders aufschlußreichen *Einblick* in die „DDR"-*Wirklichkeit* erlaubte die Darstellung des übergesiedelten Arbeitswissenschaftlers Harald Seifert. Er berichtete von einer heute noch *gültigen* Befragung von 20 000 15- bis 17jährigen Schülern in der „DDR", die bekanntlich auch den Betriebsalltag kennenlernen. Zwischen der hohen *Zustimmung* zu *ideologischen Normen* und der *tatsächlichen* Handlungsbereitschaft klaffe jedoch ein Riß: „Die Jugend hat trotz des Einsehens in die Unabänderlichkeit des bestehenden Macht- und Plandiktats der Partei eine unterschwellige Aversion aufgebaut, die sich nicht offen artikuliert, die aber doch mittelbar und sehr *deutlich in ihrer* Einstellung zur Arbeit sichtbar wird." Bis zum 14. Lebensjahr funktioniere die Indoktrinierung „fast perfekt". Danach stünden sich *vielfach* „*Lippenbekenntnisse*" und die tatsächliche Betriebswelt mit ihren häufigen Mängeln und Pannen gegenüber.

„Brandt hat sich in Moskau angebiedert"

UR. Saarbrücken

Scharfe Kritik an der außenpolitischen Orientierung der SPD hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel geübt. Auf dem Parteitag der saarländischen CDU warf Vogel den Sozialdemokraten ein wachsendes Maß von „Antiamerikanismus" vor. Ein Beispiel *dafür* seien die Äußerungen des SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt bei seinem Moskau-Besuch in der vergangenen Woche, *mit denen* „*er sich* derart angebiedert hat, daß es seinesgleichen sucht", so Vogel. Brandt hatte nicht nur behauptet, Moskau habe in der *Zeit* der sozialliberalen Regierung niemals versucht, die Bundesrepublik Deutschland den USA zu entfremden, sondern hatte Washington *auch zu einseitigen Abrüstungs*schritten aufgefordert. Demgegenüber stellte Vogel klar: „Die Unsicherheit in Europa geht nicht von Amerika, sondern von Rußland aus."

Ausdrücklich nahm Vogel den CDU-Generalsekretär gegen die Polemik Brandts, der am Abend der nordrhein-westfälischen Landtagswahl Geißler in die Nähe von Goebbels gerückt hatte, in Schutz: „Hinter dieser Kampagne steht doch nur die Angst der Sozialdemokraten vor dem Herbert Wehner der CDU."

Bonn gegen neue Rückkehrhilfen

dpa, Bonn

Ein Rückkehrförderungsgesetz für ausländische Arbeitnehmer wie 1983 soll es nach dem Willen der Bundesregierung *nicht mehr* geben. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt (CDU), hat sich speziell gegen Pläne ausgesprochen, arbeitslosen Ausländern ihr Arbeitslosengeld auszuzahlen, wenn sie in die *Heimat* zurückkehrten.

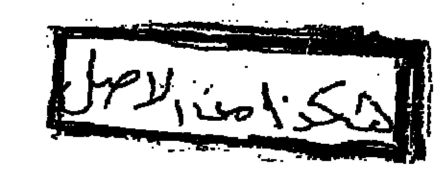
Vogt äußerte die Sorge, daß eine *erneute* Rückkehraktion von der Türkei als „Abschiebeaktion" betrachtet werde, die die Verhandlungen beispielsweise über *Reintegrationshilfen* stören würde.

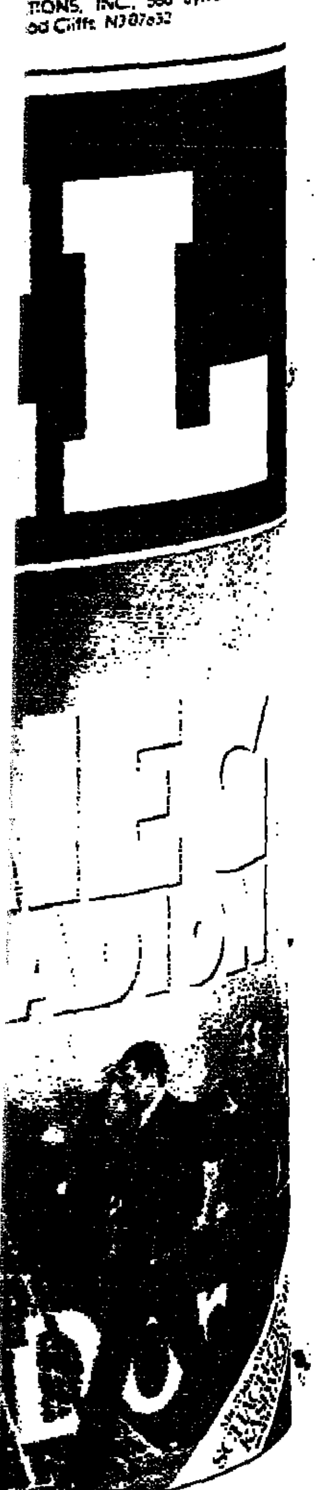
Höffner: Auf dem Weg zur Weltkirche

dpa, Aachen

Die Gewichte in der katholischen Kirche verlagern sich nach Angaben des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, von der nördlichen *auf die* südliche Hemisphäre. „Der missionarische Aufbruch in der Welt eröffnet für die Kirche ein ganz neues Zeitalter", sagte Höffner bei einem Festakt *zum* Wechsel an der Spitze des katholisches Hilfswerkes Missio. Höffner warnte davor, die Entwicklungen eigenständiger Liturgien soweit zu tragen, daß sie die Einheit der Kirche gefährdeten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Schtscharanskij: Austausch gegen Sowjetagenten?

PETER MICHALSKI, London

Anatolij Schtscharanskij (37), einer der berühmtesten Dissidenten in der Sowjetunion, soll gegen den südafrikanischen Sowjet-Spion Dieter Gerhardt (49) ausgetauscht werden. Wie die südafrikanische „Sunday Times" gestern in großer Aufmachung berichtet, ist an den Verhandlungen über die Freilassung des jüdischen Menschenrechtlers wahrscheinlich auch der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel beteiligt. Bei dem Austausch sollen auch mehrere andere, in der Bundesrepublik Deutschland inhaftierte Ost-Spione sowie in Ostblockhaft befindliche West-Agenten freigesetzt werden.

Auf westlicher Seite werden, so das Blatt, die Verhandlungen von dem New Yorker Rabbiner Ronald Greenwald geführt. Greenwald, der beim US-Justiz-Ministerium als Beauftragter der südafrikanischen Regierung registriert ist, hat in den letzten sechs Jahren mehrfach einen Gefangenenaustausch mit dem Ostblock bewerkstelligt. Anfang der 80er Jahre bemühte er sich schon einmal um die Freilassung Schtscharanskijs. Der Austausch scheiterte damals, weil die Verhandlungen vorzeitig bekannt wurden. Damals wurde der ebenfalls in Südafrika gefaßte KGB-Agent Major Alexej Koslow unter anderem gegen acht „Spione" aus der Bundesrepublik ausgetauscht.

In Israel werden diese Meldungen als „Gerüchte ohne Grundlage" dementiert. Baruch Gurewitsch, Generalsekretär des „Israelischen Landeskomites für die sowjetischen Juden" sagte, solche Gerüchte seien in den letzten Monaten mehrfach in Umlauf gesetzt worden. Sie hätten sich „leider immer als unbegründet" erwiesen. Schtscharanskij, dessen Frau Avital in Jerusalem lebt zurzeit aber gerade in den USA um politische Unterstützung für die Freilassung ihres Mannes wirbt, wurde im Juli 1978 zu 13 Jahren Gefängnis und Arbeitslager verurteilt. Ihm wurden Hochverrat, Spionage zugunsten der Vereinigten Staaten und sowjetfeindliche Propaganda zur Last gelegt.

Gerhardt, Befehlshaber der südafrikanischen Marinewerft Simonstown, wurde am 8. Januar 1983 von Angehörigen des FBI, der CIA und des britischen Geheimdienstes in einem New Yorker Hotel verhaftet. Ein Jahr später wurden er und seine aus der Schweiz stammende Frau Ruth (42) in Kapstadt in einem 45tägigen Geheimprozeß abgeurteilt. Er bekam lebenslänglich, sie zehn Jahre.

Die Gerhardts flogen auf, nachdem der in den Westen übergewechselte KBG-Major Wladimir Kusitschkin von ihrer Tätigkeit berichtet hatte. Auf Grund der Aussagen von Kusitschkin und den Gerhardts wurden 1983 aus verschiedenen Ländern insgesamt 147 sowjetische „Diplomaten" ausgewiesen, verglichen mit 49 im Jahr davor und 27 im Jahre 1981. (SAD)

Chirac bläst zum Angriff auf die Sozialisten

Wahl-Parteitag in Paris / Barre schiebt sich nach vorn

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Die gaullistische Sammlungsbewegung für die Republik" (RPR) hat am Wochenende als erste Formation der Opposition den Startschuß zum Kampf um die Parlamentswahlen des nächsten Jahres gegeben. Parteiführer Jacques Chirac, der seine Truppe zu einem Sonderparteitag nach Paris einberufen hatte, gab in der tropischen Hitze einer Ausstellungshalle im Park von Vincennes die Order aus: „Jeder von euch hat jetzt den Mobilmachungsbefehl in der Tasche. Er betrachte sich als Soldat einer Armee, deren Auftrag lautet, binnen zehn Monaten den Sieg über den Sozialismus zu erringen."

Der Tag in Vincennes führte eindrucksvoll vor Augen, daß Chirac nach wie vor der einzige Politiker der Opposition ist, der über eine mächtige, disziplinierte und geschlossen hinter ihm stehende Partei verfügt. Selbst wenn das persönliche Charisma des einstigen „jungen Löwen" der französischen Politik inzwischen etwas verblaßt ist. Chirac hält in den Meinungsumfragen nur noch eine mittlere Position inne und hat etwas Mühe, sich vor seinem Rivalen Giscard d'Estaing zu behaupten. Weit nach vorne geschossen dagegen ist inzwischen Raymond Barre, der aber über keinerlei Apparat verfügt. Er ist ein absoluter Einzelkämpfer, appelliert an den „gesunden Menschenverstand" der Franzosen, lehnt jede Zusammenarbeit mit Mitterrand bei einem etwaigen Wahlsieg der Opposition in den Parlamentswahlen ab und verläßt sich auf die Unterstützung oppositioneller Abgeordneter und Senatoren. Bisher sind etwa 50 Parlamentarier zu ihm übergelaufen.

Barre, der sich bisher eher bedeckt hielt, hat sich am vergangenen Freitag offiziell zu einer Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 1988 bekannt. Er tat es quasi indirekt, indem er erklärte: „Ich bin bereit, die Präsidentschaftskandidatur anzunehmen, wenn eine Mehrheit der Franzosen sie mir antragen." Um eine solche Disposition zu testen, veranstaltete Barre am Sonntag in Rambouillet bei Paris die erste Massenveranstaltung auf eigene Rechnung. Die Rechnung ging auf: 6000 „Barristen" aus der Pariser Region brachten ihrem Idol stürmische Ovationen dar.

Während Chirac und Giscard ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Parlamentswahlen richten, visiert Barre also gleich die eigentliche Entscheidung in zweieinhalb Jahren an. Das aber vermittelt in der Öffentlichkeit den Eindruck einer Spaltung der Opposition. Deshalb wollen Chirac und Giscard am 6. Juni in Paris eine große Einheitsschau ihrer beiden Formationen veranstalten und ein gemeinsames Programm für die Erneuerung Frankreichs verkünden.

Chirac aber ist bereits jetzt vorgestoßen und hat einen „Pakt mit den Franzosen" für einen doppelten „Bruch", den Bruch mit dem Sozialismus und den Bruch mit der „Sozialdemokratie, die vorher herrschte", verkündet. Das zielt auch auf Giscard. Chiracs Blitzoffensive erfolgt zudem in einem Augenblick, in dem das sozialistische Regime einen plötzlichen Schwächeanfall ausweist. Premierminister Fabius verlor überraschend zehn Punkte an Popularität. Der Grund: Die immer noch unbewältigte Arbeitslosigkeit und ein neuer Inflationsanfall für den Franc.

Europas neues Kampfflugzeug: Ein Test für Mitterrands Eureka-Pläne

Steigt Frankreich aus dem Gemeinschaftsprojekt „europäischer Abfangjäger" aus?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Das meist diskutierte Thema in den Kulissen des 36. Pariser Luft- und Raumfahrt-Salons in Le Bourget ist das europäische Kampfflugzeug der neunziger Jahre. Wie einst der europäische, später deutsch-französische Kampfpanzer, ist auch dieses Gemeinschaftsprojekt der Phantasie der Politiker entsprungen. Um Europa unabhängig von US-Lieferungen zu machen und ihm gleichzeitig seine Chancen im technologischen Wettlauf mit anderen Großmächten zu lassen, sollen Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und die Bundesrepublik bis etwa Mitte des nächsten Jahrzehnts ein gemeinsames Kampfflugzeug entwickeln, dessen Rolle das Abfangen feindlicher Jäger (also nicht der Tiefangriff mit Bordwaffen) sein soll.

Aber hier beginnt schon die Schwierigkeit. Jeder will dem Kriegsgerät eine andere Rolle zumessen. Das zeigte sich schon bei zwei Partnern als recht kompliziert, als es um den inzwischen ad acta gelegten deutsch-französischen Kampfpanzer ging. Noch komplizierter ist es, wenn man gleich fünf verschiedene Vorstellungen und Anforderungen in ein Cockpit bringen soll. Während einige, die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien etwa, in sehr kurzer Zeit ihre überalterten Jäger-Modelle Phantom (F 4) und Starfighter (F 104) ersetzen müssen, brauchen Frankreich und Spanien, beide mit französischen Mirage-Modellen verschiedener Bauart ausgerüstet, ein neues Jagdflugzeug erst später. Frankreich führt gerade die Mirage 2000 in seine Verbände ein, ein sehr leistungsfähiges Flugzeug von Dassault für Abfang, Aufklärung und nuklearen Angriff, während es für den konventionellen und nuklearen Erdangriff die etwas alt gewordenen „Jaguar" ziemlich bald ersetzen möchte.

Schon jetzt, nach drei Sitzungen der zuständigen Verteidigungsminister, ist klar, daß die Interessenlage Frankreichs eine ganz andere ist als die der vier Partner. Das führt zu Spekulationen in Le Bourget, wonach Frankreich über kurz oder lang aus dem europäischen Programm aussteigen wird. Journalisten und Aviatiker haben bereits Wetten abgeschlossen, daß dies bis September 1986 eintritt. Frankreich könnte, um das Projekt nicht sterben zu lassen, von den Niederlanden (und ihrem vorzüglichen Fokker-Hersteller) ersetzt werden.

Der Zeitfaktor ist entscheidend. Die letzte Entscheidung dürfte hier bei den Deutschen liegen. Die Luftwaffe braucht dringend ein neues Flugzeug. Sie würde jedes nehmen, vorausgesetzt, es entspricht ihren Erfordernissen. Dornier und MBB haben ausgereifte Projekte mit den Amerikanern (Northrop und MC Donnel-Douglas) in den Schubladen. Auch mit den Briten könnte man, nach den guten Erfahrungen mit dem „Tornado", schnell ins Geschäft kommen. Warum nicht auch mit den Franzosen, heißt es in Le Bourget, die sich als hervorragende Flugzeugbauer erwiesen haben? Nur schnell muß es gehen. Aber da ist der „europäische Weg" eher hinderlich.

Für die Franzosen sieht die Lage so aus: Dassault hat ein Zukunftsflugzeug bereits fertig entwickelt. Es ist als Modell in Le Bourget zu besichtigen, wird im „Geheimbunker" in Saint-Claud bei Paris zusammengebaut und soll im Dezember erste Testflüge in Südfrankreich beginnen. Verteidigungsminister Hernu ließ es sich bereits zeigen, und Präsident Mitterrand, der den Erben des inzwischen verstaatlichten Unternehmens, Serge Dassault, mit zur Eröffnung des Salons nahm, soll sehr angetan sein von „Rafale" (Windstoß, so der Name des Vogels). Die Maschine soll 9,5 Tonnen leer wiegen und bis zu 10,5 Tonnen Nutzlast (Bomben und Raketen) schleppen können. Serge Dassault zur WELT in Le Bourget: „Wir können die Maschine binnen Jahresfrist liefern. Sie ist allen Reißbrettmodellen in Europa und Amerika überlegen. Denken Sie mal, wie lange eine europäische Maschine dauern würde, und dann treffen Sie eine Entscheidung."

Die Entscheidung ist damit wahrscheinlich schon gefallen – gegen Europa. Es sei denn, Mitterrand spricht ein Machtwort. Er muß abwägen zwischen den egozentrischen Interessen seiner nationalen Lobby und seinem europäischen Engagement. Seine Entscheidung betrifft auch sein Lieblingskind „Eureka". Denn wenn er hier im nationalen Interesse die europäischen Partner links liegen läßt, wird ihm die Argumentation für eine europäische Weltraumforschung, die in Teilbereichen mit dem amerikanischen SDI-Projekt konkurrieren könnte, schwerer fallen. Man wird auch hier mehr nationale als europäische Interessen vermuten. Insofern ist die französische Entscheidung über das europäische Kampfflugzeug der neunziger Jahre ein Test für die europäische Weltraumforschung der Jahre danach.

Delors droht mit Rücktritt von EG-Vorsitz

rtr, Bonn

Den Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (EG) hat der Präsident der Brüsseler EG-Kommission Jacques Delors „Gleichgültigkeit und Feigheit" vorgeworfen. Er vermisse bei ihnen den Willen, sich gegenüber den Amerikanern selbständig zu behaupten und die technologische Herausforderung in einer gemeinsamen Anstrengung zu bewältigen. Wenn die Politiker so weitermachten, würden sie für Europas Niedergang verantwortlich sein. „Aber ich habe dann auf meinem Posten nichts mehr verloren", sagte Delors in einem vorab veröffentlichten Interview mit dem Hamburger Magazin „Stern".

Der deutschen Bundesregierung warf Delors eine widersprüchliche Europa-Politik vor. Die am Widerstand des Landwirtschaftsministers Ignaz Kiechle vor zwei Wochen gescheiterte Einigung über eine Senkung der EG-Getreidepreise war nach seinen Worten „ein Schock für alle Europäer". Falls Bundeskanzler Helmut Kohl unter dem Einfluß der Amerikaner auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel vom europäischen Weg abgekommen sein sollte, werde er auf dem am 28. Juni in Mailand tagenden Europäischen Rat „Gelegenheit haben, das wieder gutzumachen".

Bombenanschlag auf Weißes Haus geplant

AP, New York

In einer von Radikalen benutzten Wohnung in Baltimore sind detaillierte Pläne für einen Bombenanschlag auf ein Seitengebäude des Weißen Hauses entdeckt worden. In einem Aktenschrank mit der Aufschrift „Im Gange" seien auch genaue Pläne für Anschläge auf eine Reihe weiterer Regierungsbüros im Raum Washington und auf ein Gebäude der Marineakademie in Annapolis gefunden worden, berichtete die stellvertretende Staatsanwältin Barbara Sale aus Baltimore am Wochenende.

Vom FBI entdeckte Spuren führten von den Wohnungsbenutzern zu radikalen Organisationen, denen 16 Bombenanschläge seit 1982 zugeschrieben würden. So gebe es etwa Hinweise auf die Vereinigte Freiheitsfront (UFF), die unter anderem mit einem Anschlag auf das Senatsgebäude im November 1983 in Zusammenhang gebracht werde. Ermittlungsbeamte bestätigten, daß das FBI bei Durchsuchungen der Wohnung und anderer mutmaßlicher Verstecke in Pennsylvania, New York und Connecticut auch Sprengstoff, Zeitzünder, Waffen, gestohlene Autos, Bargeld und gefälschte Ausweise fand. „Vielleicht haben wir einfach Glück gehabt und sie zufällig kurz vor einer Welle von Anschlägen erwischt", sagte Frau Sale. Ein Zeitplan für die Ausführung der Anschläge sei nicht gefunden worden.

Der Spion war glühender Patriot und Anhänger Reagans

FRITZ WIRTH, Washington

Das amerikanische Verteidigungsministerium erwägt, den kürzlich als Spion verhafteten ehemaligen Marineoffizier John Walker wieder zur Marine einzuberufen. Sie hofft mit diesem Schritt erreichen zu können, Walker vor ein Kriegsgericht zu bringen. Auf diese Weise könnte verhindert werden, daß öffentlich bekannt würde, welche Geheiminformationen Walker den Sowjets zukommen ließ.

Obwohl noch präzise Angaben über das Ausmaß der angeblichen Spionagetätigkeit Walkers für die Sowjets fehlen, reihen amerikanische Abwehr-Experten ihn in die gleiche Kategorie wie beispielsweise den ehemaligen britischen Geheimagenten Kim Philby ein. Verteidigungsminister Caspar Weinberger nannte die Informationen, die Walker an die Sowjets weitergeleitet habe, einen „schweren Verlust".

In der letzten Woche ist mit dem 50jährigen Arthur Walker, einem Bruder John Walkers, der dritte Verdächtige in dieser Affäre verhaftet worden. Arthur Walker ist wie sein Bruder John ein ehemaliger Marineoffizier, der nun für eine Rüstungsfirma in Chesapeake in Virginia arbeitet. Er ist angeklagt, seit dem Jahre 1980 geheime Unterlagen aus dieser Firma an seinen Bruder weitergeleitet und dafür 12 000 Dollar erhalten zu haben. Der 22jährige Sohn John Walkers, der auf dem amerikanischen Flugzeugträger „Nimitz" Dienst tat, war vor einer Woche verhaftet worden. Er hatte seinem Vater Geheimmaterial von der „Nimitz" geliefert.

Das FBI forscht zur Stunde nach einem vierten Mitglied dieses Spionagerings. Man hatte in den Briefen, die bei John Walker konfisziert wurden, Hinweise darauf gefunden. In diesen Briefen wurden die Buchstaben „S", „K" und „D" als Kürzel für bestimmte Personen gebraucht. Die Identität von „S" und „K" scheint bekannt zu sein. Man nimmt an, daß es sich bei „S" um den Sohn und bei „K" um den Bruder Walkers handelt. Hinter „D" wird ein ehemaliger Marineoffizier vermutet, der heute in Kalifornien lebt.

John Walker hat 20 Jahre bei der Marine gedient, dabei zwei Jahre als Radio-Offizier auf einem Polaris-U-Boot und später im Hauptquartier der amerikanischen atlantischen U-Boot-Flotte in Norfolk. Er hatte in dieser Zeit Zugang zu Informationen der höchsten Geheimhaltungsstufe.

Man nimmt an, daß Walker während dieser Zeit geheime amerikanische Codes an die Sowjets weiterlieferte und sie außerdem über die amerikanischen Methoden zur Aufspürung sowjetischer U-Boote informierte. Obwohl einige dieser Methoden in den letzten zehn Jahren, seit Walker die Marine verlassen hat, modernisiert worden sind, wäre der Schaden, den Walker mit seinem angeblichen Verrat anrichtete, immer noch beträchtlich.

Senator Sam Nunn, der hochrespektierte Verteidigungsexperte im Senat, nahm die Affäre zum Anlaß, das Verteidigungsministerium zu kritisieren, daß die Sicherheitsmaßnahmen im Umgang mit Geheimnisträgern zu lasch seien und daß die Zahl jener in den Streitkräften, die Zugang zu hochgeheimen Informationen haben, viel zu groß sei.

John Walker, der nach seinem Abschied vom Marinedienst in Norfolk ein Detektivbüro eröffete, war vor 14 Tagen in der Nähe von Washington verhaftet worden, nachdem er an einem geheimen „Briefkasten" ein Paket mit Geheimdokumenten hinterlegt hatte. Der amerikanische Geheimdienst, der von der geschiedenen Frau Walkers über die Spionagetätigkeit ihres ehemaligen Mannes informiert worden war, beschattete und überwachte Walker bereits seit sechs Monaten. Amerikanische Geheimdienstbeamte entdeckten in der Nähe dieses geheimen „Briefkastens" den sowjetischen Diplomaten Aleksei Tkaschenko von der sowjetischen Botschaft in Washington, der das von Walker hinterlassene Material jedoch nicht aufgriff. Tkaschenko wurde vier Tage später aus der sowjetischen Botschaft abgezogen und nach Moskau zurückgeholt.

Über die Motive Walkers für seine Spionagetätigkeit herrscht immer noch Unklarheit. Seinen Freunden gegenüber gab er sich als glühender Patriot und ein Bewunderer Präsident Reagans zu erkennen. Ihm werden auch Verbindungen zum Ku-Klux-Klan nachgesagt. Größere Geldbeträge konnten bisher nicht entdeckt werden. Der größte Betrag, den er bisher von den Sowjets erhalten habe, so wurde bekannt, seien 35 000 Dollar gewesen. Sie sind Walker angeblich vor Jahren bei einem Halt in Hongkong übergeben worden.

Die natürlichste Sache der Welt.

Ein Stilleben, wie es ein holländischer Maler anno dazumal nicht appetitlicher hätte komponieren können. Aber was Sie hier sehen, sind die Zutaten eines original McDonald's Big Mäc und der dazugehörigen Pommes Frites. Viel Natur und hauptsächlich aus deutschen Landen frisch auf den Tisch.

»Aha«, werden jetzt sicher einige sagen, »jetzt wollen die uns aber ein X für ein U vormachen, wissen wir doch, daß alles per Tiefkühl-Container aus Amerika kommt«. Nichts kommt aus Amerika! Weder die Gurke, noch der Senf, nicht die Brötchen, geschweige denn das Fleisch.

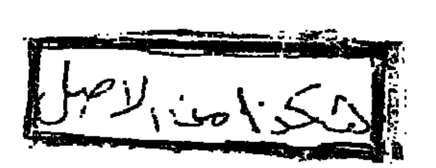
Werfen wir einen strengen Blick auf den Big Mäc. Er ist natürlich, weil auch die Brötchenscheiben, die das saftige Fleisch so locker-lecker in die Mitte nehmen, von heimischen Bäckern nach unseren eigenen Rezepturen gebacken werden. Auch alle anderen Zutaten wie Zwiebeln, Ketchup und Salat unterliegen gleich strengen Qualitätsanforderungen wie unser Fleisch: 100 % reines Rindfleisch, ohne irgendwelche Zusätze und keine Spur von chemischen Konservierungsstoffen. Es wird sehr sorgfältig ausgesucht und trägt deshalb stolz das CMA-Gütezeichen. Die Garantie für »Qualität aus deutschen Landen«.

Essen muß Spaß machen, das ist unser gastronomisches Glaubensbekenntnis von Anfang an. Und Spaß macht nur, was natürlich aussieht und natürlich schmeckt.
Wer nicht glauben will, der soll probieren.

Wenn Sie an weiteren Informationen über uns interessiert sind, schreiben Sie an:
McDonald's-Verbraucher-Service C 7,
Drygalskiallee 51, 8000 München 71.



Das etwas andere Restaurant



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Was bedeutet Irrlehre?

„Das ist Mißbrauch – nicht Irrlehre"; WELT vom 22. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

manche Passagen in den Aussagen von Bischof Dr. Wilckens verdienen Zustimmung, andere sind zu beanstanden, z. B. folgende:

● Der „Nordelbische Aufruf an unsere Bischöfe" vom 17.1.1985 wirft den Bischöfen vor, die Kirche dulde und fördere mit der sogenannten Feministischen Theologie das Eindringen von Irrlehren und Neuheidentum. Hiergegen wendet Bischof Dr. Wilckens ein, unter Irrlehren verstehe man „Lehren, welche die Grundlehre der Kirche von Grund auf verändern"; die religiösen Positionen (mancher?) feministischer Autorinnen seien dagegen „überhaupt nicht mehr christlich – also auch keine ‚Irrlehre'".

Nun ist Irrlehre eine religiöse Lehre, die dem Verständnis der Heiligen *Schrift oder den Glaubenssätzen der* christlichen Kirche widerspricht, und ist damit nicht mehr christlich. – Wilckens' Behauptung bedeutet jedoch nichts anderes, als daß Irrlehre christlich sein könne und müsse. Demnach wäre eine unchristliche oder antichristliche Lehre keine Irrlehre, sondern – wie im vorliegenden Falle – ein „Mißbrauch", und es wäre „nicht die Aufgabe eines ‚Wächteramtes'", ihr Eindringen in die Kirche zu verhindern.

● Bischof Dr. Wilckens kritisiert die 17 *Stormarner Pastoren – mit Recht* – sehr hart, fährt dann aber fort: „Hinter solchem Handeln stehen nicht politische Ideologien in biblischer Verkleidung, sondern ein ernster Wille zu radikalem Glaubensgehorsam ...". Warum nimmt er das von ihm scharf Kritisierte sogleich wieder mit einer unbewiesenen Behauptung in Schutz? Hat er nichts davon gehört, welche von politischer Ideologie geleiteten Kräfte hinter Teilen der sogenannten Friedensbewegung stehen, sie finanzieren und besonders gern Pastoren vor ihren Karren spannen?

● Vollends öffnet Bischof Dr. Wilckens dem Eindringen eines falschen Geistes die Schleusen, indem er äußert, es tauche das Problem auf, „wieweit durch gesellschaftliche Veränderungen traditionelle Kirchenlehre (eine irreführende Bezeichnung, die den Unterschied zwischen Tradition und Lehre verwische, die Lehre dicht an die Tradition rückt und damit ihre Autorität vernebelt) entsprechender ‚Fortschreibung' bedarf." Hat etwa die Lehre der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die sich von ihr entfernt hat, nachzulaufen, sich ihr anzupassen?

So einfach ist das also: Bischof Dr. Wilckens macht mit einem semantischen Kunstgriff aus Irrlehre „Mißbrauch", dessen Eindringen er nicht verhindern zu müssen glaubt, und aus einer Veränderung der Lehre eine „Fortschreibung", was naiven Ohren harmlos klingt. (NB: Im Augsburger Bekenntnis hat der die abgeschafften Mißbräuche behandelnde zweite Teil einen doppelt so großen Umfang wie der erste Teil mit den Hauptartikeln des Glaubens.)

Hier ist Wachsamkeit und Prüfung der Geister geboten. Den elf mutigen Unterzeichnern des Aufrufs und ihren Mitstreitern in den Bekennenden Gemeinschaften gebührt Dank und Anerkennung dafür, daß sie den Wächterdienst so treu versehen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Trenß,
Berlin 19

Pure Heuchelei

„In vitro veritas?"; WELT vom 28. Mai

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

wir danken Ihnen sehr dafür, daß Sie im Zusammenhang mit den Diskussionen auf dem Deutschen Ärztetag erneut auf die bei uns herrschende skandalöse Abtreibungspraxis hingewiesen haben.

Auch wir finden es außerordentlich bedauerlich, daß nur „Dissidenten" einen Widerspruch darin erkannt haben, daß einerseits eine stillschweigende Hinnahme der Tötung hunderttausender gesunder Menschen im Mutterleib zu verzeichnen ist, andererseits aber eine gewaltige Aufregung über die mit einer Leihmutterschaft und/oder einer extrakorporalen Zeugung verbundenen Probleme herrscht.

Für uns ist das pure Heuchelei, und wir vertreten die Meinung, daß jede Abtreibung aus nicht-medizinischer Indikation ethisch eindeutig verwerflicher ist als selbst eine bezahlte Leihmutterschaft. Dabei übersehen wir keineswegs die sich möglicherweise daraus ergebenden rechtlichen Komplikationen. Wir wissen, wovon wir reden; denn uns blieb es in den schweren fünfziger Jahren nicht erspart, über mehrere Jahre erst mit einem Kind und später mit zweien in einem möblierten Zimmer eines Kreuzberger Hinterhauses – wo heute nur noch Türken leben – zu hausen.

Auf die Idee, unsere diesbezüglichen Schwierigkeiten durch einen Tötungsakt zu lösen, sind wir nie gekommen; aber leider hat sich dank der marxistischen Propaganda weitgehend die Auffassung durchgesetzt, daß Kindertötung im Mutterleib allenfalls als Kavaliersdelikt anzusehen sei!

Mit freundlichen Grüßen
E. und Chr. Hügel,
Grefrath 1

Fernstenliebe

„Leserbrief: Kirchenaustritt"; WELT vom 14. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

den evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik kann ich zu so tapferen und treuen Mitgliedern, wie sie sie in dem mir unbekannten Schreiber dieses Briefes und seiner Frau haben, von Herzen gratulieren. Es gehört viel Liebe zur Kirche, Geduld und Format dazu, nach den traurigen Erfahrungen, die dieses Ehepaar gemacht hat, die Kirche nicht zu verlassen.

Leider habe auch ich mehrfach, aber nur bei jungen Pastoren, die gleiche Erfahrung machen müssen: der DDR wird in Predigt und Fürbitte nicht mehr gedacht. Man kümmert sich lieber um Menschen in fernen Ländern, die man nicht sieht.

Der Lazarus in Gestalt unserer deutschen Schwestern und Brüder jenseits von Elbe und Oder wird vergessen, obwohl diese Menschen die gleiche Sprache sprechen wie wir, die gleiche Geschichte und Kultur haben und sich von uns nur dadurch unterscheiden, daß sie 40 Jahre länger als wir unter einer Diktatur leiden müssen und ihres Glaubens wegen folgenschweren Benachteiligungen ausgesetzt sind, die Gleichgültigkeit im westlichen Teil unseres Vaterlandes ist erschreckend und für Christen beschämend.

Mit freundlichem Gruß
I. Richter,
Aumühle

Niemand fragte

„Stalins Kastanienrede"; WELT vom 22. Mai

mit Recht weist Professor Hornung darauf hin, daß die Auslösung der Katastrophe des 1. September 1939 nur durch das zeitweilige Zusammenwirken der beiden totalitären Vertragspartner des 23. August 1939 möglich war. Stalin hat sich mit Hitler nicht nur über die Aufteilung Ost-Mitteleuropas geeinigt. Nach dem kurzen Polenfeldzug gab er Hitler auch die strategische Rückendeckung, damit dieser die gesamten deutschen Luft- und Landstreitkräfte zur Niederringung Frankreichs im Westen konzentrieren konnte. Außerdem stählte Stalin ganz bewußt (beginnend mit dem deutsch-russischen Handelsabkommen vom 19. August 1939!) die deutsche Wirtschaft. Der Sowjetdiktator verschaffte dem „Führer" Zutritt zu reichen russischen Rohstoff- und Nahrungsmittelquellen, er öffnete ihm die Tür zum Osten, zu Lieferungen aus der Mandschurei und China, zu einer Landverbindung mit dem befreundeten Japan und hob damit die Wirkung der gegen Deutschland gerichteten alliierten Blockade weitgehend auf.

In Sendungen der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurde ausführlich über Hitlers Angriff auf Rußland und über die schweren Blutopfer der Völker der Sowjetunion im „Großen Vaterländischen Krieg" berichtet. Keiner der Journalisten erwähnte in diesem Zusammenhang jedoch die von Stalin buchstäblich bis zum Vorabend des 22. Juni 1941 für Hitler geleistete immense Wirtschaftshilfe. Noch viel weniger wagte man freilich die Frage aufzuwerfen, ob es Hitler ohne die sowjetische Stärkung des deutschen Wirtschaftspotentials überhaupt möglich gewesen wäre, den Krieg (1940/1941) auszuweiten und so lange (bis 1945) fortzuführen.

H. Danner,
Offenburg

Wort des Tages

„Eine Menge von Entscheidungen fallen in unserer Gesellschaft allein aufgrund von Messungen und Statistiken ... Es gibt jedoch Seinsdimensionen, deren Wahrnehmungen andere Denkweisen verlangen als wissenschaftliche Analysen. Es geht um ein Erkennen, das weiter vorstößt als die reine Vernunft. Es verschafft Zugang zum tiefsten und wichtigsten Bereich unserer selbst."

Léon Arthur Elchinger; franz. Theologe (geb. 1908)

Beide gemeint

„Kirche in der ‚DDR' zu Zurückhaltung ermahnt"; WELT vom 15. Mai

In dem Artikel wird der Eindruck erweckt, als ob der bisherige Präses der EKD-Synode, Cornelius A. von Heyl, im Auftrag „der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland" an die Kirchenführer in der DDR appelliert habe, bei öffentlichen Äußerungen im Westen einseitig Zurückhaltung zu üben. Das ist nicht der Fall.

Wer seinen Aufsatz „Einmischung in innere Angelegenheiten?", abgedruckt in „Kirche im Sozialismus" vom April 1985, liest, erfährt einmal, daß es sich um einen persönlichen Beitrag handelt, und dann, daß sich seine sieben Merkpunkte an beide Seite wenden. Unter Ziffer 6 heißt es z. B.: „Die gleichen Worte werden unter anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oft anders verstanden." Wie wahr: Die selektive Aufnahme in der WELT ist ein Beispiel für diese These.

Rolf Koppe,
Oberkirchenrat, Pressesprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland

Das Vorbild

„Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee"; WELT vom 25. Mai

In dem Bericht über die Schweizer Armee heißt es: „Da sind die Eidgenossen unerbittlich: Wer sein Land nicht mit der Waffe zu verteidigen bereit ist, der wird in ihm weder erfolgreich noch glücklich – es sei denn, er ist ein Heiliger. Aber seit Nikolaus von der Flüe hat es einen solchen in der Eidgenossenschaft nicht mehr gegeben."

Man könnte daraus schließen, daß Nikolaus von der Flüe (1417–1487) den Wehrdienst abgelehnt hätte.

Er gehörte jedoch – zuletzt als Hauptmann – der Miliz Obwaldens an und hat im alten Zürichkrieg und im Thurgauer Feldzug mitgekämpft. Seine Einstellung zum Kriegsdienst beschreibt um 1500 Heinrich Wölflin, einer seiner ersten Biographen: „Nikolaus nahm nie ohne auf obrigkeitlichen Befehl an Kriegen teil. Er war der größte Freund des Friedens, doch wo es fürs Vaterland zu streiten galt, wollte er nicht, daß die Feinde wegen seiner Untätigkeit unverschämt großtun könnten; sobald deren Kräfte aber zusammengebrochen und überwunden waren, mahnte er nachdrücklich zu Schonung."

E. Wilzbach,
Bensheim 1

„Sportlich"?

„Entschärfte Leitplanken"; WELT vom 28. Mai

Die behördliche Zustimmung zum wissenschaftlichen Großversuch „Motorradfahrer-Leitplanken-Stoßdämpfer" erscheint symptomatisch für eine grundsätzlich falsche und fortwährend verantwortungslos betriebene Verkehrspolitik sowie für die Folgen unsinniger Sozialpolitik: Da schafft man, durch von Gewerkschafts- und Parteifunktionären eigennützig permanent hochgeschaukelte Löhne, Gehälter und somit auch Preise, die denkbar günstigsten Voraussetzungen für ein wahnsinniges Verkehrsaufkommen. Da baut man wahlstimmenheischenderweise auch noch die letzten Feldwege renntauglich aus. Dadurch und durch die ständig steigende Massenkaufkraft animiert man staatlicherseits die Industrie zur Produktion immer noch „sportlicherer" Fahrzeuge ...

Die politische „Verantwortung" aber erschöpft sich offenbar im Ersinnen immer wahnwitziger anmutender Maßnahmen: Nicht die Ursachen zunehmend „sportlicher" Fahrweise werden gesetzlich bekämpft – der Gesetzgeber scheint die ständig wachsende, völlig unnötige, ja vorsätzlich gefährliche Stärke der Fahrzeugmotoren (nicht nur die der Motorräder!) zu übersehen. Niemand denkt daran, allgemein Fahrzeuge mit geringem Abzugsvermögen und niederer Höchstgeschwindigkeit (und entsprechend geringerem Treibstoffverbrauch!) durch Gesetz zu erzwingen. Im Gegenteil: Durch „Entschärfung" der Straßen, insbesondere der Kurven, fördert die staatliche Verkehrspolitik definitiv die Lust am Drauflosrasen! Und nunmehr auch noch – scheinheiliges Sicherheitsstreben in Vollendung – die körperfreundliche Aufpralldämpfung der Leitplanken. Wahnwitziger geht es wohl kaum noch – oder?

K. F. Raisig,
München 90

Personalien

EINFÜHRUNG

Dr. **Bernhard Vogel**, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, wird am 13. Juni in Bonn in der Landesvertretung seinen neuen Minister für Bundesangelegenheiten **Albrecht Martin** in sein Amt einführen. Martin war elf Jahre Landtagspräsident in Mainz und löst als Bevollmächtigter des Landes beim Bund **Johann Wilhelm Gaddum** ab, der im Juni neuer Präsident der Landeszentralbank in Mainz wird. Albrecht Martin, Jahrgang 1927, ist gebürtiger Bad Kreuznacher. Er studierte Theologie, Geschichte und Germanistik und ging zunächst als Lehrer an Gymnasien. 1956 wurde Albrecht Martin in den Stadtrat von Oppenheim gewählt, dem er bis 1963 angehörte. Seit 1964 war er im Stadtrat von Bad Kreuznach und wurde dort Fraktionschef der CDU. Von 1971 bis 1981 arbeitete er als stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU. 1982 schließlich wurde Martin stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz. Seit 1967 gehört Albrecht Martin dem Rheinland-Pfälzischen Landtag an, dem er seit 1974 als Landtagspräsident vorstand. Seit 1984 ist er Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

VERANSTALTUNG

Zum erstenmal nach Jahrzehnten wird ein Bundesratspräsident wieder das Bonner Gesellschaftsleben aktivieren. Ratspräsident **Lothar Späth**, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, lädt die Mitglieder des Bundesrates und das in Bonn akkreditierte Diplomatische Korps, die ausländischen Botschafter und Geschäftsträger mit ihren Ehefrauen, am 13. Juni zu einem Konzert nach Schloß Augustusburg in Brühl ein. Das Orchester der Ludwigsburger Festspiele wird Werke von Bach und Händel musizieren. Im Anschluß an das Konzert bittet Späth zu einem Empfang im Schloß. In den fünfziger Jahren gehörten Einladungen der Bundesratspräsidenten zum Bonner Sommer. Die damaligen Gastgeber gingen allerdings nach Köln, luden die Länderkammer in das Restaurant „Zum Kuckuck" ein, was als origineller Einfall galt.

Gorbatschow nun auch neuer Staatschef?

DW. Moskau

Der Oberste Sowjet, das Parlament der Sowjetunion, wird nach Ansicht *westlicher Diplomaten* bei *seiner Sitzung* am 2. Juli Parteichef Michail Gorbatschow zum Staatschef wählen. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass gab am Samstag das Datum der nächsten Sitzung des Gremiums bekannt. Mit seiner Wahl zum Staatschef würde Gorbatschow, wie auch seine Vorgänger, die Ämter von Staats- und Parteichef auf sich vereinigen. Der 54jährige hatte im März nach dem Tode Tschernenkos die Führung der KPdSU übernommen.

Der Oberste Sowjet tritt zweimal im Jahr zusammen, um die von der sowjetischen Führung vorgeschlagenen Gesetzentwürfe zu verabschieden. Seit dem Tode Tschernenkos ist die Position des Vorsitzenden seines Präsidiums, die offizielle Bezeichnung für den Staatschef, nicht besetzt. Dieses Amt hat zwar lediglich *den Charakter eines Ehrentitels*, stellt aber seinen Inhaber protokollarisch auf die gleiche Stufe wie seine wichtigen westlichen Gesprächspartner.

Gorbatschow hatte sich schon bei der Wahl Tschernenkos 1984 ausdrücklich für die Kumulierung der Ämter des Staats- und Parteichefs ausgesprochen. Für die Außenpolitik der Sowjetunion sei es von „außerordentlicher Bedeutung", daß beide Funktionen von einer Person ausgeübt werden.

Auch Butter wird in Polen teurer

dpa, Warschau

Seit dem Wochenende müssen die Polen für alle Lebensmittelfette einschließlich Butter erheblich mehr bezahlen. Die Preise für Butter wurden von 98 Zloty (1,90 Mark) für ein halbes Pfund auf 120 Zloty (2,35 Mark), um mehr als 20 Prozent, angehoben. Dieser Butterpreis gilt jedoch nur im Sommer und soll im Winter auf 126 Zloty steigen. Margarinesorten sind um durchschnittlich zehn Prozent und Schmalz sogar um 66 Prozent teurer geworden. Mit dem Inkrafttreten dieser zweiten Etappe einer generellen Preiserhöhung für Grundnahrungsmittel, die im März dieses Jahres begann, ist die Rationierung von Fetten aufgehoben worden. Fleisch, Wurst, Zucker und Schokoladeerzeugnisse bleiben rationiert. Eine Verteuerung von Fleisch und Wurst *um zehn bis 15 Prozent war ebenfalls* für Juni angekündigt worden, wurde aber offenbar wieder verschoben. *Seit Bekanntwerden der jetzigen* Preiserhöhung ist es bereits vereinzelt zu Streiks in den Betrieben ge*kommen.*

Ausreise-Welle aus Rumänien. Ziel: Amerika

● Fortsetzung von Seite 1

weitergereisten Rumänen sei dagegen eine Rückkehr von der „DDR" nicht garantiert worden.

Für diesen Juni erwarten die Westberliner Behörden *ein weites* Ansteigen der Zahl zufluchtsuchender Ausländer. Die Zahl der bis Ende Mai in Berlin registrierten Asylzugänge seit Jahresbeginn ist mehr als doppelt so hoch wie im Vergleichszeitraum 1984. An der Spitze stehen nach wie vor Tamilen, Westafrikaner, Pakistaner und Polen. Nach Bonner Hochrechnungen muß für die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr mit einer Verdoppelung der Zahl von Asylbewerbern gerechnet werden.

Nach Ansicht der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (SFH) ist die *Zeit reif für* „mutige asylpolitische Entscheidungen". Konkret wird die vorrangige Behandlung neuer Asylgesuche, Konsequenz in der Abweisungspraxis und die Integration zumindest jener Personengruppen, die in nächster Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausgewiesen werden können, verlangt.

Börners Angebot sorgt bei Grünen für Tumulte

dg. Frankfurt

Das Hauen und Stechen bei den Grünen über den künftigen Kurs ihrer Partei nach dem Wahldebakel in Nordrhein-Westfalen hat sich auf einen neuen Schauplatz verlagert: nach Hessen. Kurz vor der alles entscheidenden Mitgliederversammlung der hessischen Grünen am kommenden Wochenende in Niederhausen bei Wiesbaden ist das Bundesland, in dem die grüne Bewegung während des Startbahnkonfliktes einmal Triumphe gefeiert hat, zum *Ziel* zahlreicher grüner Polit-Pilger geworden, die auf öffentlichen Veranstaltungen *erbarmungslos die Klingen kreuzen.* Der Grund: Holger Börners Angebot an die hessischen Grünen, mit ihm eine Koalition zu schließen und ein neu zu schaffendes Umweltministerium in dem ansonsten sozialdemokratischen Kabinett zu übernehmen.

Die ganze Bundesprominenz der Partei ist auf Hessenfahrt – aber es fällt auf, daß die *Leute* von der Hamburger „Z-Fraktion", Ebermann, Trampert & Co., auf keiner der Po*diumsdiskussionen* in *Frankfurt,* Kassel, Marburg, Gießen, Fulda fehlen. Wie im Januar 1984, wo sie vor *der Landesversammlung der* Grünen in Usingen die Basis in Hessen auf öffentlichen Veranstaltungen auf einen Konfrontationskurs zu den Sozialdemokraten einzuschwören versuchten, geht der Schuß auch diesmal vielerorts nach hinten los. Die „Basis" fühlt sich duch die angereisten Kreuzigungsprediger in ihrer „Autonomie" tangiert.

Als sich am Sonnabend der Bundeshauptsausschuß der Grünen, das *höchste Beschlußorgan zwischen den* Parteitagen, ebenfalls in Frankfurt in den Hessenstreit mischte, entluden sich *die aufgestauten Emotionen im*mer wieder in minutenlangen Tumultszenen. Eckart Stratmann von der Bundestagsgruppe hatte den Part der Abkanzelung der hessischen Parteifreunde übernommen. Er attestierte ihnen die „nahtlose, totale Übernahme der neuen sozialdemokratischen Kernenergiepolitik", die unter dem Motto eines angeblichen Ausstiegs aus der Atomenergie den weiteren Zubau neuer Atomanlagen bezwecke. Sollte es auf dieser Grundlage zur Koalition kommen, sei es mit der grünen Solidarität vorbei.

Auch Jutta Ditfurth vom Bundesvorstand las der hessischen Landtagsgruppe die Leviten. Der von Börner angebotene Ministerposten sei „ohne Inhalte", aber die Grünen würden gezwungen sein, „Regierungsverantwortung" auch für staatliches Gewaltmonopol, für Startbahn, nicht *verwirklichtes Nachtflugverbot,* nicht verwirklichte Amnestie für Straftäter an der Startbahn usw. zu übernehmen. Die ratlose Frage der Frankfurter „Radikalökologin": „Was machen wir dann zur Landtagswahl 1987?"

Die hessischen Landtagsgrünen hielten mit Selbstbewußtsein dagegen. Die Hanauer Nuklearbetriebe seien erst durch ihre Politik in die Schlagzeilen gekommen – die lokale Bürgerinitiative habe zu jener Zeit schon fast den Geist aufgegeben gehabt. Unterstützung kam von dem aus Hessen stammenden Mitglied der Bundestagsgruppe, Joschka Fischer: „Wenn der Konflikt um die Atomfabriken bis vors Bundesverwaltungsgericht getragen wird, dann nicht, weil das neue sozialdemokratische Kernenergiepolitik ist, sondern allein auf Druck der Grünen in *Hessen.*" Otto Schily, der an der Gerüchtebörse als möglicher grüner Umweltminister für Hessen gehandelt wird, hörte sich das Gezänk nicht lange an. Als sich die Stimmen überschlugen („Halte *mal die Fresse!*" – „*Aufhören!*"), war der grüne Vorzeigepolitiker nicht mehr im Raum.

Die unversöhnliche Konfrontation der Meinungen zeigte, daß ein geschlossenes Konzept für die Gesamtpartei *nach der Niederlage von Nord*rhein-Westfalen nicht mehr vorhanden ist. Selbst den grünen Mandats*trägern, so bejammert eine* Nordrhein-Westfälin, seien die „grünen Inhalte" abhanden gekommen, es müßten „Bildungskurse" für die Parteimitglieder eingerichtet werden. Zahlreiche Grüne sahen der Ökopartei die Jugend davondriften. Als aber einer die Gründung einer „Jugendorganisation" für die Grünen forderte, antwortete ihm der Bundeshauptausschuß mit Gelächter. Die „Opas" von dreißig, vierzig Jahren halten sich selbst noch für jung genug.

Mitterrand will zu Eureka klare Aussage der Europäer

Noch fehlen konkrete Vorschläge / Auch die Briten sagen zu

A. GRAF KAGENECK, Paris

Präsident Mitterrand kann unbestreitbar Erfolge für sein zunächst auf wenig Gegenliebe gestoßenes Projekt einer „europäischen technologischen Gemeinschaft" buchen, welche unter dem Stichwort „Eureka" die Kräfte Europas auf dem Gebiet der Weltraumforschung und der Hochtechnologie bündeln und den amerikanischen und japanischen ebenbürtig machen soll. Nach der deutschen Zusage von Genscher in Paris und der vorsichtigen von Bundeskanzler Kohl in Bonn haben auch die Engländer zugesagt, sich an Eureka zu beteiligen. Dies hat der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe am Samstag seinen *französischen Kollegen* Dumas offiziell wissen lassen.

Gleichwohl kommt dem Mitterrand-*Vorschlag* – der Staatspräsident selber hat sich auf dem Pariser Luftfahrtsalon am Wochenende äußerst *befriedigt über den Erfolg seiner In*itiative, insbesondere über die deutsche Unterstützung dafür, gezeigt – *vorläufig nicht mehr als eine reine* Absichtserklärung zu. Es gibt keinerlei konkrete Vorschläge, was wann, von und mit wem, wie finanziert und an wen eventuell verkauft werden soll. Auch gibt es unterschiedliche Einschätzungen über die Vereinbarkeit von Eureka und dem amerikanischen Vorschlag einer Verteidigungsstrategie im Weltraum (SDI).

Die Briten haben klar wissen lassen, daß sie an beidem teilnehmen wollen. Kohl hat entschieden, sich über die technologischen Vorteile von SDI in den USA kundig zu machen und dann über eine Teilnahme zu entscheiden. Nur die Franzosen sind gegen SDI in seiner „strategischen Komponente" (Mitterrand in Le Bourget anläßlich des Luftfahrtsalons). Immerhin vertreten sie die Ansicht, daß Eureka und SDI sich „keine Konkurrenz" machen, was darauf hindeuten könnte, daß Frankreich später doch an der *SDI*-Forschung partizipiert. Auch sind französische private und verstaatlichte Firmen schon *seit geraumer Zeit bilate*ral mit US-Firmen in Projekten vereinigt, die direkte Beziehungen zur *SDI-Strategie haben. Wie weit solche* Mitarbeit gehen kann, ist Gegenstand einer französischen Fact-finding-*Kommission, die sich zur Abreise in* die USA bereitmacht.

Worauf es Mitterrand offenbar zunächst ankommt, ist ein klares Engagement der europäischen Partner, die durch SDI angeregte Forschung im *Weltraum und in der Hochtechnolo*gie nicht nur den Vereinigten Staaten sondern auch Europa zugute kom*men zu lassen und* eine Abwanderung der „Gehirne" nach den USA zu verhindern. Gemeinsame europäische *Projekte* sind auch durchaus denkbar, zum Beispiel auf dem Gebiet der Weltraumfähren wo Frankreich mit dem „Hermes"-Vorschlag bereits konkrete Pläne vorlegen kann (die staatliche Aerospatiale hat bereits ein fertiges Projekt in der Schublade) und auf dem Gebiet der militärischen Beobachtung aus dem Weltraum, worüber besonders Deutsche und Franzosen seit geraumer Zeit diskutieren.

Auch die FDP sieht keine Alternative zu Kanzler Kohl

Spekulationen über eine neue Annäherung an die SPD werden energisch zurückgewiesen

STEFAN HEYDECK, Neuss

Die FDP-Spitze wird angesichts der Querelen und Streitereien innerhalb des Bonner Regierungsbündnisses nicht müde, sich klar zur Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU zu bekennen. Mehr noch: Prominente Liberale *stellen sich in den jüngsten* Tagen fast regelmäßig demonstrativ vor Bundeskanzler Helmut Kohl. Sie nehmen ihn dabei insbesondere vor CSU-Angriffen in Schutz. Dahinter steht auch, so ein führendes FDP-Mitglied in der vergangenen Woche, daß sie „keine Alternative" zu Kohl sehen. Genauso eindeutig wird Spekulationen über eine neue Annäherung an die SPD eine unmißverständliche Absage erteilt. Sie waren nach dem jüngsten Brief von FDP-Chef Martin Bangemann an die „lieben Parteifreunde" wieder aufgekommen.

Wie ernst es den Liberalen mit ihrem Festhalten an Kohl und am Bonner Bündnis ist, wurde während ihres Bundeshauptausschusses deutlich. Obwohl die 125 Delegierten hinter verschlossenen Türen berieten, wurden die Reden von Bangemann und Generalsekretär Helmut Haussmann gedruckt veröffentlicht.

Auf dem „Kleinen Parteitag" hatte Bangemann, für den „im Gegensatz zu dem öffentlichen Eindruck" die Koalition „im Kern gesund" ist, ausdrücklich erklärt: „Wir nörgeln nicht am Bundeskanzler herum." Dies geschehe auch deshalb nicht, „weil er für die Lebensgesetze der Koalition Verständnis" habe. Den CDU/CSU und FDP würden die Regierungsfähigkeit nach den Bundestagswahlen 1987 „nur zusammen oder gar nicht" behalten. Auch weil die Wählergunst „insgesamt" zurückgegangen sei, habe die FDP „allen Anlaß, mit dem *Bundeskanzler gemeinsam erfolgrei*che Politik zu machen".

Die Schuld für das Negativbild des Bündnisses gab er „der *Union*". Kritik innerhalb deren Reihen sei „oft vordergründig" und habe „persönli*che Hintergründe*". Das aber schade „letztlich dem Ansehen und der Arbeit der Koalition". Noch deutlicher wurde Haussmann, der neben der SPD und den Grünen mehrfach verbunden mit dem Appell zu „fairer Partnerschaft" in seiner Rede die CSU namentlich attackierte. Genauso wie die beiden Oppositionsparteien zeige sie „immer häufiger ein Doppelgesicht", spiele eine „Doppelrolle" und spreche häufig „sogar mit gespaltener Zunge". *Die CSU, so Haus*smann weiter, müsse „lernen", daß jeder Bündnispartner Anspruch darauf habe, *seine Identität* zu wahren und „sogar verstärkt zu Geltung" zu bringen. Denn für ihn ist schon „völlig klar", daß es ohne die FDP „keine Mehrheitsfähigkeit" für die Union gibt.

Hinter den Angriffen steht der Wille, das Profil der FDP deutlicher gegenüber den Wählern herauszustellen sowie *die Mitglieder weiter auf* Geschlossenheit einzuschwören. Dazu gehört auch der Versuch, neben der *Wirtschafts- und Entspannungspoli*tik die Kulturpolitik zu einem liberalen Schwerpunktthema zu machen. Auch bei der Innen- und Rechtspolitik will die FDP weiter ihre Eigenständigkeit beweisen. So beriet auf einer Klausur das Präsidium unter anderem über die weitere Haltung zum umstrittenen Demonstrations-, Asyl- und Ausländerrecht.

CDU bläst an der Saar zum Aufbruch

Sozialpolitik der Landesregierung kritisiert / Mit Scherer gegen Lafontaine?

ULRICH REITZ, Saarbrücken

Knapp drei Monate nach der erd*rutschartigen Wahlniederlage vom 10.* März hat die saarländische CDU die Zeichen zu einem neuen Aufbruch gesetzt. Die rund 600 Delegierten des 36. Landesparteitages unterstrichen am Samstag ihren Anspruch, 1990, bei der nächsten Landtagswahl, den amtierenden Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (SPD) wieder abzulösen. Kritik übte die Parteibasis aber nicht in erster Linie an Lafontaine, sondern an dem Stil und den Inhalten, für die die eigene Partei steht.

„Wir sind keine schmollende, verhinderte Regierungspartei, wir haben die Rolle als Oppositionspartei angenommen", resümierte der neue CDU-Landesvorsitzende Werner Scherer gegenüber der WELT den Parteitag. Der zweifellos populärste Unionspolitiker an der Saar, der bereits von 1973 bis zu seiner gesundheitlichen Krise 1977 den Landesvorsitz innehatte, konnte mit 531 gegen 23 Stimmen einen überzeugenden Wahlsieg erringen.

Ob er jedoch 1990 der Partei als Spitzenkandidat zur Verfügung stehen wird, ließ der 57jährige, der zwei Herzinfarkte hinter sich hat, offen. „Diese Frage beschäftigt mich im Moment nicht", sagte Scherer, der als Integrationsfigur der CDU gilt. Er fügte jedoch hinzu: „Wenn ich kandidiert habe, dann nicht mit dem Etikett des Übergangsvorsitzenden." Die Entscheidung werde in zwei Jahren fallen.

Scherer verkörpert wie kaum ein anderer den Aufbruch der inhaltlich und personell „verkrusteten" Partei. Er steht für eine CDU, „die die christliche-soziale Betonung, die bei uns an der Saar traditionell ausgeprägt ist", wieder stärker zur Maxime politischen Handelns machen will. Darin *kommt* unverholen eine scharfe Kritik an der Bonner Union zum Ausdruck, die die „Verwurzelung der CDU-Politik in der christlichen Soziallehre nicht deutlich gemacht hat" – so Scherer.

Scherer wie auch die Delegierten machten jedoch nicht nur ihrem Ärger über die „schlechte Darstellung" der Regierungspolitik Luft, sondern monierten auch die inhaltlichen Beschlüsse. „Die Bundesregierung hat die Wähler derart verprellt, daß wir Gefahr laufen, die Bundestagswahl 1987 zu verlieren", erklärte der bis zu dem Parteitag stellvertretende Parteivorsitzende Peter Müller. Der Sparpolitik des Bundesfinanzministers fehle es an „sozialer Ausgewogenheit", fügte Müller hinzu und ermahnte seine Partei unter dem Applaus der Delegierten, sich auf ihre „Verwurzelung in der Arbeitnehmerschaft, die in Scharen zur SPD übergelaufen ist, zurückzubesinnen".

Harte Worte wählte auch Professor Knapp, der der CDU in der Regierungsarbeit (an der Saar und in Bonn) „Pragmatismus, Populismus und Stromlinienförmigkeit" vorhielt und an die Christdemokraten appellierte, „das C im Interesse unserer Glaubwürdigkeit wieder deutlich werden zu lassen". Außerdem dürfe sie ihr Profil nicht durch Entscheidungen, die nur von der Koalitionsräson diktiert würden, aufs Spiel setzen.

Angesichts dieser harten Kritik an Bonn warnte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel seine Parteifreunde davor, wegen der Wahlniederlage „jetzt nervös zu werden". Er verwies auf die Erfolge der Regierung in der Konjunktur- und Finanzpolitik und forderte die Delegierten auf, zu Helmut Kohl zu *halten, „auch wenn schwere Wetter aufziehen".*

Werner Zeyer, der Wahlverlierer, der aus dem Wahlergebnis mit seinem Rücktritt die „persönlichen Konsequenzen" gezogen hatte, mußte sich von den Delegierten keine persönlichen Vorwürfe gefallen lassen. Auch er machte in seiner Abschiedsrede die „politische Großwetterlage" für die Wahlniederlage verantwortlich. „In einigen Bereichen blies uns der Wind voll ins Gesicht", sagte Zeyer. Dazu gehörten die EG-Beschlüsse zur Agrarpolitik und die schlechte Situation am Arbeitsmarkt.

Stoltenberg verlangt Geschlossenheit

Parteitag der schleswig-holsteinischen CDU / Konjunktur und Steuerreform wichtige Themen

GEORG BAUER, Lübeck

Haben die Christdemokraten gut zwei Jahre nach dem Regierungswechsel in Bonn die Meinungsführerschaft zu *Fragen der staatlichen* Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland verloren? Drohen ihre *Erfolge bei der Konsolidierung des* Haushaltes und in der Wirtschaftspolitik durch eine ungehemmte interne *Diskussionswelle über das Für und* Wider von Reformen zerredet zu werden? Kurz – steht sich die Union selbst im Weg? Fragen, die den außerordentlichen Landesparteitag der CDU in Schleswig-Holstein wesentlich bestimmten, den ersten nach der niederschmetternden Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen.

Das Stimmungsbarometer stand auf Einheit und Solidarität. Immer dann, wenn der CDU-Landesvorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident Uwe Barschel oder der Gastredner, der Frankfurter Oberbürgermeister und hessische Parteivorsitzende Walter Wallmann die Geschlossenheit der Partei anmahnten, kam Beifall in der *ansonsten sachlich-nüchtern disku*tierenden Delegiertenrunde auf. So meinte etwa Stoltenberg mit Blick auf die *jüngsten Diskussionen um* die zeitlichen Etappen der Steuerreform, führende Politiker in Bund und Ländern seien aufgerufen, „*gute,* wegweisende Entscheidungen auch gemeinsam zu vertreten, wenn sie die Bürger überzeugen wollen".

In seiner Rede nannte der Parteivorsitzende keine Namen. In einer anschließenden Journalistenrunde erwähnte er allerdings den CSU-Generalsekretär Gerold Tandler. Dieser hatte am Wochenende in einem Zeitungsinterview erklärt, er nehme an, daß auch der Stoltenberg inzwischen erkannt habe, daß die Konjunktur belebt werden müsse. Es sei bekanntlich nie zu spät, um aus Unterlassungen zu lernen.

In seiner Replik meinte Stoltenberg: „Weitere Steuersenkungen müssen verdient werden, vor allem durch Ausgabendisziplin. Wir werden nicht die falschen Rezepte der sozial*liberalen Koalition kopieren, durch* auf Pump finanzierte Ausgabenprogramme Strohfeuereffekte zu erzielen *und so die Finanzpolitik wieder völlig* bewegungsunfähig zu machen und Preise und Zinsen wieder nach oben zu treiben". Vorrangiges Ziel sei die Verringerung der Staats- und Steuerquote.

Zum drückenden Problem der Arbeitslosigkeit meinte Stoltenberg, ökonomische und soziale Veränderungen vollzögen sich nicht in kurzen Intervallen, gleichsam auf Knopfdruck. Dafür sei die Krise von 1982 als Ausdruck einer zehnjährigen verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik insbesondere auch der Sozialdemokraten zu schwer gewesen.

Auf Grund der heute verbesserten Situation hätten allerdings jene eine Bringschuld, „die durch die Politik der letzten Jahre in eine bessere Position gekommen sind", mahnte Stoltenberg die Wirtschaft.

Evakuierung von Verletzten in Beirut unmöglich

rtr, Beirut

Die Kämpfe zwischen Palästinensern und der schiitischen Amal-Miliz um die palästinensischen Flüchtlingslager in Beirut haben am Wochenende weiterhin eine größere Evakuierungsaktion der Verletzten durch das *Internationale Rote Kreuz* verhindert. Nach Angaben einer Sprecherin der Organisation konnten *bisher lediglich* 64 Menschen aus dem Lager Bourdsch al-Baradschneh herausgebracht werden. Sie seien in Krankenhäuser gebracht worden, die im Machtbereich der drusischen Moslems südlich von Beirut liegen.

Die Sprecherin sagte weiter, in Bourdsch al-Baradschneh warteten noch mehr als 100 Verletzte auf den Abtransport. Aus Krankenhäusern und Sicherheitskreisen verlautete, bei den zweiwöchigen Kämpfen seien bisher 430 Menschen getötet worden. Trotz der vereinbarten Feuerpause und einer Resolution des UNO-Weltsicherheitsrates, in der ein Ende der Gewalt gegen Zivilisten gefordert wurde, dauerten nach Einwohnerberichten die Kämpfe an.

Sozialdemokrat Präsident in Peru

dpa, Lima

Der Kandidat der sozialdemokratisch orientierten APRA-Partei Perus, Alan Garcia (36), ist am Samstag von der obersten Wahlbehörde des Landes zum Präsidenten erklärt worden. Er wird am 28. Juli die Nachfolge des Konservativen Fernando Belaunde Terry antreten, dessen Amtszeit ausläuft. Garcia hatte bei den Wahlen am 14. April 45,7 Prozent der Stimmen gewonnen. Eine Stichwahl mit dem marxistischen Bürgermeister von Lima, Alfonso Barrantes, der mit 21,3 Prozent die zweitmeisten Stimmen erhalten hatte, konnte entfallen, nachdem *Barrantes auf* die Teilnahme verzichtet hatte.

Die zweite Wahlrunde war erforderlich geworden, weil Garcia die nach dem peruanischen Wahlgesetz für einen Sieg notwendige absolute Mehrheit *verfehlt hatte.* Seine Partei hatte bei den Wahlen im April die absolute Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments gewonnen.

Journalistenschule für Berlin geplant

hrk. Berlin

Der Journalisten-Verband Berlin *will nach dem Vorbild der* Deutschen Journalistenschule in München in Berlin ebenfalls eine Ausbildungsstätte für Journalisten ins Leben rufen. Vor hochrangigen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur sagte der stellvertretende Vorsitzende, Ex-Senatssprecher Hermann Meyn, der Verband sei bei den Berliner Medien auf ein „positives Echo" gestoßen. Die in Aussicht genommene Schule solle niemandem Konkurrenz machen, sagte Meyn, sondern eine „zusätzliche überbetriebliche Ausbildungschance eröffnen". Der Verband sei in der Lage, diese Schule zu gründen und zu eröffnen, benötige jedoch Geld für den laufenden Unterhalt.

Neue Vorsitzende für CDU-Frauen

dpa, Neuss

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Irmgard Karwatzki (44) ist am Samstag in Neuss mit großer Mehrheit zur neuen Vorsitzenden der rheinischen CDU-Frauenvereinigung gewählt worden. Sie löst damit in dieser Funktion Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms ab, die nicht wieder *kandidiert hatte.*

Drei Wochen nach der CDU-Niederlage bei den nordrhein-westfäli*schen Landtagswahlen hatte sich die* Landtagsabgeordnete Margarete Verstegen, die seit 1979 Vizevorsitzende war, nicht wieder als Kandidatin für den Posten der Stellvertreterin durchsetzen können.

Phantasie an der Börse

cd. – Die wildesten Spekulationen geistern derzeit durch die Börsensäle. Die kuwaitische Regierung habe sich mit einem 20prozentigen Paket bei der Commerzbank eingekauft, heißt es da in einer kuwaitischen Zeitung. Aber das ist noch nicht alles. Kuwait soll auch seine Beteiligung an Bayer, BASF und Mannesmann aufgestockt haben und das ist überhaupt der Clou: Kuwait will auch Aktien der Allianz, der Deutschen Bank, Siemens und BMW kaufen.

Es gehört schon eine Portion Naivität dazu zu glauben, irgend jemand würde auch nur ein Sterbenswörtchen über derlei Absichten in die Öffentlichkeit gelangen lassen und auf diese Weise die Kurse hochjagen. Da drängt sich einem schon eher der Verdacht auf, das Gerücht sei von jemand in die Welt gesetzt worden, der die Kurse hochjubeln will.

Ins Reich der Phantasie gehört denn wohl auch das in der vorigen Woche kurstreibende Gerücht, die Deutsche Bank wolle ihre milliardenschweren Beteiligungen an bankfremden Unternehmen aus dem Bankgeschäft ausgliedern. Die Deutsche Bank nimmt zwar dazu nicht Stellung; aber das ist ihre übliche Haltung bei Gerüchten. So kann man aus dem Ausbleiben eines Dementis nicht unbedingt den Schluß ziehen, daß doch etwas im Busche ist. Und wenn schon, warum sollte die Aktie der Deutschen Bank deswegen höher bewertet werden? Dafür gebe es eine Reihe anderer Gründe, die viel mehr überzeugen würden.

Frühes Sommerloch

Von ERWIN SCHNEIDER

Das Sommerloch an den internationalen Rohstoffmärkten ist in diesem Jahr leicht vorgezogen, so scheint es. Die Irritation, die durch die Nervosität an den Devisenmärkt ausgelöst werden, dauern an. Widersprüchliches über die konjunkturellen Entwicklungen – besonders die nach revidierten Daten für das erste Quartal in den USA und die hoffnungsvollen Erwartungen für einen positiven Trend erst im späteren Verlauf des zweiten Halbjahres bei weiterhin hohem Haushalts- und Handelsplatzdefizit. Diese Faktoren trugen offensichtlich dazu bei, daß das Kursniveau – ganz im Gegensatz zur anhaltenden Hausse mit fast täglich erreichten neuen Rekordständen an den internationalen Börsenplätzen – auf breiter Front zurückging und bei zahlreichen Rohstoffen die Notierung im Mai auf einem neuen Jahrestiefstand endete.

Das gilt auch für den auf Dollarbasis notierenden Moody's-Index, der mit einem Verlust von 2,94 Prozent nur noch 910,2 Punkte erreichte. Der auf dem Pfund basierende Reuters hat mittlerweile gegenüber dem Jahreshoch rund 300 Punkte verloren, im Mai alleine waren es 64,5 Punkte oder 3,42 Prozent. Vom Tiefstand ist auch er nur noch knapp entfernt.

Daß die Talfahrt nach unten nicht weitergeht, hoffen die meisten Experten. So erklärte die Europapräsidentin Erika H. Pjordman des international weit diversifizierten Metallproduzenten Amax in Paris, die in Dollar notierten Metallpreise hätten einen so niedrigen Stand erreicht, daß die jetzt allmählich wieder steigen müßten.

Günstige Perspektiven für die NE-Metallmärkte hat auch die Frankfurter Metallgesellschaft ausgemacht, die Verbrauchssteigerungen auch gegenüber dem Vorjahr abgeschwächteren Niveau bei Kupfer, Zink und Aluminium erwartet. Doch rechnen die Analytiker nur bei Kupfer und Blei mit einem Anstieg der Preise.

Auf den hohen Dollar als Hemmnis weist auch die Schweizerische Bankgesellschaft in einer Marktstudie hin. Aus diesem Grunde, so wird gefolgert, halten die Verarbeiter in der Hoffnung auf einen Kursrückgang ihre Läger weiter möglichst gering. Weil dazu meist noch eine höhere Produktion kommt, wird sich das Preisniveau wohl wenig ändern, so das Ergebnis der Schweizer.

Selbst mit der neuen Strategie des Zinn-Rats wachsen die Schwierigkeiten weiter, nachdem das Preisgefüge auf diesem Markt lange Zeit überhöht war. Fundamentale Marktfaktoren bestimmen das Bild. Einmal wird der Verbrauch sinken, andererseits steigt das Angebot drastisch – durch chinesische Exportsteigerungen, Produktionsaufnahme der Rio Algoms Mine mit einer Jahreskapazität von 4500 Tonnen Zinnkonzentrat und durch den Ausbau der brasilianischen Produktion. Im letzten Jahr wurden weltweit rund 153 000 produziert, verbraucht damals allerdings mehr als 160 000 Tonnen. Deshalb wurde auch der zunehmende Zinsschmuggel eine weitere Marktbelastung. Analytiker prognostizieren für die Preise einen Jahresdurchschnitt von 9360 Pfund, derzeit liegt der Kassapreis an der Londoner Metallbörse bei knapp unter 9550 Pfund.

Jahrestiefstände prägen auch die Situation auf den Märkten der Soft Commodities, Kakao, Kaffee und Zucker. Die letzte Weichware fiel sogar auf ein 18-Jahres-Tief. „Und Land ist nicht in Sicht", wie der Terminmarkt „des Brokerhauses Hornblower & Co. feststellt. Denn die Exportländer sind immer noch nicht kompromißbereit, die Vermutungen gehen sogar so weit, daß einzelnen Produzentenländern unterstellt wird, sie würden Anbau und Export auf Hochtouren bringen, um sich mit hohen Zuckermengen eine günstige Ausgangsposition im Quotengerangel zu verschaffen. Diese Taktik kann tatsächlich die Hoffnung auf eine Anpassung von der Produktion an den Verbrauch auf unabsehbare Zeit verschieben.

Auch beim Kakao weist die Preistendenz weiter nach unten, wobei die sinkende Tendenz an der New Yorker Rohstoffbörse gegenüber London auf einem höheren Preisniveau angesiedelt ist. Dafür verantwortlich sind wohl zwei Faktoren: Erstens die unterschiedliche Versorgung mit Ware und zweitens das zum Dollar etwas festere Pfund.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Mai 1985	Ende April 1985	Hoch 1985	Tief 1985
Kupfer	L	£/t	1158,25	1222	1342,5	1128
Zink	L	£/t	659,5	724,5	851	659,5
Zinn	L	£/t	9537,5	9265	10265	9142,5
Blei	L	£/t	290,5	310,5	395	289
Aluminium	L	£/t	830,75	896,5	1060,25	830,75
Nickel	L	£/t	4407,5	4535	4927,5	4180
Gold	L	$/Unze	315	324,65	329,9	285
Silber	L	p/Unze	482,3	508	576,9	477,8
Platin	L	£/Unze	209,95	229,05	252,4	220
Weizen	C	Cts/bu	312,62	349	373,37	312,62
Mais	C	Cts/bu	272,62	283,37	285,62	262
Kakao[1]	L	£/t	1741,5	1906	2266,5	1741,5
Kaffee[1]	L	£/t	2010	2108	2423,5	2007,5
Zucker	L	£/t	89	98	122,5	83
Sojaöl	C	Cts/lb	30,25	32,53	33,03	25,59
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	64	66,1	71,95	64
Schweißwolle	S	Cts/kg	632,5	636	645	555
Kautschuk	L	p/kg	64,5	67,5	73,75	63,75
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			910,2	937,8	973,4	910,2
Reuter's (31. 9.31=100) London			1820,4	1884,9	2101,4	1790,4

[1]) Zweite Abladung [2]) A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Kommission: Eureka ein ungeeigneter Ansatz

Brüssel möchte engere Kooperation im Bereich der Spitzentechnologie

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft kann es sich nach Meinung der EG-Kommission nicht leisten, die Entscheidungen über eine engere Kooperation im Bereich der Spitzentechnologie hinauszuzögern. Schon in einigen Monaten müsse der Weg klar sein, den die EG gehen will, heißt es in Brüssel. Die Experten fürchten, daß der durch die amerikanische Weltraumverteidigungsinitiative (SDI) zu erwartende Run auf technologische Spitzenkräfte zu einer gefährlichen Abwanderung von Wissenschaftlern führen könnte.

Die Kommission ist dabei, letzte Hand an die Vorschläge zu legen, die den Staats- und Regierungschefs Ende Juni in Mailand als Diskussionsgrundlage dienen sollen. Sie bemüht sich darin, die Zusammenarbeit so weit wie möglich in den institutionalen Rahmen der Gemeinschaft einzupassen, während das von Frankreich propagierte Programm Eureka auf eine rein zwischenstaatliche Kooperation abzielt.

Die Lagebeurteilung, die bei den französischen Vorschlägen Pate gestanden hat, weicht nach dem Eindruck maßgeblicher Vertreter der Kommission kaum von der in den übrigen EG-Ländern ab. Danach bedeutet das SDI-Programm – unabhängig von seinem verteidigungspolitischen Wert – eine erhebliche Herausforderung für die europäische Industrie.

In Brüssel wird darauf verwiesen, daß sich der Forschungshaushalt des Pentagon innerhalb kurzer Zeit real verdoppelt habe und daß die Amerikaner inzwischen einschließlich des Nasa-Programms jährliche Forschungsausgaben in der Größenordnung von rund 150 Milliarden Mark tätigten.

Die Gefahr sei nicht von der Hand zu weisen, daß die mit dem SDI-Programm verbundene „gewaltige Industriesubvention" der amerikanischen Wirtschaft einen kaum noch aufzuholenden Technologievorsprung sichere. Bisher habe Europa diesen Anstrengungen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen.

Trotzdem halten EG-Kreise den von Frankreich gewählten Ansatz für eine eigenständige europäische Technologie-Entwicklung für nicht glücklich. Er versäume es nämlich, auf der bestehenden Forschungs- und Industriepolitik der Gemeinschaft aufzubauen.

Die Nachteile des Eureka-Modells sind nach Brüsseler Auffassung vielfältig. So bestehe die Gefahr, daß sich die Teilnehmer an Forschungsprojekten „selbst vom Gemeinsamen Markt abschneiden" oder keinen automatischen freien Zugang zu öffentlichen Aufträgen erhielten. Eine außerhalb der EG angesiedelte Agentur werde auch nicht den gleichen Zwang zur Vereinheitlichung der Normen ausüben können und – im Gegensatz zur Gemeinschaft – auch keine externe Zuständigkeit besitzen.

„Jeder spricht für sich und keiner für alle", versucht sich die Brüsseler Exekutive selbst ins Spiel zu bringen. Auch sie geht indes davon aus, daß der Zugang zu Forschungsprogrammen jeweils interessierten Unternehmen aus dritten Ländern offenstehen müsse und daß nicht immer alle Projekte auch von allen EG-Staaten mitgetragen und -finanziert werden müssen.

Im Ministerrat wird es in den kommenden Monaten vor allem darum gehen, die im Zusammenhang mit den Technologieplänen auftretenden organisatorischen Probleme zu lösen. Die Frage, wie die Regierungen, die EG-Institutionen, die Wissenschaft und die Wirtschaft an den Projekten beteiligt werden sollen, ist kaum weniger schwer zu entscheiden als die nach dem Inhalt und der Finanzierung der Programme.

Für die Ratssitzungen dieser Woche (Post- und Fernmeldewesen, Technologie und Forschung) hat die Kommission jedenfalls noch keine einzelnen Vorschläge parat. Offensichtlich will sie vermeiden, daß ihr Konzept bereits vor dem Mailänder Gipfel von den Fachministern und Beamten zerpflückt wird. Die Minister werden deshalb über das Eureka-Projekt allenfalls am Rande der Luxemburger Konferenz sprechen.

ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFT

Strom will stärker auf dem Wärmemarkt Fuß fassen

HANS BAUMANN, Essen

Die Elektrizität werde künftig stärker auf dem Wärmemarkt Fuß fassen. Als Marktpotential für den Strom kommen neun Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik und in West-Berlin in Betracht, die zur Zeit noch mit Öl beheizt werden. Das war die Aussage der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) bei der Vorlage ihres Jahresberichtes 1984 in Frankfurt.

Heute schon beheizt die elektrische Energie nach Auskunft des Vorstandsvorsitzenden der VDEW, Gerhard Hecker, rund zwei Millionen Haushalte von rund 27 Millionen. Da sie vornehmlich Speicherheizungen einsetzen, erübrigt sich der Bau von Kraftwerkskapazität für die Wärmeversorgung. Darüber hinaus werden rund 60 000 Wohnungen mit elektrischen Wärmepumpen beheizt. Heizstrom stammt vornehmlich aus dem Mittellastbereich. Die VDEW begründet ihren Anspruch auf höhere Anteile an der Deckung des Wärmebedarfs damit, daß dieser Markt zu 70 Prozent von importierten Energien wie Öl und Gas abhängig sei. Dies gelte in noch viel stärkerem Maße für die Raumheizung.

Zu den Vorteilen, die die Stromwirtschaft für ihren stärkeren Eintritt in den Wärmemarkt anführt, gehört neben der Versorgungssicherheit aus eigenen Quellen die Preissicherheit. So führt der Jahresbericht der VDEW aus, daß von 1970 bis Oktober 1984 die Erzeugerpreise für Heizöl um 537 Prozent, die für Erdgas um 380 Prozent und die für Strom lediglich um 122 Prozent gestiegen seien. Der wachsende Anteil der Kernkraft, die heute schon um drei bis fünf Pfennig kostengünstiger sei als Kohlestrom und mit weiteren Umweltlasten weiter wachsen werde, garantiere eine gedämpftere Preisentwicklung als bei anderen Energien.

Zu den immer wiederkehrenden Anregungen aus dem politischen Raum, über eine Stromsteuer Spareffekte zu erzielen, sagt die VDEW, daß eine solche Steuer eher die Sparbemühungen behindern würde, weil alle neuen Techniken zur Einsparung von Energie zu ihrer Regelung und Steuerung Strom benötigten. Zudem würde eine Stromsteuer gerade jene Energieträger benachteiligen, die langfristig versorgungssicher und von der Entwicklung der Welt-Energiepreise unabhängig sind und deutsche Arbeitsplätze sichern, wie etwa die Steinkohle. Weniger Stromeinsatz bedeute praktisch in allen Fällen keine Einsparung, sondern lediglich Substitution heimischer Energien durch Importenergien.

Im Berichtsjahr 1984 ist die Kraftwerksleistung der öffentlichen Versorgung um 6,4 Prozent auf 81 240 Megawatt gestiegen. Neu in Betrieb genommen wurden vor allem Kernkraftwerke, insgesamt 5350 MW. Der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung beträgt inzwischen 28 Prozent, der der heimischen Steinkohle über 50 Prozent.

AUF EIN WORT

„Wir stochern ganz schön im Nebel, wenn es darum geht, Marktanteile zu nennen. In dieser Branche ist es nämlich nicht unüblich, auch solche Verträge im Bestand zu führen, die lediglich fast zum Abschluß gekommen wären."

Peter Schneider, Geschäftsführer der VAG Leasing GmbH, Braunschweig
FOTO: DIE WELT

Freiverkäufliche Arznei stagniert

pje. Bonn

Die Einführung der Negativ-Liste, die die medikamentöse Behandlung von Bagatellerkrankungen auf Kosten der Krankenkassen ausschließt, hat den Umsatz freiverkäuflicher Arzneimittel kaum erhöht. Das geht aus einer im Auftrag des Bundesfachverbandes der Arzneimittelhersteller (BHI) durchgeführten Marktstudie hervor, die jetzt in München auf der Jahresversammlung der europäischen Arzneimittelhersteller (AESGP) vorgestellt wurde. Die Studie zeigt nach den Worten von BHI-Vorstandsmitglied Werner Tüting, daß 54 Prozent aller freiverkäuflichen Arzneimittel mit Rezept und 46 Prozent zur Selbstbehandlung frei gekauft wurden.

VERKEHRSMINISTER

Der kombinierte Verkehr soll jetzt forciert werden

HANS-J. MAHNKE, Rom

Anfang September soll eine neue Ära im Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Italien via Österreich eingeläutet werden. Durch die Forcierung des kombinierten Verkehrs soll eine Entlastung der Autobahn über den Brenner erreicht werden. Dieses haben die Verkehrsminister der drei Länder jetzt am Rande der europäischen Verkehrsminister-Konferenz CEMT in Rom vereinbart.

Nach österreichischen Angaben wird die Brenner-Autobahn gegenwärtig von 3600 Lkw täglich benutzt. Damit sei eine volle Auslastung der Kapazität nahezu erreicht. Eine neue Transversale über die Alpen werde es auf österreichischem Gebiet nicht geben, erklärte der österreichische Verkehrsminister Lacina. Um einen Engpaß gar nicht erst entstehen zu lassen, setzt Lacina darauf, verstärkt Lastwagen auf der Bahn über die Alpen zu transportieren.

Konkret wurde jetzt vereinbart, daß von September an die Abrechnung nach Ganzzügen wirksam werden soll. Die Eisenbahnen stellen den Kombiverkehrsgesellschaften dabei ganze Züge in Rechnung, bisher wurde je nach Auslastung abgerechnet. Um die Benutzung attraktiver zu machen, sollen nicht nur die Tarife günstiger gestaltet werden, sondern als Anreiz für die Benutzung der rollenden Landstraße soll im Rahmen der jeweiligen nationalen Genehmigungsregelungen eine Fahrt auf der Straße kontingentsfrei sein, wenn das neue Angebot in einer Richtung genutzt wird.

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat auf der Konferenz, an der 19 europäische Staaten teilnahmen, darauf hingewiesen, daß durch den verstärkten Umweltschutz neue Verkehrsbehinderungen drohen könnten.

US-AKTIENMÄRKTE

In Wall Street erreichten die Kurse Rekordhöhen

DW. New York

In der abgelaufenen Woche blieb das Geschäftsklima an den internationalen Börsen zumeist freundlich, wenn auch gewisse Ermüdungserscheinungen zu verzeichnen waren. Die Wall Street hatte besonderen Grund zur Zufriedenheit: Zum ersten Mal seit 1980 und nur zum fünften Mal in 21 Jahren verzeichneten die führenden Kursindexe während eines Monats Mai Steigerungen und erzielten sogar Rekordmarken.

Nach einem schwachen Start zum Monatsbeginn belebten die Senkung des Diskontsatzes durch das Zentralbankensystem und Maßnahmen des Kongresses zur Verminderung des Haushaltsdefizits das Geschäft. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte beendete die um einen Feiertag verkürzte letzte Maiwoche mit einem Plus von 13,44 Punkten bei 1315,41. Der allgemeine Börsenindex (NYSE) stieg um 0,76 auf 109,63 Punkte. Täglich wurden im Durchschnitt 107,51 Millionen Stücke umgesetzt, verglichen mit 112,95 Millionen in der Vorwoche.

Bei lebhaftem Umsatz wurden die auf breiter Front erzielten Gewinne ausgelöst von den Erwartungen weiter sinkender Ölpreise, nachdem die Sowjetunion eine Preissenkung um einen Dollar/Barrel angekündigt hat und auch in Großbritannien mit einer Rücknahme gerechnet wird.

Die gute Entwicklung am Anleihemarkt, wo die Erwartung auf weiter sinkende Zinsen zunimmt, fand ebenfalls ihren Niederschlag in den Aktienkursen. Die starke technische Entwicklung des Marktes könnte nach Ansicht von H. A. Johnson jr. von First Albany Corp. zu weiteren Gewinnen bis in die Spanne von 1325 bis 1350 Punkten führen. Die fundamentalen Faktoren seien voraussichtlich gut, was die Neuigkeiten über die Steuerreform, den US-Haushalt und einen anhaltenden Zinsrückgang angehe.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Biotechnologie expandiert

Düsseldorf (dpa) – Das Marktvolumen im Bereich der Biotechnologie wird nach Expertenschätzungen im Jahr 2000 über 95 Milliarden US-Dollar betragen. 35 Milliarden davon werden für die Forschung im Energie-Sektor ausgegeben, während Produkte und Verfahren der modernen Biotechnologie für das Gesundheitswesen auf Platz zwei liegen. Diese Zahlen nannten Vertreter der Düsseldorfer Messegesellschaft „Nowea" im Vorfeld der „Biotec 85", der ersten internationalen Konferenz für Bio- und Gentechnologie vom 15. bis 17. Oktober in Düsseldorf.

US-Banken geschlossen

New York (AP) – Sechs Banken aus drei amerikanischen Bundesstaaten wurden wegen drohendem Konkurs vom Staat geschlossen. Allein die Landesbehörden von Nebraska ordneten die Schließung von vier Banken an. Die US-Regierung in Washington schloß eine Genossenschaftsbank in Lockesburg (Bundesstaat Arkansas) und die Landesregierung von Minnesota ein Geldinstitut in Lakefield. Zu den Schwierigkeiten kam es, weil die Banken zu stark im Kreditgeschäft mit Landwirten engagiert sind, die wegen der Krise der US-Landwirtschaft in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren. Viele Darlehen wurden dadurch dubios oder mußten abgeschrieben werden.

Aral-Urteil am 12. Juni?

Essen (Bm.) – Die Beschwerde der Aral-Anteilseigner gegen die Verfügung des Bundeskartellamtes vom 24. Januar 1984, die praktisch zu einer Zerschlagung dieser Vertriebsorganisation führen würde, wird nun am 12. Juni vor dem Kammergericht Berlin verhandelt. Aral-Chef Marquardt: „Wir sind sehr optimistisch, was den Ausgang des Verfahrens angeht."

Butter in die UdSSR

Genf (dpa/VWD) – Die Europäische Gemeinschaft hat vom Milchprodukte-Rat des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in Genf offiziell die Zustimmung zum Verkauf von Altbutter an die Sowjetunion unter Weltmarktpreis erhalten. Es handelt sich dabei um mindestens 18 Monate alte Butterbestände, die die EG für 450 Dollar pro Tonne verkaufen will. Das ist weniger als die Hälfte des Butter-Mindestpreises, den das Gatt-Gremium von bisher 1200 auf 1000 Dollar pro Tonne herabsetzte.

Größeres Handelsdefizit

Washington (dpa/VWD) – Die hohe Nachfrage der USA nach Waren aus dem Ausland war auch im April ungebrochen. Das US-Handelsministerium gab das Defizit der Handelsbilanz für April mit 11,85 Milliarden Dollar (36,7 Mrd. DM) an. Es ist das bisher größte monatliche Defizit in diesem Jahr.

Zloty abgewertet

Warschau (dpa) – Die Polnische Nationalbank hat den Zloty gegenüber ausländischen Währungen erneut abgewertet. Man bekommt jetzt für einen Dollar 159 Zloty; eine Mark ist jetzt offiziell 51,40 Zloty wert. Gleichzeitig wurde der Zloty auch gegenüber dem Rubel um 14,3 Prozent abgewertet, der jetzt 88 Zloty kostet.

154 Prozent Inflation

Lima (dpa/VWD) – Die Inflation Perus ist Ende Mai auf eine Jahresrate von 154,8 Prozent angestiegen, teilte das Statistische Amt in Lima mit. Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich im Mai gegenüber dem Vormonat um 10,9 Prozent.

Elektroindustrie ist Spitze

Frankfurt (dpa) – Mit einem Umsatz von 133 Milliarden DM, Exporten von 59 Milliarden DM und einer Beschäftigtenzahl von 921 000 hat sich die Elektroindustrie 1984 als eine der größten deutschen Branchen behauptet. Gemessen an der Netto-Wertschöpfung habe sie sich sogar an die Spitze aller europäischen Industriezweige setzen können, berichtete der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) in Frankfurt.

China für EG-Öffnung

Peking (dpa) – China erwartet von der EG eine stärkere Öffnung ihres Marktes für chinesische Produkte und will davon auch seine eigene künftige Importpolitik gegenüber Westeuropa abhängig machen. Dies bekräftigte die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua in einem Kommentar zur Reise von Ministerpräsident Zhao Ziyang nach England, in die Bundesrepublik und die Niederlande.



OECD

Hilfestellung gegen Protektionismus

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die Regierungen der 24 Mitgliedstaaten zu einer systematischen Überprüfung von Handelshemmnissen aufgefordert. Sie begründet diese Initiative damit, daß der OECD-Ministerrat auf seiner letzten Jahrestagung Mitte April ausdrücklich bekundet hatte, protektionistischen Entwicklungen effektiv Einhalt zu gebieten. Dem müßten jetzt Taten folgen.

Um den Regierungen dabei zu helfen, hat der handelspolitische Ausschuß der OECD eine Reihe von Kriterien aufgestellt. Sie sind in einer aus 13 Fragengruppen bestehenden Checkliste verankert. Durch dieses Verfahren soll nicht nur auf einen Abbau der bestehenden Handelshemmnisse hingewirkt, sondern auch protektionistische Elemente aus geplanten handelspolitischen Maßnahmen eliminiert werden. Der Fragebogen stützt sich auf die kürzlich veröffentlichte OECD-Studie über Kosten und Nutzen des Protektionismus. Sie war zu dem Ergebnis gekommen, daß die Vorteile protektionistischer Maßnahmen jedenfalls mittelfristig geringer sind, als ihre Nachteile.

Die grundsätzliche Frage lautet: Ist die Maßnahme mit den internationalen Verpflichtungen und Engagements vereinbar? Dabei ist nicht nur an das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) gedacht. Die OECD-Staaten haben auch untereinander ein handelspolitisches Stillhalteabkommen (Trade Pledge), für das ein besonderes Auskunfts- und Überwachungssystem besteht.

Speziell empfiehlt die OECD, nunmehr die direkten Kosten des Protektionismus zu prüfen, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer preissteigernden Wirkung und ihrer Qualitätsnachteile als auch in bezug auf die Verbrauchsbehindung und Versorgungssicherheit. Genau abgewogen werden sollten die Vorteile staatlicher Mehreinnahmen aus höheren Zöllen und Einfuhrsteuern gegenüber den Nachteilen von öffentlichen Subventionen, insbesondere für den Export. Es sei zu prüfen, ob Strukturanpassungen durch protektionistische Maßnahmen verhindert und so Produktivitäts- wie Wettbewerbsverluste herbeigeführt werden. Die Regierungen sollten bei der Planung handelspolitischer Maßnahmen auch an mögliche Gegenreaktionen anderer Länder denken.

SÜDKOREA / Werften, Stahlindustrie, Elektrotechnik und Textilwirtschaft in einer ungünstigen Lage

Sinkende Exporte dämpfen die Konjunktur

FRED de LA TROBE, Seoul

Das Tempo der südkoreanischen Wirtschaftsentwicklung hat seit Anfang dieses Jahres deutlich nachgelassen. Im ersten Quartal 1985 kam das reale Wachstum nur auf etwas über ein Prozent gegenüber 3,1 Prozent im Vorjahr. Nach vorläufigen Zahlen war die Konjunktur im zweiten Quartal noch schwächer. Das von der Regierung für das Jahr 1985 gesetzte Wachstumsziel von 7,5 Prozent wird sich bei der Fortdauer dieser Entwicklung kaum erreichen lassen.

Die wichtigsten Gründe für die Abschwächung waren sinkende Exporte, Investitionen und private Konsumausgaben; die Flaute in der Bauwirtschaft und die restriktive Kreditpolitik der Regierung. Von Januar bis April erreichten die Exporte einen Wert von 8,1 Mrd. Dollar, 5,7 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Der Won, dessen Wert vorwiegend an den Dollar gebunden ist, verlor 1984 nur vier Prozent gegenüber der amerikanischen Währung und in den ersten vier Monaten 1985 noch einmal 4,2 Prozent. Damit war er gegenüber anderen Währungen relativ stark; die koreanischen Produkte verteuerten sich.

Südkorea hängt stark von Außenfaktoren ab. Die Exportwirtschaft trägt viel zum Volkseinkommen bei. Das Land strebt einen Ausgleich seiner Zahlungsbilanz an, um seine Auslandsverpflichtungen, die eine Höhe von 43 Mrd. Dollar erreicht haben, nicht übermäßig anschwellen zu lassen und den Schuldendienst bewältigen zu können. Der Exportanteil, der für Zinsen und Tilgung aufgewendet wird, liegt jetzt bei 16,6 Prozent.

Im ersten Quartal gingen die Ausfuhren in fast alle Länder zurück. In den USA, in die etwas über ein Drittel der Exporte Südkoreas gehen, wurden 5,1 Prozent weniger abgesetzt. Im Handel mit der Bundesrepublik erreichten die südkoreanischen Ausfuhren 1984 einen Wert von 924 Mill. Dollar, während sich die Einfuhren von dort auf 795 Mill. Dollar stellten.

Die Leistungsbilanz Südkoreas schloß in den ersten vier Monaten 1985 mit einem größer als erwarteten Defizit von 728 Mill. Dollar ab. Im Jahr 1984 war ein Fehlbetrag von 1,4 Mrd. Dollar angefallen. Die Devisenreserven standen Ende 1984 bei 7,6 Mrd. Dollar.

In der Folge der protektionistischen Tendenzen in den Vereinigten Staaten befürchten die Südkoreaner, daß in diesem Jahr merkliche Exportsteigerungen in die USA, die als Motor der Konjunktur Südkoreas gelten, schwierig sein werden. Die Amerikaner strengten 1984 insgesamt 13 Anti-Dumping-Verfahren gegen koreanische Firmen an. Die Ausfuhrorganisation Kotra hat ausgerechnet, daß 45 Prozent der koreanischen Lieferungen in die USA und 47 Prozent der Exporte nach Japan nichttarifären Hemmnissen ausgesetzt sind.

Unter den führenden Exportindustrien verzeichnen vor allem die Werften, die Stahlindustrie, die Elektronik und die Textilindustrie eine ungünstige Lage. Die Aufträge für Schiffneubauten sanken im ersten Quartal 1985 um 60 Prozent. Der unerfüllte Auftragsbestand reicht nur noch für ausreichende Beschäftigung bis zum Jahresende. Die Elektronik leidet unter einer amerikanischen Anti-Dumping-Klage gegen koreanische Farbfernseher und unter dem Preisverfall von Chips. Die Auslandsaufträge an die Bauwirtschaft, in vergangenen Jahren bedeutende Devisenbringer, sind ebenfalls scharf zurückgegangen.

Im Vergleich mit anderen südostasiatischen Ländern sind die koreanischen Kostenvorteile durch billige Arbeitskräfte gesunken. Der monatliche Bruttolohn eines Industriearbeiters entsprach 1984 einem Wert von 902 DM. Bei Großunternehmen kamen die Lohnanhebungen in diesem Jahr auf durchschnittlich 5,3 Prozent.

Durch eine straffe Stabilitätspolitik ist es der Regierung gelungen, die hohe Inflationsrate der siebziger Jahre zu senken. Die Verbraucherpreise lagen nach den offiziellen Angaben im April um nur 1,4 Prozent über dem Vorjahresstand. Da der Preis-Warenkorb aber nicht allzu repräsentativ ist, dürfte eine Teuerungsrate von 3 Prozent realistischer sein. Um die Wirtschaft im Rahmen ihrer restriktiven Politik doch etwas stimulieren zu können, hat die Regierung allerdings in letzter Zeit die Kreditschrauben leicht gelockert. (SAD)

NAHOST / Golfkrieg und fallende Öleinnahmen lähmen die Wirtschaft

Gewinnrückgang bei arabischen Banken

dpa/VWD, Hamburg/Manama

Der fortgesetzte Rückgang der Öleinnahmen und der Golfkrieg lähmen die Wirtschaft in Nah- und Mittelost und vergiften das Investitionsklima. Dies geht aus dem Tätigkeitsbericht 1984 des Deutschen Orient-Instituts hervor. Das ungünstige Investitionsklima und hohe Zinsen im Ausland förderten zudem die Kapitalflucht.

Zwar habe Irak das durch den Krieg mit Iran gestörte wirtschaftliche Gleichgewicht inzwischen wieder herstellen können, den Ländern des Golfkooperationsrats (Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrein, Katar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate) sei es aber trotz vielfältiger Bemühungen nicht gelungen, die Rezession zu überwinden. Ihr Bruttoinlandsprodukt ohne Öl wies 1984 mit 4,5 Prozent die niedrigste Steigerungsrate der bisherigen 80er Jahre auf. Einschließlich Öl ging es um drei Prozent zurück.

Auch die arabischen Banken bekommen den wirtschaftlichen Abschwung zu spüren. Für sie sind die goldenen Zeiten vorbei. Jahrelang verwöhnt durch die reichlich sprudelnden Ölexporterlöse, müssen sie sich nun an „normale" Verhältnisse gewöhnen. So sieht es zumindest der Vorstandsvorsitzende der al Bahrain Arab African Bank (Albaab), Ebrahim el-Ebrahim.

Der renommierte Banker weist Gerüchte über schwere Verluste arabischer Banken am Golf zurück. „Die Banken machen jetzt die normalen Gewinne, die von ihnen erwartet werden", sagte el-Ebrahim, dessen Kreditinstitut zu 99 Prozent arabischen Regierungen gehört. Den 50prozentigen Gewinnrückgang der Banken in dieser Region in den vergangenen zwei Jahren begründet er in erster Linie mit dem Krieg zwischen Iran und Irak, mit der weltweiten Konjunkturabschwächung und den sinkenden Öleinnahmen.

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre gab es bei den Banken Dividenden von 20 bis 30 Prozent. „Nun pendelt sich der Gewinn bei sieben, acht oder neun Prozent ein", sagte Ebrahim. Für sein Institut erwartet er ein unverändertes Gewinn-Niveau von 15,7 Mill. Dollar in diesem Jahr bei einem Eigenkapital von 200 Mill. Dollar.

Einen negativen Effekt auf das Investitionsklima und auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Region sieht der Banker im iranisch-irakischen Krieg. „Vor allem die Eskalation in einen Tanker-Krieg hat nachhaltig unser Geschäft beeinträchtigt." Die kleinen Anleger einschließlich der Gastarbeiter, die bis zu zwei Drittel der Erwerbstätigen am Golf ausmachen, hätten Angst, daß der Krieg auf andere Staaten in der Golfregion übergreift. Daher überwiesen sie ihre Einlagen an sicherere Plätze, die ihnen ebensogute Anlagemöglichkeiten bieten, berichtete el-Ebrahim.

Die Sorgen dieser kleinen Anleger wurden noch zusätzlich durch Gerüchte über unmittelbar bevorstehende Kapitalbeschränkungen angeheizt – vor allem, nachdem die kuwaitische Regierung kürzlich die Genehmigungspflicht für Kapitaltransfers eingeführt hatte.

Schweden muß konsolidieren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Schweden gehört zu den wenigen westlichen Industriestaaten, die es in den letzten Jahren zuwege gebracht haben, ohne wesentliche Zunahme der Arbeitslosigkeit die internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen und die Rentabilität der Unternehmen zu verbessern.

Gleichzeitig wurde das Leistungsbilanzdefizit, das 1982 noch 3,5 Prozent des Sozialprodukts erreicht hatte, praktisch beseitigt und das Budgetdefizit reduziert.

Ob diese Fortschritte dauerhaft sind sei aber keineswegs sicher, heißt es in dem OECD-Bericht zur schwedischen Wirtschaftslage. Gefahren drohen insbesondere von der Inflation (acht Prozent 1984), die sich in letzter Zeit wieder beschleunigte. Der wichtigste Grund dafür sind die verstärkten Lohnerhöhungen. Zur Konsolidierung ihrer Sanierungspolitik müßte die Regierung deshalb vor allem die Löhne stärker kontrollieren.

Kaufkraftverluste könnten allerdings durch Steuersenkungen teilweise kompensiert werden, meinen die OECD-Experten. Denn die Steuerlast ist in Schweden mit 51 Prozent so hoch wie in kaum einem anderen Land. Die Unternehmensbesteuerung bezeichnet die OECD sogar als ausgesprochen exzessiv. Andererseits muß Schweden aber sein hohes Budgetdefizit weiter reduzieren. Deshalb bliebe kein anderer Weg als die Einschränkung der Staatsausgaben, vor allem im aufwendigen Sozialbereich.

Inzwischen beginnen auch die Wettbewerbsvorteile, die sich Schweden durch diverse Abwertungen verschafft hatte, zu verblassen. Zwar hat sich das Land inzwischen ein bedeutendes technologisches Potential beschaffen, das seinen Export stützt. Aber die Strukturen des Industrieapparats und des Arbeitsmarktes behindern die weitere Technologieentwicklung.

Die künftigen Wirtschaftsaussichten Schwedens werden von der OECD eher zurückhaltend eingeschätzt. Nach drei Prozent 1984 dürfte die Expansionsrate auf 2,5 Prozent 1985 und 1,75 Prozent 1986 zurückgehen, und zwar vor allem wegen der nachlassenden Exporte aufgrund zu starker Lohnerhöhungen. Eine leichte Verbesserung der Leistungsbilanz wird aber wegen des rückläufigen Importbedarfs nicht ausgeschlossen.

ITALIEN / Industrie investierte letztes Jahr stärker

Unternehmen rationalisieren

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Industrie hat im vergangenen Jahr stärker investiert als Verbände und Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet hatten. Das Schwergewicht lag dabei eindeutig bei Rationalisierungsinvestitionen. Nach einer jetzt veröffentlichten Untersuchung des Spitzenverbandes der italienischen Industrie erhöhten sich die Gesamtinvestitionen der Industrieunternehmen 1984 gegenüber dem Vorjahr um real 7,7 Prozent, die für Maschinen und Ausrüstungen sogar um 10,6 Prozent. In den drei vorangegangenen Jahren waren die Investitionen stets rückläufig gewesen.

Eine Zunahme erwartet der Spitzenverband auch für das laufende Jahr, allerdings weit weniger ausgeprägt als 1984. Real sollen die Anlageinvestitionen gegenüber dem vergangenen Jahr in Nord- und Mittelitalien um 2,4 Prozent, in Süditalien um 3,3 Prozent und insgesamt um 2,6 Prozent steigen.

In allen Landesteilen wird dieser Investitionsprozeß wie bisher mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen einhergehen. Im Durchschnitt erwartet der Spitzenverband einen Beschäftigungsrückgang von 1,8 Prozent, wobei Nord- und Mittelitalien mit 1,9 Prozent leicht darüber und Süditalien mit 1,3 Prozent darunter liegen werden. Sowohl im Süden als auch im Norden Italiens rechnet der Spitzenverband mit einer Fortsetzung der Rationalisierungsmaßnahmen besonders in den mittleren und großen Betrieben. In diesen Fällen dürfte die Beschäftigung vermutlich noch stärker abnehmen als im vergangenen Jahr, in dem der Rückgang in den sogenannten Großbetrieben (mit über 500 Firmenangehörigen) etwa 5 Prozent betrug.

Gegenwärtig gibt es in Italien insgesamt rund 2 375 000 Arbeitslose. Das sind 10,2 Prozent der Erwerbstätigen. Davon haben 438 000 ihren Arbeitsplatz verloren, während 744 000 auf der Suche nach einer Erstbeschäftigung sind. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen entfällt auf Süditalien, das an der Gesamtbevölkerung mit knapp einem Drittel beteiligt ist.

Bis 1987 wird vor allem die Zahl der Personen zunehmen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Nach einer Studie der führenden Wirtschaftshochschule Italiens, der Universität Bocconi in Mailand, haben gegenwärtig 41 Prozent aller italienischen Industriebetriebe Personalüberschüsse, 45 Prozent haben die Absicht, ihr Personal bis 1987 zu reduzieren.

Das der Sozialistischen Partei nahestehende Sozialforschungsinstitut CER in Rom schätzt den derzeitigen Personalüberhang in der verarbeitenden Industrie auf insgesamt 10 Prozent, in der Automobilindustrie auf 15 bis 16 Prozent. Gegenwärtig sind in der Industrie ungefähr 6,5 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt, in der Autobranche 150 000.

Alle große Unternehmen, die in den letzten Monaten in ausländische Hand übergingen (wie der Elektrogerätekonzern Zanussi), mit anderen Unternehmen Fusionen eingegangen sind oder planen (wie der Textilkonzern Marzotto) oder in einen internationalen Rationalisierungsprozeß eingebunden sind (wie die Stahlindustrie und die Werften), stehen vor Personalverdünnungen. Aufgrund der Rationalisierungen werden Unternehmen stärker auf vorzeitige Pensionierungen zurückgreifen.

RENTENMARKT / Zinsen stagnierten

Hoffnungen für diese Woche

Der relativ hohe Kurs des amerikanischen Dollar und die Versteifung am Geldmarkt haben in der abgelaufenen Woche verhindert, daß die Zinssenkung in den Vereinigten Staaten auch auf den deutschen Markt durchschlägt. Im Handel erhofft man sich allerdings jetzt von einer Auflockerung am Geldmarkt eine freundlichere Rententendenz für die gerade begonnene Woche. Allerdings müssen sich die Anleger wohl auch noch an das kaum über sieben Prozent liegende Renditenniveau der Langläufer gewöhnen, das jetzt einen Jahrestiefststand erreicht hat. Die jüngste Bundesanleihe findet ebenso wie die vorangegangene Postanleihe im Inland kaum Abnehmer; sie wandert ins Ausland. (cd.)

Emissionen	31.5. 85	24.5. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,67	6,69	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,79	6,81	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,74	6,75	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,98	6,96	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,72	6,75	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,46	6,49	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,20	7,19	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,72	6,75	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,22	7,24	7,20	8,08	8,45





ÖSTERREICH / „Freiwilliges" Abkommen über Spar- und sonstige Konditionen

Wettbewerb ruiniert Kreditinstitute

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Bilanzen der großen österreichischen Kreditinstitute zeigen auf den ersten Blick keine Besonderheiten. Da wurden Gewinne, Dividenden, Steuern und Rücklagen ausgewiesen. Und auch das nötige Wachstum in den wesentlichen Positionen – all das, was eben Bilanzen so an Oberflächlichkeiten zu bieten haben.

Und dennoch herrscht seit vielen Monaten in den Führungsetagen der Banken gehörige Unruhe. Notenbank-Präsident Stephan Koren sah sich bemüßigt, ein ums andere Mal die Bankvorstände in aller Öffentlichkeit für ihren Geschäftsstil scharf zu kritisieren. Und Finanzminister Franz Vranitzky als oberste Aufsichtsbehörde setzte vor Weihnachten gar den Herren im Nadelstreif die Daumenschrauben an. Das Ergebnis: Ein „freiwilliges" Abkommen der Banken (in Kraft seit 1. März 1985) über Spar- und Kreditkonditionen, das einem Konditionenkartell gleichkommt, dem sich so nebenbei auch alle ausländischen Institute am Wiener Platz unterwerfen müssen.

Der Druck des Finanzministers kam nicht von ungefähr. Schließlich kennt Vranitzky die Usancen im Bankgewerbe aus eigener Erfahrung, da er im Herbst von der Länderbank als deren Generaldirektor ins Finanzministerium übersiedelte.

Analysiert man die österreichischen Bankbilanzen und vergleicht die Kennziffern mit jenen vergangener Jahre, dann erweist sich der Druck der Bankenaufsicht als nur allzu berechtigt. Kaum ein Institut, bei dem nicht die Zinsspanne mehr oder weniger stark geschrumpft wäre, und die Erträge insgesamt gelitten hätten.

Ein hemmungsloser, geradezu ruinöser Wettbewerb hat nur allzu deutliche Schrammen hinterlassen. Ein Verdrängungswettbewerb – allerdings ohne Verdrängung, wie es Creditanstalt-Generaldirektor Hannes Androsch in der Hauptversammlung seines Institutes formulierte. Denn wenn ein Institut in Schwierigkeiten kommt, dann wird es entweder vom Staat gestützt – wie die Länderbank seit drei Jahren; oder es wird von anderen Instituten aufgefangen – wie während der letzten Jahre zahlreiche Volksbanken und Sparkassen. Statt daß die Zahl der Anbieter schrumpft, kamen im vergangenen Jahr nochmals 70 Bankstellen dazu. Gleichzeitig wächst der Markt nicht mehr so wie früher. Immer mehr Geschäft läuft im Inland an den Banken vorbei.

Neue Sondereinrichtungen finanzieren Exporte, Innovationsprojekte, Umweltschutzanlagen und Großinvestitionen. Staatlich geförderte Genußscheinfonds und hochrentierliche Versicherungssparformen lenken immer größere Teile der Geldkapitalbildung an den Bankbilanzen vorbei. Und schließlich spielen auch die großen Industriefirmen die Banken aus, indem sie einander günstige Kredite einräumen. Die Banken reagierten mit Schleuderkonditionen.

Mit der Gründung von eigenen oder der Beteiligung an bestehenden Lebensversicherungen laufen die Geldmanager jetzt verlorenem Geschäft nach. Oder sie gehen zunehmend ins Ausland, um dort wenigstens Geld zu verdienen.

Aber auch das ändert kurzfristig nichts an der Misere der österreichischen Geldinstitute, die da heißt: Ungenügende Erträge und akuter Mangel an Eigenkapital. Notenbank-Präsident Koren fordert daher strengere Vorschriften für das Mindestkapital.

Unter den Industriestaaten lagen die österreichischen Banken schon vor Jahren hinsichtlich ihrer Eigenkapitalausstattung im letzten Drittel. Damit nicht genug, haben sie im letzten Jahr auch kaum mehr Gelegenheit gehabt, nennenswert stille Reserven zu bilden. Eher war das Gegenteil der Fall. Die Vorsorge für in- und ausländische Risiken hält einem Vergleich mit schweizerischen und deutschen Banken kaum stand.

NEW YORK HAMBURGER GUMMI-WAAREN

Wieder in der Gewinnzone

JAN BRECH, Hamburg

Nach vier Jahren herber Verluste ist die New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG (NYH) in die schwarzen Zahlen zurückgekehrt. Die Gesellschaft, die mit erheblichen strukturellen Problemen belastet war, weist einen Jahresüberschuß von 1,06 Mill. DM aus, durch den sich der in der Bilanz vorgetragene Verlust auf 1,68 Mill. DM reduziert.

Die Ergebnisverbesserung stammt, wie es im Geschäftsbericht heißt, ausschließlich aus dem laufenden Geschäft. Von der Beteiligungsgesellschaft Otto Littmann Maschinenfabrik – Präzisionsmechanik GmbH, bei der Pläne zur Veräußerung von Anteilen aufgegeben worden sind, erhielt die NYH 0,4 Mill. DM Beteiligungserträge. Zum verbesserten Ergebnis haben schließlich unverändert die jetzt noch 576 (i. V. 610) Mitarbeiter beigetragen, die seit März 1983 der Gesellschaft 4,5 Prozent des steuerlichen Bruttoverdienstes stunden. Der Stundungsbetrag einschließlich Zinsen beträgt inzwischen 1,79 Mill. DM und ist durch Abtretung einer Grundschuld gesichert.

Den Umsatz weist die NYH mit 64,7 Mill. DM aus. Der Rückgang um 4,2 Prozent ist auf das 1983 eingestellte Geschäft mit Formmassen zurückzuführen. Bereinigt erreichte die AG ein Plus von 7 Prozent. Nach Angaben der Verwaltung haben sich die Produktbereiche Konsumgüter mit dem Schwergewicht Kämme und die Sparte Elastomere gut entwickelt. Im Bereich Thermaplaste machten sich streikbedingte Umsatzausfälle negativ bemerkbar.

Zur Entwicklung in diesem Jahr heißt es, daß die insgesamt positive Tendenz anhalte. Die NYH werde deutlich mehr als im Vorjahr (2,5 Mill. DM) investieren, wobei die Stadt Hamburg bei der Finanzierung von Umstrukturierungsmaßnahmen baulicher Art helfen will.

Das Grundkapital der New York Hamburger von 6 Mill. DM halten mit Mehrheit die Elektrische Licht- und Kraftwerk AG, Frankfurt, und eine schweizerische Treuhändergesellschaft. Sie hatte das Paket von der Hamburger Vereins- und Westbank AG übernommen.

JUNGHEINRICH / Neubesetzung der Führungsspitze bei Europas führendem Hersteller von Flurfördergeräten

Der Rendite-Verfall soll gestoppt werden

JAN BRECH, Hamburg

Nach zehn Jahren Pause ist Rainer Bartram wieder in die Führungsspitze der Hamburger Unternehmensgruppe Jungheinrich eingerückt. Er folgt seinem damaligen Nachfolger Klaus Rosenkranz, der zum 1. April dieses Jahres gemeinsam mit Walter Gnauert Knall auf Fall als geschäftsführender Gesellschafter bei Jungheinrich ausgeschieden ist. Bartram und Heinrich Döring fungieren als Sonderbeauftragte des Beirats und sollen zusammen mit den ebenfalls in die Holdingführung aufgerückten Generalbevollmächtigten Eckart Kottkamp, Wolfgang Kiel und Karin Martin neue Akzente bei Jungheinrich setzen. Der Status der „Sonderbeauftragten" dürfte dabei nicht von langer Dauer sein. In etwa einem Jahr, so Bartram, werde ein neuer Generalmanager eingesetzt.

Die Neubesetzung der Führungsspitze in der Jungheinrich Unternehmensverwaltungs KG ist nicht die einzige personelle Veränderung bei dem in Europa führenden Hersteller von gleislosen Flurfördergeräten. Gleichzeitig sind Winfried Lange und Franz Günter Wolf als persönlich haftende Gesellschafter in die Holding eingetreten. Ihre Ehefrauen, Töchter des Firmengründers Friedrich Jungheinrich, halten direkt und indirekt jeweils die Hälfte des Gesellschafter-Kapitals der Gruppe. Auf diese Weise, so betont Bartram, sei die Familie wieder näher an das Unternehmen herangerückt.

Für die Trennung von Rosenkranz und Gnauert sowie das umfangreiche Revirement in der Führung gibt es auf den ersten Blick eigentlich keinen Grund. Jungheinrich ist im Berichtsjahr 1984 um stattliche 14,6 Prozent auf 737 Mill. DM Umsatz gewachsen und erwartet im Zuge einer augenblicklichen Aufschwungphase in diesem Jahr 840 Mill. DM. Die Marktanteile, so Bartram, seien im In- und Ausland weiter ausgebaut worden, die übernommenen Yale-Aktivitäten voll integriert (zusätzlicher Umsatz rund 65 Mill. DM). Die Auslandsproduktionsgesellschaften arbeiteten „hervorragend" und das brasilianische Engagement sei durch die Aufnahme eines Partners und die Rückführung der eigenen Beteiligung auf acht Prozent entschärft.

Auch der finanzielle Status gibt kaum Anlaß für Hektik. Nach Angaben von Döring werde mit schwarzen Zahlen geschrieben, sei die Liquidität sehr gut und die Eigenkapitalausstattung mit 40 Prozent der Bilanzsumme von knapp 500 Mill. DM überdurchschnittlich.

Die Ertragslage der Gruppe dürfte dennoch der Punkt sein, an dem die Warnsignale aufgeflackert sind. Die Rendite ist nach Angaben von Bartram seit 1980 kontinuierlich gesunken. Dadurch werde der Freiraum eingeengt, den man als selbständiges Familienunternehmen auf Dauer haben müsse. Mit neuen Konzepten solle nun dem Ertragsverfall energisch gegengesteuert werden. Immerhin drehe Jungheinrich als Familienunternehmen ein „ganz schönes Rad" und brauche dafür eine gesunde finanzielle Polsterung.

Als Schwachpunkte haben die neuen Macher einmal die bisherige Organisation der Führungsspitze ausgemacht. Aus der Holding sind inzwischen die operativen Funktionen ausgegliedert worden. Dadurch, so Bartram, erhielten die operativen Sparten die notwendige eigene Verantwortung.

Zweiter Ansatzpunkt ist das für stattliche 70 Mill. DM neugebaute Werk in Norderstedt vor den Toren Hamburgs, das den kühnen Träumen großer Rationalisierungseffekte bislang nicht gerecht geworden ist. Die Produktion von Sondergeräten, die die Fertigungsabläufe gestört haben, soll neu geordnet werden, die Serien bei den Hauptprodukten erheblich vergrößert werden. Wenn das neue Werk optimal laufe, so Bartram, werde es „signifikante Ergebnisverbesserungen" geben.

Neue Akzente sind nach Meinung von Bartram und Döring schließlich in der Sparte Industrie-Roboter notwendig, die Rosenkranz als Diversifikationsbereich aufgebaut hat, der aber noch immer Verluste produziert. Die Sparten Roboter und automatische Förder- und Lagertechnik werden in der Jungheinrich Anlagen Technik GmbH & Co. KG zusammengefaßt und als Gesellschaft mit einem Stammkapital von 10 Mill. DM verselbständigt. Konzeptionell wird die jüngste Jungheinrich-Tochter von einem Geräte-Verkäufer auf einen Anbieter für Software-orientierte Systemlösungen umgerüstet. In diesem zukunftsträchtigen Bereich, so räumt Bartram ein, müsse man mehr einsetzen als ursprünglich angenommen. Mit der Ausgliederung scheint sich Jungheinrich zudem die Option offenzuhalten, einen Partner aufzunehmen, der das „Kind mit an die Hand nehmen könnte".

Das Bündel von Maßnahmen läßt erahnen, über welche Steine Rosenkranz und Gnauert gestolpert sind. Die Dynamik der Gruppe müsse zurückgewonnen werden, erklärt Bartram, es gelte interne Reibungsverluste zu vermeiden und zu schnellen Entscheidungen vor Ort zu kommen. Insgesamt, so scheint es, ist die neue Führung davon überzeugt, daß der Gruppe mehr Druck von oben gut täte.

HASTRA

Höhere Preise für Gas notwendig

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs-AG (Hastra), mit rund 590 000 Kunden größter Stromverteiler in Niedersachsen, geht „mit Zuversicht in die ergebnisschwächeren Monate des Sommertals hinein". Vorstandsmitglied Norbert Worm begründet diese Aussage mit der günstigen Entwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres 1985. In den ersten vier Monaten sei der Umsatz um 4,5 Prozent gestiegen. Die Kältewelle Anfang des Jahres habe in den Monaten Januar und Februar überdurchschnittlich kräftige Absatzzunahmen gebracht. Im Berichtszeitraum nahm der Stromabsatz immerhin noch um 4,7 Prozent und der Gasabsatz um 14 Prozent zu.

Während die Strompreise auch 1985 stabil gehalten werden sollen – zuletzt hatte die Hastra Anfang 1983 die Preise erhöht –, läßt sich beim Gas das Niveau nicht halten. Worm verweist auf die höheren Bezugspreise vom 1. Oktober an. Die Verteuerung um 12 bis 15 Prozent werde das zur Veba-Tochter Preußenelektra gehörende Unternehmen weitergeben. Zur Größenordnung wollte Worm sich noch nicht äußern.

Der angekündigte Zusammenschluß von Preußenelektra und Nordwestdeutsche Kraftwerke werde keinerlei Auswirkungen auf die Hastra haben. Die Neuorganisation betreffe nur den Erzeugerbereich der Veba, nicht aber die Verteilergesellschaften.

Das Prädikat „erfreulich" verdiene der Jahresabschluß 1984. Die Hastra steigerte im Berichtsjahr den Umsatz um 7,8 Prozent auf 1,3 (1,21) Mrd. DM. Bei Investitionen in Sachanlagen von 106 (118) Mill. DM erreichten die Abschreibungen 107 (109) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 23,7 (16,9) Mill. DM erhalten die Aktionäre unverändert 13 Prozent Dividende. Allerdings muß ein aus Gesellschaftsmitteln auf 104,5 (95) Mill. DM erhöhtes Grundkapital bedient werden. Den freien Rücklagen wurden im Berichtsjahr 10,1 (4,6) Mill. DM zugewiesen. Insgesamt zeige die Bilanz sehr gesunde Strukturen.

MÄRKLIN / Nachfrage übersteigt die Erwartungen

Belegschaft wird aufgestockt

MANFRED FUCHS, Göppingen

Bei dem Modelleisenbahnhersteller Gebr. Märklin u. Cie. GmbH, Göppingen, übersteigt derzeit die Nachfrage bei weitem die Erwartungen. Geschäftsführer Wolfgang Huch zeigte sich vor der Presse zuversichtlich, daß Märklin im Geschäftsjahr 1985 eine Umsatzsteigerung auf rund 150 Mill. DM erreichen wird. Zur Zeit treten wegen der starken Nachfrage kurzfristig Lieferengpässe auf.

Die Markteinführung des neuen elektronischen Vielzug-Steuerungssystems „Märklin Digital HO", das auch die Verknüpfung von Modelleisenbahn-Anlagen mit Homecomputer ermöglicht, hat wichtige Anstöße im Markt gegeben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat das 125 Jahre alte Unternehmen trotz der jetzigen „Talsohle des Pillenknicks" den bisher höchsten Umsatz erreicht: er stieg um 8,9 Prozent auf 138,5 (127,2) Mill. DM.

Den Zuwachs erzielte Märklin sowohl im In- als auch im Ausland. Hauptumsatzträger ist mit etwa 80 Prozent weiterhin die Modelleisenbahn „Märklin HO". Der Exportumsatz lag 1984 bei 28,4 (26,3) Mill. DM. Das Ergebnis des in Familienbesitz befindlichen Unternehmens (Stammkapital 10,5 Mill. DM) wird nur als „ausreichend" bezeichnet. Im laufenden Jahr will Märklin die Belegschaft noch einmal um rund 100 Mitarbeiter auf etwa 1900 Beschäftigte Ende 1985 aufstocken, nachdem schon 1984 die Belegschaft in den beiden Produktionsstätten Göppingen und Schwäbisch Gmünd um rund 100 Mitarbeiter erhöht wurde. Die Investitionen sollen 1985 auf rund 11 (8,5) Mill. DM steigen.

NAMEN

Dr. Klaus Peinze (48) wurde mit Wirkung vom 1. Mai zum Mitgleid der Geschäftsführung der Krupp Datenverarbeitung GmbH, Essen, bestellt. Weiteres Mitglied der Geschäftsführung ist **Hans-Joachim Hünermann.**

Karl-Erwin Gries (46) wurde mit Wirkung vom 1. Juli zum Vorstandsvorsitzenden der Stern-Brauerei Carl Funke AG, Essen, gewählt. Er tritt die Nachfolge von **Jürgen Siewert** (50) an, der vorzeitig aus dem Unternehmen ausscheidet.

Friedbert N. Kornbusch, Senior und geschäftsführender Gesellschafter der Chemischen Fabrik Biebrich, Wiesbaden, feiert am 4. Juni seinen 65. Geburtstag.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: Karl Rehberg, Maschinenfabrik, Inh. Walter u. Bruno Rehberg, Ahlen; **Bonn:** CWB City Wohnbau GmbH & Co. KG; **Büdingen:** Mickler u. Röder Metallbau GmbH; **Celle:** Klaus-Peter Bartels; **Cloppenburg:** Nachl. d. Alfons Brand, Viehkaufmann; **Cuxhaven:** Nachl. d. Gisela Berg geb. Schmidt, Gastwirtin; **Dannenberg:** Dannenberger Putzerei GmbH; **Duisburg:** Kobler Verwaltungs-GmbH, Mülheim/Ruhr; **Emmendingen:** Berthold Roth GmbH, Sexau; **Hamburg:** Hansa Oelbrenner Vertriebs GmbH; Hans-Heinrich Koch GmbH; **Herborn:** Karl-Heinz Jost, Kraftfahrzeugtechniker; **Hofgeismar:** Nachl. d. Frieda Rüdiger geb. Scheele, Liebenau-Lamerden; Rost Funk u. Fernseh GmbH, Reinhardshagen; **Mannheim:** G. Voelkel GmbH; Nachl. d. Willibald Bartl; **Neumünster:** Arno Stegelmann.

TEXTILGRUPPE HOF / 16 Prozent Dividende

Töchter sind gut ausgelastet

dpa/VWD, Hof

Gut ausgelastet ist die Textilgruppe Hof. Wie es in den Geschäftsberichten der Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof AG und der Vogtländische Baumwollspinnerei AG, beide Hof, die die „Textilgruppe Hof" bilden, heißt, sichert die Auftragslage in den wichtigsten Bereichen für die nächsten Monate eine gute Beschäftigung. Trotz einiger Unsicherheiten sei man für 1985 optimistisch.

Die Entwicklung im Geschäftsjahr 1984 wird von beiden Unternehmen als positiv bezeichnet. Der Außenumsatz der in der Gruppe verbundenen Unternehmen betrug 715 (618) Mill. DM, davon 35 Prozent im Export. Der Rohertrag nahm auf 98,1 (93,96) Mill. DM zu. Die Vogtländische erzielte einen Konzernumsatz von 300,1 (252,4) Mill. DM. Die Neue Baumwoll-Spinnerei verzeichnete 1984 einen Konzernumsatz (ohne Vogtländische-Gruppe) von 414,9 (366,0) Mill. DM. Der Jahresüberschuß nahm auf 3,66 (5,03) Mill. DM ab. Beide Hauptunternehmen der Textilgruppe Hof zahlen für das Geschäftsjahr 1984 jeweils 16 Prozent Dividende (Hauptversammlungen am 24. Juni).

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Rita Hummeltenberg: Die optimale Wahl steuerbegünstigter Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der Einkommensteuerprogression. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1984. 276 S., 58 Mark.

Steuerbegünstigte Kapitalanlagen bilden für die privaten Anleger ein bedeutendes Potential zur Minderung ihrer steuerlichen Belastung. Persönliche steuerliche und finanzielle Rahmenbedingungen führen zu der Frage, welche der in ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Ausgestaltung unterschiedlichen Anlagetypen für ihn günstig sind und in welchem Umfang er sie wählen soll, um sein Vermögen nach Steuern zu maximieren. Um dem Anleger seine optimale Wahl steuerbegünstigter Kapitalanlagen aufzuzeigen, wird ein Entscheidungsmodell entwickelt, das die Kapitalanlageformen hinsichtlich ihrer liquiditätsmäßigen und steuerlichen Auswirkungen erfaßt und in dem die Einkommensteuerprogression mit hoher Genauigkeit abgebildet wird. In zahlreichen Beispielrechnungen werden optimale Anlagestrategien für marktgängige Anlagetypen ermittelt.

Dietl/Moss/Lorenz: Wörterbuch für Recht, Wirtschaft und Politik. C. H. Beck Verlag, München 1985, Teil I: Englisch-Deutsch, 895 S. (Ln.), 285 Mark.

Das Besondere dieses Wörterbuches, das völlig neu bearbeitet und erweitert bereits in der 3. Auflage vorliegt, besteht in den erläuternden und rechtsvergleichenden Kommentaren zu den einzelnen Begriffen. Es wird also nicht nur die wörtliche Übertragung englischer oder amerikanischer Begriffe ins Deutsche gegeben, sondern es umschreibt jene anglo-amerikanischen Fachworte, zu denen es wegen der Verschiedenartigkeit der Rechtssysteme keine äquivalente deutsche Bezeichnung gibt.

Hans Queisser: Kristallene Krisen. Piper Verlag, München 1985, 356 S., 39,80 Mark.

Der renommierte Festkörper-Physiker Queisser beschreibt in lebendiger Sprache den schwierigen, durch viele Krisen gekennzeichneten Weg der Erforschung der Kristallstrukturen bis zu deren erfolgreicher Nutzung in der heutigen Mikroelektronik. Das Buch ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie spannend Forschungs- und Technikgeschichte sein kann. Die Kenntnis dieser Geschichte ist Voraussetzung für das Verständnis für die Vergangenheit und Zukunft des Silizium-Zeitalters.

Krien/Glöckner: Speditions- und Lagerrecht. Erich Schmidt Verlag, 1944 S., Loseblatt, 128 Mark, zzgl. Spezialordner, 11,80 Mark.

Das Handbuch bietet eine systematische Zusammenstellung der maßgeblichen Gesetze, Verordnungen und internationalen Regelungen des Speditions- und Lagerrechts. Das Werk enthält im Textteil teils vollständig, teils auszugsweise über 40 Regelungen, die zur Unterrichtung und für die tägliche Arbeit der Speditions- und Lagereiunternehmen, ihrer Auftraggeber, der Versicherer sowie der Richter und Rechtsanwälte wichtig sind. Verweisungen erleichtern den Zugang zu rechtsvergleichbaren Normen, insbesondere im internationalen Verkehr, und stellen den Zusammenhang zwischen den jeweils anzuwendenden Vorschriften her. Die umfangreiche Kommentierung der Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp) gibt rasche und klare Antwort und informiert unter Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung zuverlässig über diese schwierige Rechtsmaterie.

Horst-Udo Niedenhoff: Betriebsratswahlen. Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1985, 296 S., 26 Mark.

Alle drei Jahre finden in bundesdeutschen Unternehmen Betriebsratswahlen statt; über 70 Prozent der Berechtigten gehen regelmäßig zur Wahl. Nur bei politischen Wahlen ist die Beteiligung höher. Seit dem Jahr 1975 werden im Institut der deutschen Wirtschaft kontinuierlich Verlauf und Ergebnisse dieser Wahlen untersucht. Im vorliegenden Buch ist alles zusammengetragen, was sich aus diesen Untersuchungen an Wissenswertem ableiten läßt: von nach Betriebsgrößen, Branchen und Regionen untergliederten Ergebnissen, über die Daten der gewählten Betriebsräte bis hin zu Strategien und Verhaltensweise der Kandidaten, seien es nun gewerkschaftlich organisierte oder sonstwie politisch motivierte Gruppen: Auch die Dauer der Wahlkämpfe und die Kosten sind ermittelt.

Wochenschlußkurse

New York

	31.5.	24.5.
Adv. Micro Dev.	26,875	29,25
Aetna Life	45,575	45,375
Alcan Aluminium	24,75	26
Alcoa	35	34
Allied Chemical	41,625	40,5
AMR Corp.	47,5	45
Amax	16,5	16,5
Am. Cyanamid	55,25	54,75
Am. Express	46,25	44,125
Am. Motors	2,875	3
Am. Tel. & Telegr.	23,375	23,375
Amoco Corp.	62,625	64
Asarco	25,875	25,875
Atlantic Richfield	60,625	60,875
Avon Products	18,875	19,875
Bally	16,25	14,875
Bk. of America	21,5	21,125
Bethlehem Steel	16,5	17
Black & Decker	20,375	22,25
Boeing	64,375	63,625
Brunswick	35,625	36,75
Burroughs	61,5	65,125
Caterpillar	34,75	34,625
Celanese	185,25	185
Chase Manhattan	58,75	58,75
Chrysler	35,75	35,375
Citicorp	47,75	47,75
City Investing	35,75	35,625
Clorox	36,875	36,875
Coca-Cola	67,75	67,5
Colgate	25,125	24,375
Commodore	10,125	10,25
Commw. Edison	30	29,875
Comm. Satellite	31,625	31,75
Control Data	31	30,5
CPC Int.	43,75	43
Curtiss Wright	53	53,75
Deere	29,875	29,75
Delta Airlines	48,25	46,5
Digital Equipm.	104,5	105,5
Dow Chemical	34	33,625
Du Pont	60,25	59,875
Eastern Gas-Fuel	24	23,625
Eastman Kodak	44,875	44,375
Exxon	54	53,75
Firestone	21,875	22,125
Fluor	17,375	18,625
Ford	43,375	42,75
Foster Wheeler	15,125	13,75
Fruehauf	23,625	23,25
GAF Corp.	33	33,875
General Dynamics	71,875	72,625
General Electric	60,5	60,625
General Foods	69,375	66,25
General Motors	71,625	70,125
Gen. T. & E.	42,75	42
Goodrich	33,125	33,25
Goodyear Tire	29,375	29,25
Grace	42,625	41,25
Halliburton	31,5	30,875
Heinz	54,75	52,75
Hewlett Packard	33,25	33
Homestake	24,75	24,875
Honeywell	60	61
IBM	129	131
Int. Tel. & Tel.	32,125	32,375
Int. Harvester	8,5	8,875
Int. Paper	50,875	51
Int. North. Inc.	48	45,625
Jim Walter	37,25	37,125
Litton Industries	84,75	77
Lockheed Corp.	51,625	50,625
Loew's Corp.	49,25	49,75
Lone Star	26,75	26
Louisiana Land	30,75	31,875
LTV Corp.	8,125	8,5
Mc Dermott	27,75	–
Mc Donnel Doug.	77,375	74,75
Merck & Co.	108,5	108,625
Merrill Lynch	32	32
Mesa Petroleum	14,375	15,25
MGM (Film)	14,75	14,875
Minnesota M.	74,75	77,375
Mobil Oil	31	31,375
Monsanto	46,875	47,375
Morgan J.P.	50,5	49,75
Nat. Semiconductor	10,625	11
National Steel	25,125	25
NCR	28,875	29,75
Newmont	44,875	44,25
PanAm World	6,75	4,625
Pfizer	50	49,125
Phibro	41,375	39,875
Philip Morris	85,875	87,5
Phillips Petroleum	38,875	39
Pittston	12	12,125
Polaroid	29,875	30,25
Prime Computer	17,125	17,75
Procter & Gamble	53,75	53,125
RCA	43,25	42,75
Revlon	40,375	40,375
Reynolds Ind.	74,25	76,75
Rockwell Int.	37,5	36
Rorer Group	33,625	30,375
Schlumberger	37,875	39,25
Sears, Roebuck	38,75	36
Shell Oil	59,75	59,75
Singer	36,125	37
Sperry Corp.	51,875	52,625
Stand. Oil Calif.	35,875	35,5
Storage Techn.	2,75	2,5
Tandy	33	32
Teledyne	257	248,875
Telex Corp.	39,25	42,125
Tesoro	10,25	10,575
Texaco	34,75	37
Texas Instrum.	88,5	92,75
Tosco	2,875	2,875
Trans World Corp.	38,125	35,25
Transamerica	30,125	30,75
Travellers	47,625	47,375
UAL	53,5	49
Ucal Corp.	14	14
Union Carbide	40,25	39,625
Union Oil of Calif.	33,5	34,875
US Gypsum	38,75	36,875
US Steel	28,75	29,375
United Technologies	43,75	40,75
Walt Disney	87	85
Warner Comm.	28	28,375
Westinghouse El.	34,5	34,625
Weyerhaeuser	28,875	30
Whittaker	22,25	23
Woolworth	46,875	45,5
Xerox	50	49,5
Zenith Radio	22,875	22,625
Dow Jones Index	1315,41	1301,97
Stand. & Poors	189,57	188,29

Toronto

	31.5.	24.5.
Abitibi-Price	20	19,25
Alcan Alu.	33,875	35,625
Bk. of Montreal	28,375	27,5
Bk. of Nova Scotia	13,25	12,875
Bell Cda Enterprises	43,125	43,25
Bluesky Oil	4,15	4,4
Bow Valley Ind.	17,5	17,5
Brenda Mines	9,125	–
Brunswick M & Sm.	14,25	14,875
Cdn. Imperial Bk.	34,5	34
Cdn. Pacif. Enterpr.	29,875	29,875
Cdn. Pacific Ltd.	20,875	20
Cominco	14,125	13,375
Coseka Res.	3,4	3,7
Denison Mines	15,75	13,5
Dome Petroleum	3,2	3,2
Dofasco	37	36,25
Falconbridge Ltd.	20,5	20,5
Great Lakes Forest	20,75	21,25
Gulf Canada	18,75	18,25
Gulfstream Res.	1,31	1,5
Hiram Walker Res.	30,625	30,75
Hudson Bay Mng. Sp.	7,25	7,5
Husky Oil	11,125	11,375
Imperial Oil -A-	53,5	51,875
Inco	19,375	19,25
Inter City Gas Ltd.	15,125	14,5
Interprov. Pipeline	40,375	–
Kerr Addison	15,25	14,75
Lac Minerals	28	30
Massey Ferguson	2,88	3
Moore Corp.	26,875	26,125
Noranda Mines	14,75	15
Norcen Energy Res.	15,75	16
Northgate Expl.	5,25	5,5
Northern Telecom.	51,75	51,375
Nova An Alberta 'A'	5,75	6
Nu West Group	0,5	0,52
Oakwood Petrol	8,75	9,25
Provigo Inc.	21,75	19
Ranger Oil	4,9	4,5
Revenue Properties	1,65	1,7
Rio Algom	25,75	24,625
Royal Bk. of Can.	30,75	29,75
Seagram	58,125	57,5
Shell Canada	28,5	28,75
Sherritt Gordon	7	7,25
Stelco -A-	19,75	20
TransCdn. PipeLines	28,625	27,5
Westcoast Transm.	17,5	17,5
Index: TSE 300	2735,40	2716,40

Tokio

	1.6.	24.5.
Alps	1570	1650
Bank of Tokyo	812	805
Banyu Pharma	810	815
Bridgestone Tire	530	523
Canon	1150	1250
Daikin Kogyo	616	620
Daiwa House	667	599
Daiwa Sec.	886	850
Eisai	1450	1400
Fuji Bank	1550	1540
Fuji Photo	1730	1820
Fuji Radio	–	2200
Hitachi	710	778
Honda	1310	1330
Ikegai Iron	305	299
Isetan	580	598
Ito Yokado	2580	2650
Japan Air	7000	6820
Japan Met.	472	425
Japan Syn. Rubber	345	375
Kajima	317	311
Kansai Elec.P.	1840	1700
Kao Soap	842	845
Kawasaki H	159	161
Kawasaki S	146	147
Kirin Brewery	744	695
Komatsu	445	441
Kubota Iron	331	337
Kyocera	4300	4790
Makita El.	1000	1050
Marui	1190	1170
Matsushita El. Ind.	1400	1450
Matsushita El. Wk.	820	770
Mitsubishi CP	644	573
Mitsubishi El.	378	386
Mitsubishi Estate	795	696
Mitsubishi Heavy I.	295	290
Mitsui Co. Ltd	360	358
Mitsukoshi	615	570
Mitsumi El	850	875
Nichicon	–	–
Nihon Cement	296	297
Nikko Sec.	742	709
Nippon El.	1000	1040
Nippon Kokan	136	138
Nippon Oil	850	873
Nippon St.	151	155
Nippon Yusen	285	285
Nissan Motor	605	615
Nomura Sec.	1150	1080
Olympus	1130	1240
Pacific-Ocean	323	289
Pioneer	1700	1980
Renown	689	686
Ricoh	920	935
Sankyo	1330	1200
Seiyu Stores	694	695
Sekisui Pref.	708	647
Sharp	900	941
Shiseido	1090	1120
Sony	4110	4140
Sumitomo Bank	1860	1760
Taisei Corp.	238	239
Taisho Marine	489	461
Takeda Chem.	863	877
Teijin	457	448
Tokyo Elec.	1010	1170
Tokyo Gas	229	217
Tokio Marine	920	864
Tokyo El. Power	2130	1970
Toray Ind.	477	445
Toshiba Elec.	361	375
Toto	744	668
Toyo Kogyo	427	433
Toyota Motor	1220	1270
Yamaichi	750	720
Yamanouchi	2980	2930
Yamaha	715	740
Yamazaki	765	739
Index	995,97	989,43

FRANKREICH / Ölkonzerne haben glänzend verdient

Verluste der Raffinerien

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die beiden staatlich kontrollierten Mineralölkonzerne Elf-Aquitaine (Marke Elf) und Companie Française des Pétroles (Marke Total) haben ihre Positionen als größte französische Unternehmen 1984 weiter verstärkt. Auch im internationalen Vergleich schneiden sie mit konsolidierten Umsätzen von 175 (144) bzw. 159 (114) Mrd. Franc sehr gut ab. Ihre Konzerngewinne stiegen auf 6,5 (3,7) bzw. 1,3 (0,4) Mrd. Franc, womit sie sich verdoppelt bzw. verdreifacht haben.

Diese außerordentlich starken Verbesserung der Erträge war allerdings zum Teil der Dollar-Hausse zuzuschreiben. Sie führte insbesondere *zur Aufwertung der Ölvorräte*. Im rein Raffineriesektor entstand allerdings wegen der immer noch sehr großen Überkapazitäten bedeutende Verluste von 1,5 Mrd. Franc bei Elf und von 1 Mrd. Franc bei Total. Dagegen konnten diese Konzerne für den Chemiesektor erstmals einen ausgeglichenen Abschluß vorlegen.

Der Cash-flow der Elf-Gruppe erhöhte sich auf 21,0 (16,6) Mrd. Franc. Die Total-Gruppe brachte es auf 8,7 (8,1) Mrd. Franc bei Investitionen von 9,7 (10,1) Mrd. Franc und unter Berücksichtigung der Abtretungen von 1,7 (6,8) Mrd. Franc. Elf glänzte mit einem besonders hohen Forschungsaufwand von 2,4 Mrd. Franc, davon allein 1 Mrd. Franc im Gesundheitssektor.

Die Zukunftsaussichten für 1985 werden von den beiden Verwaltungen mäßig optimistisch bewertet. Die jüngste Baissetendenz der internationalen Ölpreise sei gegenwärtig noch kein ernstes Problem, heißt es. Eher fürchtet man einen starken Rückgang des Dollar-Kurses. Allerdings seien die guten Ergebnisse des letzten Jahres weniger der *Konjunktur als realen*, weiter anhaltenden Leistungsverbesserungen zu verdanken gewesen.

ECKES / Spirituosen-Entwicklung stagniert – Starke Position bei Fruchtsaft

Das Jahr mit viel Schwung gestartet

INGE ADHAM, Nieder-Olm

Mit viel Schwung ist Peter Eckes in das neue Jahr gestartet: Nach den ersten fünf Monaten weisen alle Bereiche des Getränkeunternehmens zweistellige Wachstumsraten auf, die für das ganze Jahr gehalten werden sollen. Damit sei es gelungen, die Firmenkonjunktur von der allgemeinen Marktkonjunktur abzukoppeln, folgert das Management des Familienunternehmens nach dem „unruhigen, aber auch ermutigenden vergangenen Jahr".

Angesichts der anhaltend schwachen Marktentwicklung bei Spirituosen ist Peter Eckes, so Vorstandsvorsitzender Reinold M. Fries, glücklich über die starke Position im Fruchtsaftbereich. Auch in diesem Jahr liegt der Orangensaft „hohes C" mit einem Plus von 21 Prozent beim Zuwachs bisher vorn, denn mit der Einführung einer kleinen Mitnahmepackung ist dem Unternehmen offensichtlich ein *Erfolg gelungen: Innerhalb von sechs* Monaten wurden davon mehr als 10 Millionen Einheiten verkauft. Insgesamt ist die Marke mit rund 70 Mill. 0,7-Liter-Flaschen nach wie vor unangefochten Marktführer in der Bundesrepublik (Anteil 34 Prozent). Noch höher liegt der Marktanteil mit 47 Prozent beim Weinbrand (Marken Mariacron und Chantré), der nach erheblichen Werbeanstrengungen in diesem Jahr seinen Absatz bisher um 17 Prozent steigerte.

Für das vergangene Jahr weist die Familiengruppe 1026 (1044) Mill. DM Umsatz aus, davon entfallen 865 (921) Mill. DM auf das Inland, wo 1342 (1362) der insgesamt 1913 Mitarbeiter beschäftigt sind. Der Spirituosenumsatz entwickelte sich mit einem Rückgang auf 561 (650) Mill. DM negativ, wobei zu berücksichtigen ist, daß Ekckes mit der Schließung der auf Handelsmarken spezialisierten Mönchthal Spirituosen GmbH, Ber*lin, auf 113 Mill. DM Umsatz* verzichtet; man will sich künftig auf Markenartikel konzentrieren. Positiv entwickelte sich dagegen der Saftbereich auf 201 (193) Mill. *DM Umsatz* und vor allem der Bereich Getränkesysteme und Grundstoffe für die Industrie mit 103 (78) Mill. DM Umsatz.

Neu erworben hat Eckes im vergangenen Jahr den Konfitürenhersteller Lorenz + Lihn (Jahresumsatz *37 Mill. DM*). Neben dem *geplanten* stärkeren Ausbau der Fruchtaktivitäten wird damit ein erster Schritt in den Reformhausmarkt getan. Bei den Importaktivitäten will sich Eckes künftig stärker auf vielversprechende Marken konzentrieren und hat sich deshalb von Vat 69 getrennt. Der Whisky trug im vergangenen Jahr noch 0,4 Mill. DM zu den 6,2 Mill. DM Umsatz der Importmarken bei. Gut hat sich dagegen das Mineralwasser Perrier und der Champagner Charles Heidsieck entwickelt.

WTB / Kundenkreis vor allem im Mittelstand

Berater für Investitionen

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Nähe zum Kunden ist für die WTB Westdeutsche Kreditbank GmbH, Köln, die Basis des Ge*schäfts. Denn die Absatz-* und Investitionsfinanzierungsbank, eine Tochter der Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt, will erklärtermaßen nicht nur *Kredite geben, sondern in eine* Beraterfunktion hineinwachsen und in Ergänzung zur Hausbank der Partner für mittelfristige Investitionen sein. Der mittelständische Kundenkreis scheint dies zu honorieren: Sieben von zehn Geschäften werden mit „Altkundschaft" gemacht, erklärte Anton Fittkau, einer der drei Geschäftsführer, bei der Vorlage des Geschäftsberichts in Frankfurt.

Das Kreditvolumen der WTB-Bank wuchs im vergangenen Jahr um 6,4 Prozent auf 473,7 (i. V. 445,3) Mill. DM. Dazu kommen 135,5 (84,2) Mill. DM à forfait erworbene Forderungen. Knapp 93 Prozent des Kreditvolumens stammen aus dem Geschäft mit der gewerblichen Wirtschaft, während der Konsumentenkredit, mit einem Anteil von 34 (42,9) Mill. DM weiter zurückgefallen ist, ein Bereich, den die WTB angesichts der bekannten Probleme im Ratenkreditbereich nicht mehr aktiv pflegt.

Bei einer Bilanzsumme von 808,7 Mill. DM weist die WTB 19 (21,5) Mill. DM Zinsüberschuß aus, das Betriebsergebnis liegt bei 13 (13,6) Mill. DM, als Jahresüberschuß werden 7,3 Mill. DM gezeigt, von denen 2,6 Mill. DM in die Rücklagen gehen. Von ihrer Leasing-Tochter WTB Leasing GmbH, die in Personalunion geführt wird, vereinnahmte die WTB Bank 5,9 (3,8) Mill. DM, dahinter steht ein Neugeschäft von 162,9 (123,7) Mill. DM im vergangenen Jahr, was den Bestand an Mietausrüstungen – ausschließlich Mobilien – am Jahresende auf 386 (354) Mill. DM steigen ließ.

INFO / Gesellschaft ist weiter stürmisch gewachsen

Ein Spezialist für Notfälle

JAN BRECH, Hamburg

Die Info Gesellschaft für Informationssysteme mbH, *Hamburg*, ist auch in ihrem zweiten vollen Geschäftsjahr stürmisch gewachsen. Das Unternehmen, das als GmbH eine vollständige Bilanz- und Erfolgsrechnung vorlegt, weist für 1984 einen um 71 Prozent auf knapp 40 Mill. DM gestiegenen Umsatz aus. Davon entfallen 48,5 Prozent auf den Bereich Handel und Vermietung sowie 33,5 Prozent auf Beratung und Schulung.

Den größten Sprung nach vorn machte die Info in der Sparte „Ausweich-Rechenzentren". Der Umsatz dieses Bereichs wuchs um 116 Prozent auf 7,1 Mill. DM (Umsatzanteil rund 18 Prozent). Die Gesellschaft ist bislang der einzige Anbieter in Deutschland, der Notfall-Landeplätze für Großanwender der Datenverarbeitung bei Ausfällen zur Verfügung stellt. Die Zahl der Kunden beträgt zur Zeit 22. Deren Datenverarbeitung kann auch bei einem Totalausfall durch Umschaltung auf eines der Ausweich-Rechenzentren der Info problemlos weitergeführt werden.

Nach Angaben des geschäftsführenden Hauptgesellschafters Hans-Peter Bauer hat das Zentrum in Hamburg inzwischen eine wirtschaftlich tragfähige Basis erreicht. Für das in Düsseldorf wird die Kostendeckung *Ende dieses Jahres erwartet. Da* der Bedarf an Ausweichzentren stark sei und die Zahl der Kunden kontinuierlich wachse, werde erwogen, so Bauer, schrittweise weitere Einrichtungen in Frankfurt, München und Stuttgart aufzubauen. Dabei sei auch nicht auszuschließen, daß andere als die bisher verwendeten IBM-Systeme einbezogen werden. Gedacht ist offenbar an Siemens und Nixdorf.

Der hohe Finanzbedarf für diese Zentren, den Bauer mit 20 bis 30 Mill. DM angibt, mache es erforderlich, auch über eine Stärkung der Eigenmittel nachzudenken. Nachdem der 1984 erzielte Jahresüberschuß von 0,7 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt worden ist, weist die Info ein Eigenkapital von 2,3 Mill. DM oder 8,1 Prozent der Bilanzsumme (ohne Vermietvermögen) aus. Gegenwärtig werden nach Angaben von Bauer mit den Nutzern Gespräche geführt, um die Gesellschaft in eine AG umzuwandeln und den Kunden die Möglichkeit einer Beteiligung einzuräumen. Das extreme Wachstum halte in den ersten Monaten dieses Jahres an. Der Umsatz ist per Ende April um 48 Prozent gestiegen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Degussa: Umsatzsteigerung

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einem Umsatz des Konzerns von 5,8 Mrd. DM hat Degussa in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1984/85 ein Plus von 7,3 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erwirtschaftet. Das Auslandsgeschäft habe sich, begünstigt von dem hohen Dollarkurs und einem regen Edelmetallhandelsgeschäft um 17,3 Prozent auf 4,152 Mrd. DM ausgeweitet, heißt es in einem Zwischenbericht des Degussa-Vorstandes. Im Inland führten dagegen geringere Edelmetallverkäufe zu einem Umsatzrückgang von 11,4 Prozent auf 1,672 Mrd. DM.

Neue Personalphilosophie

München (dpa/VWD) – Die Volkswagenwerk AG will ihre Arbeitnehmer noch besser motivieren. Vorstandsmitglied Karl-Heinz Briam berichtete in München von einer soeben gestarteten „Qualitätszirkelbewe*gung", die Ergebnis einer neuen VW-*Personalphilosophie sei. In den Qualitätszirkeln treffen sich jeweils etwa 15 Mitarbeiter, um unter Anleitung eines „Moderators" – insgesamt wurden für diese Aufgabe etwa 2000 Beschäftigte vom Meister bis zum Bereichsleiter geschult – „hierarchiefrei" darüber zu diskutieren, was in ihrer *Arbeitswelt* verbessert werden kann. Sinn der Zirkel sind Verbesserungsvorschläge, die prämiert werden können. In der einjährigen Erprobungsphase wurden bei der VW-Muttergesellschaft aus den sechs Werken der AG 40 000 Verbesserungsvorschläge eingereicht, von denen 28 Prozent realisiert wurden.

Bestellung widerrufen

München (dpa/VWD) – Der Aufsichtsrat der Etienne Aigner AG, München, hat einstimmig die Bestellung von Hans Dieter Steinke zum Mitglied und Vorsitzenden des Vorstandes gemäß Paragraph 84 Absatz 3 des Aktiengesetzes widerrufen. Die *zu diesem* Paragraphen zählenden schwerwiegenden Gründe reichen von grober Pflichtverletzung über Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung bis hin zum Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung.

Ansett bestellt Airbus

Paris (rtr) – Die australische Fluggesellschaft Ansett Transport Industries hat bei der Airbus Industrie acht Flugzeuge des Typs A 320 für einen Preis von rund 500 Mill. australischen Dollar bestellt. Airbus teilte am Samstag mit, ein entsprechender Vertrag sei *unterzeichnet worden*. Er biete außerdem die Option für die Lieferung weiterer neun Flugzeuge.

Cola-Konzession gekauft

Essen (Bm.) – Die Dortmunder Union- Schultheiss Brauerei AG hat *die Mehrheit der Kommanditanteile* an der Getränke-Industrie Münsterland Ingwersen GmbH & Co. KG, Münster, übernommen und eine Beteiligung an der *Komplementärin* Ingwersen GmbH erworben. Das Unternehmen produziert vornehmlich Coca-Cola-Produkte.

K.-S. Sonne 70 Jahre

Düsseldorf (J.G.) – Dr. oec. Karl-Heinz Sonne, bis 1975 Vorstandsvorsitzender und seitdem Aufsichtsratsmitglied der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, vollendet am 3. Juni sein 70. Lebensjahr. In seiner zehnjährigen Amtszeit an der KHD-Spitze hat er den Maschinenbaukon*zern zu seinen heute drei kräftigen* Säulen (Antriebe, Landtechnik, Industrieanlagen) umstrukturiert. Gekrönt wurde der Wandel 1974 durch Ausgliederung des Nutzfahrzeugbaus in den Fiat/Iveco-Verbund, aus dem sich KHD später dank kluger Vertragsgestaltung mit hohem Nutzen zurückziehen konnte.

HDW-Hamburg soll abgekoppelt werden

dpa/VWD, Hamburg

Die Hamburger Betriebsstätte der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), *Hamburg/Kiel*, soll zum 1. Oktober dieses Jahres verselbständigt werden. Darüber will der HDW-Aufsichtsrat unter Vorsitz des Chefs der *bundeseigenen Salzgitter* AG, Ernst Pieper, heute auf einer Sitzung in Kiel entscheiden. Die Ausgliederung des Hamburger HDW-Teils soll nach Informationen der Industriegewerkschaft Metall in Form einer GmbH als 100prozentige Tochtergesellschaft von HDW-Kiel mit einem Kapital von 40 Mill. DM geschehen. An HDW sind der Salzgitter-Konzern zu 74,9 Prozent und das Land Schles*wig-Holstein* zu 25,1 *Prozent* beteiligt.

Im Hamburger HDW-Werk sind, so der Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler, derzeit noch rund 2200 Mitarbeiter beschäftigt. Der Bereich Schiffsreparatur sei zwar gut ausgelastet, schreibe aber noch rote Zahlen; *im Maschinenbau* werde dagegen ein Plus erwirtschaftet. HDW ist in den vergangenen zwei Jahren um etwa ein Drittel geschrumpft. Der Schiffsneubau wurde aus Hamburg abgezogen und auf die Kieler Betriebsstätte konzentriert. 1983/84 betrug der Betriebsverlust 129 Mill. DM, im Jahr davor 210 Mill. DM.

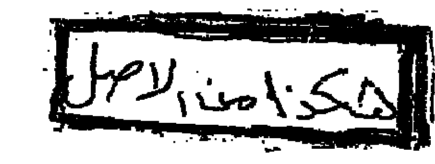
Mehr Werbung für kalifornischen Wein

D. F. HERTEL, Hamburg

Die Produzenten kalifornischer Weine wollen sich stärker dem traditionsreichen, europäischen Markt zuwenden. Bisher lief hier, und das gilt besonders für die Bundesrepublik Deutschland, der Absatz ihrer Spit*zengewächse eher schleppend*. Daran ist, neben den hohen Preisen, auch der geringe Bekanntheitsgrad schuld. Drei Partner haben sich zusammengetan, um durch gemeinsame Werbung das Geschäft anzukurbeln: Die Robert Mondavi Winery im kalifornischen Napa Valley, die Kellerei Mövenpick Deutschland und die D. V. Schlumberger KG in Meckenheim.

Mondavi hat 1984 weltweit 16,8 Millionen *Flaschen abgesetzt*, vorwiegend die weißen Rebsorten Fumé Blanc und Chardonnay sowie die roten Pinot Noir und Cabernet Sauvignon. Für dieses Jahr wird eine Steigerung um rund fünf Prozent angestrebt. Mövenpick hatte davon 1984 einen Anteil von gerade 6000 Flaschen. Im nächsten Jahr soll sich der deutsche Absatz im Verbund verzehnfachen.

Wolfgang von Hagen, Generaldirektor von Mövenpick Deutschland, hofft auf weitere Steigerungen: „Wir erwarten für 1987 einen Absatz von etwa 100 000 Flaschen pro Jahr."



FUSSBALL / 29 Minuten lang fühlte sich der FC Bayern München schon als Meister – Turbulenzen am Tabellenende

Selbst Lerby hat nun ein flaues Gefühl

MARTIN HÄGELE, München

Udo Lattek drückte die Finger zu Fäusten, bis die Spitzen der Knöchel in der Sonne weiß schimmerten. „Noch zwei Minuten", brüllte der Trainer, „noch zwei Minuten." Uli Hoeneß, *der Manager des FC Bayern* und Latteks Nebenmann auf der Bank, hatte den Kopf ins Genick gezogen. Fast reglos, fahl im Gesicht, fieberte er dem Schlußpfiff entgegen.

Gleich würde es losgehen. Ein Urschrei, ein Tanz, die Explosion der Gefühle. Endlich jubeln nach der Schufterei eines Jahres, nach der Enttäuschung von Everton, dem Aus auf internationaler Ebene, nach der Niederlage im Pokalendspiel gegen Bayer Uerdingen. Endlich das Happy-End empfinden, deutscher Meister sein. Die Fans in der Kurve intonierten schon ihre Choräle. Die Fotografen zogen ihren Kreis um die Bayern-Bank immer enger. Die ersten Fernsehkameras begannen ihr nervendes Surren.

Dann kam der Schlag. Aus einem kleinen, quäkenden Transistorradio. „2:1 für Werder Bremen durch Reinders", schrie einer. Lattek fuhr hoch. „Ach, leck mich doch." Nachdem er sich gesetzt hatte, meinte er, das sei ein Schock für ihn. Lattek, den Kopf zwischen den Händen: „Eine Minute fehlt mir zur deutschen Meisterschaft." 29 Minuten lang durfte sich München nach dem 1:1 von Bielefeld in Bremen als Meister fühlen.

Deshalb ist der weiß-blaue weiße *Himmel nicht aufs olympische* Zeltdach gefallen, und Trauer mußte im Land der Bayern auch nicht getragen werden. In den Fanblocks wurde weiter vom „*Deutschen Meister F C B*" gesungen. Wie um Fetische hatten sich hier die Fans um die Hemden gebalgt, die von den Münchner Profis bei der Ehrenrunde übers Gitter geworfen worden waren.

Alle waren schon eine Woche weiter. Die Gedanken reisten voraus zum nächsten Samstag, wenn die Bayern in Braunschweig, Werder Bremen bei Borussia Dortmund anzutreten hat. Das 3:0 über den FC Kaiserslautern war bereits ein alter Hut. Vergessen die Tore von Matthäus, Wohlfarth und Pflügler. Ad acta gelegt die katastrophale *Leistung der Schiedsrichter*. Schiedsrichter Schütte hatte erst Dieter Hoeneß den *Führungstreffer* aberkannt. Hübners Kopfball hatten nicht nur Pfälzer Freunde hinter der Torlinie gesehen. Nach einem Treffer von Thomas Allofs hatte Linienrichter Müller schon Richtung Mittellinie gedeutet, bevor sein Chef Schütte dann auf Abseits entschied. Außerdem war dem Münchner Führungstor ein klares Foul Augenthalers an Allofs vorausgegangen.

Zum Glück haben die Bayern im zweiten Spielabschnitt recht schnell für klare Verhältnisse gesorgt. Also versuchte ZDF-Reporter Rolf Töpperwien den Bayern-Trainer zu kitzeln: „Der Otto Rehhagel von Bremen hat erzählt, er halte von den Profis aus Braunschweig nichts. Die Bayern würden dort 5:0 oder 6:0 gewinnen."

Lattek lächelte. Der Otto sei eben *ein ganz kluger Junge*, antwortete Lattek, und mit solchen Sprüchen sorge der *Otto dafür, daß die* Bayern in Braunschweig ein ganz heißer Tanz erwarte. Solche Tricks gehörten nun einmal zum Repertoire eines ausgebufften *Fußball-Lehrers*.

Dieter Hoeneß zum Beispiel hat jedem, der es hören wollte, erklärt, daß der FC Bayern soeben sein Meisterstück geliefert hätte: „Wir sind heute praktisch Meister, wir sind doch nicht so dumm, daß wir uns in Braunschweig alles wegnehmen lassen."

Der Mittelstürmer hat noch im schweißnassen Trikot die Strategie fürs letzte Gefecht entworfen: „Wir brauchen ja nur einen Punkt. Wir brauchen in Braunschweig nicht das Spiel zu machen. Wir können dort aus einer sicheren Abwehr heraus kontern." Er, so Hoeneß, sei im Augenblick wirklich lieber Bayer als Bremer, „denn Werder hat es am Samstag in Dortmund mit einer Mannschaft zu tun, die unbedingt einen Punkt braucht, um sich gegen den Abstieg zu sichern".

Sicher macht sich der blonde Riese *mit solchen* Worten auch selbst Mut. Schließlich spürt selbst Sören Lerby, der international *erfahrenste* Mann der Bayern, ein flaues Gefühl: „Wenn du 33 Spieltage vorn stehst und am letzten Samstag hast du Angst, du kriegst eine zwischen die Beine – das kann schon nervös machen." Lerby war deshalb froh, zum WM-Qualifikationsspiel gegen die UdSSR nach Kopenhagen fliegen und unter seinen dänischen *Kollegen* Abstand vom Streß des Bundesligafinales gewinnen zu können. Die Frage stellt sich: Haben die Bayern ihre schlimmsten Tage schon hinter oder erst noch vor sich? „Nach dem Pokal-Endpsiel", so gestand Dieter Hoeneß, „bin ich letzte *Woche im* Training wie Falschgeld herumgelaufen."

Deshalb seien in *dieser* entscheidenden Woche der Trainer, dessen psychologische Fähigkeiten sowie die erfahrenen Kollegen gefordert. Um vorzubeugen, daß keiner die Nerven verliere. Hoeneß: „Wir müssen die jungen Leute bei uns psychologisch *richtig einstellen*, dann kann wirklich nichts mehr passieren."

Gleich zwei Endspiele im Titelkampf

Der letzte Spieltag der Fußball-*Bundesliga bringt gleich zwei* Entscheidungsspiele im Kampf um den Titel. Spitzenreiter Bayern München spielt in Braunschweig. Werder Bremen, mit zwei Punkten Rückstand auf Platz zwei der Tabelle, muß in Dortmund antreten. Ein offener Kampf ist das nicht mehr. München hat die weitaus besseren Chancen – dem Klub reicht bereits ein Unentschieden zum Titel. Kapitän Klaus Augenthaler: „Da müßte es schon mit dem Teufel zugehen, wenn wir es nicht schaffen." Aber: Schon eine 0:1-Niederlage des FC Bayern und ein gleichzeitiger 1:0-Sieg von Werder Bremen genügt, um alle Münchner Hoffnungen zu zerstören. In diesem Falle wären beide Klubs punktgleich und hätten auch die gleiche Tordifferenz. Bremen aber wäre Meister, weil es mehr Treffer erzielt hat als die Münchner. Im Kampf um den letzten Platz im UEFA-Cup hat Mannheim bessere Chancen als der Hamburger SV. Holte die Mannschaft von Trainer Schlappner in Leverkusen einen Punkt, könnte *der HSV* auch mit einem zweistelligen Sieg über Schalke *04 nicht an den Mannheimern* vorbeiziehen.

Immer noch drei Klubs in Gefahr

Für Düsseldorf, Dortmund und *Bielefeld kann die Saisonbilanz* erst am nächsten Samstag um 17.15 Uhr gezogen werden. Diese drei Klubs kämpfen weiter um den 15. Tabellenplatz, der das Qualifikationsspiel gegen den Dritten der Zweiten Liga vermeidet. Die besten Karten in diesem Dreikampf hat, so scheint es nach dem 2:1-Sieg über Mönchengladbach, Fortuna Düsseldorf. Vor der schwersten Aufgabe steht sicherlich Borussia Dortmund, das Werder Bremen empfängt. Zwar stehen die Dortmunder noch um einen Punkt besser als Arminia Bielefeld, doch besagt das nicht viel. Während Bremen in Dortmund schließlich noch seine letzte Titelchance wahrnehmen will, fährt mit Bayer Uerdingen eine Mannschaft nach Bielefeld, für die die Saison offenbar schon beendet ist. Das 1:6 in Kaiserslautern und das 1:2 im Heimspiel gegen Absteiger Braunschweig sind Beweise dafür, daß Uerdingen nach seinem Pokalsieg die Zügel schleifen läßt. Trainer Karl-Heinz Feldkamp versucht es jetzt mit einem Appell an die Fairneß seiner Spieler: „Es darf nicht sein, daß unsere Leistungen den Abstiegskampf entscheiden."



Treppensteigen mit erhobener Faust, Davonschleichen auf Socken: Die Düsseldorfer Bockenfeld und Dusend scheinen sich sicher, daß sie Platz 16 vermeiden, Dortmunds Raducanu ist deprimiert. FOTOS: BONGARTS/MÜLLER

Der Absturz des HSV: „Die spielen immer noch, als sei Hrubesch dabei"

Von HEINZ STUMM

Präsident **Wolfgang Klein** (42) *ist* auf den Absturz eingerichtet. „Wenn es schiefgeht und wir international nicht dabei sind (danach sieht es einen Spieltag vor Saisonende aus), müssen wir eben über die Dörfer gehen und das notwendige Geld zusammenspielen." Zwei Jahre nach dem Europapokal-Sieg der Hamburger in Athen gegen Juventus Turin ist der Millionenklub von der Binnenalster auf einem Tiefpunkt angelangt, der – so sehen es die Experten – sich hätte wenn schon nicht verhindern, so doch wenigstens hinausschieben lassen können. Der Vorwurf an die Führung des HSV: Man hätte **Horst Hrubesch** (33) *behalten müssen.* Des schnöden Mammons wegen war der *Mittelstürmer vor zwei Jahren*, damals 31 Jahre alt, an Standard Lüttich *für 800 000 Mark* verkauft worden – und damit, wie eine Sonntagszeitung schreibt, auch die Seele der Mannschaft.

Für den Spieler, der in Pelkum bei Hamm/Westfalen seinen Heimatverein (Kreisliga A) trainiert und am Samstag ein Turnier gewann, konzentriert sich die Misere seines ehemaligen Klubs auf einen Punkt: „Es ist dem HSV nicht gelungen, einen Brecher in der Sturmmitte zu finden, einen, der vorne reingeht." Ein solches Exemplar gäbe es nur noch in München, wo **Dieter Hoeneß** (30) mit seinem *kompromißlosen* Einsatz den Beifall des früheren Bundesliga-Kol*legen findet: „Ohne den Dieter* würden die Münchner nicht Meister, wä*ren sie auch im Europapokal* nicht so weit gekommen."

Daß der HSV seit Hrubeschs Verkauf im Angriff schlecht besetzt und darum für gegnerische Abwehrreihen durchaus zu beherrschen ist, stellte auch Frankfurts Jungnationalspieler **Thomas Berthold** (22) fest, der das einzige Tor gegen die Hamburger erzielte: „Was mir aufgefallen ist, war, daß die Hamburger noch immer so spielen, als wäre Hrubesch in der Sturmmitte. Nur kann keiner etwas mit den Bällen anfangen."

*

Hrubesch spielt *also im Geiste* noch mit und wird allzu gern als *Alibi für den schleichenden Verfall* der Mannschaft benutzt, in der freilich auch psychologische Spannungen eskaliert sind. Eine Hauptrolle spielt dabei der *viel respektierte* **Ernst Happel** (49). Der große Schweiger aus Wien wird auch von Horst Hrubesch aufs Korn genommen. „Daß der Alte draufhaut, ist richtig. Doch er muß auch die richtigen treffen. Groh ist auf jeden Fall der falsche", bedauert der frühere Torjäger, daß Happel den Dauerläufer **Jürgen Groh** (28) genau wie den früheren Nationalspieler **Manfred Kaltz** (32) aus *der* Mannschaft warf. Mit betroffenem Gesicht sah Groh von der Bank aus in Frankfurt zu, wie der HSV ohne ihn 0:1 verlor.

Dieter Schatzschneider (27), *der in* Hamburg immer an Hrubesch gemessen wurde und *letztlich scheiterte*, sieht das Dilemma seines Ex-Klubs nach wie vor in Kommunikationssperren und mangelhaftem Betriebsklima: „Der Ernst redet nicht mit den neuen Spielern. Und wenn der Assistenztrainer bei den Spielern unten durch ist, ist der Kontakt auch



hin", meint der Torjäger, der in Schalke ganz gut Fuß faßte und in Hamburg mit **Wolfram Wuttke** (23) monatelang dem HSV-Manager **Günther Netzer** (40) als Fehleinkauf unter die Nase gerieben wurde.

Während Schatzschneider Spielmacher **Felix Magath** (31) als verschlossen bezeichnet und letztlich als Mitschuldigen am sportlichen Abstieg sieht, nimmt Hrubesch den alternden Kapitän in Schutz: „Der Felix wird noch gebraucht. Von ihm *können die jungen Spieler noch viel* lernen."

Tatsache aber ist, daß Magath seit dem Länderspiel in Prag am 30. April in eine Formkrise geriet und nicht in der Lage war, das Ruder herum- oder die Mannschaft mitzureißen, wie es Hrubesch, dem Vorgänger als Kapitän, immer wieder gelungen war. Wenn sich kein Widerspruch in der Mannschaft regt, so hat das seinen besonderen Grund: Im Sommer 1986 wird Magath den meisten ein Vorgesetzter. Dann löst er Netzer als Manager ab.

*

Ziemlich ans Herz geht der Sturz des HSV Hamburgs Fußballidol **Uwe Seeler** (49), der es nie verstand, daß Horst Hrubesch *vor zwei Jahren* verkauft worden ist. Präsident Klein wies im ZDF-Sportstudio zwar darauf hin, daß Hrubesch in seiner letzten HSV-Saison *vom Publikum nicht* mehr durchweg angenommen wor*den sei, doch der Betroffene läßt den* Einwand nicht gelten. „Davon habe ich nichts gemerkt. Ich wollte einen Zweijahresvertrag, und den hat man mir nicht gegeben. So war's."

Ob Hrubesch noch einmal seine Torjäger-Qualitäten in der Bundesliga vorführen darf, soll sich diese Woche klären. „Zweimal habe ich mit Dortmund gesprochen, mehr kann ich nicht sagen," signalisierte er die Bereitschaft, in Dortmund für erst einmal ein Jahr zu unterschreiben.

*

Möglicherweise kommt ein ähnlich spektakulärer Transfer in den nächsten Tagen zwischen dem 1. FC Kaiserslautern und dem 1. FC Köln doch noch zustande. Von wirtschaftlichen Schwierigkeiten gebeutelt und vom DFB mit Auflagen versehen, sehen sich die Lauterer viel*leicht gezwungen*, **Thomas Allofs** (25) zu verkaufen. Nach dem beschämen*den 3:4 zu Hause gegen* Absteiger Karlsruhe saßen im Geißbockheim Kölns *Manager* **Karlheinz Thielen** (45) und FC-Trainer **Hannes Löhr** (42) lange mit FC-Kapitän **Klaus Allofs** (27) zusammen. Hauptthema war der Transfer des jüngeren Bruders an den Rhein. Löhr ließ nur soviel heraus: „Das Thema Thomas Allofs ist noch nicht abgehakt." Bisher hießt es in der Vorstandsetage des 1. FC Köln immer, der Verein werde niemals mit Spieler-Manager **Holger Klemme** (34) zusammenarbeiten. Klemme betreut Thomas Allofs.

Den Spieler zieht es *zurück in den* Westen, verstärkt, seitdem er zwi*schen die Mühlsteine vereinsinterner* Querelen geraten ist. Seit ein Vor*standsmitglied* das Jahreseinkommen des Düsseldorfers herauspo*saunte und veröffentlichen ließ* (400 000 Mark im Jahr), wird Thomas oft als *Großverdiener* von *Fans* angefeindet. Sogar das Auto seiner Frau **Cornelia**, einen Kleinwagen, zündete man ihm nachts 50 Meter vor dem Hause an. Allofs: „Es brannte völlig aus. Zum Glück waren nur ein paar Sportsachen drin." Daß es Zufall gewesen sein könne, schließt er aus: „*Ich hatte ja ein Düsseldorfer* Kennzeichen dran."

*

Unter *den elf Bundesligaspielern*, die Fußball-Freunde unter 33 *vom* ZDF und „*Bild*" *vorgeschlage*nen Profis für die Wahl des „Spielers *der Saison*" *herausgesucht hatten*, fehlt mit Thomas Berthold der Senk*rechtstarter des Spieljahres. Den* Frankfurter Junggesellen läßt diese *Nichtbeachtung ziemlich kalt*. Er kann sich auch einen Reim darauf *machen: „Wahrscheinlich paßt vielen* nicht, daß ich mit meiner Freundin *zusammen in einer komfortablen* Wohnung lebe und nicht verheiratet bin. *Mein Image ist vielleicht* auch nicht das beste, seit ich mich mal mit Trainer **Weise** angelegt habe", vermutet der Sohn eines Bankkaufmanns, in dem nicht nur DFB-Teamchef **Franz Beckenbauer** (39) einen Gewinn für die Weltmeisterschaft nächstes Jahr in Mexiko sieht.

Drei Klubs, dreimal Angst vor dem 16. Platz

BERND WEBER, Bonn

Für *Max Merkel, der am Samstag* Arminia Bielefelds 1:2-Niederlage bei Werder Bremen *auf der Tribüne* des Weserstadions miterlebte, ist die Lage klar. „Wer auch immer gegen wen auch immer die Relegationsspiele um den letzten freien Platz in der Bundesliga austragen muß", meinte der frühere Trainer und heutige Zeitungskolumnist, „der Zweitliga-Vertreter wird ohne jede Aufstiegschance sein. Aus zwei Gründen, erstens ist jeder Erstligaklub jedem Zweitligaverein taktisch, technisch und konditionell weit überlegen. Zudem spricht die Konstellation für den Klassenhöheren: Weil der zuerst auswärts antreten kann und dann vor eigenem Publikum allemal die Chance hat, dort *den möglicherweise erlittenen* Schaden wieder auszubügeln."

Doch nicht, weil sich Merkel schon oft geirrt hat, eher aus grundsätzlichen Erwägungen wollen Bielefeld, Borussia Dortmund und Fortuna Düsseldorf, die den drittletzten Platz in der oberen Klasse unter sich ausmachen, die Chancen nicht so eindeutig verteilt sehen. Der Blick in die Statistik lehrt, daß dies eine realistische Einschätzung ist. Zweimal hat sich zwar der Erstligaverein (vor drei Jahren Bayer Leverkusen gegen Kikkers Offenbach und 1984 Eintracht *Frankfurt gegen den MSV Duisburg*) deutlich durchgesetzt. Doch dazwi*schen lag die große Pleite des Favoriten*: Schalke 04 verspielte den Klas*senverbleib gegen Bayer Uerdingen.* Und seitdem gilt Platz 16 in der ersten *Liga keineswegs als sicherer* Rettungsanker.

Und deshalb war Bielefelds Trainer Gerd Roggensack auch nicht im geringsten empfänglich für die tröstenden Worte, die ihm sein Bremer Kollege nach der Niederlage mit auf den Heimweg gab. „Wenn ihr wirklich in die Relegation müßt," meinte Otto Rehhagel, „dann gewinnt ihr die beiden Spiele leicht und macht außerdem noch gute Kasse." Roggensack nahm die Aufmunterung überhaupt *nicht wahr*, wie versteinert saß er in der Pressekonferenz. „Es gibt Momente", *sagte er später*, „da verflucht man, diesen Beruf zu haben."

In Bremen war der *Moment* exakt auszumachen: Es war die 89. Minute, als Werder-Stürmer Uwe Reinders das Siegtor schoß und bei allen Bielefeldern einen Schock auslöste. Bei Präsident Jörg Auf der Heyde geriet die Psyche aus den Fugen. Er flüchtete nach dem Schlußpfiff sofort in die Kabine seiner Mannschaft. Auf der Heyde, ein gestandener Mann, weinte ...

Solche Gefühlsregungen sind Borussia Dortmunds Präsidenten Reinhard Rauball gewiß fremd. Doch auch er gab zu, nach der 1:3-Niederlage seiner Mannschaft gegen Schalke 04 schwer betroffen zu sein. Rauball zur WELT: „Beängstigend ist, daß unsere Spieler den Eindruck vermittelt haben, sie seien fast am Ende ihrer Kräfte. Der Substanzverlust bei unserem Zwischenspurt mit 11:1 Punkten war offensichtlich zu groß, und deshalb bin ich in Sorge um den Klassenerhalt. Was aber auf keinen Fall heißen soll, daß ich nicht mehr in der *Lage* wäre, *der Mannschaft für* das letzte Spiel gegen Werder Bremen den unbedingt erforderlichen Optimismus auf den Weg zu geben. Wir können die Rettung, im Gegensatz zu Bielefeld, noch aus eigener Kraft schaffen. Genau das muß für unseren Trainer Erich Ribbeck der Ansatzpunkt sein, um unsere Leute noch einmal voll zu motivieren."

Auf Gerüchte, die gestern die Runde machten, Borussia sei *vielleicht* gar nicht so sehr daran interessiert, dem Entscheidungsspiel zu entgehen, um durch ein Heimspiel gegen den Zweitligaklub die maroden Finanzen aufbessern zu können, reagierte Rauball mit gereizter Schärfe.

Der *Dortmunder Präsident*: „Es hat auch vor dem Schalke-Spiel Ge*rüchte gegeben, daß wir Nachbar*schaftshilfe bekommen würden. Dies ist nicht geschehen, und wir haben solche Hilfe auch nicht erbeten. Ich kämpfe – und dafür verbürge ich mich, seitdem ich für den Fußball tätig bin – für die totale sportliche Sauberkeit und lehne jeden Manipulationsversuch mit Entschiedenheit ab. Wir wollen gerade jetzt, nachdem wir die Bundesliga-Lizenz für die nächste Saison bekommen haben, in der Klasse bleiben. Mit aller Kraft und ohne den Umweg über die Qualifikation."

Genauso hat sich *Fortuna* Düsseldorfs Präsident Peter Förster nach dem 2:1 seiner *Mannschaft gegen Bo*russia Mönchengladbach geäußert. „*Die Aussichten, im Heimspiel gegen* den Dritten der zweiten Liga vielleicht große Kasse zu machen", meinte er, „ist nur auf den ersten Blick verlockend. *In* Wahrheit würden uns die Relegationsspiele ungeheuerlich belasten, und dies nicht nur wegen der Unsicherheit ihres Ausgangs."

Die Beweisführung von Förster ist schlüssig. Er hat die Vereinsakten studiert und festgestellt, daß sich Fortuna fest verpflichtet hat, an der bereits am 29. Juni beginnenden Intertoto-Runde teilzunehmen. „Wenn wir in die Relegation müßten", so der Präsident, „müßten wir die Spieler bis zum 17., im Falle einer Entschei*dungsbegegnung gar bis zum* 20. Juni zusammenhalten. Das heißt im Klartext, mehr als neun Tage Jahresurlaub wären für sie nicht drin. Daran aber ist wirklich niemandem gelegen."

Drei Entscheidungen offen: Meisterschaft, Kampf um Platz 15, UEFA-Cup

							Heim		Auswärts	
1. München	33	20	8	5	78:38	48:18	50:18	29:5	28:20	19:13
2. Bremen	33	18	10	5	87:49	46:20	58:21	30:4	29:28	16:16
3. Köln	33	18	4	11	69:60	40:26	36:27	23:11	33:33	17:15
4. M'gladbach	33	15	8	10	74:50	38:28	42:19	21:11	32:31	17:17
5. Mannheim	33	13	11	9	46:48	37:29	30:17	23:11	16:31	14:18
6. Uerdingen	33	14	8	11	57:51	36:30	38:21	27:7	19:30	9:23
7. Hamburg	33	13	9	11	56:49	35:31	40:15	26:6	16:34	9:25
8. Schalke	33	13	8	12	63:60	34:32	43:23	25:9	20:37	9:23
9. Stuttgart	33	14	4	15	78:58	32:34	51:21	25:9	27:37	7:25
10. Bochum	33	11	10	12	51:54	32:34	23:19	17:15	28:35	15:19
11. Frankfurt	33	10	11	12	59:64	31:35	36:22	24:10	23:42	7:25
12. K'lautern	33	10	11	12	50:60	31:35	39:18	24:8	11:42	7:27
13. Leverkusen	33	8	13	12	50:53	29:37	30:21	20:12	20:32	9:25
14. Düsseldorf	33	10	9	14	53:65	29:37	30:25	20:14	23:40	9:23
15. Dortmund	33	12	4	17	49:65	28:38	30:21	18:14	19:44	10:24
16. Bielefeld	33	7	13	13	45:61	27:39	33:31	17:15	12:30	10:24
17. Karlsruhe	33	5	11	17	46:87	21:45	23:29	14:18	23:58	7:27
18. Braunschweig	33	9	2	22	39:78	20:46	25:25	16:16	14:53	4:30

● Zu Toren hat der 1. FC Köln ein zwiespältiges Verhältnis: Auf der einen Seite steht mit Klaus Allofs der erfolgreichste Torschütze in seinen Reihen, auf der anderen Seite weist keine andere Spitzenmannschaft soviele Gegentore auf – trotz des Nationaltorwartes Harald Schumacher. *Unter den besten zehn Mannschaften* mußte nur der Schalker Junghans ebenso oft hinter sich greifen wie Schumacher. Während Allofs mit zwei Toren die Führung in der Torschützenliste zurückeroberte, kassierte Schumacher an den beiden letzten Spieltagen acht Tore. Köln bleibt damit im Trend.

● Als einziger Verein in dieser Saison blieb Werder *Bremen ohne Heimnie*derlage. Das letzte Heimspiel wurde am 19. Mai 1984 mit 1:2 gegen den VfB Stuttgart verloren. Der Bremer Heim-Nimbus war am Samstag allerdings gefährdet. Erst in der 89. Minute erzielte Uwe Reinders das siegbringende Tor zum 2:1. Es war das 1050. Tor dieser Saison. Der Rekord aus dem *Vorjahr (1097 Tore) wird vermut*lich nicht mehr erreicht. Statt dessen zeichnet sich eine Rekordsaison für Eigentore ab. Der Karlsruher Günter Walz war schon der 20. Spieler, dem dieses Mißgeschick unterlief, in der ersten Minute.

● Ungewöhnlich viele Spieler, nämlich 66, *sind mit drei oder sechs* gelben Karten belastet. Normalerweise würden sie bei der nächsten Verwarnung für ein Spiel gesperrt. Wegen des Saisonwechsels tritt diese Regelung jedoch nicht mehr in Kraft. Statt dessen gehen die Spieler, die am letzten Spieltag zum vierten oder siebten Mal verwarnt werden, mit der Bela*stung einer gelben Karte in die näch*ste Saison. Vier Spieler sind nach ihren jüngsten Verwarnungen für den letzten Spieltag gesperrt. Unter ihnen Norbert Brinkmann von Pokalsieger Bayer Uerdingen, der bereits zum zehnten Mal gelb sah.

ERGEBNISSE

Frankfurt – Hamburg	1:0	(0:0)
Bremen – Bielefeld	2:1	(1:0)
Uerdingen – Braunschweig	1:2	(1:2)
Köln – Karlsruhe	3:4	(2:1)
Stuttgart – Leverkusen	4:1	(3:0)
Düsseldorf – M'gladbach	2:1	(1:1)
Schalke – Dortmund	3:1	(2:1)
München – K'lautern	3:0	(1:0)
Mannheim – Bochum	2:0	(1:0)

DIE SPIELE

Frankfurt – Hamburg 1:0 (0:0)

Frankfurt: Pahl – Fruck – Kraaz, Körbel – Sievers, Mohr (77. Friz), Berthold, Kroth, Boy – Müller, Tobollik. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Wehmeyer (75. Steffen), Schröder – Soler, Hofmeister, Plessers, Rolff, Magath – von Heesen, Wuttke. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tor:** 1:0 Berthold (55.). – **Gelbe Karten:** Sievers (3) – Wehmeyer (3). – **Zuschauer:** 21 000.

Bremen – Bielefeld 2:1 (1:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Okudera – Sidka, Möhlmann, Hermann (74. Ordenewitz), Kutzop – Reinders, Neubarth, Völler (39. Meier). – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Hupe, Schnier – Büscher (61. Pohl), Rautiainen, Borchers, Foda, Dronia (79. Ellguth) – Reich, Ozaki. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Möhlmann (10.), 1:1 Ozaki (60.), 2:1 Reinders (89.). – **Gelbe Karte:** Sidka (3). – **Zuschauer:** 16 500.

Uerdingen – Braunschweig 1:2 (1:2)

Uerdingen: Vollack – Herget – Wöhrlin, van de Loo – Brinkmann, Wolfgang Funkel, Feilzer, Friedhelm Funkel, Buttgereit (46. Loontiens) – Schäfer, Gudmundsson (79. Puszamszies). – **Braunschweig:** Franke – Hintermaier – Scheike, Kindermann – Geiger, Gorski, Bruns, Tripbacher, Ellmerich – Plagge, Worm (65. Pospich). – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 0:1 Worm (31.), 0:2 Bruns (37.), 1:2 Gudmundsson (43.). – **Gelbe Karten:** Brinkmann (10) – Scheike (4), Ellmerich (3). – **Zuschauer:** 12 000.

Köln – Karlsruhe 3:4 (2:1)

Köln: Schumacher – Steiner – Prestin (57. Lefkes), Geils – Lehnhoff, Häßler, Hönerbach, Gielchen (39. Geilenkirchen), Engels – Littbarski, Allofs. – **Karlsruhe:** Fuhr – Theiss – Roth, Keim – Nadu (61. Glückler), Walz, Hertwig, Löw, Harforth – *Günther, Künast (77. Mitrovic).* – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 1:0 Walz (1., Eigentor), 1:1 Günther (35.), 2:1 Allofs (39.), 3:1 Allofs (53.), 3:2 Walz (66.), 3:3 Glückler (79.), *3:4 Günther (81.).* – **Gelbe Karte:** keine. – **Zuschauer:** 9000.

Stuttgart – Leverkusen 4:1 (3:0)

Stuttgart: Roleder – Allgöwer – Karlheinz Förster (88. Thoma), Lopes – Buchwald, Kempe, Zietsch, Ohlicher (74. Briem), Müller – Claesen, Klinsmann. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Schlegel (70. *Hinterberger*), *Reinhardt* – Gelsdorf, Hörster, Winklhofer, Röber (76. Geschlecht), Götz – Waas, Schreier. – **Schiedsrichter:** Retzmann (Halstenbek). – **Tore:** 1:0 Ohlicher (19.), 2:0 Müller (26.), 3:0 Ohlicher (43., Foulelfmeter), 3:1 Schlegel (57.), 4:1 Allgöwer (88.). – **Gelbe Karten:** Buchwald – Bast (4). – **Zuschauer:** 11 000.

Düsseldorf – M'gladbach 2:1 (1:1)

Düsseldorf: Greiner – Zewe – Fach, Bunte – Bockenfeld, Bommer, Kaiser (87. Schmidkunz), Dusend, Weikl – Thiele, Edvaldsson. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Ringels, Borowka – Krauss, Herlovsen, Rahn, Lienen (74. Herbst), Drehsen (87. Hannes) – Criens, Mill. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Marl). – **Tore:** 0:1 Mill (28.), 1:1 Thiele (36.), 2:1 Thiele (54.). – **Gelbe Karten:** Schmidkunz – Borowka (7), Mill (4/1). – **Zuschauer:** 19 000.

Schalke – Dortmund 3:1 (2:1)

Schalke: Macak – Fichtel – Schipper, Kruse – Kleppinger, Dietz, Dierßen, Jakobs (28. Opitz), Hartmann – Thon (58. *Eilenfeldt*), *Täuber*. – ***Dortmund:*** Immel – Zorc – Storck, Rüßmann, Kutowski – Loose, Bittcher, Raducanu, Anderbrügge (46. Dreßel) – Simmes, Schüler. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 Jakobs (15.), 2:0 Täuber (20.), 2:1 Schüler (43.), 3:1 Kleppinger (90.). – **Gelbe Karten:** Kruse (3), Fichtel – Zorc (3), Kutowski (2). – **Zuschauer:** 40 000.

München – K'lautern 3:0 (1:0)

München: Aumann – Augenthaler – Eder, Pflügler – Dürnberger, Mat*thäus, Lerby, Willmer* – Wohlfarth (83. Rummenigge), Hoeneß (82. Mathy), Kögl. – **K'lautern:** Ehrmann – Dusek – Moser (68. Roos), Majewski, Wolf – Kitzmann, Melzer, Hoos, Brehme (21. Schupp) – *Allofs, Hübner.* – **Schiedsrichter:** Schütte (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Matthäus (38.), 2:0 Wohlfarth (50.), 3:0 Pflügler (75.). – **Gelbe Karte:** keine. – **Zuschauer:** 35 000.

Mannheim – Bochum 2:0 (1:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Kohler – Dickgießer, Scholz, Rombach, Schön, Gaudino (71. Knapp) – Bührer, Klotz (67. Walther). – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Kree, Gothe (54. *Pickenäcker*) – *Zugcic, Kühn*, Schulz, Benatelli (36. Oswald), Woelk – Kuntz, Fischer. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Rombach (12.), 2:0 Walther (90.). – **Gelbe Karte:** *Oswald (3).* – **Zuschauer:** 12 000.

VORSCHAU

Der letzte Spieltag

Dortmund – Bremen	(0:6)
Gladbach – Frankfurt	*(1:1)*
Bochum – Düsseldorf	(2:0)
Leverkusen – Mannheim	(1:2)
Karlsruhe – Stuttgart	(0:5)
K'lautern – Köln	(0:2)
Braunschweig – München	(0:3)
Bielefeld – Uerdingen	(0:1)
Hamburg – Schalke	(0:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

BOXEN / Markus Bott, der einzige Kämpfer aus der Bundesrepublik im EM-Finale von Budapest

„Ali ist mein großes Vorbild, er ist der Chef"

DW. **Budapest**

Der 23 Jahre alte Markus Bott aus Pforzheim war gestern abend der einzige Boxer aus der Bundesrepublik Deutschland, der bei den Europameisterschaften in Budapest im Finale stand. Bott, der für den Karlsruher SC und in der Bundesliga für den BC Württemberg *in den Ring steigt*, ist ein Mann, der die großen Sprüche liebt: „Ali ist mein großes Vorbild, er ist der Chef."

Bis zum Weltcup im *September in* der Olympiastadt Seoul will der Halbschwergewichtler auf jeden Fall noch Amateur bleiben. Was Markus Bott über sich selbst zu sagen hat, zeigt ein Kurzinterview, daß der Sport-Informations-Dienst vor dem Finalkampf mit ihm machte (das Ergebnis stand bei Redaktionsschluß *noch nicht* fest).

Frage: Wie hat es bei Ihnen mit dem Boxen angefangen?

Bott: Ich war etwas über 14, hatte *gerade Krach mit* meinem Fußball-Verein, bei dem ich fünf Jahre lang im Tor gestanden habe. Da ist ein Mann bei uns auf den Hof gekommen *und hat mich* wegen *meiner guten* Figur zum Boxen eingeladen.

1980 war ich deutscher Juniorenmeister, fuhr zu einem Turnier nach Schwerin und gewann in der *DDR* auf Anhieb die Goldmedaille. Doch ich war noch zu jung für Gold, hatte zwei Jahre lang keinen Bock mehr auf Boxen und habe nicht mehr richtig trainiert.

Frage: Gehörten Sie auch einer Bundeswehr-Sportkompanie an?

Bott: 15 Monate lang, aber das war nichts für mich. Da muß man immer ja sagen.

Frage: *Ist die* Olympia-Pleite von Los Angeles schon verdaut?

Bott: Ich habe gleich den ersten Kampf gegen den späteren Olympiasieger verloren. *Das hat mich um ein* paar Mille leichter gemacht.

Frage: Mit welcher Einstellung sind Sie zur Europameisterschaft gefahren?

Bott: Zu schlagen sind sie alle, auch ich. Aber ich meine, daß ich zur Zeit der Beste bin.

Frage: Haben sich schon Profi-Manager gemeldet?

Bott: Es waren schon welche *da.* Aber nur mit einem Butterbrot. Bei mir muß die Kasse stimmen.

Frage: Oder boxen Sie doch noch einmal in der Bundesliga?

Bott: Bisher habe *ich mir nur das* Angebot aus Württemberg angehört. Das war nicht schlecht, und die Zuschauer in Leonberg mögen mich. *Nur wenn das der Fall ist, mache ich* auch große Kämpfe.



Nur noch bis zum Weltcup Amateur: Markus Bott. FOTO: SIMON

FORMEL 1 / WM-Lauf von Spa wurde abgesagt

Asphaltdecke zerstört. Fahrer setzten sich gegen Ecclestone durch

sid/dpa, **Spa**

Die über 35 Jahre alte *Formel-1-Geschichte* wurde am Wochenende in Spa gleich zum zwei Novitäten bereichert: Zum ersten Mal seit dem ersten Weltmeisterschaftslauf am 13. Mai *1950 wurde* ein Grand Prix abgesagt, dessen Training schon begonnen hatte – wegen des schlechten Zustandes des 6,95 Kilometer langen Ardennenkurses. *Zum ersten Mal* auch setzten sich mit dieser Entscheidung die Fahrer gegen den Internationalen Automobilsport-Verband FISA sowie gegen *Formel-1-Manager* Bernie Ecclestone und seinen finanziellen Interessen mit Werbeeinnahmen und Fernsehrechten durch.

Fahrersprecher und Weltmeister Niki Lauda zeigte *sich zufrieden* nach der Absage des Großen Preises von Belgien, der als fünfter WM-Lauf dieser Saison und als 409. Grand Prix seit *1950* ausgetragen werden *sollte*: „Ich ziehe meinen Hut vor den Verantwortlichen, vor allem, weil sie die Entscheidung bereits am Samstag getroffen haben. Es war einfach nicht *möglich, bis Sonntag zu warten.* Dann hätten 70 000 Zuschauer auf den Tribünen gesessen."

Nichts Neues war es hingegen, daß sich bereits im Training eine Rennstrecke praktisch *in ihre Bestandteile* auflöste. Das war zuletzt 1984 in Dallas passiert, das hatte die Formel 1 auch schon 1973 in Zolder – auch in Belgien – erlebt. Erstmals jedoch blieben alle Reparaturversuche *erfolglos.* Bei sommerlichen Temperaturen hatte der erst vor zwei Wochen aufgetragene Belag die Wagen, die bis zu 1000 PS *leisten, nur einen Tag lang stand*gehalten. Schon im Freitagstraining der Formel 3000, die nach der Formel 1 an der Reihe war, gab es Probleme. „Es war wie auf einer Rallyepiste", *berichtete Christian Danner, dessen* weißer Helm Spuren von umherfliegenden Aspahltteilchen trug.

Am Samstag kam das Ende. Handtellergroße Löcher im Asphalt, Roll*split überall* auf der Strecke machten schnelles und sicheres Fahren bereits im freien Training am Vormittag fast unmöglich. Nach 27 von 90 Minuten wurde abgebrochen. „Wir fahren wie *auf Kugeln*", *berichtete Niki Lauda.* Zudem blieb der Rollsplit an den weichen Reifen kleben und beschädigte sie. „Hier könnte man allenfalls mit einem Audi Quattro fahren", meinte Stefan Bellof. Der Engländer Derek Warwick: „Es ist eine Schande! Denn eigentlich ist das hier eine schöne Rennstrecke, auf der das Fahren sehr viel Spaß macht."

Immer wieder setzten sich die Fahrer am Samstag mit den Sportkommissaren und Ecclestone zusammen, um die Absage zu erwirken. Hauptsächlich der Engländer, als Präsident der *Konstrukteurs-Vereinigung* FOCA Mitveranstalter in Spa und deshalb auch finanziell engagiert, wollte die Entscheidung immer weiter hinauszögern. Nach Informationen von Branchenkennern hatte Ecclestone schon bei den Rennen in Rio und Estoril Verluste erlitten und fürchtete eine weitere Pleite.

FISA-Sprecher Gilles Gaigtnault deutete jedoch an, daß das Rennen möglicherweise nachgeholt wird. „Die Absage bedeutet nicht, daß es in diesem Jahr überhaupt keinen Grand Prix in Belgien geben wird", sagte er. Das Rennen könnte eventuell im Herbst stattfinden, da durch die Absagen der Rennen in New York und Rom zwei Termine frei geworden sind.

Als „Notnagel" mußten die Fahrer der Formel 3000 in den sauren Apfel beißen. Anstelle des Formel-1-Rennens wurde in Spa für Sonntag der fünfte Lauf zu dieser Nachwuchs-Europameisterschaft angesetzt. Ursprünglich sollte er am *Samstag* nachmittag im Rahmenprogramm ausgetragen werden. „Eine idiotische Entscheidung", schimpfte der französische Grand-Prix-Pilot Jacques Laf*fite*, „und vor allem wir sehen dann wie Idioten aus." Vize-Weltmeister Alain Prost ergänzte: „Die Formel-3000-Autos sind hier genauso schwie*rig zu fahren* wie Formel-1-Wagen, und das von weniger erfahrenen Piloten."

Anton Mang Zweiter

Der Amerikaner Freddie Spencer *zieht in der Motorrad*-Weltmeisterschaft einsame Kreise. Beim Großen Preis von Österreich auf dem Salzburgring feierte der Honda-Werksfahrer *bereits* seinen dritten Saisonsieg *in der Klasse* bis 250 ccm und baute seine Führung in der WM-Wertung auf 59 Punkte aus.

Der viermalige Weltmeister Anton Mang aus Inning, der bis zur 21. von 25 Runden noch einigermaßen mit dem Amerikaner *mithalten konnte*, belegte Platz zwei und bleibt mit 50 Punkten in der Gesamtwertung Zweiter. Mang sagt: „Ich wollte einfach einmal dicht hinter Spencer bleiben, *um zu sehen, ob er tatsächlich* seine eigene Ideallinie fährt. Trotz der zwölf Rennjahre, die ich mehr auf dem Buckel habe, kann ich von Spencer noch einiges lernen. Er fährt eine nahezu optimale, extrem reifenschonende Linie." Martin Wimmer, der Sieger von Hockenheim, hatte als Vierter hinter dem Italiener Fausio Ricci kaum einmal Anschluß an das Spitzentrio. Wimmer: „Ich habe von Anfang an Angst um meine Kupplung gehabt." Wegen eines Kupplungsschadens war er in Italien früh ausgeschieden.

KUNSTTURNEN

Bilosertschew überlegen

sid/dpa, **Oslo**

Noch 48 Stunden vor Beginn der *Kunstturn-Europameisterschaft* war die Konkurrenz überzeugt, daß Dimitri Bilosertschew, der Zwölfkampf-Weltmeister und viermalige Europameister von *1983, gar nicht* antreten würde: „Der konnte im Training kaum laufen und verzog bei jeder Landung vor Schmerzen das Gesicht", hatte der deutsche Vizemeister Daniel Winkler *beobachtet.* Doch der 18jährige Sowjetrusse blieb seiner Linie treu. Wie stets bei internationalen Auftritten trumpfte er mit *außergewöhnlichen Leistungen* auf.

In Oslo verwirklichte Dimitri Bilosertschew, was zwölf Jahre lang keinem Turner mehr gelungen war: Er verteidigte seinen Titel als Sechskampf-Europameister. Trotz verschärfter Anforderungen, trotz erheblicher Kniebeschwerden. 58,45 Punkte wurden für ihn errechnet, seine Landsleute Walentin Mogilny (57,60) und Wladimir Gogoladse (57,40) blieben auf den Plätzen zwei und drei deutlich zurück. Seit Nikolai Andrianow *(UdSSR) dominierte kein* Europameister so souverän wie der 18jährige Schüler Bilosertschew, der strenggenommen erst den vierten bedeutenden Wettkampf seines Lebens bestritt, aber schon als Elfjähriger an internationalen Turnieren teilgenommen hatte. Zu früh, wie sich andeutet. Denn die Kniebeschwerden, so wird vermutet, sind auf Verschleiß zurückzuführen. Ein Novum bei einem 18jährigen. Er selbst beruhigt: „Ich hatte zwar Probleme mit den Knien gehabt, aber das ist längst vorbei."

Die Art, in der er seine Übungen in Oslo turnte, bestätigte seine Worte. Ohne sichtbare Gefühlsregung, absolut konzentriert und dementsprechend perfekt. Allein durch die generell verschärfte Notengebung wurde *verhindert*, daß er für seine makellosen Übungen am Seitpferd und Barren die Traumnote von 10,0 erhielt. Er mußte sich mit 9,90 begnügen.

Hinter den drei Sowjetrussen folgten „DDR"-Turner auf den Plätzen vier bis sechs, bester Westeuropäer war der Franzose Laurent Barbieri als Siebter. Die Turner aus der Bundesrepublik enttäuschten mit Platz elf, dem schwächsten Ergebnis bei einer Europameisterschaft. Einziger Trost: Albert Haschar (Pferdsprung) und Andreas Aguilar (Ringe) erreichten das Geräte-Finale.

GALOPP / Österreichische Stute Siegerin nach einer Disqualifikation

Jockey Ludewigs Peitschen-Schau

KLAUS GÖNTZSCHE, **Iffezheim**

Selbst wenn nur zweit- oder drittklassige Konkurrenz des Auslands anreist, sind Siegprämien für deutsche Kurzstreckengalopper *stets* außerhalb der Reichweite. Da erschienen zum Eröffnungsrenntag des Frühjahrsmeetings am Samstag in If*fezheim* bei Baden-Baden aus Österreich die Stute Gitana und der Hengst Coincidental aus England. Sie liefen im Scherping-Rennen (51 000 Mark, 30 000 Mark dem Sieger, *1000 Meter*) gegen *zwölf dreijährige* deutsche Pferde. Die Entscheidung über den Sieger fiel erst am grünen Tisch der Rennleitung. Gitana mit Jockey Heinz-Peter Ludewig im Sattel *entführte* den Erfolg in das international bedeutungslose Galoppsportland Österreich. Coincidental mit Jockey Derrek Oldham hatte zwar mit eindreiviertel *Längen Vorsprung das* Ziel als erster erreicht, aber Gitana vor dem Ziel behindert. Jockey Ludewig zeigte es mit erhobener Peitsche in theatralischer Manier an.

Rennleitungschef Peter Tasch, der vor einer Woche nach einer allerdings erheblich umstritteneren Entscheidung in Düsseldorf nur unter starkem Polizeischutz vor den aufgebrachten *Besuchern* seinen Arbeitsplatz auf dem Richterturm erreichte, begründete die Entscheidung: „Es war nicht völlig auszuschließen, daß Gitana oh*ne die Behinderung* von Coincidental gewonnen hätte. Weil das eben nicht hundertprozentig auszuschließen war, haben wir disqualifiziert."

Die Ansicht über die Richtigkeit der *Entscheidung* war *in Expertenkreisen* unterschiedlich. Champion-Trainer Heinz Jentzsch: „Meiner Ansicht nach war es nicht rennentscheidend." Jentzsch war unzufrieden, weil er mit seinem Schützling Amico aus dem Gestüt Schlenderhan nur dritter wurde – hinter einer Stute aus der praktisch kaum existierenden Vollblutzucht Österreichs *und einem* international gesehen drittklassigen Engländer. In 58,7 Sekunden wurde der deutschen Vollblutzucht demonstriert, daß man nicht einmal in der *Lage ist, ein einfaches Listenrennen* über die 1000 Meter gegen mäßige Gegner aus anderen Ländern zu gewinnen.

Rennleitungschef Tasch ärgerte sich aber besonders über das Verhalten von Jockey Heinz-Peter Ludewig. Der seit Jahren in München tätige Österreicher bot eine Burgtheater-reife Peitschenshow. Tasch: „Das hat er uns schon *einmal* vorgeführt. Aber da kam es nicht zu einer Disqualifikation. Ich habe ihm deutlich zu verstehen gegeben, daß er so etwas in Zu*kunft* unterlassen soll." Ludewig machte es so deutlich, daß Rennkommentator Manfred Chapman es sogar in der Hektik des Endkampfes noch *erwähnen konnte.*

An den Wettschaltern von If*fezheim wurden nach neun Rennen* 1 838 577 Mark umgesetzt. Eine Bilanz, die als ordentlich einzustufen ist.

Bekannt wurde in Iffezheim, auf welcher Route das Fährhofer Trio der Derby-Pferde aus dem Champion-Stall von Trainer Heinz Jentzsch den Weg zum 116. Kampf um das Blaue Band am 7. Juli in Hamburg-Horn beschreiten wird. Lirung soll am 17. Juni im Bremer Consul-Bayeff-Rennen *antreten, Acatenango und Agua*rico werden das Kölner Union-Rennen am 16. Juni als letzte Vorbereitung für das Derby bestreiten. Unklar ist allerdings noch, wie sich Stall-Jockey Georg Bocskai *entscheiden* wird. Er muß vor den beiden Vorbereitungsrennen erklären, welches Pferd er im Derby unter dem Sattel haben wird. Ein Umsteigen ist dann nicht mehr möglich.

SCHACH / Robert Hübners dritte Niederlage

Garri Kasparow gewann nach zwei Stunden Analyse

LUDEK PACHMANN, **Bonn**

In keiner der ersten vier Partien des Schachwettkampfes zwischen Robert Hübner und Garri Kasparow ist es dem deutschen Großmeister gelungen, den jungen sowjetischen Herausforderer von Weltmeister Anatoli Karpow ernsthaft zu bedrohen. Nachdem Hübner die beiden ersten Partien verlor, in der dritten ein Remis *erreichte*, unterlag er auch im vierten Spiel. Damit ist der auf sechs Partien angesetzte Wettkampf bereits entschieden.

Die dritte Partie, am Freitag gespielt, war *spannend. Die Notation* (Weiß Hübner/Sizilianisch):

1.e4 c5, 2.Sf3 d6, 3.d4 cxd4, 4.Sxd4 Sf6, 5.Sc3 Sc6, 6.Lg7 e6, 7.Dd2 Le7, 8.0-0-0 0-0, 9.Sb3 ...

Eine gegenwärtig populäre Fortsetzung. Es hat sich gezeigt, daß Schwarz nach 9.f4 h6, 10.Lh4 e5! das Spiel ziemlich leicht ausgleichen kann.

9. ... Db6, 10.f3 Td8, 11.Kb1 a6, 12.Le3 Dc7, 13.Df2 Sd7, 14.f4 ...

Hier war bisher der Bauernsturm nach dem Schema g4, h4, g5, h5 üblicher. Hübners Fortsetzung ist vielleicht chancenreicher.

14. ... b5, 15.g4 Lb7, 16.Lg2 Tac8, 17.g5 Sa5, 18.Sxa5 Dxa5,

Jetzt droht das Qualitätsopfer Txc3.

19.Se2 Sc5, 20.Td4!? ...

Für diesen Zug verbrauchte Hübner viel Zeit. In Betracht kam sofort 20.Sg3, drohend 21.f5. Falls 20. ... Sa4, so kann Weiß mit 21.Ld4 antworten.

20. ... Dc7, 21.Sg3 d5!, 22.exd5 Lxd5, 23.Lxd5 Txd5, 24.Txd5 exd5, 25.Td1 Se4, 26.Dg2 Dc6, 27.Ld4 Lf8, 28.Sf5 Te8, 29.h4 Dg6!,

In einer keineswegs einfachen Stellung findet Kasparow eine ausgezeichnete Gegenchance: Er überführt seine Dame auf den Königsflügel und opfert seinen d-Bauern, um alle Figuren zu aktivieren.

30.Se3 Dh5, 31.Th1 Sc5!, 32.Dxd5 ...

Sxd5 konnte natürlich mit Te2 beantwortet werden.

32. ... Se4!, 33.Ka1 Df3, 34.Td1 ...

Gibt freiwillig den Bauern zurück, da nach 34.Tf1 De2 (drohend Sd2) unangenehm wäre.

34. ... Dxf4, 35.Dd7 Te6!, 36.Tf1 Dxf1,

Die Pointe des vorigen Zuges. Die Dame bekommt Schwarz *gleich* wieder zurück.

37.Sxf1 Sc5, 38.Dxe6 ...

Es drohte ja Te1 matt und gleichzeitig auch Sxd7!

38. ... Sxe6!?,

Nicht das Beste! Nach 38. ... fxe6! hätte Schwarz sogar Gewinnchancen, da die Bauern g5 und h4 angreifbar sind und der weiße König vom Königsflügel weit entfernt ist.

39.Le5 Le7, 40.Se3 f6.

In der vierten Partie trennten sich Kasparow und Hübner nach 44 Zügen in einer Stellung, die für viele *Experten als Remis galt.* Hübners Sekundant Boris Spasski: „Nun mache ich mir keine Sorgen mehr. Doch bei der zweistündigen Analyse der *Abbruchstellung wurde deutlich*, daß Kasparow klare Vorteile besaß. Hübner gab nach dem 60. Zug auf. Die Notation bis zum Abbruch:

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 b6, 4.g3 La6, 5.b3 Lb7, 6.Lg2 Lb4+, 7.Ld2 a5, 8.0-0 0-0, 9.Lg5 Le7, 10.Sc3 Se4, 11.Lxe7 Dxe7, 12.Dc2 Sxc3, 13.Dxc3 d6, 14.Se1 Lxg2, 15.Sxg2 c5, 16.Df3 Ta7, 17.Tad1 a4, 18.Td2 axb3, 19.axb3 Dc7, 20.d5 e5, 21.e4 Sd7, 22.Dd3 Tfa8, 23. Se3 Ta1, 24.Sd1 Sf6, 25.Sc3 Se8, 26.Kg2 Txf1, 27.Dxf1 Db8, 28.Db1 Sc7, 29.Ta2 Kf8, 30.Da1 Txa2, 31.Dxa2 Da8, 32.Dxa8 Sxa8, 33.f4 f6, 34.Sa4 g6, 35.Kf3 Kf7, 36.h4 h6, 37. g4 g5, 38.fxg5 fxg5, 39.h5 Ke7, 40.Sc3 Sc7, 41.Sd1 Se8, 42.Se3 Sg7, 43.Ke2 Kd7, 44.Kd3 Kc7.

Ludek Pachmann wird das Spiel und den Sieg Kasparows nach dieser Abbruchstellung in der morgigen Ausgabe der WELT analysieren.

TENNIS

Chris Evert zu stark

dpa, **Paris**

Claudia Kohde bleibt – zumindest vorerst – die Nummer eins im deutschen Damen-Tennis. Die Saarbrükkerin schaffte am Wochenende mit *einem* 5:7, 6:0, 6:3-Sieg gegen Sylvia Hanika als einzige Spielerin aus der Bundesrepublik den Einzug in das Viertelfinale der Internationalen Meisterschaften von Frankreich in Paris. Steffi Graf dagegen scheiterte mit 2:6, 3:6 erneut an Chris Evert-Lloyd.

Für Steffi Graf war die Amerikanerin noch einmal eine Nummer zu groß. Wie schon vor zwei Wochen beim *Finale* der *Internationalen* Deutschen Meisterschaften in Berlin mußte sie die Überlegenheit von Chris Evert-Lloyd anerkennen. Die *15jährige Heidelbergerin* verlor sofort ihr Aufschlagspiel. Im nächsten Spiel, das fast zehn Minuten dauerte, konnte Steffi dann der 16 Jahre älteren Amerikanerin den Aufschlag abnehmen und verlor direkt den nächsten eigenen Aufschlag nach einer 40:0-Führung. „Das war möglicherweise das Schlüsselspiel", ärgerte sich Steffi anschließend. Im zweiten Durchgang führte Steffi Graf mit 1:0 und 2:1, dann aber zog die Weltranglisten-Zweite *davon.*

Sichtlich erleichtert, in Schweiß gebadet und *mit zerzausten Haaren* kommentierte die fünffache Paris-Siegerin nach dem Spiel die Begegnung: „Ich hatte das Schlimmste erwartet. Steffi war für mich von Beginn des Turniers an die schwerste Gegnerin auf dem Weg ins Finale. Ich *glaube mit aller meiner* Erfahrung sagen zu können, daß Steffi eine ganz große Spielerin werden wird. Sie und die Argentinierin Gabriela Sabatini *sind die beiden stärksten* Nachwuchsspielerinnen. Sabatini hat zwar mehr natürliches Talent, aber Steffi hat mehr Biß."

Steffi selbst war zwar enttäuscht, meinte aber: „Was soll es, gegen Chris konnte ich nur gewinnen. Mein Fehler war, daß ich ihr zuviel auf die Vorhand gespielt habe."

LEICHTATHLETIK / TV Wattenscheid Meister

Besiegte Leverkusener mit den besten Einzelleistungen

sid/dpa, **Stuttgart**

Die Männer des TV Wattenscheid haben das erneute Double von Bayer Leverkusen im Kampf um die deutsche *Mannschafts-Meisterschaft* der Leichtathleten verhindert. Beim Bundesliga-Finale in Stuttgart gewannen die Westfalen erstmals seit 1979 wieder den Titel. Mit 32 311 Punkten lag Wattenscheid um 124 Punkte vor Leverkusen. Dagegen siegte Leverkusen bei den Frauen mit 22 976 Punkten erwartungsgemäß und souverän *mit 630 Punkten Vorsprung* vor dem LAC Quelle Fürth (22 346).

Als Handicap erwies sich für Leverkusen die Verletzung von Hammerwerfer Klaus Ploghaus, der nach *einer Fingeroperation pausieren* mußte. Seinem Wattenscheider Konkurrenten Christoph Sahner, der am Pfingsmontag den deutschen Rekord *auf 81,56 m verbessert hatte, reichte* die Weite von 76,08 m zum Sieg. Ploghaus will jedoch am kommenden Wochenende beim Europacup-Finale in *London* an den Start gehen.

Leverkusen stellte bei den Meisterschaften in Stuttgart die Athleten mit den besten Enzelleistungen. So lief der Olympia-Fünfte Ralf Lübke die 200 m bei leichtem Gegenwind in 20,58 Sekunden. Hürdensprinterin Ulrike Denk erreichte über 100 m 13,08 Sekunden.

Sechs Tage nach *seiner Stabhoch*sprung-Pleite in Götzis präsentierte sich Zehnkämpfer Siggi Wentz (Mainz) überraschend stark und erzielte über *110 m Hürden in 13,95* Sekunden deutsche Jahresbestzeit. Jürgen Hingsen, im vergangenen Jahr der überragende Athlet bei den Mannschafts-Meisterschaften, fehlte wegen einer Knieverletzung. Drei Tage nach seinem enttäuschenden Ergebnis *in Aachen* gewann Willi Wülbeck den 1500-m-Lauf in 3:46,53 Minuten und trug damit seinen Teil zum Sieg seiner Wattenscheider Mannschaft bei.

Herausragende Athletin beim Vizemeister Fürth war Kugelstoß-Olympiasiegerin Claudia Losch. Mit Siegen im Kugelstoßen (19,59 m) und im Diskuswerfen (61,01 m) sicherte sie letztlich ihrer Mannschaft den zweiten Platz vor dem hartnäckigen Verfolger MTV Ingolstadt.

Während die deutschen *Athleten* in *dieser früheren Phase* der Saison *nur* wenige Bestleistungen boten, verwandelten die Amerikaner ihre Hochschulmeisterschaften in eine wahre *Leichtathletik-Gala. Mit* einer *Fülle* von Glanzleistungen ließen sie das verletzungsbedingte Fehlen von Carl Lewis und Edwin Moses, den beiden Superstars der amerikanischen Leichtathletik, vergessen. In der texanischen Hauptstadt Austin erzielten sie eine Reihe von Weltklasse-Ergebnissen, aus denen das 400-m-Rennen *der Männer noch herausragte.* Rod Haley, ein 20jähriger, weitgehend unbekannter Amerikaner, siegte in 44,70 Sekunden vor dem Nigerianer Sun*day Uti (44,91)* und dem *Olympiazweiten* Gabriel Tiacoh (Elfenbeinküste/44,92).

Mike Conleys zweitbeste Dreisprung-Leistung aller Zeiten wurde wegen zu starken Rückenwindes *nicht anerkannt.* Er sprang 17,72 m, gewertet wurde jedoch nur sein Sprung über 17,40 m, mit dem er den Dreispurng-Wettbewerb gewann. Er siegte *außerdem* im Weitsprung mit 8,28 m und wurde im 200-m-Lauf in 20,12 Sekunden nur vom Sieger Kirk Baptiste in *20,03* Sekunden geschlagen.

In Abwesenheit von Olympiasieger Edwin Moses, der ankündigte, wegen seiner Oberschenkel-Verletzung auch bei den US-Titelkämpfen in India*napolis (14. bis 16. Juni)* nicht zu starten, machte der 19jährige Danny Harris seine Ansprüche auf die Nachfolge des überragenden Hürdenläufers deutlich. Er gewann *den 400-m-Hür*denlauf in der Weltjahres-Bestzeit von 48,52 Sekunden. Auf der gleichen *Distanz* der Frauen erzielte Latanya Sheffield in der US-Rekordzeit von 56,64 Sekunden eine glänzende Weltjahresbestzeit.

ZAHLEN

FUSSBALL

Aufstiegsspiel zur Zweiten Liga, Gruppe Nord, 3. Spieltag: Hummelsbütteler SV – VfL Osnabrück 0:1. – **Amateur-DM,** 1. Runde Rückspiele: CSC 03 Kassel – VfR Mannheim 2:1, FC Augsburg – Charlottenburg Berlin 1:3. – **„DDR"-Oberliga,** 26. und letzter Spieltag: Rostock – *Suhl 4:0, Ost-Berlin* – Frankfurt/Oder 2:1, Dresden – Jena 3:1, Karl-Marx-Stadt – Chemie Leipzig 0:0, Lok Leipzig – Aue 1:0, Brandenburg – Riesa 3:1, Erfurt – Magdeburg 4:0. – **WM-Qualifikation,** Europazone, Gruppe 4: Bulgarien – Jugoslawien in Sofia 7:1.

HANDBALL

Pokal, Männer, Final-Hinspiel: Großwallstadt – Gummersbach 16:20. – Frauen, Final-Hinspiel: Engelskirchen – Bayer Leverkusen 22:18.

HOCKEY

Bundesliga, *Herren, Gruppe* Nord: Hannover – SW Köln 0:0, RW Köln – Mülheim 0:5, Gladbach – Club an *der* Alster Hamburg 4:1.

VOLLEYBALL

Pokal, Herren, Viertelfinale: Fortuna Bonn – VDS Berlin 3:1.

WASSERBALL

Bundesliga, 11. Spieltag: Offenbach – *Hamburg* 9:2, Würzburg – Spandau 04 9:15, Düsseldorf – Hohenlimburg 9:3, ASC Duisburg – Hamm 7:8, Hannover – Esslingen 11:7, Duisburg 98 – Cannstadt 8:7.

JUDO

Bundesliga, 7. Wettkampftag, Gruppe Nord: Remscheid – Witten-Annen 11:3, Berlin – Düsseldorf 12:5, VfL Wolfsburg – Bremen 14:5. – Gruppe Süd: Freiburg – Mannheim 7:11, Großhadern – Abensberg 15:3.

BOXEN

Profi-Kampftag in Mannheim: Deutsche Meisterschaft, Superfeder: Vlachos (Worms) Punktsieger über Hauser (Frankfurt). – Deutsche *Meisterschaft,* Schwer: Graf (Mannheim) – Hartmann (Frankfurt) unentschieden, Leicht: Mittermeir (Erding) Punktsieger über Findenig (Österreich), Halbwelter: Weller (Pforzheim) Punktsieger über Thwizana (Zaire), Schwer: Mladen (Jugoslawien) K.-o.-Sieger er*ste Runde über Zeh (Österreich),* Parge (Stuttgart) Punktsieger über Köhler (Wolfsburg), Claßen (Düsseldorf) Technischer-K.-o.-Sieger sechste Runde über Digbele (Mali).

TURNEN

Europameisterschaft in Oslo. Kür-Sechskampf: 1. Bilosertschew (UdSSR) 58,45 Punkte (Boden 9,60 – Seitpferd 9,80 – Ringe 9,70 – Sprung 9,65 – Barren 9,90 – Reck 9,80), 2. Mogilny (UdSSR) 57,60 (9,50 – 9,70 – 9,65 – *9,50 – 9,55 – 9,70*), 3. Gogoladse (UdSSR) 57,40 (9,45 – 9,65 – 9,45 – 9,50 – 9,65 – 9,70), 4. Kroll („DDR") 57,30, 5. Hoffmann („DDR") 56,95, 6. Behrendt („DDR") 56,80, 30. Winkler 54,35, 32. Aguilar 53,60, 37. *Haschar 52,85 (alle* Deutschland).

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. Agrarminkster (Frl. M. Basczyk) vor Geysir und Prins *Nicolo*, Toto: 28/14, 15, 18, ZW: 100, DW: 452, 2. Brother (P. Schade) vor Jive und Alpaka, Toto: 76/19, 580, 13, ZW: 2152, DW: 9080, 3. Walnuss (Frl. S. Spohn) vor Landlord und Amber *Queen*, Toto: 68/22, *34, 19, ZW: 636, DW:* 2344, 4. Markomanne (Am. Andr. Wöhler) vor Gerstewohl und Karoline, Toto: 36/19, 34, 30, ZW: 768, DW: 7892, 5. Ternina (E. Apter) vor Western Mary und Ginsterblüte, Toto: 84/30, 38, 15, ZW: 1020, DW: 5444, 6. Suffizander (H. Somers) vor Manola und Amedea, Toto: *15/10, 12, 11, ZW: 108, DW: 152,* 7. Säbel (E. Spiegel) vor Ossimo und High und Mighty, Toto: 44/19, 13, 19, ZW: 196, DW: 1388, 8. Sweet Memory (St. Eccles) vor Christina und Chorsänger, Toto: *96/22, 20, 22, ZW: 444, DW: 1848,* 9. Only at Sea (J.C. Dettori) vor Heureka und Aspira, Toto: 32/11, 11, 10, ZW: 248, DW: 464, 10. Hallo Dolly (P. Schade) *vor* Garuda und Die Vogelwelt, Toto: 48/18, 82, 26, ZW: 1160, DW: 18 144.

SPORTGYMNASTIK

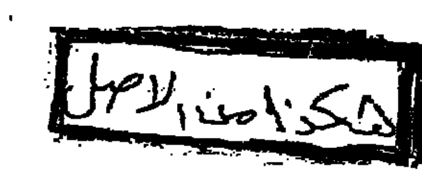
Deutsche Meisterschaft in Dahn/Pfalz, Vierkampf: 1. Weber 39,15 Punkte, 2. Hildebrand (beide Wattenscheid) *37,15, 3. Herold (Frankenthal) 37,00,* 4. Sack 36,95, 5. Meschede (beide Wattenscheid) und Frohwirt (Goslar) je 36,90, *7.* Bothor (Laar) und Schmiemann (Wattenscheid) je 36,65.

LEICHTATHLETIK

Bundesliga-Finale in Stuttgart, Männer: 1. TV Wattenscheid (W) 32 311 Punkte, 2. Bayer Leverkusen *(L)* 32 187, 3. Salamander Kornwestheim (K) 30 809, 4. USC Mainz *(M)* 29 860. 5. LG Frankfurt (F) 29 001, 6. LAV Bayer Uerdingen/Dormagen 28 325. – Endstand Frauen: 1. Bayer Leverkusen 22 976, 2. LAC Quelle Fürth 22 346, MTV Ingolstadt 21 534, 4. USC Mainz 20 628, 5. SCC Berlin 19 851, 6. LG Frankfurt 18 635. – Männer, 100 m, 1. Lauf (2,2 m Rückenwind): 1. Bastians (W) 10,52. – 2. Lauf (1,4 m Gegenwind): 1. Zaske (W) 10,64, 2. Lübke (L) 10,67. – 200 m (0,3 m GW): 1. Lübke 20,58 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Westhagemann (W) 21,02. – 400 m: 1. Just (K) 46,26, 2. Koffler (K) 46,64. – 800 m: 1. Riebe (L) 1:50,18. – 1500 m: 1. Wülbeck (W) 3:46,53, 2. Belger (L) 3:46,80. – 5000 m: 1. Hudak (L) 14:24,37. – 110 m Hürden, 1. Lauf (Windstille): 1. Wentz (M) 13,95 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Schoch (K) 14,07. – 2. *Lauf* (1,0 m RW): 1. Kratschmer (M) 14,25. – 400 m Hürden: 1. Dresen (L) 50,20. – 4x100 m: 1. Wattenscheid 39,91, 2. Kornwestheim 40,49, 3. Leverkusen 40,56. – Weitsprung: 1. Assenmacher *(M)* 7,32. – Dreisprung: 1. Zinser (K) 16,20, Knabe (W) 16,08. – Hochsprung: 1. Schneider-Laub (W) 2,19, 2. Martin (M), Frommeyer (W) je 2,16. – Stabhochsprung: 1. Volmer (W) 5,25. – Kugelstoßen: Kneißler (K) 19,16, 2. Gelhausen (L) 18,72. – Diskuswerfen: 1. Wagner (M) 63,62 (deutsche Jahresbestleistung), 2. Többen (L) 59,24. – Speerwerfen: 1. Tafelmeier 82,12, 2. Schreiber (L) 74,24. – Hammerwerfen: 1. Sahner (W) 76,08, 2. Weis (L) 74,30, 3. Schubert *(L)* 67,36. – Frauen: 100 m (0,4 m Rückenwind): 1. Hirsch (M) 11,57 ... 3. Braun (L) 11,71. – 200 m: 1. Hirsch 23,63. – 400 m: 1. Brinkmann (L) 53,60. – 800 m: 1. Brückner (F) 2:03,60, 2. Kleinbrahm (L) 2:03,88. – 3000 m: 1. Lehmann (Berlin) 9:22,54. – 100 m Hürden: 1. Denk (L) 13,08, 2. Lattner (F) 13,45, 3. Oker (L) 13,50. – 4x100 m: 1. Leverkusen 45,40. – Weitsprung: 1. Buballa (B) 6,44, 2. Feige (L) 6,34. – Hochsprung: 1. Dressel (M), Feige (L), Nusko (I) je 1,84. – Kugelstoßen: 1. Losch (F) 19,59 (DLV-Jahresbestleistung), 2. Schmid (F) 17,62. – Diskuswerfen: 1. Losch (F) 61,06, 2. Gutewort (I) 59,00, 3. Galler (L) 57,54. – Speerwerfen: 1. Becker (F) 55,14.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 14, 22, 24, 30, 41, 45, Zusatzzahl 46. – **Spiel 77:** 0 6 9 1 7 4 1. (Ohne Gewähr).



TISCHTENNIS

Saarbrücken ist Meister

DW./dpa, Saarlouis

„Saarbrücken hat die besseren Einzelspieler. Aber wir haben die bessere Moral. Und wir waren in dieser Saison so nah dran, warum soll es nicht gelingen?" Die Wahrscheinlichkeit sprach gegen ihn – doch Desmond Douglas, der britische Spitzenspieler des Tischtennis-Budesligaklubs Borussia Düsseldorf, hegte vor dem Finale um die deutsche Meisterschaft noch ernsthafte Hoffnungen auf den Titelgewinn. Ausgerechnet er, der stets kämpferisches Vorbild war, verspielte dann die Meisterschaft, an die niemand geglaubt hatte, die plötzlich möglich wurde, aber im letzten Moment doch noch verlorenging.

Der ATSV Saarbrücken gewann in einem dramatischen Final-Rückspiel trotz einer 5:9-Niederlage nach dem Pokal auch die Deutsche Meisterschaft. Erwartungsgemäß. Aber denkbar knapp. Weil Desmond Douglas das wichtige Spiel gegen Saarbrückens Spitzenspieler Jan-Ove Waldner trotz zweimaliger 18:12-Führung noch jeweils 19:21 verlor und weil auch Ralf Wosik sein Spiel gegen den deutschen Einzel-Meister Georg Böhm mit 10:21, 19:21 verlor. Nach dem Saarbrückener Hinspiel-Erfolg eine Woche zuvor gab das Satzverhältnis von 37:33 den Ausschlag zugunsten des ATSV Saarbrücken, der seinen im Vorjahr errungenen Titel verteidigte. Desmond Douglas aber verabschiedete sich nach acht Jahren aus der Bundesliga mit einer Niederlage, die ihn und seinen Verein letztlich die Meisterschaft kostete.

Trotz der Meisterschaft sieht Saarbrückens Trainer Klaus Müller skeptisch in die Zukunft. Konkurrent TTC Grenzau, das sich durch den polnischen Weltklasse-Spieler Andrzej Grubba (Danzig) und Nationalspieler Engelbert Hüging (Jülich) verstärkt hat, wird „im nächsten Jahr kaum zu schlagen sein", befürchtet Müller.

OLYMPIA / Heute beginnt in Ost-Berlin die 90. Session des IOC

Berchtesgaden hat ein Heimspiel, und Australien protzt mit teurer Party

DIETER DOSE, Berlin

Ein Hauch der großen weiten Welt rund um den berühmten Ostberliner Alexanderplatz. Die 90. Session des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) macht es möglich. Sogar, daß Bundeswehr-Oberfeldwebel und Biathlon-Olympiasieger Peter Angerer am „Alex" Autogramme gibt. Denn ehe heute im neuen Schauspielhaus im Beisein des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die Session offiziell eröffnet wird, traten bereits die Bewerberstädte für die Olympischen Winter- und Sommerspiele 1992 zum Endspurt ihres Wettlaufes um die Gunst der IOC-Mitglieder an.

Die Entscheidung fällt zwar erst am 17. Oktober 1986 in Lausanne, aber in Ost-Berlin werden die Weichen gestellt. Deshalb haben elf der Bewerber weder Kosten noch Mühen gescheut, in einer Ausstellung zu Füßen des Fernsehturms zu präsentieren, warum sie die ideale Austragungsstätte der Spiele 1992 sind.

Doch wichtiger als die Ausstellung und die unerschöpflichen Vorräte an Souvenirs sind den Bewerbern die Kontakte in Form von Cocktail-Empfängen oder Diners mit den IOC-Mitgliedern. Berchtesgaden hat nicht nur Peter Angerer und Rodel-Olympiasieger Franz Wembacher, sondern auch die vier „Sonnenleiten-Musikanten" mitgebracht. Greifen sie zur Klampfe, drängen sich die Besucher noch mehr um das von den Bayern als Blickpunkt aufgebaute schneeweiße Alpen-Panorama aus Plastik. Berchtesgaden hat in Ost-Berlin ein „Heimspiel" – doch nicht die zahlreichen „DDR"-Besucher entscheiden über die Vergabe der Spiele ...

Heftiger und aufwendiger wirbelt die Konkurrenz die Reklametrommel. Allen voran Brisbane (Australien), Kandidat für die Sommerspiele. „Was die Welt braucht, sind die freundlichen Spiele", heißt der Slogan.

In ihrer im Stadtteil Pankow gelegenen Botschaft zogen die Australier am Samstag eine Riesenschau ab. Pressezar Rupert Murdoch ließ für 400 000 Mark ein kaltes Büffet, Blumen und Champagner aus Australien einfliegen. Künstler kamen aus West-Berlin.

Bescheidener sind da die Aufwendungen der Bulgaren, die Sofia für die Winterspiele nominiert haben. Frankreich – zweigleisig ins Rennen gegangen mit Albertville (Winter) und Paris (Sommer) – entsandte Sportminister Alain Calmat, 1965 Weltmeister im Eiskunstlauf, und Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris.

Nicht hinter Brisbane zu verstekken braucht sich Falun. Die Schweden jetten mit einer DC 10 am Freitag, nach Abschluß der IOC-Session, rund 50 IOC-Mitglieder von Ost-Berlin an den möglichen Olympiaort. In Falun sollen sie sich überzeugen, daß es keine idealere Austragungsstätte der Winterspiele '92 gibt. Dazu wird bei einem Gala-Diner auch Königin Silvia, ehemalige Olympia-Hostess in München 1972, aufgeboten, um mit ihrem Charme Schützenhilfe zu leisten.

Zusammen mit Lillehammer (Norwegen) gilt Falun als Winter-Favorit – an dritter Stelle, aber nicht aussichtslos, wird Berchtesgaden („Unser Konzept heißt Freundlichkeit und Menschlichkeit") gehandelt. Bei der Vergabe der Sommerspiele lautet die Rangfolge der Favoriten: Amsterdam vor Barcelona und Paris. Der gewaltige Aufwand der olympischen Bewerberschlacht (Willi Daume: „So etwas war noch nie da.") läßt darauf schließen, daß noch alle Kandidaten Hoffnungen haben, in einem Jahr den Zuschlag zu erhalten. Auch die in den Startlöchern sitzen gebliebenen Amerikaner – sie wollen einen Ort für die Winterspiele erst noch benennen.

Am Samstag, als nicht nur die Australier als Gastgeber in Erscheinung traten, sondern auch der größte deutsche Sportartikelhersteller die IOC-Mitglieder zum Empfang ins „Palast-Hotel" bat, sickerte durch, daß es hinter den Kulissen der Session rumort.

Möglich, daß schon heute IOC-Direktorin Monique Berlioux (59) nicht mehr im Amt ist. Der bis 1988 datierte Vertrag mit der ehemaligen französischen Meisterschwimmerin und Journalistin soll im „gegenseitigen Einvernehmen" und mit sofortiger Wirkung aufgelöst werden.

Zwischen ihr, seit 1967 in Diensten des IOC, und IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch gibt es seit dessen Amtsantritt im Jahr 1980 Spannungen. Letzter Anstoß soll eine Auseinandersetzung am Samstag im Exekutiv-Komitee gewesen sein.

Damit hatte die Session ihr Gesprächsthema Nummer eins. Madame Berlioux, zu Zeiten von IOC-Präsident Lord Killanin, dem Samaranch-Vorgänger, oft als „einziger Mann im IOC" bezeichnet, erfreut sich bei vielen Olympiern großer Wertschätzung. „Sollte es zur vorzeitigen Vertragsauflösung kommen, wäre dies ein großer Verlust für die olympische Bewegung", erklärte in einer ersten Reaktion Willi Daume.

Die eigentlichen Arbeitssitzungen beginnen am Dienstag. 90 IOC-Mitglieder aus 73 Ländern, aus der Bundesrepublik außer Willi Daume auch Berthold Beitz, nehmen daran teil. 87 von derzeit 160 Ländern, die ein Nationales Olympisches Komitee haben, stellen kein Mitglied im IOC – sie sind von der Entscheidungsfindung weitgehend ausgeschlossen, nehmen lediglich an Olympischen Kongressen teil.

SPORT-NACHRICHTEN

Niederlage im Pokal

Engelskirchen (sid) – Die Handballspielerinnen des Deutschen Meisters Bayer Leverkusen verloren das erste von zwei Pokal-Endspielen beim VfL Engelskirchen mit 18:22 (10:10). Leverkusen erlitt nach 15 Monaten erstmals wieder eine Niederlage gegen eine deutsche Mannschaft.

Nur 25 Fahrer im Ziel

Velbert (sid) – Nur 25 von über 200 gestarteten Radamateuren erreichten das Ziel beim sechsten Wertungsrennen um das „Grüne Band" in Velbert. In einer wahren Hitzeschlacht gewann nach fast 90 Kilometer langer Alleinfahrt der 21jährige Dieter Niehus (Stadtlohn) vor dem gleichaltrigen Uwe Kunath (Feuerbach).

Skelton gewann

Hickstead (sid) – Drei Engländer dominierten beim CSIO in Hickstead (Großbritannien). Den Grand-Prix der Springreiter, verbunden mit einer Siegprämie von rund 30 000 Mark, gewann Nick Skelton im Stechen vor Malcolm Pyrah und Kelly Brown.

Endrunde ist komplett

Torrance/Kalifornien (sid) – Nach Honduras und Kanada hat sich als letzte Mannschaft jetzt die Fußball-Nationalelf von Costa Rica für die Endrunde der Weltmeisterschafts-Qualifikation qualifiziert, in der die Mitglieder der Zone Nord-Mittelamerika ihren zweiten WM-Teilnehmer ermitteln.

Nationaltrainer kündigte

Peking (dpa) – Nach der Auflösung der chinesischen Fußball-Nationalmannschaft, die durch eine 1:2-Niederlage gegen Hongkong schon in der ersten Runde der Weltmeisterschafts-Qualifikation scheiterte, löste nun auch Nationaltrainer Zeng Xuelin auf eigenen Wunsch seinen Vertrag mit dem Verband. Er begründete seinen Entschluß mit dem Mißerfolg seiner Mannschaft und bedauerte die Krawalle, die im Anschluß an die Niederlage zur Festnahme von 127 Jugendlichen geführt hatten.

Bulgarien jetzt vorn

Sofia (dpa) – Mit 2:1 gewann Bulgarien das Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Jugoslawien und übernahm damit die Tabellenführung in der Gruppe 4. Jugoslawien erlitt nach drei Siegen und zwei Unentschieden die erste Niederlage.

71 Finnen waren gedopt

Helsinki (sid) – Insgesamt 71 finnische Sportler, darunter 13 Medaillengewinner, waren bei den Olympischen Spielen in Montreal, Moskau und Los Angeles gedopt. Das geht aus einer Doping-Studie des Sportwissenschaftlers Markku Alen hervor, in der er behauptet, die Sportler hätten vor und während der Olympischen Spiele verbotene anabole Steroide eingenommen.

Rekord durch Meserth

München (dpa) – Peter Meserth (Kronach) verbesserte während der Match-Woche der Schützen in München den deutschen Rekord in der Disziplin Laufende Scheibe um einen Ring auf 589 Ringe. In der Disziplin Luftgewehr verbesserte Ex-Europameister Bernhard Süß (Dürnhausen) den von ihm selbst gehaltenen Rekord auf 592 Ringe.

Beyer will Ablösesummen

Schwäbisch-Gmünd (sid) – Ablösesummen bei Vereinswechseln von Schwimmern fordert Harm Beyer, Präsident des Deutschen Schwimmverbandes. Damit soll die Ausbildungsarbeit kleinerer Klubs belohnt werden, wenn deren Talente zu einem der großen Vereine wechseln. Außerdem wünscht der Präsident eine Konzentration des Hochleistungssports auf wenige Zentren. In anderen Vereinen soll ein großes breitensportliches Angebot Vorrang haben.

PROFIBOXEN

Graf und die Vergangenheit

sid/dpa, Mannheim

In seiner Heimatstadt Mannheim wollte der Boxer Charly Graf wieder Fuß fassen. Doch seine Zukunft bleibt ungewiß. Vor 2500 Zuschauern in der Multihalle verteidigte er zwar seinen Titel als deutscher Meister im Schwergewicht durch ein Unentschieden gegen den ehemaligen deutschen Meister Reiner Hartmann, doch schon am nächsten Tag holte ihn die Vergangenheit ein. Mit einem Pfändungsbescheid des ehemaligen Graf-Managers Karl Lodrmair erschien ein Gerichtsvollzieher bei Veranstalter Willi Stein, um die 18 000 Mark Gage zu kassieren, die Charly Graf für den Kampf erhalten hatte.

Lodrmair erhielt keinen Pfennig, was ihm ohnehin klar war: „Charly kann ja gar nicht zahlen, aber er ist mir gegenüber jetzt zu Zahlungen verpflichtet. Das ist vielleicht das richtige Druckmittel, mit dem ich ihn wieder auf den richtigen Weg zurückbringen kann", ließ er verlauten. Unterstützt durch Promoter Lodrmair und Trainer Eugen Gruber war der farbige Berufsboxer Charly Graf nach mehreren Gefängnis-Aufenthalten als 33jähriger in den Ring zurückgekehrt und gewann Anfang März durch K.-o.-Sieg gegen Reiner Hartmann die deutscher Meisterschaft.

Nach dem Titelgewinn zerbrach die Zusammenarbeit. Für den Revanchekampf gegen Hartmann machte sich Graf allein fit, unterstützt durch die Box-Amateure des Stuttgarter VfK Germania. Trotzdem klagte der Meister: „Die Vorbereitung war mies. Mein Training bestand zu 80 Prozent aus Waldläufen, da ich kein Sparring hatte. Es war Harakiri. Ich wollte den Leuten nur beweisen, daß ich auch draußen bestehen kann und nicht in einen falschen Lebenswandel verfalle. Aber das kann ich nur einmal machen. In der Vorbereitung ist mein ganzes Geld draufgegangen, und ich weiß nicht, wie es weitergehen soll."

Verschwinden auf Nimmerwiedersehen: Eine Million Hunde und Katzen enden jährlich in Versuchslabors

Geraubt, verkauft, verbraucht und vergessen

Hunde und Katzen, der Deutschen liebste Haustiere, sind bedroht. Professionelle Tierfänger arbeiten mit allen Tricks, um sie, freilaufend oder unbeaufsichtigt, in die Falle zu locken. Der Beitrag „Die Hunde-Mafia" aus der Serie „Reportage am Montag" macht auf dramatische Weise das Elend von Hunden und Katzen sichtbar, die von Tierhändlern an Versuchslabors *verkauft* werden. Kein Tier kehrt aus einem solchen Labor je wieder lebend zurück.

Wie die Reporter Dietmar Barsig und Hariolf Reitmaier berichten, gerieten sie bei den Aufnahmen zu diesem Film in Lebensgefahr. Im hessischen Gelnhausen versuchte der Sohn eines Tierhändlers, die beiden zu überfahren, als sie vor dem Haus desselben filmen wollten.

Hund und Katze sind gerissenen Tierfängern und gewissenlosen -händlern eine willkommene Beute, die zudem hoch bezahlt wird. Einige *Zahlen mögen dieses* schmutzige Geschäft verdeutlichen: Allein in Deutschland, so besagen Schätzungen, kommen jährlich eine Million Tiere in Versuchslabors elend um. In ganz Europa sollen es jährlich mehr als zwölf Millionen sein. Mäuse und *Ratten sind in* dieser beklemmenden Statistik enthalten. Sie sterben für die Wissenschaft. Für medizinische und pharmazeutische Forschungen zum Wohle der Menschheit, damit unter anderem Frauen der Lippenstift und die Nachtcreme nicht schaden!

Wie hier unter dem Deckmantel der Wissenschaft mit der hilflosen Kreatur verfahren wird, ist skandalös, und es ist höchste Zeit, daß hier vom *Gesetzgeber dem Mißbrauch* von Tieren energisch ein Riegel vorgeschoben wird. Eine Novellierung der entsprechenden Tierschutzregelung steht im Bundestag an. Hoffentlich

Die Hunde-Mafia – 19.30 Uhr, ZDF

führt Parteienstreit in dieser Frage nicht zu einem Aufschub der gesetzlichen Verordnung.

Doch bis es soweit ist, wird weiter an Hund und Katze gut verdient. So zahlen Institute und Labors für einen Hund zwischen 300 und 400 Mark. Eine Katze ist preiswerter, sie kostet „nur" 80 Mark. Jene, die ahnungslosen Tierbesitzern ihre vierbeinigen Freunde abschwatzen oder ganz ein*fach stehlen – Schlepper genannt* –, erhalten vom Tierhändler zwischen 80 und 130 Mark pro „Exemplar". Die Differenz steckt der Händler ein, der die Tiere versendet. Ein lukratives Geschäft.

Der Film warnt eindeutig vor den *schmutzigen Tricks, mit* denen die „Hunde-Mafia" ans Werk geht. Der Bogen ist weit gespannt. Er reicht vom Diebstahl bis zur Zeitungsanzeige. So sind zum Beispiel Supermärkte ein beliebter Platz für Hundediebe. Während die Besitzer einkaufen, macht sich der „Schlepper" an die Tiere heran, die draußen warten müssen.

Oft geschieht es auch, daß solche Tierfänger, seriös herausgeputzt, sich auf Annoncen melden, in denen Hunde oder Katzen an tierliebende Menschen vermittelt werden sollen. Oder auch umgekehrt: Verkappte Tierfänger stellen sich in Anzeigen als Tierliebhaber vor, die Hunde oder Katzen gern aufnähmen. Schätzungen sprechen von etwa 12 000 Hunden und Katzen, die hierzulande auf solche Weise jährlich den Besitzern gestohlen oder abgehandelt werden.

Gegen die Käufer derartiger, zum Teil auf kriminelle Weise beschafften „Ware", gibt es – zumindest gegenwärtig – noch keine gesetzliche Handhabe. Für die Institute genügt der Nachweis des Vorbesitzers und der ist dann, bei Bedarf, der Schlepper oder Händler.

Wie sollte sich der Haustierbesitzer schützen? Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, der Münchner Rechtsanwalt Grasmüller, fordert nicht nur schärfere Gesetze zum Schutz der Tiere, sondern rät zugleich den Tierbesitzern, ihre Hunde und Katzen tätowieren zu lassen. Ein Labor wird es kaum wagen, ein Tier mit Tätowierungsnummer zu „verbrauchen", wie es im gängigen Jargon heißt, es würde sich nämlich dann der Hehlerei schuldig machen.

In Frankfurt gibt es zudem seit einigen Jahren die „Tasso"-Computer-Zentrale. In diesem Tierschutz-Verein wurden seit Anfang 1983 über 90 000 Hunde- und Katzenbesitzer Mitglieder. Anhand der Tätowierung kann der Tasso-Computer den Besitzer des Tieres sekundenschnell identifizieren. Wer ein Tier abgeben will, sollte sich schriftlich zusichern lassen, daß dieses Tier nicht an ein Versuchslabor weitergegeben werden darf.

Möge der Film jene im Land, die Verantwortung für den Tierschutz tragen, aufrütteln. Es ist wirklich an *der Zeit, dem Leid* der Kreatur im Namen der Wissenschaft ein Ende zu setzen und den üblen Machenschaften gewissenloser Tierfänger und Tierhändler das Handwerk zu legen.

SIEGFRIED IHLE

Ingenieure der BBC kreierten ihn Anfang der siebziger Jahre – in Deutschland gibt es immer noch Probleme:

Bleibt Videotext bei uns ein ewiges Provisorium?

Schriftliche Hinweise im Fernsehen sind nicht neu. Videotext (VT), international bezeichnet als Teletext, ist dennoch nicht mit den üblichen Untertitelungen zu vergleichen. *Als der Fernsehtext Anfang der sieb*ziger Jahre in Großbritannien von Ingenieuren der BBC aus der Taufe gehoben wurde, sprachen die Briten begeistert von einer „neuen Dimension des Fernsehens". Von Stund an war es möglich, Informationen als kodierte Impulse zusammen mit dem regulären Fernsehsignal – gewissermaßen *im Huckepack-Verfahren – als Zu*schlag zum Fernsehprogramm im selben Kanal zu übermitteln.

Seit fünf Jahren können deutsche TV-Teilnehmer, ohne das eingeschaltete Programm zu wechseln, sehen und lesen, was sie interessiert. Vorausgesetzt, ihr Fernsehgerät hat einen Dekoder zur Entschlüsselung der Austastimpulse. Das Neueste vom Tage kommt unabhängig von Tages*schau oder Hörfunk frisch vom* Agenturticker über den Bildschirm – aufbereitet in der ARD/ZDF-Videotext-Redaktion, die beim SFB an der Masurenallee zur Untermiete haust.

Als man im Juni 1980 mit dem bundesweiten Videotext-Feldversuch von ARD und ZDF mit rund 75 Bildtafeln begann, ahnte niemand, daß das zunächst auf zwei Jahre begrenzte Versuchsstadium auch nach fünf Jahren noch Gültigkeit haben würde. Alexander Kulpok, Leiter der Videotext-Redaktion, stellt resignierend fest: „*Die öffentlich-rechtlichen* Anstalten haben gesagt: Videotext ist Fernsehen. Es kommt zusammen mit dem Fernsehsignal. Doch der Bund Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) fragte: Warum soll man nicht auch eine Zeitung elektronisch mit dem *TV-Signal* verbreiten? Das hat dazu geführt, daß 1980 unter dem Schutz*dach der Ministerpräsidenten* eine Vereinbarung zustande kam, die besagte, daß im Zusammenhang mit dem VT-Feldversuch fünf vom BDZV benannte überregionale deutsche Tageszeitungen sogenannte Pressevorschauen liefern."

Gesagt, getan. So liefern auf rund zehn Bildschirmseiten die FAZ, die „Frankfurter Rundschau", „Die Welt", das „Handelsblatt" und die „*Süddeutsche Zeitung*" der VT-Redaktion nach Berlin ihre Hinweise auf die von ihnen behandelten Aktualitäten.

Das Gerangel, das hinter den Kulissen um die Gunst des Zusehers stattfindet, endete bisher damit, daß der VT aus dem Versuchsstadium offensichtlich nie herauskommen wird! Das schafft die 15 Mitarbeiter der Redaktion: Schichten von 9 bis 24 Uhr, bei einer 7-Tage-Woche. „Das geht eben auf Kosten der Qualität," so Alexander Kulpok. Zur Zeit erstellt die Redaktion täglich zwischen 200 und 250 Bildtafeln. Angefangen von den Nachrichten, übers Wetter, Sport-, Kultur- und Programm-TV-Hinweisen bis hin zu Mitteilungen der Stiftung Warentest. Mit diesem Angebot erreicht der Videotext rund 1,6 Millionen Haushalte. Diese Zahl müßte man mit 2,5 multiplizieren, *dann hat man in etwa die effektive* Zuschauerzahl und möglichen VT-Benutzer.

Natürlich könnte man noch viel mehr machen. Dazu Kulpok: „Das Schöne an diesem Programm ist ja die Wahlmöglichkeit. Wer sich für irgend etwas nicht interessiert, der wählt die Tafeln einfach nicht an. Deshalb können wir gezielt spezielle Gruppen mit speziellen Programmen ansprechen."

Lebenshilfe für Hörbehinderte bie*tet der VT schon seit einigen Jahren.* Als einzige Textredaktion in Europa untertiteln die Berliner Live-Sendungen wie die Tagesschau. Dafür wurde aus London eine Untertitelungsanlage eingekauft und in Hamburg bei der Tagesschau-Redaktion zwei Redakteurs- und Sekretärinnenplanstellen geschaffen. (Die ZDF-Variante, einen Gebärdendolmetscher anzustellen, kam beim Zuschauer nicht an und wurde aufgegeben.)

Die Zukunft des Videotextes liegt aber nicht nur in einem breiteren Angebot, sondern auch in der Regionalisierung. Der WDR begann am 3. Januar 1983. Es folgten der Süddeutsche Rundfunk im April 1984, der *Südwestfunk im Oktober 1984 und* seit dem 1. Juni 1985 der Hessische Rundfunk. Diese VT-Regional-Dienste werden über die Dritten Programme ausgestrahlt. Eine sinnvolle Ergänzung zum überregionalen VT-Angebot aus Berlin.

Bleibt nur zu hoffen, daß die Zeitungsverleger das neuerliche Angebot von ARD und ZDF nutzen und ihre Auffassung, Videotext sei Presse oder zumindest ein künftiger Vertriebsweg für Presseerzeugnisse, überdenken. Doch das schönste Geburtstagsgeschenk wäre für die Alex*ander Kulpok-Mannschaft, daß aus* dem Provisorium eine beständige Einrichtung und somit kostenlose Service-Leistung würde. Das Ausland hat uns dies europaweit mit seinen etablierten Textdiensten schon vorgemacht.

ROLF PETERS





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Glücklich geschieden ...
Letzter Teil
... na, endlich!
10.50 Tosca
Oper von Giacomo Puccini
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Fühlen, was Tiere denken
Am 19. Mai 1985 wurde Fredy Knie, der Direktor des gleichnamigen Zirkus', 65 Jahre alt. Diesen außergewöhnlichen Mann, der auch zu den profiliertesten Pferdedresseuren der Welt zählt, porträtiert nun Jürgen Wesche anläßlich seines Geburtstages.
17.20 Im Schatten der Eule
3. Teil: Rasende Reporter
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Louisiana (5)
Adrien Damvilliers verläßt die Plantage, um bei den Truppen der *Südstaaten zu dienen. Er bittet* seine Mutter, ebenfalls von „Bagatelle" wegzugehen ...
21.15 Kontraste
Mit Jürgen Engert
Geplant u. a.: Sportvergleiche zwischen „DDR" und Bundesrepublik / Der Mann, der Lenin kannte. Porträt des amerikanischen Großindustriellen Armand Hammer / Die heile Welt der FDJ. DDR-Staatsjugend feiert sich selbst
22.00 Freitags Abend (7)
*Thomas Freitag setzt seine Vorlesungen in „Medienkunde für Anfänger" fort. Er will die verunsicherten und überforderten Zu*schauer nicht im Stich lassen und hilft ihnen daher auf seine Weise, sich in der *Medienlandschaft zu*rechtzufinden ...
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Kalamitäten
Tschechoslowakischer Spielfilm (1980)
Mit Boleslav Polivka u. a.
Regie: Vera Chytilova
Honza, ein verkrachter Student, kehrt aufs Dorf zu seinem Vater *zurück und läßt sich als Lokomotiv*führer ausbilden. Dabei stolpert der junge Tolpatsch von einer Kalamität in die andere ...
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Buschtrommel
1. Teil: *Fernsehen für alle*
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Berufswahl heute
Zum dritten Mal geben *Berufsbe*raterin Sylvia Zarnack und Moderator Thomas Heyer Tips und Informationen *für arbeitslose Jugendli*che und solche, die auf einen Ausbildungsplatz warten. Außerdem wird gezeigt, *wie* man seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern kann.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Der Rockerchef
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Die Hunde-Mafia
*Tausende von Hunden verschwin*den alljährlich in den Labors der Pharma-Konzerne, wo sie bei Tierversuchen „verbraucht" werden.
20.15 Die Festung fällt, die Liebe lebt
Franz.-rumänischer Spielfilm (1965)
Mit Jean-Pierre Cassel u. a.
Regie: René Clair
21.45 heute-journal
Anschl. Politbarometer
22.10 Literatur im Gespräch
Späte Entdeckungen
Film von Beate Pinkerneil
Drei teilweise verschollen geglaubte Werke bekannter Autoren stehen heute im Mittelpunkt der Sendung.
22.40 Der besondere Film
Hito Hata – Ein Banner hissen
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Little Tokyo in Los Angeles. Hier *lebt der alte Oda* (Mako), der als junger Mann in die USA kam. Trotz vieler Nackenschläge ist das *fremde Land seine Heimat* geworden. Als aber Little Tokyo saniert werden soll, sein Freund Tatsuni *stirbt, bricht Oda zusammen.* In einer Klinik dämmert er vor sich hin. Bis ihn der Besuch von Lands*leuten noch einmal aufrüttelt.*
0.10 heute



SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Chronik der Familie Ries
Teil 12
15.00 *Die Bären sind los*
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
Das schreckliche Himmelsskelett
17.00 Mondbasis Alpha 1
18.00 Westlich von Santa Fé
Sinnlose Befehle
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Schiffe zu verschaukeln
19.40 Die Rache des Samurai (8)
20.40 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Moderation: Dr. Friedhelm Busch und Jeanette Enders
21.00 *Galerie Buecher*
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Das Teufelsweib von Montana
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Regie: Harmon Jones
23.35 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
18.30 Haute-Route
Klassische hochalpine Skitour in den Walliser Alpen
In dieser Woche berichtet 3SAT täglich live von einer hochalpinen Skitour einer ZDF/SRG-Seilschaft in den Walliser Alpen.
19.00 heute
19.30 Sportreport
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Das Rettungsboot
Amerikanischer Spielfilm (1943)
Regie: Alfred Hitchcock
(Original mit Untertiteln)
23.20 Kennwort: Kino
23.30 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
Die Bunte Liga
Über den Versuch, „alternativ" Fußball zu spielen
Ein Film von Bernd Thränhardt
21.00 Aktuelle Dokumentation
21.45 Die zweite Heimkehr des Kurt Jooss
Film von Jochen Schmidt
22.15 Horror Vacui
Film von Rosa von Praunheim
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Der implantierte Zahn
19.15 Televisionen
Von der Kamera zur Flimmerkiste
20.00 Tagesschau
20.15 Schauplatz
Hagenbecks Tierpark
21.00 Das Montagsthema
22.00 Feuer aus dem All
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Richard Crenna, Elizabeth Ashley, David Dukes u. a.
Ein unbekannter Planet rast auf die Stadt Phoenix (Arizona) zu. Wissenschaftler verharmlosen die tödliche Gefahr. Der Gouverneur verzögert die Evakuierung um Stunden. Astronom Dr. Jason Voigth will zusammen mit Fernseh-Chefin Sharon die Einwohner der bedrohten Stadt warnen.
Regie: Jerry Jameson
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle
18.55 Wombles
19.05 Drei – D
Magazin
20.00 Horizonte
Ökumenisches Magazin
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Owen Marshall – Strafverteidiger
Der dunkle Punkt
22.30 Focus on Jazz
Jazzfest Berlin 1984

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Der vermessene Planet
Weltbild und Kartographie
21.05 Flash Gordon
und seine Abenteuer auf dem Planeten Mongo
21.25 Rückblende
Vor 40 Jahren gestorben: Käthe Kollwitz, Bildhauerin
21.45 „Freiheit" – hinter Stacheldraht
22.30 Jazz am Montagabend
23.15 Das andere Amerika. Reportage
23.40 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Leben mit dem Tierversuch?
Wissenschaft zwischen Erkenntnis und Ethik
Bericht von Dieter Stengel
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der dritte Gast
Kriminalfilm in vier Teilen
3. Diamanten mit Geschichte
23.40 Rundschau

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

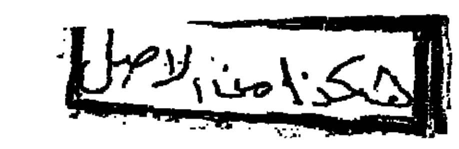
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Pankraz, E. Morin und die Bestsellerlisten

Die Bestsellerlisten, und zwar nicht nur die deutschen, sondern auch die internationalen, kriegen zunehmend Schwierigkeiten mit der Benennung ihrer Rubriken. Zwischen „Sachbüchern" einerseits, „Belletristik", also „Schöner Literatur", andererseits wird bei uns unterschieden. Aber weiß denn wirklich einer noch, was „Sache" ist? Wieso erscheinen zum Beispiel die Bände diverser Memoirenschreiber unter „Sachbuch", obwohl sie doch oft von Erfindungen und ausgemachen Lügen geradezu strotzen?

„Schöne Literatur" sind sie freilich auch nicht. Fast nichts von dem, was in den Listen unter „Belletristik" rangiert, ist noch Schöne Literatur im klassischen Sinne, weder die unsäglichen Otto-, Bröseloder Streuselbücher noch die Wimschneiderschen oder anderen Tonbandprotokolle noch jene Romane, die sich längst einer Ästhetik des Häßlichen und Unappetitlichen verschrieben haben. Es war nur konsequent, als der französische Philosoph Edgar Morin vor einiger Zeit vorschlug, man möge doch künftig statt von de Belles-Lettres nur noch von „Mals-Lettres" sprechen, von der „nicht mehr schönen Literatur".

Aber wie steht es nun im Ausland mit den Bestsellerlisten? Dort unterscheidet man in der Regel zwischen „Fiction" und „Nonfiction" – und kommt damit vom Regen in die Traufe. „Fiction" kommt von fingieren, erfinden, erdichten. Wieso rangieren dann die Bücher von Politikern und Historikern, die neue Verhaltensstrategien erfinden oder um einige geschichtiche „Fakten" herum Lebensbilder à la Wallenstein erdichten, unter „Nonfiction"? Es gehört schon viel erkenntnistheoretischer Optimismus dazu, um die Erfindungen der Politik für wirklichkeitsnäher zu halten als die Erfindungen der Literatur, sei diese nun schön oder nichtschön.

Die angesehene Münchner Siemensstiftung hat soeben zu einer sommerlichen Vortragsreihe zum Thema „Wirklichkeit als Tabu" eingeladen, in der nachgewiesen werden soll, daß die politischen Probleme, die zur Zeit bei uns diskutiert werden, durch die Bank Scheinprobleme, also Fiktionen, seien, dazu bestimmt, von den „wirklichen" Problemen abzulenken. Der Wille zur Ablenkung, heißt es, müsse dabei nicht einmal böser Absicht entspringen, er werde gespeist aus einem allgemeinen Hang zur freischwebenden Prinzipienreiterei und aus einer permissiven Lust am Treibenlassen und am Augenverschließen vor unbequemen, doch unerbittlich heranreifenden Entscheidungen etwa in der Asylrechtsprechung, in der Bevölkerungspolitik oder in der nationalen Frage.

Angesichts des in der Politik (und nicht nur dort) immer deutlicher wahrnehmbaren Hangs zur Fiktionalisierung kann es nicht verwundern, daß sich die Philosophen neuerdings mit Vorliebe jenem Erkenntnismedium zuwenden, das zwar auch mit Fiktionen arbeitet, aber wenigstens keinen Hehl daraus macht, sondern sich im Gegenteil ausdrücklich dazu bekennt, also der Schönen oder nicht mehr schönen Literatur. Sind es in Frankreich Morin oder Derrida, so in Deutschland unter anderen Dieter Henrich, Wolfgang Iser, Werner Zimmerli oder Odo Marquardt. Die Diskussion ist schon ungemein rege, wovon zwei stattliche Bände mit dem Protokoll einschlägiger Kolloquien Zeugnis geben: der von Willi Oelmüller herausgegebene Band „Ästhetischer Schein" im Ferdinand Schöningh-Verlag und der von Henrich und Iser edierte Band „Funktionen des Fiktiven" im Wilhelm Fink-Verlag.

Das Bekenntnis der Kunst zur Fiktion, zur Erzeugung von Schein, verschafft den Vorteil, daß man sich ihr gegenüber nicht mit der Relativierung absoluter Erkenntnisansprüche, wie sie Politiker, Historiker oder Wisenschaftler erheben, aufhalten muß. Man kann ungestört zum Studium der Fiktionalisierung schreiten, wobei man dann zunächst einmal die Erfahrung macht, daß die Künstler auch nicht anders verfahren als Politiker oder Wissenschaftler: Sie nehmen sich ein Stück ungefilterter Faktizität und machen sich einen Vers darauf.

Nur belassen sie die Faktizität eben, auch wenn ihre mimetische Anstrengung im einzelnen noch so groß ist, in deren eigenem Recht, sie tasten sie nicht an, sie tun ihr nicht weh. Im gelungenen, im wahrhaft großen Kunstwerk erscheint die Faktizität ganz und gar unangetastet, so, wie sie nun wirklich „ist". Oder mit anderen Worten: Große Kunst liefert Anti-Fiktion, gerade weil sie sich ehrlicherweise auf Fiktionalisierung beschränkt.

Es wäre mithin nicht vermessen, in den Bestsellerlisten die Werke der Kunst unter der Rubrik „Nonfiction" zu registrieren, im genauen Gegensatz zum bisherigen Brauch. Allerdings wäre in diesem „Nonfiction" ein künstlerischer Anspruch erhoben, wie er sich in simplen Bestsellerlisten nie abbilden könnte. Zur Zeit wird ja fast nur noch Schrott verkauft, und zwar deshalb, weil auch fast nur noch Schrott produziert wird.

Die Mehrzahl der Künstler denkt gar nicht daran, auf Gewaltanwendung beim Umgang mit Faktizität zu verzichten. Entweder wollen sie „die Welt verändern", nicht anders als der Politiker oder der Physiker, den sie sonst so verachten, oder sie türmen Wort- und Gefühlskaskaden, um sich von der Welt abzuschotten, und machen dadurch die Wirklichkeit zum Tabu, nicht anders als die von der Siemensstiftung aufs Korn genommenen Prinzipienreiter und Sprechblasenfabrikanten.

Der höchste fiktionale Gestus der Kunst wäre demgegenüber der Lobpreis, die Feier des Seins, in die alle mimetischen und genuin sprachlichen Bemühungen und auch alle kritischen Attacken auf schlechtes Seiendes am Ende einmünden müßten. Der Durchblick auf diese Feier des Seins war es wohl, der die Klassiker einst von der Belletristik, der Schönen Kunst, sprechen ließ. Übriggeblieben ist davon heute leider nur noch eine (falsche) Rubrik auf deutschen Bestsellerlisten.

Pankraz

Film: „Love Streams"

Im Glamour von Bars und Spelunken

Er war der Überraschungssieger der Berlinale 1984: „Love Streams", der elfte Film von John Cassavetes. Er lief als letzter Beitrag im offiziellen Wettbewerbsprogramm, und einstimmig erkannte ihm die Jury den Goldenen Bären zu (s. WELT vom 29. 2. 1984). Das war der zweite Berliner Triumph des 56jährigen Amerikaners Cassavetes, denn schon 1978 hatte er die gleiche Auszeichnung für „Opening Night" („Die erste Vorstellung") bekommen.

Im neuen Hollywod-Kino vertritt dieser Regisseur vielleicht am konsequentesten das, was wir in Europa „Autorenkino" nennen. Die amerikanischen Bestenlisten hat er niemals angeführt, dazu ist er zu kompromißlos-esoterisch. Die Kritiker dagegen hatten seit seinem ersten Film „Shadows" (1959) eine ausgesprochene Schwäche für ihn.

Alle seine Filme vollführen eine Art Seelenstriptease. In „Love Streams" resumiert Cassavetes gewissermaßen noch einmal seine Lieblingsthemen: die Schwierigkeit des Zusammenlebens, die nächtlichen Verführungen, die vergebliche Suche nach Liebe, die Einsamkeit des Künstlers. Immer wieder hat der New Yorker Regisseur von schwierigen, verqueren Intellektuellen erzählt. In „Love Streams" spielt er selber einen Schriftsteller, der im Glamour von Bars und zwielichtigen Spelunken lebt und über die Schönen der Nacht schreibt. Den oberflächlichen Helden seiner Bestseller ist er darüber bestürzend ähnlich geworden: ein Mann auf der Suche nach extremem Lebensgenuß, auf der Flucht vor sich selber. Ein naher Verwandter des Journalisten Marcello in Fellinis „Dolce Vita".

Seine Schwester Sarah, die nach ihrer Scheidung zu ihm zieht, ist so verrückt und exzentrisch wie er und wahrscheinlich der einzige Mensch, den er wirklich lieben kann. Im Unterschied zum Bruder jedoch sucht sie nach Ehrlichkeit und einer stabilen Liebesbeziehung, die sie nicht findet, vor allem deswegen nicht, weil sie die Menschen, die ihr nahestehen, mit ihrer besitzergreifenden Zuneigung geradezu erschlägt. John Cassavetes und seine Frau Gena Rowlands – seit vielen Jahren ein bewährtes Gespann – in „Love Streams" sind sie zwei phantasievolle, außergewöhnliche und zutiefst einsame Menschen, die im Gedächtnis haftenbleiben. Ein sehr anspruchsvoller, atmosphärisch dichter Film von großer Privatheit.

DORIS BLUM

Suche nach Lebensgenuß: J. Cassavetes und sein Film-Sohn Albie FOTO: CINEVOX

„Mäzen und Muse. Wer hält wen aus?" – Die diesjährigen Römerberggespräche in Frankfurt am Main

Sind die Künstler bessere Diplomaten?

Zum zwölften Mal fanden in Frankfurt die „Römerberggespräche" statt – diesmal unter dem Thema: „Mäzen und Muse – Wer hält wen aus?" Daß die süffisante Formulierung Absicht war, bewies die Titelillustration des Programms: Die Muse jung und verträumt, der Mäzen ein alternder Liebhaber – da wird sogar das „Aushalten" doppeldeutig. Aushalten mußten die weniger zahlreich als sonst erschienenen Zuhörer dann auch einiges: zwei Tage vollgepackt mit Referaten und Diskussionen.

Aber ob es am Kaiserwetter über Frankfurts rotem Kaiserdom lag oder an der Fehleinschätzung der „Brisanz" des Themas – die Gespräche begannen recht schleppend, die Diskussionen hielten mit den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen vorangegangener Veranstaltungen keinerlei Vergleich aus. Frankfurts hauptamtlicher Kulturmanager Hilmar Hoffmann eröffnete den Schlagabtausch sorgfältig ausgewogen, wenn auch persönlich sichtlich engagiert, und schlug gleich ein Thema an, das dann noch mehrmals aufgenommen werden sollte: Mäzenatische Kulturförderung, ob öffentlich oder privat, sei nützlich, es gebe aber noch viel zuwenig davon. Bei 400 Milliarden Mark Umsatz, so Hoffmann, könnte das Engagement der Banken ruhig etwas größer sein ...

Nach einem Parforceritt Stephan Waetzolds durch die Geschichte des Mäzenatentums, der Auftragskunst und der Künstlerfreiheit gab es eine typische Sonntagsrede von Ministerpräsident Bernhard Vogel, in der jedoch immerhin davon die Rede war, daß ein moderner Staat nicht nur Selbstbeschränkung üben solle, sondern auch einen klaren Gestaltungsauftrag habe. Dieser solle sich nicht in politischer Einflußnahme auf die Kultur äußern, sondern darin, daß die Kunstfreiheit garantiert werde und möglichst vielen Bürgern der Zugang zur Geistesgeschichte der Nation ermöglicht werde.

Die Schriftstellerin Eva Demski meinte anschließend, die ganze Kunst nebst Förderung sei doch ziemlich zweitrangig, verglichen mit der Verschandelung der Naturästhetik in der Bundesrepublik, gegen die leider niemand einschreite. Dieter Kramer von der Gesellschaft für Kulturpolitik bemängelte Vogels „repräsentativen Kulturbegriff" und verwies auf den „Prozeßcharakter" der Kultur.



Urbild eines Mäzens: Hermann Josef Abs ersteigert bei Sotheby's das Evangeliar Heinrichs des Löwen FOTO: DPA

So beliebig wie diese Beiträge war leider fast die ganze Diskussion, die zudem gar nicht so sehr die Mäzene, die Förderer und Sponsoren ins Visier nahm, als vielmehr immer wieder um die inhaltliche Füllung der Begriffshülsen „Kunst" und „Kultur" kreiste.

Da fiel der herzerfrischend offene und fast schon kämpferische Vortrag von Österreichs Kulturminister Herbert Moritz fast schon aus dem Rahmen. Moritz bekannte sich offen zur staatlichen Kunstförderung als Mittel der Politik: „Die Staatsoper ist allemal ein wirkungsvolleres Instrument der Außenpolitik Österreichs als die Diplomatie." Und er forderte: „Kulturpolitik muß einer phantasielosen Gesellschaft den Kampf ansagen."

Richtig in Wallung brachte die Gemüter freilich nur Guy Kirsch, Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg. Seinem Vortrag war ein Statement des Dirigenten Michael Gielen vorausgegangen, in dem für eine sowohl staatlich geförderte als auch staatlich im Sinne von „Aufklärung" geleitete Kultur geworben wurde. Nach diesen mit reichem Beifall bedachten Ausführungen wirkte Kirschs temperamentvolles Eintreten für die vollständige Privatisierung der Kulturförderung wie eine kalte Dusche. „Wer bei King Lear oder Schubert seine hehren Gefühle kultivieren will, soll bitte schön selbst dafür zahlen", forderte Kirsch unter Protestgeheul. Und: „Etatisierung kommt dem vorrepublikanischen Staatsverständnis der Rechten ebenso entgegen wie dem Jakobinertum der Linken – und beides ist einem Liberalen gleichermaßen unappetitlich!"

War der erste Tag der Gespräche durch die Glanzlicher Gielen und Kirsch „gerettet", so begann der zweite mit einem Exkurs, der zwar mit dem Tagungsthema wenig zu tun hatte, doch ebenfalls für Stimmung sorgte. Das bewährte Gespann Barthold C. Witte (vom Auswärtigen Amt) und Klaus Staeck führten einen kulturpolitischen Schattenboxkampf vor. Witte meinte, Kultur und Politik lebten, jedenfalls bei uns, beide „aus der Freiheit". Der Politgrafiker Staeck bestritt das und unterstellte eine Gängelung der von Bonn geförderten Kultur. Daran schloß sich nahtlos die vor Ironie triefende Rede des Komponisten Manfred Trojahn, der darüber „lamentierte", daß „die Kulturförderung den Künstlern erlaubt, Dinge zu tun, für die die zahlende Gesellschaft kein Interesse aufbringt". Und: „Längst spielt das Niveau einer künstlerischen Leistung keine Rolle mehr für deren Rezeption."

Und nun endlich kam in Frankfurt auch ein Mäzen zu Wort: Bernhard Freiherr von Loeffelholz von der Dresdner Bank in seiner Eigenschaft als Vorstand der Jürgen-Ponto-Stiftung und Leiter des Kulturkreises im BDI. Erst mit seinen Ausführungen kam das eigentliche Thema der Tagung zum Zuge, zu einem Zeitpunkt, als alle schon abgeschlafft waren und nach Hause wollten! Der Bericht von Loeffelholz aus der Praxis hätte ganz am Anfang stehen müssen, so aber hatte man das Pferd vom Schwanze her aufgezäumt und mehr über die Kultur selbst als über deren Förderung gesprochen.

Eines zeigte sich in Frankfurt immer wieder: Es gibt nach wie vor Kulturschaffende, die die alten Vorurteile vom gegenseitigen Ausschluß von Geld und Macht auf der einen und Geist auf der anderen Seite liebevoll weiterpflegen, die „sauberes" Geld vom Staat wollen, nicht aber „schmutziges" aus der Wirtschaft. Da kam ein Ressentiment zutage, das keine noch so opulente und keine noch so liberale private Förderung wird ausräumen können. Hier würde wohl nur eine erleidende Bekanntschaft mit der eigentlichen Alternative, nämlich dem real existierenden Sozialismus, helfen.

Nun, sei's drum. Wichtig sind solche Diskussionen, damit der Dialog zwischen Geld, Macht und Geist weitergeht und intensiviert wird. Und das war dann immerhin doch ein Verdienst, das sich die diesjährigen Römerberggespräche hinter den Spiegel stecken konnten.

GERHARD CHARLES RUMP

Im Tod ist Raum für Träume – Ingmar Bergman inszeniert in München Ibsens „John Gabriel Borkman"

Weltreich des Lichts aus veruntreuten Geldern

Die Zwillingsschwestern stehen verloren in der eisigen Kälte der Nacht. Zu ihren Füßen liegt der Leichnam des Mannes, der sie beide um ihr Lebensglück gebracht hat. Aber selbst hier, im Angesicht des Todes, gibt es keine Versöhnung zwischen den beiden, die der Mann einst entzweite. Eine der Schwestern verschwindet im Dunkel, während die andere einsam zurückbleibt.

So jedenfalls inszeniert Ingmar Bergman in München das Ende von Henrik Ibsens vorletztem Drama „John Gabriel Borkman". Ibsen selbst hat das anders gewollt. Bei ihm gibt es wenigstens eine resignierende Versöhnung – der einzige Lichtpunkt in einer ganz und gar verdüsterten Welt. Aber wenn Bergman Ibsen inszeniert, dann ist das beinahe so etwas wie ein versammelter Wille zum Unglücklichsein. „John Gabriel Borkman" – das ist eines dieser Ibsen-Dramen der verlorenen Träume. Bankier Borkman hat Gelder veruntreut, weil er aus Erz und Maschinen ein Reich schaffen wollte, ein „großes, endloses, unerschöpfliches Reich", mit „Lebensverbindungen über den ganzen Erdball", die „Licht und Wärme" schaffen für Millionen. Der Traum hat ihn ins Gefängnis gebracht und seine Ehe ruiniert.

Seine Frau Gunhild hat einen viel bescheideneren Traum verloren: den Traum von Ansehen, Ehre und Glanz. Und ihre Zwillingsschwester Ella hat den Traum von der Liebe verloren. John, der sie eigentlich liebte, hat sie aus Geschäftsinteressen verschachert und die Schwester geheiratet.

Nun hoffen sie alle auf Erhart Borkman, den Sohn. Die Mutter will sich mit ihm an ihrem Mann für die verlorene Ehre rächen. Die Tante hofft auf Liebe in den letzten Stunden ihres Lebens. Und der Vater glaubt, mit ihm rehabilitiert zu werden und dennoch seine Menschheitsbeglükkung zu schaffen. Aber der Sohn denkt nicht daran, sich ins Familien-Geschirr legen zu lassen, und verläßt die marode Gesellschaft mit einer dubiosen Geliebten.

Ein Stück nach Bergmans Herzen, sollte man meinen. Das Unglück ist hier fast ein Programm. Jeder hat recht und beharrt auch darauf, koste es, was es wolle. Keine verzeihende Lüge macht das Dasein dieser protestantischen Unbarmherzigen erträglich. Sie tyrannisieren einander mit ihren Rechten und Schuldzuweisungen, bis alle Farben in absoluter Lichtlosigkeit erloschen sind. Aber merkwürdigerweise hat Bergman Schwierigkeiten mit dieser Konstellation.

Zwei gegensätzliche Szenen verdeutlichen das. Wenn im dritten Bild die vier Hauptpersonen aufeinandertreffen, werden alle Beteiligten zu Karikaturen ihrer selbst. Bergman inszeniert diese Szene derart überzogen, daß man glaubt, man sei ein paar Häuser weiter im Münchner Komödienstadl. Der Sohn (Tobias Moretti) knallt sich ödipal jaulend auf der Mutter Schoß. Die Mutter (Christine Buchegger) zuckt auf dem Diwan herum, als habe sie epileptische Anfälle. Der Vater (Hans Michael Rehberg) denunziert sich als ein weinerlicher Jammerlappen, dessen Träume die Mißgeburten einer pathologisch-debilen Seele sind. Und Tante Ella (Christa Berndl) könnte aus einem Stück von Achternbusch stammen.

Zumindest zwei dieser rettungslos denunzierten Menschen – John Gabriel und Ella – aber spielen zehn Minuten später echte Tragödie. Wenn Hans Michael Rehberg, der eben noch melodramatisch zu Boden fiel, in der Einsamkeit der Winternacht seine Träume ausbreitet, hat das plötzlich etwas kraftvoll Visionäres. Fast meint man Fausts letzten Worten zuzuhören: „Eröffn' ich Räume vielen Millionen ..." Das hat so viel Größe, so viel Haltung vor dem Tode, daß man gar nicht glauben kann, denselben Mann vor sich zu haben, ja, man ist fast geneigt, ihm sein Verbrechen nachzusehen. Diesem Übermenschen muß man fast eine außermoralische Macht zugestehen. Oder ist Bergman der Meinung, der Mensch sei nur groß in den Träumen und der Tod erst der Raum für Träume?

Aber ebenso groß ist die Diskrepanz bei Christa Berndls Ella. Die neurotische alte Jungfer verteidigt plötzlich mit Kraft und Verve das private, persönliche Recht des Lebens, das Recht auf Glück. Mit ungeheurem Mut weist sie Borkmans „kaltes, dunkles Reich" zurück, obwohl man ihr ansieht, wie sie diesen zerstörenden Mann noch immer liebt. Da stehen sich plötzlich zwei große Lebensprinzipien gegenüber: das Öffentliche und das Private, die Vision und die Realität, das Allgemeine und das Individuelle, die Idee und die Natur. Warum mußte Bergman diese beiden vorher so denunzieren?

Warum auch wird der schwache, glücklose Freund Borkmans, der Schreiber Vilhelm Foldal, der eigentlich die verkleinerte Ausgabe Borkmans ist, von Heinz Bennent (zwar großartig, aber ...) schauerlich zur Karikatur eines Spießers heruntergespielt? Das irdische Jammertal ist für Bergman jedenfalls eher ein Tal der Jämmerlichkeit geworden. Trotzdem herzlicher Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Das Münchner Nationalmuseum zeigt Bildhauerkunst aus dem alten Bayern

Die Starnberger Heiligen kommen

Theodor Müller, dem großen alten Mann des Bayerischen Museumswesens, ist der Katalog der von Peter Volk konzipierten und geleiteten Ausstellung „Bayerische Rokokoplastik. Vom Entwurf zur Ausführung" gewidmet. Sie findet im Bayerischen Nationalmuseum statt, dessen Direktion der nun 80jährige Theodor Müller 1948 übernahm, um sie 1968 vorzeitig seinem Nachfolger Hans Robert Weihrauch zu überlassen. Im Zentrum dieser anspruchsvollen und lehrreichen Ausstellung von Bildhauerkunst aus dem alten Bayern aus der Zeit zwischen 1720 und 1780 steht zum ersten Mal das Thema der Arbeitsweise.

Peter Volk ordnete die mehr als 340 Objekte seiner Ausstellung, indem er Sachgruppen bildete: Bildnisse, Studienmaterial, Entwurf und Ausführung, Silberplastik, Glockenschmuck, Altar und Kanzel, Münchner Hofkunst, dazu Sonderkapitel für Johann Baptist Straub (1704–84) und dessen Schüler Ignaz Günther (1725–75). Uns faszinieren heute die farbig aquarellierten Zeichnungen, mit denen dem Auftraggeber eine Vorstellung des fertigen Werkes gegeben werden sollte, die in Holz geschnitzten oder in Ton modellierten plastischen Skizzen – und schließlich die geometrisch und maßstäblich sehr genau konstruierten Modelle.

Von großem Interesse ist der Nachweis der originalen Farbigkeit: etwa bei einem Riß mit Marmorierung für einen der vier Seitenaltäre der 1737/38 barockisierten Klosterkirche der Armen Schulschwestern am Anger in München oder bei Philipp Jakob Rämpls restauriertem, 1761 datiertem Modell für den Hochaltar der Wallfahrtskirche Maria Brünnlein in Wemding bei Donauwörth.

Zu vergleichen sind konkurrierende Entwürfe Günthers und Schmädls für den Hochaltar der Pfarrkirche in Schongau. Bevorzugt wurde der stärker von der Plastik her bestimmte Altar Schmädls. Noch komplett ist das Demonstrationsmodell für den Hochaltar der Mariahilfer Kirche in Wien. Zum Vergleich dienen die Entwürfe für den Hochalter der Studienkirche in Dillingen (Bergmüller, 1753) und eines Seitenaltars der St.-Anna-Kirche in München-Harlaching (Günther, 1754). Zur etwas unterlebensgroßen weiblichen Heiligen aus dem Starnberger Heimatmuseum konnte Günthers Bozzetto aus den Beständen des Bayerischen Nationalmuseums gestellt werden. Er zeigt, mit wieviel Verve und Erfidungskraft Günther zu schnitzen wußte.

Erstaunlich ist insgesamt, welches Ausmaß an bildhauerischer Virtuosität die Voraussetzung bildete für die hohe Kultur der Kirchenkunst Altbaierns im 18. Jahrhundert. Nach dem Erbfolgekrieg und der kaiserlichen Besetzung (bis 1715) erholten sich die verarmten Pfarreien erst im zweiten und dritten Viertel des Jahrhunderts, so daß Altaraufträge vergeben werden konnten.

Das geistige Leben wurde von den Klöstern geprägt: innerhalb eines anderswo ja höfischen und von der Aufklärung beeinflußten Jahrhunderts. Dieser Anachronismus bewirkte den hohen Rang der kirchlichen Kunst des Rokoko im Süden Deutschlands. (Bis 21. Juli; der Katalog kostet an der Museumskasse 28, beim Versand 40 Mark.)

ALEXANDER ERXLEBEN



Verve und Erfindungskraft: Ignaz Günthers „Heiliger Petrus" (um 1775). Aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

JOURNAL

Feier zum Gedenken an die Brüder Grimm

dpa, Kassel

Als beispielhafte Gelehrte und frühe Demokraten hat der hessische Ministerpräsident Holger Börner die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm gewürdigt, deren 200. Geburtstage 1985 und 1986 gefeiert werden. Während einer Feier zur Eröffnung von mehreren Gedenkveranstaltungen in Hessen sagte der Politiker im Staatstheater Kassel, der Widerstand der Brüder Grimm gegen Duckmäuserei und Selbstherrlichkeit sei leider zu wenig bekannt. Börner bedauerte, daß der von Jacob Grimm formulierte und von der Nationalversammlung in Frankfurt nur knapp abgelehnte Artikel eins der Grundrechte fast vergessen sei. Er lautete: „Das deutsche Volk ist ein Volk von Freien, und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft. Fremde, Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei." Diese Forderung Grimms sei der Zeit weit voraus gewesen und auch heute noch eine Herausforderung.

Manuskript von Felix Mendelssohn Bartholdy

dpa, Rom

Ein für verschollen gehaltenes Manuskript des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy (1809–1847) ist in Rom aufgetaucht. Es handelt sich um die 25 Seiten lange Niederschrift von zwei Klavierstücken mit Männerchor für das Bühnenwerk „Oedipus auf Kolonos" von Sophokles. Die 1844/1845 entstandene Komposition ist jetzt in der italienischen Musik-Zeitschrift „Piano time" veröffentlicht worden. Das Werk wurde am 1. November 1945 in Potsdam uraufgeführt und war eine Auftragsarbeit für den preußischen König Friedrich Wilhelm IV.

Costa-Gavras wurde wiedergewählt

AFP, Paris

Der Regisseur Constantin Costa-Gavras ist einstimmig als Vorsitzender der Pariser Cinémathèque wiedergewählt worden. Costa-Gavras, der griechisch-russischer Abstammung ist, aber seit seiner Kindheit in Frankreich lebt, leitet die Cinémathèque seit dem 10. Februar 1982. Sein Stellvertreter ist seit April 1984 Bernard Latarget.

Der Bühnenbund will mehr Geld haben

dl. Buxtehude

Mehr öffentliche Zuschüsse fordert der Niederdeutsche Bühnenbund. Auf seiner Jahrestagung in Buxtehude sagte der Präsident des Bundes, Ernst, die bisherige Förderung mit 45 000 Mark durch das Land Niedersachsen sei unzureichend. Auch die für dieses Jahr in Aussicht gestellte Anhebung der Mittel auf 50 000 Mark sei nicht genug, um die vielfältigen Aufgaben und die Bedeutung des plattdeutschen Theaterspiels zu würdigen. Dem Niederdeutschen Bühnenbund Niedersachsen-Bremen gehören zur Zeit 17 Bühnen an. Deren 900 Aufführungen waren im vergangenen Jahr von 287 160 Zuschauern besucht worden.

THEATER-KALENDER

2. **Nürnberg**, Institut für moderne Kunst; Kantor: Die Künstler sollen krepieren (U) (R: Kantor)
7. **Kassel**: Theaterfestival '85 (bis 9. Juni)
8. **Frankfurt**: Schauspiel; Strindberg: Fräulein Julie (R: Korn)
   Gießen: 2. Hessische Theatertage (bis 15. Juni)
9. **Augsburg**: 3. Bayerische Theatertage (bis 19. Juni)
   München, Kammerspiele; Kroetz: Bauern sterben (U) (R: Kroetz)
   Wien, Akademietheater; Feydeau: Ein Klotz am Bein (R: Benning)
11. **Sommerhausen**, Torturmtheater; Nobel: Die Überraschung (DE) (R: Verhoeven)
12. **Wunsiedel**: Luisenburg-Festspiele (bis 10. Aug.)
14. **Bad Gandersheim**: 27. Domfestspiele (bis 21. Juli)
   Bremen, Theater; Fr. Roth: Die einzige Geschichte (U) (R: Krämer)
   Wien, Burgtheater; Schnitzler: Der einsame Weg (R: Schenk)
15. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Hein: Die wahre Geschichte des Ah Q (R: König)
16. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Dorst: Heinrich oder Die Schmerzen der Phantasie (U) (R: Hesse)
   Heidelberg: 2. Heidelberger Stückemarkt (bis 23. Juni)
   Mayen: 4. Burgfestspiele (bis 30. Juni)
18. **Feuchtwangen**: Kreuzgangspiele (bis 5. Aug.)
21. **Jagsthausen**: 36. Burgfestspiele (bis 17. Aug.)
   Zürich: Internationales Treffen freier Theatergruppen (bis 7. Juli)
22. **Meersburg**: 1. Meersburger Theatersommer (bis 29. Aug.)
   Schwäbisch Hall: Freilichtspiele (bis 14. Aug.)
28. **Kiel**, Bühnen der Landeshauptstadt; Hochhuth: Judith (DE) (R: Tabor)
29. **Bad Hersfeld**: 35. Festspiele (bis 11. Aug.)
   Göttingen, Deutsches Theater; Mrozek: Der Botschafter (R: Kulczyński)
   Mannheim, Nationaltheater; Ayckbourne: Einer für alles (DE) (R: Clemen)
   Marburg: 4. Marburger Pantomimenzirkus (bis 6. Juli)

Ein Meister der exklusiven deutschen Mode

hrk./C. W. München

Einer der bekanntesten deutschen Couturiers und Modeschöpfer, Heinz Schulze-Varell, ist im Alter von 77 Jahren im Münchener Herzzentrum gestorben. Wie erst jetzt bekannt wurde, erlag er seinem Leiden bereits am Mittwoch vergangener Woche kurz nach einer Bypassoperation. Schulze-Varell, der seinem schlichten Namen Schulze das „Varell" – nach dem Geburtsort seiner Frau – hinzufügte, hatte noch vor sechs Wochen in München seine jüngste Kollektion vorgestellt.

Der am 21. August 1907 in Berlin geborene Modeschöpfer war vor und *nach dem Krieg* gleichermaßen erfolgreich. Er begann seine Laufbahn 1924 mit einer Konfektionslehre in seiner Heimatstadt. Bereits 1937 *eröffnete er ein eigenes Couturierhaus*. Seine phantasievolle Mode fand schnell Anklang und bald zog er berühmte UFA-Stars wie Pola Negri, Adele Sandrock, *Anny* Ondra und Marianne Hoppe an.

In der Ramsau bei Berchtesgaden versuchte Schulze-Varell nach dem Kriege mit seiner Frau Margarete, einer unter dem Namen „Kiki" besser bekannten Modezeichnerin, einen Neuanfang. Der gelang schon 1946, als das Ehepaar die erste Modenschau in einem Atelier in München-Schwabing vorführte. München wurde zur neuen Heimat. Hier baute Schulze-Varell sein Unternehmen mit 70 Angestellten auf. In seinem Atelier im Stadtteil Bogenhausen entwarf er Haute Couture, vornehmlich für die Frau ab 40. Sein Credo: „Mode, also Couture, wird erst wichtig für die Frau ab 30." Der Hintergedanke, da die „Haute Couture auch eine Frage des Geldes" ist, daß selbiges die Dame ab 30 eher hat als der „Teeny" unter 20.


Heinz Schulze-Varell starb mit 77 Jahren

Zweimal im Jahr präsentierte er seine exklusiven Modelle, die bis zu 10 000 Mark kosteten. Seine Kollektionen fanden so viel Anklang, daß Schulze-Varell 1965 „Münchens erster Modepreisträger" wurde. Außerdem wurde der zweifache Vater mit dem *Bayerischen Verdienstorden* und der Medaille „München leuchtet" ausgezeichnet. Die Mutter des niederländischen Prinzen Claus von Amsberg, Freiin von dem Bussche-Haddenhausen sagte einmal von ihm: „Er träumt Mode, atmet Mode, ist Mode."

„Liverpool, Liverpool", grölten die Unbelehrbaren

J. STRATMANN, Gelsenkirchen

Kein Zweifel, sie grölen es tatsächlich: „Liverpool, Liverpool". Es sind rund 40 Fans des Dortmunder Bundesliga-Fußball-Vereins „Borussia", die sich derart unüberhörbar brüsten. Um so lauter, je länger die Fernsehkameras auf sie gerichtet sind. Hier auf dem Gelsenkirchener Hauptbahnhof sind sie gerade dem 13.33-Uhr-Zug entstiegen. „Liverpool, Liverpool". Makabre Erinnerung an die Nacht von Brüssel.

Auch für die rund 70 Polizisten auf dem Bahnsteig? Für sie ist es ein ganz normaler Einsatz. „Wir benötigen keine zusätzlichen Vorkehrungen", meint Oberkommissar Wolfgang Psiuk, Leiter des Einsatzzuges. Seine Männer im dunkelgrünen Kampfanzug haben die Kerntruppe in weniger als fünf Minuten im Griff und auf direktem Wege zur U-Bahn-Station Richtung Parkstadion verfrachtet.

Samstag mittag. Der Bundesligaklub Schalke 04 bestreitet in gut zwei Stunden ein Heimspiel gegen den Dortmunder Nachbarn. Eine Begegnung voller Brisanz – außerhalb des Spielfeldes. Die Fanklubs beider Teams sind traditionell verfeindet. Wie auch mit den Fans aus Düsseldorf, Köln, Bielefeld, Mönchengladbach. Eine Feindschaft, die die Schlägerei sucht. In der Gruppe werden die Jugendlichen gefährlich; in der Masse *zum Mob. Für Oberkommissar* Psiuk und seine 225 Beamten alle zwei Wochen ein hartes Stück Arbeit.

Hat die deutsche Polizei nach dem Debakel von Brüssel ihre Maßnahmen ändern müssen? Kaum. Psiuk schwört auf den Einsatzplan in Gelsenkirchen, wo – anders als offenbar in Brüssel – die schnelle Trennung der rivalisierenden Gruppen oberstes Gebot ist. Die Fans der Gastmannschaften werden schon am Bahnhof in Empfang *genommen. Zusätzlich* trennen weitere Polizeikräfte die Anhänger, die erst am Spieltag ihre Karten kaufen.

Ein bewährtes Konzept für Gelsenkirchen, das sich allerdings nicht ohne weiteres auf andere Vereine übertragen läßt. Dazu sind die Örtlichkeiten zu verschieden. Andererseits halten alle Bundesliga-Städte Kontakt untereinander, um die Abstimmung immer sensibler zu gestalten.

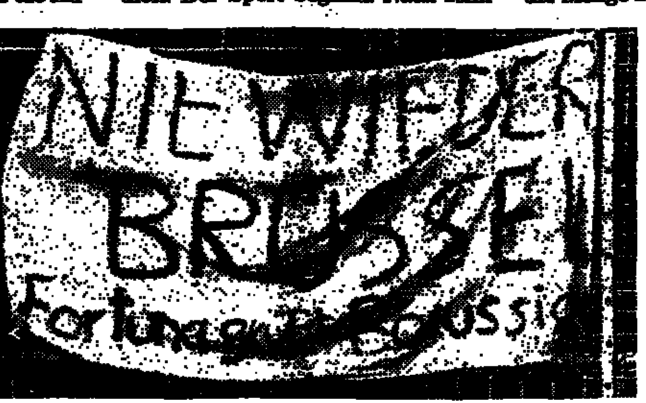


FOTO: WEREK

14.44 Uhr. Der harte Kern der Dortmunder ist eingetroffen. „Die nehmen wir mit in den Keller", bestimmt Psiuk und meint die Leibesvisitation in einem Tunnel unterhalb des Bahnsteiges. Hier werden auch bewaffnete Gewalttäter erwartet. Eine zutreffende *Annahme, wie die* Funde beweisen: Zwei Klappmesser, drei Tränengas-Sprühdosen und zwei Ledergürtel mit schweren Messingschnallen.

„Eindeutig weniger alkoholisiert als *die anderen", stellt ein Beamter fest.* Was sich im ersten Moment gut anhört, erweist sich im zweiten als negativ: „Die suchen Randale." Die Stimmung ist feindlich.

Aber auch diese Gruppe erreicht schließlich unbehelligt von blau-weißen Schalke-Fanatikern das Stadion. 40 000 füllen mittlerweile das Stadion. Der Sport beginnt. Nach zehn Minuten unterbricht der Schiedsrichter das Spiel zu einer Schweigeminute für die Opfer von Brüssel. Selbst auf den Rängen kehrt Ruhe ein; allerdings nur für Sekunden. Dann mokieren sich die ersten.

Psiuks Zug hat unterdessen Posi*tion eingenommen* neben der Nordkurve, dem Schalker Revier. Die meisten Beamten befinden sich in den oberen Rängen der Tribüne, von wo aus sie am schnellsten eingreifen können. *Eine plötzliche Schlägerei im* Süden wird so rasch beendet. Videokameras, feste und bewegliche, schaffen Beweismaterial gegen die Rädelsführer. *Videospezialisten unter dem* Tribünendach identifizieren mittels armlanger Teleobjektive Besucher, die mit Hausverbot belegt sind. Über Sprechfunk werden Beamte durch die Menge zur Festnahme dirigiert.

Psiuk und seinen Männern bleibt keine Zeit, das Spiel zu genießen. In der Halbzeitpause müssen sie den Rundgang oberhalb der Gegentribüne sichern. 20 Minuten vor Spielende muß schon der reibungslose „Abgang" der Fangruppen vorbereitet werden.

Kaum ist das Spiel vorbei, fahren gegen 17.50 Uhr drei Straßenbahnwagen die ersten Dortmunder Anhänger zum Bahnhof – unter Polizeischutz.

18.18 Uhr. Noch 30 Minuten bis zur *Abfahrt* des letzten Zuges Richtung Dortmund. Sieben oder acht Einsatzwagen säumen den Bahnhofsvorplatz. Die Polizei kennt kaum das *Spiel-Ergebnis*. „Schalke soll 3:1 gewonnen haben", sagt ein Beamter, als es schon wieder hektisch wird. Krächzendes Stimmengewirr auf drei Funkkanälen deutet an: Randalierer in Straßenbahn Nr. 48. Glas geht zu Bruch. In der Bahnhofshalle sind Schalker „heiß" auf die Dortmunder. Am Neumarkt prügelt man sich bereits.

Kommt es doch noch zum großen Krach? Die Polizei ist gewappnet. „Alles aus der Bahnhofshalle raus, *was nach Schalke aussieht*", lautet der Befehl lapidar, der schneller umgesetzt wird, als so manchem Halbstarken lieb ist. Unvermittelt stürmt *nämlich* Psiuks Truppe die Halle, die binnen weniger Augenblicke geräumt ist. 50 Jugendliche fliehen Hals über Kopf, grenzenloses Erstaunen in den *Gesichtern*. „Stärke *demonstrieren*, Schneid abkaufen," nennt Psiuk das.

Der Rest bleibt Routine. Ein Dilemma wird deutlich: „Passiert bei diesen massiven Einsatz nichts, heißt es gleich wieder Polizeistaat", sagt da jemand. Galliges Resümee zum Einsatzende um 18.50 Uhr.

Alles gut gegangen – oder etwa doch nicht angesichts der 19 Festnahmen ganz zum Schluß? Man winkt ab. Routine auch das.

In der Halle herrscht Ruhe. Ein einzelner Schalker torkelt um die Ecke. Auf einmal sind sie ihrer vier und brüllen schon ihre wiedergefundene Kraft hinaus: „Schal-ke!" Sie schwenken ab, sobald sie die Ordnungshüter bemerken. Wenig später hallt es wie von Ferne, nun schon eine Nuance düsterer: „Liverpool, Liverpool . . ."

Wirbelstürme in USA, Hochwasser in Argentinien

AFP, New York

Mindestens 104 Tote und mehrere hundert Verletzte haben die verheerenden Wirbelstürme gefordert, die am Freitag abend den Nordosten der USA und die kanadische Provinz Ontario verwüsteten. Die Wirbelstürme hatten in den USA Spitzengeschwindigkeiten von 150 km/h und in Kanada im Gebiet von Barrie, nördlich Toronto, sogar bis zu 200 km/h erreicht. Nach Angaben der Wetterdienste in Pittsburgh (Pennsylvania) entstanden sie durch kalte Westwinde nach Stunden ungewöhnlicher Hitze. Am schwersten betroffen in den USA ist der Bundesstaat Pennsylvania, wo unter den Trümmern der Häuser stündlich weitere Opfer geborgen werden. Vom Bundesstaat Ohio, wo ebenfalls schwere Verwüstungen angerichtet wurden, rasten die Wirbelstürme über den Erie-See in Richtung der kanadischen Provinz Ontario.

17 Tote hat am Wochenende eine Hochwasser-Katastrophe im Gebiet der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires gefordert. Gestern wurden nach offiziellen Angaben noch zwölf Personen vermißt. Knapp 85 000 Menschen mußten evakuiert werden.

Stonehenge: Krawalle

dpa, London

Ein Konvoi von 150 mit Hippies besetzten Fahrzeugen hat am Samstag versucht, Polizeisperren um das südwestenglische Steinzeit-Heiligtum Stonehenge zu durchbrechen und ein von den Behörden verbotenes Pop-Festival zu erzwingen. Bei der Auseinandersetzung mit der Polizei wurden 300 Personen festgenommen und mindestens 30 verletzt.

Tierschützer-Bluff

hrk. Berlin

Mit Panikmache versuchten am Wochenende militante Tierschützer, die Berliner zu verunsichern. In einem anonymen Schreiben an eine Nachrichtenagentur teilten sie mit, in verschiedenen Kaufhäusern seien mit Salzsäure getränkte Seifenstücke versteckt worden, um gegen die „grausamen Tierversuche in der Kosmetik-Industrie" zu protestieren. In zwei Kaufhausfilialen fanden sich drei dieser mit Warnzetteln versehenen Seifenstücke – ohne Salzsäure.

Aus Wahn verbrannt?

DW. Berlin

Möglicherweise aus religiösem Wahn übergoß sich in der Nacht zum Sonntag ein 18jähriger Berliner mit Benzin und steckte sich dann in Brand. Die Polizei fand keinen Abschiedsbrief, der über das Motiv Auskunft hätte geben können.

„Disneyland"-Verkauf?

dpa, Burbank

30 Jahre nach der Gründung durch Walt Disney erwägt die Disney *Corporation* den Verkauf des in Anaheim bei Los Angeles gelegenen Vergnügungsparks „Disneyland". Zwar zählt der Park nach wie vor mit zur bedeutendsten Touristenattraktion im Westen der Vereinigten Staaten, doch sind seit einigen Jahren sinkende Besucherzahlen zu verzeichnen. Zog „Disneyland" Ende der 70er Jahre im Durchschnitt noch elf Millionen Menschen jährlich an, so wurden 1984 nur mehr neun Millionen gezählt.

Briefmarke des Jahres

dpa, Braunschweig

Die österreichische Briefmarke „Neusiedlersee" aus der Serie „Naturschönheiten in Österreich" ist zur „*Marke des Jahres 1984*" gewählt worden. 45,3 Prozent der Leser der Philatelistischen Fachzeitschrift „Briefmarkenwelt" entschieden sich für die Darstellung der Seelandschaft. Auf den zweiten Platz kam der schweizerische Briefmarkenblock zur NABA ZÜRI '84, der auf vier Marken das Panorama von Zürich zeigt. Dritter wurde die Bundesrepublik Deutschland mit der Wiedergabe des Alten Posthauses in Augsburg.

ZU GUTER LETZT

„Abenteurer Nehberg in Todesgefahr. Sein Nasenbär fraß Lieblings-Papagei von Indianer-Häuptling." Das meldete „Bild am Sonntag" in der gestrigen Ausgabe.

Operation auf See via Satellitenbild

zy. Hamburg

Mitten im Indischen Ozean ist ein deutscher Matrose aus fünf Meter Höhe auf das Deck seines Frachtschiffes gestürzt. Dabei schlug er mit dem *Kopf auf einen Holzbalken.* Der Schwerverletzte wird sofort ins Bordhospital gebracht. Der Kapitän und der Erste Offizier, beide in Erster Hilfe geschult, richten eine Fernsehkamera auf den Schwerverletzten. Der Funkoffizier schafft gleichzeitig die Verbindung zum Krankenhaus Cuxhaven. Hier stellt ein Arzt aus den Schilderungen des 1. Offiziers und dem via Satellit übertragenen Bild des Matrosen die Diagnose und gibt Anweisungen für die Behandlung. Bis der nächste Hafen erreicht ist, kann der Schädelbruch so, fachlich unterstützt, an Bord versorgt werden. Diese Möglichkeit der ärztlichen Untersuchung und Hilfe für Seeleute, die an Bord eines Schiffes auf See erkranken, bietet ein neues Bildübertragungssystem, das jetzt im Hamburger Hafenkrankenhaus im Rahmen einer internationalen Konferenz von *Funkärzten präsentiert* wurde. Mit dem von dem Kieler Volker Wraase entwickelten Gerät werden über Satellit stehende Bilder des Kranken zu einem Arzt an Land gesendet. Die Übertragungsentfernung spielt dabei keine Rolle.

LEUTE HEUTE

Steiler Pfad

Im zarten Alter von 13 Jahren feiert die Engländerin **Ruth Lawrence** in dieser Woche ihr Abschlußexamen an der Universität von Oxford. Das „englische Mathematikwunder", wie sie auch genannt wird, ist nie zur Schule gegangen, sondern wurde allein von ihren Eltern ausgebildet. Mit neun Jahren bestand sie das Abitur und schlug ein Jahr später 529 Mitbewerber um ein Stipendium aus dem Feld. Mit elf begann sie zu studieren, jetzt macht sie ihren Magister. Ruth lebt mit ihrem Vater, dem EDV-Fachmann **Harry Lawrence** (48), in einer Uni-Wohnung. Für das Studentenheim ist das Mädchen noch zu jung. Freunde soll es allerdings kaum haben. Der Traum des Teenagers: Noch vor der Volljährigkeit Mathematikprofessorin zu sein.

Siegesstraße

Einen neuen deutschen Geschwindigkeits- und Punkterekord im Maschineschreiben erzielte die Handelsschülerin **Nicole Buschina** aus Rodalben bei Pirmasens am Wochenende bei den Rheinland-Pfalz-Meisterschaften in Trier. Die 17jährige schaffte beim halbstündigen Schnellschreiben 773 Anschläge pro Minute und brachte es beim Stenografieren auf Grund ihrer niedrigen Fehlerquote auf 20 896 Punkte. Damit verbesserte sie den von ihr selbst vor zwei Wochen in Schleswig-Holstein aufgestellten Rekord um zwölf Anschläge und 953 Punkte.

Zielgerade?

„Ich bin ja so froh, daß mein Stefan endlich ein Mädchen gefunden hat, daß er wirklich lieben kann", schwärmt die Schwedin **Ulla-Britt Johansson**. Ihr Sohn ist der Grand-Prix-Fahrer **Stefan Johansson** (28), und das Mädchen, das er liebt, soll Monaco-Prinzessin **Stephanie** (20) sein. „Sie ist reizend", erklärte Stefans Mutter. „Ich glaube, beide meinen es ernst." Für Verlobungs- oder Hochzeitspläne sei es jedoch noch zu früh. Preisfrage: Liebt Stephanie auch Stefan?

Glückwünsche in Kisuaheli für Radio Dortmund

WILM HERLYN, Dortmund

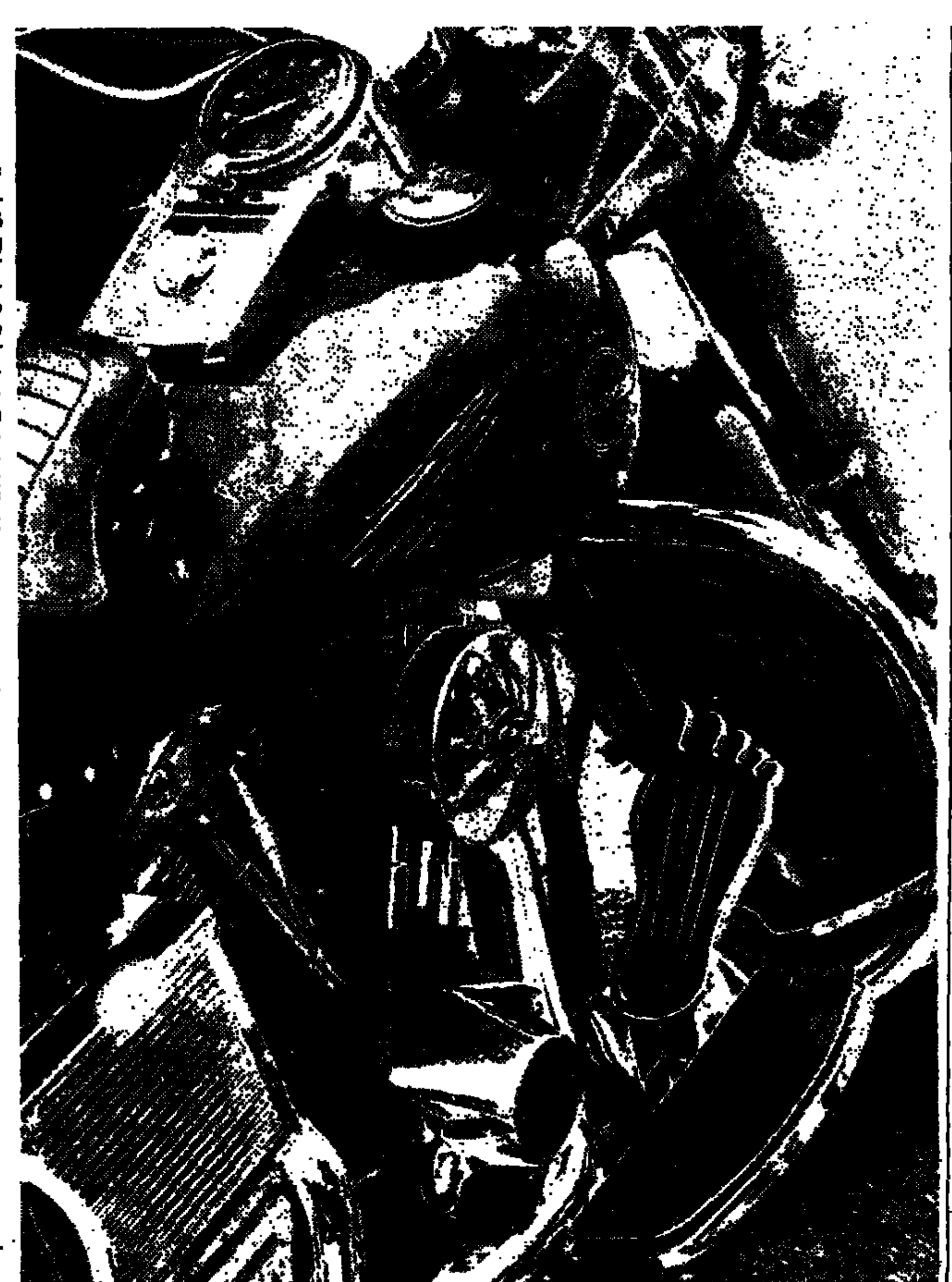
Nabel der Medienwelt – das war an diesem Wochenende die westfälische Metropole. Mit Musik wie aus dem Synthesizer begrüßte „Radio Dortmund" am Samstag morgen seine Zuhörer, mit einem Querschnitt von Rudolf Schock bis zur Schock-Rock-Lady Nina Hagen am Nachmittag das lokale Fernsehen seine Zuschauer. Mehr als 6000 Menschen – von der Prominenz ließen sich Norbert Blüm und Johannes Rau blicken – standen dichtgedrängt um die beiden Bühnen auf dem Alten Markt, um diese erste *Live-Sendung des Kabelpilotprogramms* reinsten öffentlich-rechtlichen Geblüts mitzuerleben – aber nur 400 Haushalte sind bisher angeschlossen. Der Leiter des Projektes, das vom WDR in Kooperation mit dem ZDF getragen wird, der frühere Europaabgeordnete Erdmann Linde (SPD) hofft auf die Post. Bei ihr liegen noch 2400 Anträge zur Verkabelung vor.

Bürgernah sollen Funk und Fernsehen sein, lokal und subregional bis spontan. „Wenn die Akzeptanz so anhält", freut sich der Leiter des Fernsehens, Gerald Baars (32), gegenüber der WELT, „haben wir schon viel gewonnen." Eine Frau kam zur Einweihung mit einem Blumentopf, Anrufe und Telegramme en masse, und das ARD-Büro aus Nairobi schickte sogar ein Fernschreiben in Kisuaheli mit „Bahali Suri" – Viel Glück. Von der nahen Westfalenhalle, Premierenort der ZDF-Sendung „Opern-Gala" wurde schnell der Kammersänger Karl Ridderbusch ausgeliehen. „Das spart uns echt die Kosten", so Baars. 52 Journalisten machen mit ihm das Programm mit insgesamt 145 Mitarbeitern – an Werktagen von 5.00–21.30 Uhr lokales Radio (ganz links außen auf der UKW-Skala: 87,8 Mhz) und von 19.00–23.00 Uhr lokales Fernsehen. „Jeder soll kommen dürfen", fordert Baars auf und erzählt von einem Hörer, der kurz im Funkhaus in der Lindemannstraße auftauchte, um seine Sorgen loszuwerden: „Autofahrer, wenn ihr Geld sparen wollt, fahrt auf der Lindemannstraße langsam!" Deutlicher konnte der Hinweis auf eine *Radarkontrolle* kaum mehr ausfallen.

Premiere hatte auch der „offene Kanal", in dem Laien Fernsehen machen dürfen. Eine „Video-Gruppe" campierte vor dem Sender, um möglichst die ersten zu sein. Sie schafften es. Schon bald werden die Dortmunder Kabelmacher nicht mehr allein sein: Sie erhalten Zuwachs durch die Einspeisung der kommerziellen Satellitenprogramme SAT 1, Sky-Channel und Music Box.

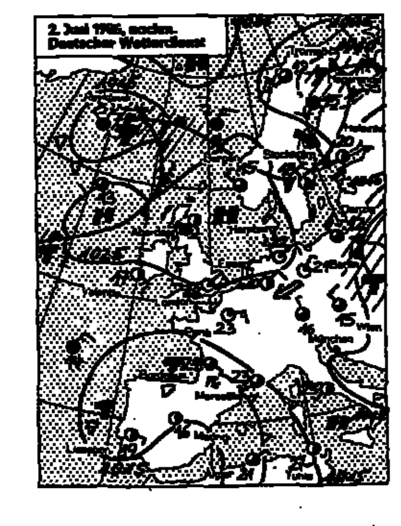
Ein Traum vom Bleifuß

„Die Flunder auf das Pedal geklatscht, Bleifuß und dann weg von der Mutter in die große Sause," so umschrieb der 30jährige *Harald auf der* Cannstatter Wasen am Wochenende seinen Traum *von Freiheit*, Abenteuer und Unabhängigkeit. Mit der Flunder auf dem Pedal ist der Fuß auf dem Gashebel gemeint, den das Foto von der US-Maschine Harley Davidson naturgetreu wiedergibt. Die Harley war eine von 20 000 Krädern, die sich unter sattem Dröhnen und dem für Fans aufregend dichten Benzingeruch auf dem Stuttgarter Volksfest zum Deutschland-Treffen der Motorradfahrer einstellten. Showeinlagen – Sprünge über Kleinbusse – begeisterten die Besucher. Der Hauch von Freiheit und Abenteuer hielt drei Tage. Heute sitzt Harald wieder *an seinem Pult* in einer süddeutschen Flaschenabfüllanlage.


FOTO: MICHAEL DICK

WETTER: Sommerlich warm

Wetterlage: An der Südflanke des umfangreichen Nordseehochs fließt trocken-warme Luft von Nordosten her nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:

Anfangs im Südosten noch stark bewölkt, später allgemein sonnig und trocken. Nachmittags 24 bis 28 Grad, am Oberrhein um 29 Grad. Nachts meist klar und Abkühlung auf 14 bis 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Nordostwind. In den Alpen in 2000 Meter um 12 Grad.

Weitere Aussichten:

Am Dienstag weitere Erwärmung und zunehmend schwül, ab Mittwoch gewittrig.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	39°
Bonn	22°	Kopenh.	22°
Dresden	18°	Las Palmas	21°
Essen	20°	London	18°
Frankfurt	22°	Madrid	16°
Hamburg	22°	Mailand	22°
List/Sylt	14°	Mallorca	23°
München	16°	Moskau	16°
Stuttgart	16°	Nizza	23°
Algier	21°	Oslo	20°
Amsterdam	20°	Paris	23°
Athen	26°	Prag	14°
Barcelona	21°	Rom	25°
Brüssel	21°	Stockholm	18°
Budapest	16°	Tel Aviv	31°
Bukarest	25°	Tunis	27°
Helsinki	20°	Wien	15°
Istanbul	24°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.09 Uhr, Untergang: 21.32 Uhr, **Mondaufgang:** 23.45 Uhr, Untergang: 5.42 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

